

J O S E F W Y S O C K I

**KURMAINZ
UND DIE REUNIONEN**

**Die Beziehungen
zwischen Frankreich und Kurmainz
von 1679 bis 1688**

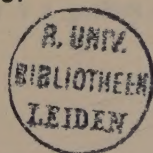
1961

KURMAINZ UND DIE REUNIONEN

**Die Beziehungen
zwischen Frankreich und Kurmainz
von 1679 bis 1688**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät
der
Johannes Gutenberg-Universität
zu Mainz

vorgelegt von
JOSEF WYSOCKI
aus Leienkaul



1961

Referent: Professor Dr. Ludwig Petry

Korreferent: Professor Dr. Leo Just

Tag der mündlichen Prüfung: 1. 7. 1961

Druckwerkstätte Herbert Kunze, Mainz

Meinen lieben Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit behandelt die Politik des Mainzer Erzstiftes in der Zeit zwischen dem Holländischen und dem sogenannten Pfälzischen Krieg. Dieser Zeitabschnitt umfaßt einen geschlossenen Problemkreis, in dessen Mittelpunkt die Reunionspolitik Ludwigs XIV. steht. Ausgehend von der verfassungsmäßigen Sonderstellung des Erzbischofs von Mainz ist vornehmlich die Vorgeschichte des Regensburger Stillstands von 1684 zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden. Es hat sich als unerläßlich erwiesen, über den Bereich der Kurmainzer Geschichte hinaus den Ereignissen im Reich und bei den Reichsinstitutionen weitgehende Beachtung zu schenken.

Die archivalische Grundlage boten die Abteilungen Mayence und Allemagne — Correspondance Politique — im Archiv des französischen Außenministeriums. Sie wurden ergänzt durch Bestände des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs, vor allem durch die Reichsakten des Mainzer Erzkanzlerarchivs.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit erhielt ich von meinem sehr verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Ludwig Petry, der mir auch den Besuch des Wiener Archivs durch eine großzügige Förderung ermöglichte. Ihm gilt daher vor allem mein aufrichtiger Dank für sein stetes Interesse am Werdegang dieser Arbeit und für seine unermüdliche Hilfsbereitschaft.

Danken möchte ich auch Herrn Professor Georges Livet von der Universität Straßburg, der mir aus seiner umfassenden Kenntnis des Pariser Archivs bereitwillig außerordentlich wertvolle Hinweise gegeben hat.

Finthen, den 15. Februar 1961

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	5
 Erster Abschnitt:	
Beginn der Regierung von Anselm Franz von Ingelheim	
I. Die Erzbischofswahl vom 7. November 1679	9
II. Kurmainz und der Kaiser	16
III. Die Aufnahme von Beziehungen zu Frankreich	24
 Zweiter Abschnitt:	
Der Frankfurter Kongreß	
I. Die Einberufung des Kongresses von Frankfurt	32
II. Präliminarien	41
III. Die Verhandlungen	59
 Dritter Abschnitt:	
Der Regensburger Stillstand	
I. Die Friedensfrage am Reichstag	105
II. Der Stillstandsvertrag	123
 Vierter Abschnitt:	
Der Niedergang des französischen Einflusses	
I. Die Wende	139
II. Die Kölner Wahl und der Kriegsausbruch	152
 Schluß	
Gesamtbild der Kurmainzer Politik von 1679—1688	158
 Exkurse	
I. Zur Kurmainzer Funktion am Reichstag	161
II. Aufstellung der französischen Zuwendungen an Kurmainz	168
 Anhang	
Texte	
I. Instruktion des französischen Gesandten	171
II. Französisches Pensionsangebot an Kurmainz	174
III. Zur Einnahme Straßburgs	175
IV. Instruktion für die Kurmainzer Gesandten in Frankfurt	176
V. Die französischen Friedensbedingungen	180
VI. Kurmainzer Votum vom 8. VI. 1682	181
 Skizzen zur Sitzordnung auf dem Frankfurter Kongreß	 182
Quellenverzeichnis	186
Literaturverzeichnis	189

Beginn der Regierung von Anselm Franz von Ingelheim

1. Die Erzbischofswahl vom 7. November 1679

Am 26. September 1679 verstarb in Aschaffenburg plötzlich nach einer Regierung von nur wenigen Monaten der Mainzer Kurfürst Karl Heinrich von Metternich. Während die Trauerfeierlichkeiten noch andauerten, war das Intrigenspiel um die Nachfolge bereits in vollem Gange. Als eine der wichtigsten geistlichen Wahlen des Reichs war die Mainzer Erzbischofswahl stets von politischen Gesichtspunkten maßgeblich beeinflußt worden. (1) Auch in diesem Falle sahen sich die Kapitulare weniger vor einer personellen als einer politischen Entscheidung. Der große Gegensatz zwischen Österreich, beziehungsweise dem Kaiser und dem auf der Höhe seiner Macht stehenden französischen Königtum kam darin unverhohlen zur Auswirkung. Erst an zweiter Stelle ging es um die internen Mainzer Verhältnisse, die Gruppierungen innerhalb des Kapitels und die Beziehungen von Familien und Cliques untereinander. In welchem Maß politische Entwicklungen von einer geistlichen Wahl bestimmt werden konnten, sollte sich wenige Jahre später bei der Kölner Wahl von 1688 erweisen. (2)

Keiner der möglichen Kandidaten hatte im Kapitel einen solchen Anhang, daß seine Wahl von vornherein gesichert oder auch nur mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen gewesen wäre. In den folgenden Verhandlungen galt es daher, verschiedene Gruppen für einen Kandidaten zu gewinnen. Bei dieser Wahl trat zudem ein besonderes Moment in Erscheinung: Ungefähr zwei Wochen vor dem Tod Karl Heinrichs war auch der Domdechant verschieden. Die Neuwahl sollte noch vor der Erzbischofswahl erfolgen. Diese Tatsache konnte wegen der Bedeutung, die dem Domdechanten zukam, von erheblichem Einfluß sein, denn bei den Vorverhandlungen bot sich die Möglichkeit, eine Gruppe von Kapitularen für einen Bewerber zu gewinnen mit dem Versprechen, ihrem Anführer bei der Wahl zum Domdechanten behilflich zu sein. Als besonders aussichtsreich galt zunächst Christoph Rudolf von Stadion, der auch das Amt des Hofratspräsidenten bekleidete. (3) Er war auch der Kandidat der Familie Schönborn, die seit Johann Philipps Regierung in Mainz einen großen Einfluß besaß. (4) Bereits 1675 und 1679 (bei der Wahl Karl Heinrichs) hatte er beträchtliche Aussichten gehabt, auf den erzbischöflichen Stuhl zu gelangen. (5) Beide Male war es jedoch den kaiserlichen Wahlgesandten gelungen, seine Wahl zu verhindern, denn Stadion galt am kaiserlichen Hof als äußerst frankreichfreundlich. Dabei richteten sich diese Vorwürfe weniger gegen ihn selbst, als vielmehr gegen seinen Vater, der während seiner Tätigkeit am Regensburger Reichstag wiederholt das kaiserliche Mißfallen erregt hatte. Jedoch, so wurde dem Gesandten ausdrücklich anbefohlen, sollte er nur „unter der Hand“ gegen Stadion arbeiten und ihn für

1) Vergl.: Braubach, Politische Hintergründe der Mainzer Koadjutorwahl von 1670, und Niebecker, Beiträge zum Leben und Wirken Damian Hartards von der Leyen S. 1 ff.

2) Vergl.: Braubach, Kurköln. S. 81 ff.

3) AE, Cologne XIV, Dupré a. d. Hof 10. 11. 1679 und HHStA, Geistl. Wahlakten 24d, Konvol. 11, f. 251

4) HKA, Reichsäkten Fasz. 57 f. 2.

5) AE, Mayence XX, Foucher a. d. Hof 17. 2. 1682.

den Kaiser zu gewinnen suchen, wenn sich seine Wahl nicht verhindern ließe, denn einmal durfte man in diesem Fall den zukünftigen Kurfürsten von Mainz nicht zu sehr verärgern, dann aber mußte auch die Möglichkeit berücksichtigt werden, daß Stadions Bruder Aussichten hatte, nach dem Tod Peter Philipps von Dernbach Bischof in Würzburg zu werden. In dieser Stellung hätte er dem Kaiser beinahe noch mehr schaden können als ein Kurfürst von Mainz. (6)

Als weitere Kandidaten folgten: Anselm Franz von Ingelheim, der seit 1675 Statthalter in Erfurt war, Waldbott von Bassenheim-Bornheim, der Domscholaster von Metternich, Hoheneck und von der Leyen. (7)

Dupré, der französische Vertreter am kurkölnischen Hof, hatte in einer Depesche vom 3. Oktober dem König den Tod des Mainzer Kurfürsten gemeldet. (8) Am 10. Oktober berichtete er nähere Einzelheiten: Die besten Aussichten bei der Neuwahl habe Stadion, aber auch Metternich oder Bassenheim-Bornheim kämen in Frage. Um den 20. Oktober traf der Sohn des französischen Marschalls Belfonds in Mainz ein. Entgegen dem Verdacht des kaiserlichen Vertreters war er anscheinend jedoch nicht mit einer diplomatischen Mission betraut. (9)

Zum Vertreter der französischen Interessen wurde Wilhelm von Fürstenberg bestimmt, der erst vor kurzer Zeit aus der kaiserlichen Haft entlassen worden war. Am 31. Oktober traf er in Mainz ein. (10) Gerüchten zufolge sollte er eine Summe von hunderttausend écus bei sich führen, die eine Frankreich genehme Wahl erleichtern sollten. (11) Bei dieser Wahl, wie bei vielen andern, wurden von beiden Seiten, der französischen und der kaiserlichen, Vermutungen geäußert, daß die andere sich des Mittels der Bestechung bedient habe. Die französischen Quellen enthalten nicht den geringsten Hinweis darauf, daß Fürstenberg wirklich diese Summe zu seiner Verfügung gehabt oder sonstige Gelder ausgegeben hätte. Es ist jedoch bemerkenswert, daß bei den Wahlen von Würzburg und Bamberg von 1683 Ludwig XIV. bestimmte, daß im Gegensatz zu früher geübten Praktiken keine simonistischen Mittel in Anwendung kommen sollten. (12) Auf der kaiserlichen Seite entschied die Geheime Konferenz am 13. Oktober, daß die Wahl nicht durch geldliche Zuwendungen beeinflusst werden sollte, „wie aber solches gleichsamb eine Simonia ist, und bey sothanen wahlen bißhero, teste experientia, wenig seggen gewessen“. (13) Wenn auch die beiden großen Mächte auf alle Zahlungen verzichteten, bleibt die Möglichkeit offen, daß bei den internen Verhandlungen innerhalb des Kapitels und der interessierten Mainzer Kreise Geld trotzdem eine Rolle gespielt haben mag. Vor allem gegen Stadion wurden später solche Anschuldigungen erhoben. Beweise dafür oder dagegen sind freilich nicht zu erbringen.

Der Kaiser pflegte seit dem 16. Jahrhundert zu den Mainzer Erzbischofswahlen regelmäßige Vertreter zu entsenden. (14) Zwar hatte er in dieser Zeit keinerlei An-

6) HKA, Reichsakten Fasz. 57 f. 7.

7) HHStA, Geistl. Wahlakt. Fasz. 24 d. 7. 252, sowie AE, Cologne XIV, Dupré a. d. Hof 10. 10. 1679 und Wilhelm von Fürstenberg a. d. Hof 3. 11. 1679.

8) AE, Cologne XIV, Dupré a. d. Hof 3. 10. 1679.

9) HHStA, Reichskanzlei Ber. Reich Fasz. 11 Konvol. Landsee.

10) AE, Cologne XIV, Wilhelm v. Fürstenberg a. d. Hof 3. 11. 1679.

11) Ebd.

12) AE, Mayence XXII, Schreiben des Königs 29. 4. 1683.

13) HHStA, Geistl. Wahlakt. Fasz. 24d. Konvol. f. m. f. 254.

14) Feine S. 93.

spruch auf eine rechtliche Mitwirkung bei den Wahlen. Seine Beteiligung beschränkte sich ausschließlich auf das politische und diplomatische Gebiet, das heißt auf das Mittel von Verhandlungen, das in gleichem Maße auch den Vertretern der Reichsstände oder auswärtiger Mächte zur Verfügung stand. (15) Wenn der Straßburger Bischof Franz Egon von Fürstenberg in seinem Schreiben vom 25. Oktober 1679 an den französischen König (16) berichtet, daß gegen eine Kandidatur Stadions die kaiserliche "Exklusive" vorliege, so kann das lediglich bedeuten, daß der Kaiser auf diplomatischem, nicht auf rechtlichem Weg die Wahl Stadions zu verhindern suchte. Die ausdrückliche Anweisung an den kaiserlichen Vertreter, nur im Verborgenen gegen Stadion zu agieren, kann wohl als Bestätigung für diese Auffassung angesehen werden. Es war der kaiserlichen Diplomatie lediglich nicht gelungen, diese Absichten geheimzuhalten.

Der kaiserliche Vertreter am Kurmainzer Hof war zu dieser Zeit der Freiherr Johann Franz Dietrich von Landsee. Seine mehrjährige Tätigkeit an den rheinischen Höfen hätte ihn auch für die Aufgabe, den Kaiser bei der Wahl zu vertreten, geeignet erscheinen lassen können, aber die Geheime Konferenz beschloß, daß er sich während dieser Zeit zu einer Kur in Wiesbaden aufzuhalten habe. Die folgenden Gründe hatten sie zu diesem Entscheid veranlaßt:

Etliche Jahre zuvor hatte in Frankfurt der jüdische Bankier Abraham zum Drachen Bankrott gemacht. Unter anderen wurde dadurch auch die Familie Schönborn in Mitleidenschaft gezogen und geriet in erhebliche Geldschwierigkeiten. (17) In der Folgezeit war eine Kommission zur Klärung dieser Angelegenheit ernannt worden, der auch Landsee angehörte. Ihre Ermittlungen hatten Anlaß zu dem Verdacht gegeben, daß Stadion sich zusammen mit der Familie Schönborn der Hilfe des Bankiers bedient hätte, um 1675 seine Wahl zum Erzbischof herbeizuführen. Durch den Reichshoffiskal Sartorius, dem Landsee seine Berichte zuzustellen hatte, war dies wiederum Stadion und den Schönborns zu Ohren gekommen. (18) Aus der Erwägung heraus, daß gerade diese bei der bevorstehenden Wahl entscheidende Rollen zu spielen hätten, beschloß die Geheime Konferenz, den Grafen von Waldburg-Altheim (auch Althaaen geschrieben) nach Mainz zu entsenden. Er traf dort am 2. November ein. Am 3. hatte er eine öffentliche Audienz beim Kapitel, bei der die offizielle kaiserliche Wahlempfehlung verlesen wurde. Sie hatte lediglich allgemeinen Charakter und empfahl den Kapitularen eine fromme und patriotische Persönlichkeit zu wählen. (19)

Außer Stadion waren die Bewerber dem Kaiser nur wenig bekannt. Es fiel der Geheimen Konferenz daher schwer, sich für einen bestimmten zu entscheiden. Eine Kandidatur des Bischofs von Eichstätt, der in Mainz die Würde des Dompropstes innehatte und den Kaiser auf dem Regensburger Reichstag als Prinzipalkommissar vertrat, wäre zwar höchst wünschenswert gewesen, allein sie verbot sich durch sein hohes Alter von selbst. (20) Ingelheim war nicht unwillkommen. Wegen seiner Erfurter Tätigkeit galt er als politisch erfahren. Es kam hinzu, daß er zu

15) Ebd. S. 101.

16) AE, Cologne XIV Franz Egon a. d. König 25. 10. 1679.

17) HKA, Reichsgedenkbücher Bd. 497 f. 11, 19, 117, 128, 212; Bd. 498 f. 137, 143.

18) HHStA, Geistl. Wahlakt. Fasz. 24d f. 252

19) Mz StA, Memorialie Hattstein S. 184.

20) Ebd. Er hatte seit 1636 den bischöflichen Stuhl von E. inne und starb 1685.

allen sächsischen Höfen freundschaftliche Beziehungen unterhielt und dadurch vielleicht von Nutzen sein konnte. (21) Auch gegen den Domscholaster Wolf von Metternich, sowie gegen Waldbott von Bassenheim-Bornheim und Hoheneck wurden keine Einwände erhoben. (22) Landsee nannte lediglich Johann Friedrich von Eltz neben Stadion als unbedingt abzulehnen. (23)

Für Frankreich war dagegen gerade Stadion der einzige, von dem man sich, sollte er Kurfürst werden, einigen Nutzen versprach. Wilhelm von Fürstenberg bezeichnete ihn in seinem ersten Bericht an den König als: „ . . . un homme qui dans la vérité est à mon avis le seul pour qui Vostre Majesté pourroit avoir sujet de prendre quelque intérêt.“ (24) Sofort nach seiner Ankunft in Mainz hatte er versucht, mit Stadion Verbindung aufzunehmen, aber dieser hatte ihn gebeten, von seinem Besuch abzusehen, der ihm, — Stadion —, keinen Nutzen bringen könne, sondern ihn lediglich bei den Kapitularen kompromittieren würde. Daraufhin war Fürstenberg unter dem Vorwand, Familienangelegenheiten regeln zu müssen, nach Frankfurt weitergereist und beobachtete von dort den Verlauf der Ereignisse. (25)

Nach Ansicht Landsees konnte Stadion am 10. Oktober von insgesamt vierundzwanzig Stimmen auf sieben, seine eigene inbegriffen, rechnen. Auch Ingelheim würde sich wohl dieser Gruppe anschließen, da wenig Aussichten für ihn bestünden, selbst gewählt zu werden. Stadion versuchte auch Waldbott von Bassenheim-Bornheim zu gewinnen, indem er ihm seine Hilfe bei der Domdechantenwahl versprach. Gerüchten zufolge sollte ihn zudem die Familie Schönborn geldlich unterstützen. Auf jeden Fall erreichten seine Ausgaben für die Wahl eine solche Höhe, daß er sie unmöglich ohne fremde Hilfe, — Landsee dachte vornehmlich an Frankreich —, bestreiten konnte. (26) Drei Tage vor der Wahl, am 4. November, war es Stadion gelungen, sich dreizehn Stimmen und damit die Mehrheit zu sichern. (27) Am gleichen Tage jedoch wurde Fürstenberg durch den Oberhofmarschall von Schönborn benachrichtigt, daß eine Wahl Stadions völlig unmöglich sei. (28) Waldenburg hatte es durch geschickte Verhandlungen erreicht, daß sich zunächst ein Vetter Ingelheims von dieser Gruppe abwandte. Der spätere Kurfürst folgte ihm, als Waldenburg ihm versprach, ihm zu der Wahl zu verhelfen. Mit der Zusage, ihm die Domdechantenwürde zu verschaffen, gewann er außerdem Wolf von Metternich (29) und seinen Anhang. Welche Gegenmaßnahmen Fürstenberg ergriff, läßt sich nicht ermitteln, da die Depesche vom 8. November, in der er über die Ereignisse berichtete, im Archiv des Außenministeriums nicht vorhanden ist. (30) Er entsandte sofort seinen Sekretär, der mit Schönborn lange Verhandlungen führte. (31) Den weiteren Lauf der Dinge konnte er jedoch nicht hindern. Am 7. November wählte das Kapitel Anselm von Ingelheim.

21) Ebd.

22) Ebd. f. 252.

23) Reichskanzlei Berichte Reich Fasz. 11 Konvol. Landsee.

24) AE, Cologne XIV Wilh. v. Fürstenberg a. d. König 3. 10. 1679.

25) Ebd.

26) Reichskanzlei Ber. Reich Fasz. 11 Konvol. Landsee 7. 11. 1679.

27) Ebd.

28) AE, Cologne XIV, Fürstenberg a. d. König 4. 11. 1679.

29) Er wurde am gleichen Tag zum Domdechanten gewählt; Mz. StA Memoriale Hattstein S. 190.

30) Dies Schriftstück wird in einem weiteren Bericht vom 21. 11. erwähnt. Nachforschungen in allen in Frage kommenden Beständen verliefen negativ.

31) HHStA, Reichskanzl. Ber. Reich Fasz. 11, Konvol. Landsee 24. 11. 1679.

Was bedeutete dieser Ausgang der Wahl? Anselm Franz galt, obwohl der Wiener Hof seine Kandidatur zunächst nicht in besonderem Maß gefördert hatte, als kaiserlich gesinnt. Es wurde bereits auf das Dilemma hingewiesen, in dem sich die kaiserliche Diplomatie in der personellen Frage bei der Neuwahl befand. Jedoch ist es bezeichnend, daß dem Statthalter der spanischen Niederlande das Ergebnis als begrüßenswert durch einen Sonderkurier übermittelt wurde. (32) Landsee schrieb nach Wien: „Ew. May. gratulir in tiefster Submission allerunderthänigst, daß die allhiesige Churfl. wahl vermittels Göttlicher Gnaden zu deroselben allergnädigster Satisfaction außgeschlagen“. (33) Dupré dagegen berichtete: „L'eslection de l'archevesque de Mayence a surpris tout le monde et fait connoistre combien l'Empereur est présentement absolu dans l'Empire.“ C'est un homme entièrement attaché à ses intérêts qu'on a élevé à cette dignité.“ (34) Der kaiserliche Sieg bei der Wahl — als solcher ist der Ausgang ohne jeden Zweifel zu bewerten —, läßt eine solche Auffassung nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen. Ohne auf das Mittel der Bestechung zurückgreifen zu müssen, hatten die kaiserlichen Diplomaten es vermocht, die als gesichert geltende Wahl eines von Frankreich unterstützten Kandidaten zu verhindern. Dabei verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß Stadion befürchtete, ein Besuch Wilhelms von Fürstenberg könne seinen Interessen schädlich sein. Weiterhin ist für eine richtige Einschätzung der Ereignisse zu berücksichtigen, daß zu diesem Zeitpunkt bereits die Besetzung von Homburg und Bitsch durch französische Truppen erfolgt war, die den Auftakt zu der Reunionstätigkeit gab. Durch ein kaiserliches Kommissionsdekret vom 10. Oktober, also fast einen Monat vorher bereits, waren diese Vorgänge mit dem Ersuchen um eine Stellungnahme dem Reichstag mitgeteilt worden. Es stand also in diesem Augenblick an einer so wichtigen Stelle, wie es das Mainzer Erzbistum trotz allen Machtverlustes immer noch vornehmlich auf verfassungsrechtlichem Gebiet war, eine Persönlichkeit, von der sich der Kaiser zunächst einigen Nutzen erhoffen konnte. Die personelle Entscheidung war dabei zunächst nur für die internen Mainzer Verhältnisse von Belang. In der Erkenntnis, daß Ingelheim als einziger gegen Stadion vorgeschoben werden konnte, hatte Waldenburg nicht gezögert, diese Möglichkeit zu nutzen.

Anselm Franz war am 6. September 1634 in Köln geboren, wohin sich seine Eltern infolge der Kriegereignisse zurückgezogen hatten. Seine Kindheit verbrachte er zu einem großen Teil in Rüdesheim. Von 1657 bis 1659 unternahm er die übliche Kavaliersreise, die ihn über Nancy und Metz nach Paris führte. 1660 trat er in das Mainzer Domkapitel ein.

32) AE, Cologne XIV, Schreiben des Königs 17. 11. 1679 — wer den Kurier beauftragte und woher er kam, wird nicht angegeben.

33) HHStA, Reichskanzl. Ber. Reich Fasz. 11 Konvol. Landsee 7. 11. 1679

34) AE, Cologne XIV Dupré a. d. Hof — 11. 11. 1679

Im gleichen Jahre unternahm er zusammen mit dem Staatsrat Mehl eine Reise nach Wien zu einem Lehensempfang im Namen Johann Philipps von Schönborn. (35) Ebenfalls 1660 empfing er die Priesterweihe. 1666 lernte er auf einer Reise an den Oberrhein Franz Egon von Fürstenberg kennen. Seine Wahl wurde jedoch durch diese Bekanntschaft nicht beeinflusst. (36)

Anselm Franz schien entschlossen, eine selbständige Regierung zu führen. Anstatt sich mit vielen Räten zu umgeben, gedachte er höchstens einen oder zwei Berater zu den wichtigen Regierungsgeschäften hinzuzuziehen. (37) Diesen Entschluß hat er in der Folgezeit konsequent realisiert. Der einzige, der auf ihn einen entscheidenden Einfluß auszuüben vermochte, war sein Kanzler Konstantin von Bertram. Ihm jedoch gelang es, die Beschlüsse des Kurfürsten in einem solchen Maß zu lenken, daß es in zahlreichen Fällen fraglich bleibt, ob man von einer Politik des Kurfürsten oder aber Bertrams sprechen muß. (38) Der französische Gesandte in Mainz sieht in ihm denjenigen, „ . . . qui est capable de luy (Anselm Franz) faire faire tout le bien ou tout le mal qu'il voudra.“ (39) Er entstammte einer burgundischen Familie, die sich in Cleve niedergelassen hatte. Nach Beendigung seiner juristischen Studien trat er zunächst in neuburgische Dienste, wo er mit Stratmann, dem späteren kaiserlichen Hofkanzler, in Berührung kam. Als Syndikus des Domstiftes wirkte er anschließend in Worms, bis er sich nach Mainz wandte. Unter Johann Philipp war er von 1663 bis 1666 als kurmainzischer Direktorialgesandter am Reichstag tätig. 1666 wurde er Vizekanzler und 1670 Kanzler. (40) Es ist nicht leicht, über die Haltung dieser in höchstem Maße schillernden Persönlichkeit einigermaßen sichere Aussagen zu treffen: Jugendbekannter Stratmanns, durch zwei in kaiserlichen Diensten stehende Brüder stets in irgendeiner Form mit Wien in Kontakt, Gegner Boineburgs, der am Mainzer Hof als der Exponent einer frankreichfreundlichen Politik galt, (41) war gerade er es, der in der Folgezeit die Hinwendung des Kurfürsten zur französischen Seite bewerkstelligte, zumindest aber in entscheidender Weise dazu beitrug. Trotzdem wurde er im Jahre 1686 vom Kaiser zum Reichsfreiherrn erhoben. (42)

Auch seine Stellung innerhalb der internen Mainzer Gruppierungen ist nicht genau zu definieren. Landsee vermutete in ihm einen vorgeschobenen Vertreter der Stadien-Schönbornpartei. (43) Bertram selbst beklagte sich in seiner Rechtfertigungsschrift von 1695 (44) über die ständige Gegnerschaft gerade dieser Gruppe. Übrigens hatte sie es erreicht, daß er überhaupt wegen seiner Tätigkeit in den vorhergehenden Jahren unter dem Vorwurf einer das Reichsinteresse schädigenden Zusammenarbeit mit den französischen Diplomaten Verjus und Foucher zur Verantwortung gezogen

35) Werner III, S. 71 ff. und N. Müller S. 193 ff.

36) Reichskanzlei, Ber. Fasz. 11 Konvol. Landsee 7. 11. 1679.

37) Ebd. Landsee 24. 11. 1679.

38) AE, Mayence XXI, Foucher a. d. Hof 3. 9. 1682.

39) Ebd.

40) N.d.3. II, S. 170.

41) Mentz II, S. 271-273 und 274.

42) AE, Mayence XXV Foucher a. d. Hof 1. 8. 1686.

43) Reichskanzl. Ber. Reich. Fasz. 11 Konvol. Landsee 24. 11. 1679.

44) HKA, Reichsakt. Fasz. 57 f. 4.

wurde. (45) Obwohl Bertram in den achtziger Jahren bereits ungefähr fünfundzwanzig Jahre in Mainz tätig war, hatte er dort keinen nennenswerten Grundbesitz erworben, um sich, so behaupteten seine Gegner, im Notfall ohne große Verluste auf fremdem Territorium in Sicherheit bringen zu können. (46) Wie dem auch sei, zumindest geht aus den französischen Quellen hervor, daß er keine Gelegenheit, seinen persönlichen Besitz zu vermehren, ungenutzt ließ, und daß er sich bei der Ausrichtung der Mainzer Politik in beträchtlichem Maß, — wie viele seiner Zeitgenossen —, durch persönliche Vorteile leiten ließ. (47) Es wäre verfehlt, Anselm Franz als ein willenloses Werkzeug in den Händen Bertrams zu bezeichnen, denn in mehreren politischen Meinungsverschiedenheiten mußte Bertram seinen Willen beugen, aber man wird für die Beurteilung des Folgenden stets seinen Einfluß als einen sehr bedeutsamen Faktor im Auge behalten müssen.

Ein Randaspekt dieser Wahl, der die Vielschichtigkeit ihrer Bedeutung darlegt, verdient zum Abschluß dieses Kapitels eine kurze Erwähnung: Wenn die Familie Schönborn auch in Stadion ihren Kandidaten sah, hatte sie es trotzdem nicht versäumt, für alle Fälle ihre Vorkehrungen zu treffen.

Vor der Wahl hatte der Oberhofmarschall Melchior Friedrich von Schönborn, ein Bruder des späteren Kurfürsten Lothar Franz, mit Anselm Franz über eine eventuelle Heirat zwischen dessen Neffen Franz Adolf Dietrich von Ingelheim und einer seiner Töchter verhandelt. Ihre Vereinbarungen waren in einem Vertrag festgehalten worden, der die ausdrückliche Klausel enthielt, daß Schönborn in dem Falle, daß Anselm Franz nicht zum Kurfürsten gewählt würde, an seine Zusagen nicht gebunden wäre. Er enthielt außerdem das Versprechen, daß Anselm Franz in seinem Prozeß beim Reichshofrat wegen Abrahams vom Drachen (es handelte sich dabei um ein zivilrechtliches Verfahren, das mit dem eingangs erwähnten Vorgängen bei der Wahl von 1675 in keinerlei Zusammenhang stand) Beistand leisten würde.

Franz Adolf Dietrich jedoch hielt sich nicht an diese Abmachungen sondern heiratete mit Zustimmung seines Onkels eine Tochter der Familie Dalberg. Infolgedessen fühlte sich auch Anselm Franz nicht mehr an sein Beistandsversprechen gebunden. Damit begann eine Periode, in der der schönbornsche Einfluß stark zurückgedrängt wurde. Der sich daraus entwickelnde Gegensatz zwischen den Familien Ingelheim und Schönborn dauerte fast bis zum Ende der Regierungszeit dieses Kurfürsten an und wurde erst durch die Koadjutorwahl von Lothar Franz im Jahre 1694 beigelegt. (48)

45) Ebd. f. 5.

46) AE, Mayence XXV, Foucher a. d. Hof 1. 11. 1686.

47) AE, Mayence XXI, Foucher a. d. Hof 11. 7. 1682:

„Il seroit mesme du Service de Vostre Majesté de l'assurer (den Kurfürsten), qu'on luy payera bientost l'autre moitié de la pension qu'on luy a promise, et de faire dire ausssy à son Chancelier qu'on luy payera bientost l'autre moitié des quatre mill'e écus. Il est seul auprès de cet Electeur qui entende les affaires. C'est luy seul qui le détermine, il est intéressé et il est fort important de s'en assurer et de le gagner.“

48) Quelle für diesen ganzen Abschnitt:

HKA, Reichsakt. Fasz. 57 — Schrift Bertrams über die Mainzer Zustände seit Johann Philipp f. 8 ff. Zu den gegen ihn selbst erhobenen persönlichen Anschuldigungen, die Bertram in seiner Schrift summarisch zurückweist, gibt eine Notiz des französischen Gesandten (AE, Mayence XX, 9. 12. 1681, Ber. Foucher) näheren Aufschluß.

Demzufolge sollte er seine erste Frau beseitigt haben, um in zweiter Ehe die Mätresse des Kurfürsten — ihr Name wird nicht genannt — zu heiraten und so seinen Einfluß zu stärken, eine Nachricht, die, obwohl ihr Wahrheitsgehalt nicht nachgeprüft werden kann, zumindest zeigt, wessen man Bertram für fähig hielt.

II. Kurmainz und der Kaiser.

Einen Monat nach seiner Wahl wurde Anselm Franz zum ersten Mal vor eine politische Entscheidung gestellt, deren Tragweite über den engeren Rahmen des Kurfürstentums hinausging: Im Frühjahr 1679 war in Wien eine gemeinsame Gesandtschaft Polens und Rußlands erschienen. Sie teilte dem Kaiser mit, daß der Zar die Belastungen des Krieges gegen die Türken nicht länger tragen könne und sich daher gezwungen sehe, mit ihnen Frieden zu schließen. Dadurch bekämen sie jedoch freie Hand zu neuen Unternehmungen, die sich mit Sicherheit entweder gegen Polen oder die kaiserlichen Erblände richten würden. Die beiden Mächte schlugen daher dem Kaiser ein Defensivbündnis vor. Er stimmte im Prinzip zu, die Regelung von Einzelheiten des Vertrages wurde künftigen Verhandlungen überlassen. Im Dezember des selben Jahres erhielt Landsee die Anweisung, die rheinischen Kurfürsten davon in Kenntnis zu setzen, sie um ihre Stellungnahme zu bitten und womöglich zur Mitwirkung in einer noch zu bestimmenden Form zu veranlassen. Die an sie zu richtende Frage lautete, wie man sich „auf dem Rücken“ gegen alle französischen Friedenskontraventionen und Übergriffe schützen und den „punctum securitatis publicae et garantiae“ festlegen könne. (49)

Diese Probleme waren von höchster Bedeutung. Die Art der Fragestellung zeigt, daß die kaiserliche Politik künftige Konfliktstoffe vor allem an der Westgrenze des Reiches sah. Den Türken gegenüber beschränkten sich ihre Ziele darauf, daß ihre Kräfte auf dieser Seite nicht engagiert würden, um im Hinblick auf Frankreich völlige Handlungsfreiheit zu behalten. Kurmainz, ebenso wie den westlichen übrigen Reichsständen, hatte jedoch die jüngste Vergangenheit Anlaß genug gegeben, eine solche Entwicklung mit Besorgnis zu beobachten. Im Westfälischen Frieden war die Überprüfung und Neuordnung der Reichsmatrikel einem künftigen Reichstag zugewiesen worden. (50) Bisher war es indessen dem Kaiser nicht gelungen, die Stände dazu zu bewegen. Offenbar aber hielt man in Wien neue kriegерische Verwicklungen mit Frankreich in naher Zukunft für möglich.

Die endgültige Regelung des „punctum securitatis publicae“ war daher eines der vordringlichsten Ziele der kaiserlichen Politik. Auf dem Wege einer gänzlichen Neuordnung der Reichskriegsverfassung sollte für das Reich ein stehendes, wirklich einsatzfähiges Heer geschaffen und damit die kaiserliche Macht erheblich gestärkt werden.

Die Stellungnahme von Anselm Franz ist für seine spätere Politik von grundlegender Bedeutung. Landsee berichtete dazu an den kaiserlichen Hof, der Kurfürst habe die folgenden Bedenken geäußert:

„ . . . daß entweder die vorermelte beede Potentzen (Polen und Rußland) bei Ew. Kayl. May. solches Ansuchen mit Vorwißen der Cron Franckreich gethan haben würden oder nicht, fals das erstere sein solte, würde die sach umb so viel gefehrlicher sein, wo aber nicht, vermeinten Sie (kurfl. Gn), daß dan umb so viel ehender besagter Cron nachricht zu geben und dießes werck mit dero vorwißen einzugehen, alß bekant, in was schlechter defensionspostur Chur- und Fürsten ahm Rheinstromb derzeitigh begriffen und nimmermehr in dem stand sein werden, dafern Franckreich die ge-

49) HHStA, Reichskanzl. Ber. Reich Fasz. 11 Konvol. Landsee 12. 12. 1679.

50) Dickmann, S. 331 f. und Henniges II, S. 1271.

ringste Unruhe erwecken sollte, sich dagegen zu manuténiren, dahero man mehr besagter Cron zueinigem disgusto nicht die geringste Ahnlaß zu geben haben werde.“

(51) Wenn vielleicht auch zunächst der Gedanke naheliegt, daß Anselm Franz diese Gründe angeführt haben mag, um für seinen Staat eine zusätzliche Belastung zu vermeiden, so ist dem entgegenzustellen, daß das Kurfürstentum in dem vergangenen Krieg sehr gelitten hatte. Der französische Gesandte stellte im folgenden Jahre fest, daß die Kriegergebnisse, nicht zuletzt die Durchzüge brandenburgischer Truppen, Kurmainz so geschwächt hätten, daß es eine lange Friedenszeit benötigte, um ihre Folgen zu überwinden. (52) Die Gesamthöhe der Mainzer Kriegskosten wurde auf drei Millionen Gulden geschätzt. (53)

Als in einer ähnlichen finanziellen Situation Lothar Franz von Schönborn 1695 die Regierung antrat, betrugen die Jahreseinkünfte der Staatskasse 200.000 fl. Allein für die Hofhaltung wurden davon etwa 80.000 fl. verbraucht. (54) Die Aufwendungen für militärische Zwecke blieben daher auf das unbedingt erforderliche Minimum beschränkt. 1681 betrug die Gesamtstärke des „Heeres“ 1.800 Mann zu Fuß. (55) Neun Jahre später beim Ausbruch des sogenannten Pfälzischen Krieges konnte das Kurfürstentum höchstens 3.000 Mann unterhalten. (56) Die französische Besatzung von Mainz, die die Festung im Jahre 1689 zwei Monate lang verteidigte, zählte etwa 9.000 Mann. (57) Es war demnach lediglich eine realistische Einschätzung seiner Lage, die Anselm Franz veranlaßte, jede Möglichkeit für einen neuen Konflikt mit Frankreich sorgsam aus dem Wege zu räumen.

Die Beziehungen zwischen Kurmainz und dem Kaiser, die sich zunächst so gestaltet hatten, daß der Wiener Hof sich von dem neugewählten Mainzer Erzbischof einigen Nutzen erhoffen zu dürfen glaubte, erfuhren bald eine erste Trübung. Der Anlaß war an sich nebensächlicher Art, aber die Mainzer Reaktion zeigte, daß vor allem die leitenden Minister freundschaftlichen Beziehungen zum Kaiser keinen allzu großen Wert beimaßen, und daß unter ihnen eine Stimmung herrschte, die seine Erwartungen erheblich dämpfen mußte. Während der Mainzer Sedisvakanz war es bei der Verwaltung des Reichsdirektoriums zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Weiterhin hatte der Direktorialgesandte Arnold von Hörnick (58) die Neuwahl nicht in gebührender Form angezeigt, und schließlich hatte er seine neue Vollmacht lediglich durch den Sekretär der Mainzer Gesandtschaft den kaiserlichen Vertretern überbringen lassen. (59) Auf die Beschwerde des Kaisers beim Kurfürsten hin wurde um der Form halber eine Untersuchung eingeleitet, Hörnick übersandte ein Rechtfertigungsschreiben und dieses wurde Landsee ohne jede Förmlichkeit durch einen Kanzleiboten ins Haus gebracht. (60)

51) Ebd.

52) AE, Mayence XX Foucher a. d. Hof 30. 9. 1680.

53) Ebd. ders. 23. 4. 1681.

54) Wild, S. 60

55) HHStA, Reichskanzl. Ber. Reich. Fasz. 11 Konvol. Taafe 19. 3. 1681.

56) AE, Mayence Foucher 2. 10. 1688

57) Werner III, S. 85 ff.

58) Arnold von Hörnick, ein Sohn des Rektors der Mainzer Universität Ludwig v. H., war seit 1676 als kurmainzischer Gesandter am Reichstag tätig. Er starb in Regensburg am 6. 9. 1682. Moser Teutsch. Staater. 45, Kap. 10 § 71.

59) Reichskanzl. Ber. Reich Fasz. 11 Konvol. Landsee 25. 12. 1679.

60) Ebd. 16. 1. 1680.

In einer Zeit, für die alle Zeremoniellfragen von großer Bedeutung waren, verstand es sich von selbst, welche Haltung dadurch zum Ausdruck gebracht wurde. Zu der Vermutung, daß der Kurfürst selbst bereits einen Monat nach seiner Wahl sein Verhalten dem Kaiser gegenüber völlig revidiert hatte, liegt kaum ein Anlaß vor, die Frage nach einem echten Motiv läßt sich schwerlich beantworten. Landsee glaubte den Verantwortlichen in dem Kanzler Bertram sehen zu können, von dem er annahm, daß er mit der Gruppe um Stadion und Schönborn in engem Kontakt stünde. (61) Gerade sie aber war wider Erwarten in den Wochen nach der Wahl erneut zum Zug gekommen. Zunächst hatte sie es erreicht, daß Johann Friedrich von Eltz am 4. Dezember als Metternichs Nachfolger zum Domscholaster gewählt wurde. (62) Der Kurfürst glaubte sich Stadion wegen der Wahl verpflichtet (63) und zeigte ihm ein gewisses Entgegenkommen. Dies ging soweit, daß er im November 1680 Stadion zum Lehensempfang nach Wien entsandte. (64) Landsee war aus den bereits dargelegten Gründen in diesen Kreisen höchst unbeliebt. Auch der Kurfürst selbst war über ihn wegen seines Verhaltens bei der Wahl verärgert. (65) Eine so einflußreiche Gruppe wie Stadion, Schönborn und ihre Partei, der sich dem Anschein nach auch Bertram angeschlossen hatte, bevor seine Stellung weiter gefestigt war, hatte es nicht allzu schwer, wenn sie einen ihr genehmen politischen Kurs durchsetzen wollte. Landsee sah daher mit einigem Pessimismus in die Zukunft und machte daraus in seinem abschließenden Bericht über Mainz keinen Hehl. (66)

Nur falls einige der einflußreichen Persönlichkeiten gestürzt würden, ergäben sich für den Kaiser neue Möglichkeiten.

61) Ebd. Vergl. Anm. 41.

62) MzStA, Memoriale Hattstein S. 210 und HHStA Ber. Reich Fasz. 11, Konvol. Landsee 24. 11. 1679.

63) Ebd.

64) S. Anm. 66 und HHStA, MEA Korrespondenz - Wiener Gesandtschaft Fasz. 58, Konvol. Stadion.

65) AE, Mayence XX Foucher a. d. Hof 30. 9. 1680 und Cologne XIV an W. v. Fürstenberg 21. 11. 1679: „... Je ne laisse pas d'espérer que par vostre industrie, vostre zèle et vostre application vous vous servirez avantageusement de la mauvaise conduite et de la violence dont les ministres de l'Empereur se sont servis dans cette occasion.“

66) Reichskanzl. Ber. Reich. Fasz. 11 Konvol. Landsee 27. 9. 1680:

„Wie Ihre Churfl. Gn. zu Mayntz oder vielmehrers diejenigen Ministri, so daselbst das ruder führen, gegen Ew. Kayl. May. den Kayl. Hof und dero hohe Ministros, als welche man durchgehends ahn diesem Hoff zu verschimpffen und zu mortificiren trachtet, da Sie doch wieder selbst aigenes verhoffen erlangte dignität und Chur negst Gott bloß Ew. Kayl. May. zuzuschreiben haben, gesinnet seyen, fürchte ich sehr, Gott gebe daß ich irren möge, falls daß Ministerium bey denen, So es biß dahin in Händen gehabt, continuiren solte, daß man sich von dießem Hof eben nicht dessen, was man sonst ahnfenglich gehoffet dürffet versehen, woll aber wie Ew. Kayl. May. und dero Ministris ich bereits zu verschiedenen mahlen allergehorsamst überschrieben, zu befahren haben, daß nach meiner abreis die Cron Franckreich dahier wiederumb einen beständigen Ministrum, ohnangesehen Ihre Churfl. Gn. meine amotion von dem Rheinstromb unter dem praetext solcher frantzösischer Absckickung zu verhindern so eiffrig begehret, ... abschicken, und den Hof auff dero Seithe zu lencken suchen werde, welches ich umb so viel mehres befahre, als Ew. Kayl. May. auß der ... instruction des Mr. d'Angeau (Dangeau war im Jahre 1673 nach Mainz entsandt worden. Seine Instruktion, datiert vom 28. 2. 1673, enthielt genaue Angaben zu den einzelnen Mainzer Persönlichkeiten. Vergl. Badalo - Dulong S. 190 Anm. 2 und S. 191) allergnedigts ersehen haben werden, wie süß den Chur-Mayntztischen und ebendenselbigen Ministris, welche anietzo die Vornembste am bredt, die frantzösische pensionen geschmeckt, und muß ich bekennen, daß mir nicht wenig nachdenklich vorkommen, daß Ihr Churfl. Gn. den von Stadion ... zu Empfangung der Lehen und nicht etwa dero Vettern, den von Ingelheimb oder sonst einen andern guth Kayserlich gesinnten Capitularen abgeordnet haben.“

Jedoch in dem Zeitraum vom Mai 1680 bis zum März des folgenden Jahres muß in einem nicht näher zu fixierenden Augenblick erneut eine Wende in der Mainzer Politik eingetreten sein. Der zitierte Bericht Landsees läßt die Frage offen, in welchem Maß der Kurfürst selbst von der kaiserfeindlichen Strömung am Hof ergriffen war. Lediglich seine Umgebung war sich darin einig. Diese Einigkeit aber muß in dieser Zeit auseinandergebrochen sein. Einzelheiten dazu sind nicht zu ermitteln. Es sei in diesem Zusammenhang jedoch an die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Familien Ingelheim und Schönborn erinnert. (67) Auch in der Haltung Bertrams muß sich ein Wandel vollzogen haben. In seinem mehrfach zitierten Memorial schreibt er, da der Kurfürst außer ihm keinen Berater zu den wichtigen Staatsgeschäften hinzugezogen habe, sei er zum Gegenstand der Eifersucht Schönborns geworden. (68) Als es zum Bruch der Familien Ingelheim und Schönborn gekommen sei, habe man ihm dieses zur Last gelegt. (69) Als weiteres Motiv muß berücksichtigt werden, daß durch die Reunionen Gebiete betroffen wurden, auf die Kurmainz Ansprüche hatte. Die erste Reaktion darauf war beim Kurfürsten derart heftig, daß der französische Gesandte einige Mühe hatte, ihn von einer Klage beim Reichstag abzuhalten. (70) Zumindest brachte die politische Neuorientierung des Kurfürsten es mit sich, daß er noch einmal enger mit dem kaiserlichen Hof zusammenarbeitete. Seit dem Jahre 1679 war es um den „punctum securitatis publicae“ nicht mehr still geworden. Im Januar 1680 erlangte Hörnick die Gewißheit, daß es nun damit Ernst werden würde. (71)

Zunächst plante die kaiserliche Partei, diesen Gegenstand mit ausdrücklichem Bezug auf die von Frankreich her drohenden Gefahren am Reichstag proponieren zu lassen. Anselm Franz erhob sofort entschiedenen Einspruch. (72) Ein solches Verfahren, so befürchtete er, mußte für sein Land erhebliche Gefahren heraufbeschwören. Verjus, der französische Gesandte am Reichstag, bemühte sich eifrig, um bei den westlichen Reichsständen derlei Befürchtungen wach zu halten. (73) Wie kritisch diese Materie in der Tat war, zeigt ein kurpfälzischer Vorschlag dazu. Diesem zufolge sollte zwar darüber beraten, jedoch lediglich das Conclusum schriftlich fixiert werden, und die Protokollierung der einzelnen Voten unterbleiben. (74) Inzwischen war durch ein kaiserliches Kommissionsdekret am 17. Januar ein Reichsgutachten über allgemeine und technische Fragen der Reichskriegsverfassung beantragt worden. Zwar versuchte dieses Schriftstück den Anschein zu erwecken, daß die Frage der Sicherheit des Reiches lediglich im Hinblick auf die wachsende Türkeengefahr zur Diskussion gestellt würde. (75) Jedoch ein doppelter Hinweis darauf, daß die Einhaltung des Friedens von

67) Vergl. S. 10.

68) HKA, Reichsakt. Fasz. 57 f. 6.

69) Ebd. — 11.

70) AE, Mayence Foucher a. d. Hof 1. 1. 1681.

71) HHStA, MEA Reichstagsakt. Fasz. 255 Ber. Hörnick 13. 1. 1681 f. 9.

72) Ebd. Schreiben d. Kurf. 14. 2. 1681 f. 73.

73) „ . . . und lassen sich, wie man sagt, Mr. Verjus vernehmen, sein König sehe gar wohl, daß man wieder lusten zu einem neuen krieg habe, er werde aber solange nicht warten, biß man in verfassung stehe, sondern zeitlich zugreifen, wo man sichs am wenigsten versehe.“ Ebd. Ber. Hörnick 27. 2. 1681 f. 100.

74) Ebd.

75) Vergl. den Text bei Londorp XI, S. 279 f.

Nimwegen garantiert werden sollte, (76) ließ völlig klar werden, was der eigentliche Anlaß war, denn um diesen und den Westfälischen Frieden ging es ja bei den sogenannten „Friedenscontraventionen“, den Reunionen. Im einzelnen sollte das Reichsgutachten zu folgenden Punkten Stellung nehmen:

1. Gesamtstärke des zu schaffenden Reichsheeres. 2. Festlegung der Anteile der einzelnen Reichskreise. 3. Einrichtung einer gemeinsamen Kriegskasse. 4. Beiträge der Reichskreise. Es folgten eine Reihe weiterer Einzelheiten, wie die Schaffung eines Generalstabs und die Organisation der Artillerie und des Proviantwesens. Zum Schluß wurde noch einmal betont:

„ . . . damit gar nicht dahin abgezielet wird, auff daß das Römische Reich unnöthiger Dingen in die Waffen und Unkosten gebracht, oder einer benachbarten Potenz die geringste Jalousie gegeben, sondern einzig und allein wie schon hieoben gemeldet worden, die gemeine Rettung und Sicherheit auff allen Nothfall erhalten werden möge . . .“ Die Mainzer Politik war somit in eine schwierige Situation gebracht worden. Vor die Wahl gestellt, sich entweder für den Kaiser oder aber für Frankreich zu entscheiden, mußte sie abwägen, ob sie sich für eine Förderung der Reichskriegsverfassung und damit für eine Maßnahme, die unter Umständen für das Land große Gefahren mit sich bringen konnte, oder für ihre Verhinderung einsetzen sollte, die sie mit dem Odium des mangelnden „Patriotismus“ belastet hätte. Der Kurfürst entzog sich der Entscheidung, indem er einen Mittelweg suchte. Hörnick wurde am 21. Januar angewiesen, erst zur Proposition zu schreiten, wenn alle Gesandten instruiert seien. (77) Mit der gebührenden Vorsicht taktierend sollte er sich an den Voten der Vorstimmenden orientieren (78) und im übrigen auf den „Glimpf“ seines Herrn bedacht sein. (79)

Eine weitere Behandlung wurde zunächst verzögert dadurch, daß ein Großteil der Gesandten noch nicht im Besitz seiner Instruktionen war. Aber nachdem der Hannoveraner als letzter seine Anweisungen erhalten hatte, konnte das Direktorium die Proposition nicht länger verzögern. Am 31. März erhielt Hörnick erneut die Erlaubnis dazu, jedoch wurde ihm ausdrücklich anbefohlen, sich auf das Drängen des Kaisers

76) Ebd.: „Also befinden Sie hingegen die unumgängliche Nothdurfft zu seyn, damit das gesambte Römische Reich daß Friedens und Ruhestandes beharrlich genießen, und niemand wider mehr gemelten Friedens Inhalt bedruckt, sondern wider die unbillliche Aggressores auff jeden begebenden Fall zu keines Beleidigung, wol aber zu der in allen Rechten erlaubten Defension die nothwendige Anstalten gemachet, das Römische Reich in gute Positur und Verfassung gestellt und dann diejenige, welche solches anzufechten begehren möchten, von Bewerckstellung ihres unverantwortlichen Beginnens desto mehr abgehalten werden könnten . . .“

77) HHStA, MEA Reichstagsakt. Anweisung an Hörnick 21. 1. f. 13.

78) Bei Abstimmungen im kurfürstlichen Kolleg hatte Mainz die letzte Stimme; vergl. Exkurs 1.

79) HHStA, MEA Reichstagsakt. Fasz. 255 Schreiben des Kurf. 3. 2. 1681:

„Alß hegen wir zu Dir das gnedigst vertrauen, du werdest dich wegen des entwurfs dergestalt vorsichtig und dextre zu gebrauchen wissen, wie es etwa und nach angehörten vorstimmen Unser und Unser Ertzstifts gelegenheit, Convenientz und glimpf erfordert, und kanstu solchemnach, wan übrige auch instruiert sind, mit der proposition und deliberation fortfahren und gegen die Kayl. Commission, sowohl Österreichische Gesandtschaft alle verträwlichkeit contestirn, dich aber auch dabei dergestalt behuthsam verhalten, damit wir nicht unzeitig und unnöthiger Ding in Gefahr und weiltäufigkeit geraten.“ Sowie ebd. Schreiben des Kurf. 21. 2. 1681: „In puncto securitatis ist Dir Unser Meinung bekannt, . . . wir versichern Uns aber, du werdest selbige gehörig neheim halt. (en) und also mesnagiren, wie es Unser und Unser Ertzstifts nothurfft und gegenwertige Gefahr erfordert, dha zumahlen leicht zu ermessen, daß denen negstgesessenen schwerer fallen würde, sich in eine solche armatur zu engagiren . . .“.

und der Reichsstände zu berufen, die das Reichsdirektorium zur Ausübung seiner Amtspflichten nötigten. (80) Dadurch glaubte Anselm Franz Verjus gegenüber eine ausreichende Erklärung bei der Hand zu haben. Der folgende Zusatz in dem kurfürstlichen Schreiben bringt dies deutlich zum Ausdruck:

„... allermåßen du dan derentwegen deine entschuldigung gegen den Verjus wohl ahngeschickt hast.“ (81) Am gleichen Tage hatte Hörnick bereits in Befolgung des ersten Befehls vom 21. Januar die Proposition vorgenommen und sich dabei so verhalten, daß alles vermieden worden war, was den Kaiser oder Frankreich hätte „choquiren“ können. (82) Wie aus dem Protokoll der Sitzung im Kurfürstenkolleg hervorgeht, (83) hatte er sich in der Tat bei seinen Formulierungen um größte Vorsicht bemüht und berief sich, um die Propositionen zu rechtfertigen, auf „schier tägliche“ Mahnungen der kaiserlichen Kommission. Unter den Voten verdient das pfälzische herausgegriffen zu werden. Mit einem Hinweis auf die gefährdete Lage des Kurfürsten behielt es sich vor, erst nach Anhören der übrigen Meinungen eine endgültige Entscheidung zu treffen. (84) Die Anführung dieses Votums zeigt, daß die Furcht vor einem möglichen französischen Eingreifen sich nicht auf Kurmainz beschränkte. Gerade die Kurpfalz mußte dazu einigen Grund haben, denn sie war durch die Reunionen besonders schwer betroffen worden. (85) Hörnick griff in seinem umfangreichen Votum zunächst auf die Vorgeschichte der jetzigen Bestrebungen zurück, um nachzuweisen, daß es eine „materia innocua“ sei, deren Behandlung durch die Landfriedensexekutionsordnung, die Reichs- „Constitution“ und den Westfälischen Frieden gerechtfertigt werde.

Ebenso wie diese Einführung waren auch die folgenden Sätze durch die Rücksicht auf Frankreich diktiert:

„... alß möge umb so viel weniger von jemanden Uebel genommen werden oder gedeutet werden, wan das Reich contra quoscunque aggressores et versus omnes mundi plagas gleich andern potenzen auff alle nothfälle, so guth es könne, seine Sicherheit zu stabiliren trachte, . . .“. Im weiteren führte er aus, daß Einigkeit die erste Voraussetzung für das Gelingen des Unterfangens sei, daß alle ohne Ausnahme die Reichsbeschlüsse befolgen sollten, und daß die geplante Verfassung nur zum Besten des Reichs gedacht und gegen niemand gerichtet sei. Wenn Einigkeit erzielt und die Präliminarschwierigkeiten behoben wären, dann wolle man in die Diskussion der Einzelheiten eintreten, bis dahin jedoch müsse sein Herr sich „alle fernere Nothdurfft“ vorbehalten. Das folgende Conclusum besagte, daß das kurfürstliche Kolleg im Prinzip sich zu der „quaestio an“ positiv entscheide. Die Einzelheiten sollten in weiteren Verhandlungen geregelt werden.

In der Tat hatte sich Hörnick bemüht, auf den „Glimpf“ seines Herrn bedacht zu sein.

80) Ebd. Schreiben des Kurf. 31. 3. 1681 f. 140.

81) Ebd.

82) Ber. Hörnicks 31. 3. f. 141.

83) Ebd. f. 142 ff.

84) Ebd.: „Wegen der Specialpuncten, so in dem Kayl. Commissions decreto enthalten, seye man nit instruiert, maßen leichtlich zu erachten seye, daß höchstged. Ihr. Churfl. Gn., so auff den Gräntzen gesessen und leyder bißhero wenig securitet in dem Ihrigen gewesen, grosse Ursach hetten, in diesem Haupt punct behuetsamb zu gehen und Ihrer Mitständ guthalten vorhero zu vernehmen.“

85) Vergl. Londorp XI, S. 62, 66-67, 68 und 86.

Er hatte sich Verjus gegenüber zu rechtfertigen gesucht, mit dem Aufruf zur Einigkeit sich dem Kaiser verbindlich gezeigt und schließlich diesem, trotz der vorsichtig verklausulierten Formulierung, mit der prinzipiellen Zustimmung einen wichtigen Dienst geleistet. (86)

In der Zwischenzeit war der Graf Taafe in kaiserlichem Auftrag im Reich umhergereist, um über Truppenwerbungen und die Regelung des „puncti securitatis“ zu verhandeln. Am 19. März berichtete er von Mainz (87), er habe dem Kurfürsten die kaiserlichen Wünsche vorgetragen und ihn vor allem darauf hingewiesen, „... daß meiste Chur- und Fürsten sich auff Ihn bezogen, auch mich adhortirt, ich solte Ihnen Churfürsten dahin vermögen, daß er sich deß puncti securitatis publicae mit ernst und eiffer annehme mit der versicherung, daß sie Ihn mit alle kräftten secundiren würden.“ In seiner Antwort bemerkte Anselm Franz, daß er zwar wegen der Situation seines Landes zu gewissen Rücksichten gezwungen sei, jedoch betonte er: „Wenn es zum werck kommen sollte, daß er der gantzen welt zeigen würde die sincerität seiner intentionen gegen das gemeine weßen,“ sowie daß kein „vernünftiger Fürst Cron frantzösisch seyn“ könne, weil dies mit der „Libertäd“ nicht zu vereinbaren sei. Auch Bertram gab Taafe ähnliche Versicherungen. Auf dessen Frage, ob Mainz sich nicht in eine „particular verfassung“ stellen, das heißt, eigene Truppen anwerben wolle, bedauerten beide, dazu in keiner Weise im Stande zu sein. Jedoch der Kurfürst gab ihm eine in höchstem Maße interessante Zusicherung: „Sollte aber von Ihr. Kayl. May. die allergn. anschaffung geschehen, damit dem Churfürsten die annoch zurückständigen subsidien, welche, wie sie praetendiren, sich auff ungefähr $\frac{m}{50}$ (50.000) fl. belaufen, bezahlt werden, **wollten sie solches gern, und was sie sonst zusammenbringen könnten. auff eine armatur anwenden** und haben sich verlauten lassen, sie könnten sich wegen des künftigs in nichts einlassen, biß wegen des vergangenens satisfaction geschehen wäre.“ Damit trat Anselm Franz in Verpflichtungen ein, die gerade weil sie nicht realisiert werden konnten, seine Haltung in grundsätzlicher Weise bestimmten. Seine Zusage war eindeutig: Unter der Bedingung, daß ihm der Kaiser eine finanzielle Unterstützung gewähren würde, war er bereit, eigene Truppen aufzustellen. Es mag verfehlt sein, Spekulationen darüber anzustellen, welchen Lauf die Ereignisse der folgenden Jahre genommen hätten, wenn dieser Plan zur Ausführung gelangt wäre. Eines jedoch kann vielleicht mit einiger Sicherheit gesagt werden, nämlich, daß es für die kaiserliche Politik ein nicht zu unterschätzender positiver Faktor gewesen wäre, wenn ein so bedeutender Platz an der Westgrenze des Reiches wie die Festung Mainz eine kaiserlich gesinnte, zuverlässige und ausreichende Besatzung gehabt hätte. Die Befürchtungen, die Anselm Franz Frankreich gegenüber hegte, entsprangen bei ihm ebenso wie bei den andern westlichen Reichsständen zu einem beträchtlichen Teil aus dem Gefühl der Schutzlosigkeit. Vielleicht hätte ihm die kaiserliche Hilfe diejenige Sicherheit vermittelt, die ihn Frankreich gegenüber eine andere Politik hätte führen lassen. Es könnte sich der Einwand erheben, daß diese Zusage nur gegeben wurde, um den Kaiser zur Zahlung der Rückstände zu veranlassen. Jedoch auch die Geheime Konferenz erkannte durchaus die Notwendigkeit kaiserlicher Hilfe an. Wenn sie nicht geleistet wurde, so hatte dies einen sehr realen Grund in dem äußerst schlechten

86) Vergl. Anm. 85.

87) HHStA, Reichskanzl. Ber. Reich. Fasz. 12 Konvol. Taafe, Bericht 19. 3. 1681.

Zustand der kaiserlichen Finanzen. (88) In gewisser Hinsicht ist die Mainzer Lage ein Beispiel für die Zustände in der Mehrzahl der rheinischen Fürstentümer zu diesem Zeitpunkt. Vom Kaiser nicht unterstützt, blieb ihnen einfach keine andere Möglichkeit als die Anlehnung an Frankreich. Daß zudem die französischen Gelder als ein zugkräftiges Motiv gewirkt haben, kann nicht bestritten werden. Der Gedanke ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß dies erst eine sekundäre Erscheinung war und vielleicht nur als die angenehme Seite eines Zustandes begriffen wurde, den zu ändern nicht im Bereich der eigenen Macht lag.

In Regensburg nahm inzwischen, nachdem alle Instruktionen eingegangen waren, die Behandlung der Reichskriegsverfassung ihren Fortgang. Am 19. April wurde das Conclusum der Fürsten durch Österreich veröffentlicht. (89) Es sprach sich dafür aus, zunächst ein Heer von insgesamt 60.000 Mann aufzustellen, das drei Jahre lang beständig unterhalten werden sollte.

Einen Monat später erfolgte die Einigung der beiden Kollegien. Das dazu formulierte Conclusum wich von dem fürstlichen Vorschlag vor allem darin ab, daß die Gesamtstärke auf 40.000 Mann festgelegt wurde. Davon sollten 28.000 auf die Fußtruppen, 10.000 auf die reine Kavallerie und 2.000 auf die Dragoner entfallen. (90) Für den Bedarfsfall verpflichteten sich die Stände, weitere 20.000 Mann aufzubringen. Am 30. August wurde das Reichsgutachten dazu durch die Diktatur (91) veröffentlicht. (92) Es enthielt zudem die Aufteilung der Beiträge auf die einzelnen Kreise. Die meisten Punkte des Kommissionsdekretes vom 17. Januar blieben jedoch noch zu behandeln. Im Lauf der folgenden Ereignisse wurde dies vereitelt, und so blieb die Reichskriegsverfassung unabgeschlossen und gelangte nicht zur praktischen Auswirkung. (93)

88) HHStA, Reichskanzl. Ber. Reich. Fasz. 12 Konvol. Taafe „Referat auf des Gr. Taafe berichten vom 19. und 29. Martii 1681 cui annexum votum de 20^o Aprilis 1681.“:

„Hieby haben die gehorsambste deputirte betrachtet, daß der Status sich inmittels insofern geändert . . . (das punctum securitatis ist in Beratung gestellt worden) . . . auch daß Chur Mayntzischer Director beherzt herausgegangen und das Reichsgutachten negstens zu erwarten seye. Wie aber nicht ohne ist, daß die Churmaintzische als Churtrierische Lande dergestalten situirt. daß dem König von Frankreich solche gleichsamb stündlich anzufallen, auch wegen ermangelnder Gegenverfassung oder abgehenden selbsteigenen Kräfften zu vergewaltigen ohnverwehrt bleibt. . . . Allein ist nur zuviel bekannt, daß Ew. Kayl. May. Hofkammer und Kriegs-Cassa dergestalten erschöpft, daß man zur beförderung dero aigenen Armada und allergn. resolvirten Werbungen die nothdurfft zu bestreiten nicht wohl vermag, zu geschweigen, daß man anderstwhin Subsidiengelder versprechen solle . . . Bey dergleichen bedauerlichen Umständen nun wissen die gehorsambste Deputirte nichts andres einzuraten, dan daß von der löblichen Hofkammer, wie es mit den von Chur-Mayntz prätendirten Subsidiën bewandt? nachgeschlagen . . . werde.“ (Beschluß durch Schwarzenberg, Hoher und Königseck).

89) Londorp XI, S. 301.

90) Ebd. 304, 13. 5. 1681.

91) Zur Bedeutung der Diktatur s. Exkurs 1.

92) Text bei Jähns S. 133.

93) In mehrfacher Hinsicht stellt der Entwurf zur Reichskriegsverfassung etwas völlig Neues dar. Bemerkenswert ist vor allem die starke Beteiligung der Kreise. Die von Süß vertretene Auffassung, daß es seit 1681 nur noch Kreiskontingente gegeben habe, entspricht jedoch kaum dem wahren Sachverhalt. Die Reichskriegsverfassung läßt keinen Zweifel darüber, daß zwar die gesamte militärische Ordnung in jeder Hinsicht auf den Kreisen fußen, aber in der Reichsarmee ihre Vollendung finden sollte. Vergl. dazu auch Dirr S. 29 ff. und Fester S. 14.

III. Die Aufnahme von Beziehungen zu Frankreich.

Am 23. September 1680 traf in Mainz der französische Diplomat Foucher als „envoyé extraordinaire“ ein. Noch am gleichen Tag empfing er in seinem Quartier einen offiziellen Besuch des Oberhofmarschalls von Schönborn, den er in seinem Bericht als „digne neveu de Mr. l'Electeur de Schonborn“ schilderte. (94) Er fand allgemein einen guten Empfang, von dem er glaubte, ihn zum Teil den Empfehlungen Wilhelms von Fürstenberg verdanken zu müssen. (95) Zumindest stellte er fest: „On augmenteroit plus tost sous le règne de Mr. l'Electeur les choses en l' honneur de V. Mté. que l'on penseroit à les diminuer.“ (96) Es sei daran erinnert, daß zu dieser Zeit, fünf Monate nach der Abreise Landsees, sich kein kaiserlicher Vertreter in Mainz aufhielt. Lediglich der Graf von Hohenlohe berichtete von Frankfurt aus über die dortigen Vorgänge. (97) Aus den wenigen Gesprächen, die Foucher vor seiner Audienz beim Kurfürsten zu führen Gelegenheit hatte, hörte er heraus, daß die Stimmung des Hofes seinem Unternehmen nicht ungünstig sei, sondern daß es Mainz durchaus darauf ankomme, gute Beziehungen zu dem französischen König zu unterhalten. (98) An einem der ersten Oktobertage fand die offizielle Antrittsaudienz beim Kurfürsten statt. Nachmittags um vier Uhr wurde Foucher von einer kurfürstlichen Karosse in seiner Wohnung abgeholt und zum Schloß geleitet. Dort begleiteten ihn einige Hofbeamte zum Kurfürsten. (99) Ihm übergab er sein Legitimations-schreiben und hatte mit ihm eine kurze Unterhaltung, die über die gegenseitigen Höflichkeitsbezeugungen nicht hinausging. Welches aber waren die eigentlichen Ziele, um derentwillen er nach Mainz entsandt worden war? Seine vom 20. August 1680 datierte Instruktion gibt darüber Auskunft. (100)

Die Vorbereitungen für die Behandlung der Reichskriegsverfassung am Reichstag hatten in Frankreich einige Besorgnis erregt. Die Instruktion Fouchers zeigt dies bereits in den ersten Sätzen. Ein Hinweis, daß die Neuregelung der „Reichsarmatur“ die Fürsten unmerklich wider ihren Willen in einen neuen Krieg verwickeln könnte, gehört zu der Methode von Drohungen und Versprechungen, die Verjus ebenfalls anwandte. Sie war eines der beliebtesten Mittel der französischen Diplomatie. Auch die Behauptung, daß es nur an dem König gelegen habe, wenn er die militärische Situation nicht weiter für seine Zwecke ausnutzte, war rein propagandistischer Natur. In Wirklichkeit war auch die Lage Frankreichs nach dem Nimweger Frieden nicht ganz so gut, wie es die Instruktion wahrhaben wollte. Im Jahre 1678 hatte sich die

94) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 23. 9. 1680.

Foucher, geboren 1622, verbrachte sein Leben in königlichem Dienst und nahm an zahlreichen diplomatischen Missionen teil. Im Jahre 1653 reiste er nach Portugal und England zu Verhandlungen über die Heirat der portugiesischen Königin. (AE, Mayence XXVI f. 197). 1677 erneut nach Portugal entsandt, hatte er die Aufgaben, Portugal zum Eintritt in den Krieg zu veranlassen und eine Heirat der Infantin mit dem Prinzen Conti zu vermitteln. (AE, Portugal XVI Ber. Foucher 16. 8. 1677). Er blieb dort bis zum Frühjahr 1680. Nach seiner Tätigkeit in Mainz ging er als Botschafter nach Florenz (1689-1694) (Recueil des Instr. XVI, S. 527). Er starb am 23. 3. 1712 im Alter von 90 Jahren. (Répertoire historique et biographique II, S. 461)

95) Ebd.

96) Ebd., Ber. Foucher 30. 9. 1680.

97) Bis zum Ausbruch des Krieges 1688 blieb Mainz ohne kaiserlichen Gesandten.

98) Ber. Foucher 30. 9. 1680.

99) AE, Mayence XX, Extrait du Journal de Mr. Foucher 15. ff.

100) Vergl. Text im Quellenanhang.

Gesamtstärke des französischen Heeres auf 280.000 Mann belaufen. Aus der Notwendigkeit heraus, eine solche Belastung so bald wie möglich zu vermindern, war die Hälfte davon entlassen worden. Lediglich die Kader der aufgelösten Einheiten blieben erhalten und wurden dem Rest der Truppen — 140.000 Mann — eingegliedert. (101) Auf dem diplomatischen Sektor war Frankreich fast isoliert. England hatte sich an Spanien angenähert, Schweden wandte sich ebenfalls von Frankreich ab, — die Reunion von Zweibrücken hatte dazu erheblich beigetragen. Es scheint, daß ohne diese Isolierung Louvois einem weiteren Krieg ohne Zweifel den Vorzug gegeben hätte. Erst als er darauf verzichten mußte, griff er zu dem Mittel der Reunionen, um die französische Macht zu erweitern. (102) Im Reich hatte seit dem Frieden von 1648 Frankreich sich bemüht, die Rolle eines Garanten der deutschen „Libertäten“ zu spielen. Auch die Instruktion nahm in gewisser Weise Rücksicht auf diese Tradition und betonte, daß während vieler Jahre das gute Verhältnis der Reichsstände zu Frankreich die stärkste Grundlage ihrer Sicherheit gewesen sei. Gerade Kurmainz aber scheint den französischen Wünschen nicht ganz entsprochen zu haben, denn es sei, so lautet die Instruktion, bis dahin eng mit dem Hause Österreich verbunden gewesen, und Hörnick habe sein möglichstes getan, um den französischen Interessen zu schaden.

Auch die Instruktion für Verjus vom 31. Juli 1679 hatte schon ähnlich gelaute. (103) Damals sollte es der Einfluß Wilhelms von Fürstenberg bewirken, daß Hörnick angewiesen würde, „d'allier bride en main“. Bereits in seiner Denkschrift über die Zustände am Reichstag vom 8. Januar 1680 (104) konnte Verjus berichten, daß Hörnick in der Tat sein Verhalten geändert habe, und daß er ihm „toutes les civilitez dont il peut s'aviser“ erweise. (105) Dies wird verständlich, wenn man diese Veränderung mit den im zweiten Kapitel geschilderten Vorgängen vom Dezember 1679 in Beziehung bringt. Der zweite Umschwung in der Reichstagspolitik, auf den die Instruktion Fouchers Bezug nimmt, zeigt sich in der Behandlung der zahlreichen Klageschriften der durch die Reunionen geschädigten Stände durch das Reichsdirektorium. (106) In völligem Widerspruch dazu steht dagegen ein kurpfälzisches Votum, das Mainz beschuldigte, alle Maßnahmen zu deren Schutz zu vereiteln. Der Vergleich mit der französischen Auffassung läßt nur die Erklärung zu, daß dies durch die Differenzen der beiden Kurfürsten bedingt war.

Zunächst sollte sich Fouchers Tätigkeit darauf beschränken, die allgemeine Stimmung am Hof zu erkunden und dem König darüber einen genauen Bericht zu erstatten. Es war jedoch zu erwarten, daß es nicht lange dauern würde, bis man in Mainz auf den Gegenstand zu sprechen kommen würde, der die Beziehungen zwischen dem Reich und Frankreich stark belastete, die bereits erwähnten Reunionen. Es ist bisher nicht gelungen, die juristische Situation, in der sie erfolgten, einwandfrei zu

101) Rousset III, S. 5.

102) Ebd. S. 6.

103) *Recueil des Instructions* XVIII, S. 57.

104) AE, Allemagne 282, f. 151 ff.

105) Ebd. — 152.

106) Vergl. *Londorp* XI, S. 61-67.

klären. Der § 70 des Münsterer Vertrages (107) hatte Frankreich die Bistümer Metz, Toul und Verdun, sowie „eorumque episcopatum districtus“ überlassen.

Beide Seiten hatten sich auf diesen unklaren Ausdruck geeinigt, in der Absicht, damit nichts von ihren Forderungen aufzugeben. (108) Ähnlich unklar war durch die §§ 73, 74, 79 und 87 die Regelung in Elsaß. Wenn auch durch den § 87 „Teneatur tamen Rex Christianissimus“ die Einschränkung gemacht wurde, daß Frankreich nicht mehr übertragen werde, als die Rechte, die bis dahin von dem Hause Habsburg ausgeübt wurden, nämlich die Vogteirechte, sind damit schwer die vorhergehenden Paragraphen zu vereinbaren, durch die, — so nimmt Legrelle an (109) —, das gesamte Gebiet mit allen Rechten abgetreten wurde. Beiden Seiten war klar, daß es darauf ankam, wer seine Rechte durch die größere Macht geltend machen könnte. In den Verhandlungen um den Nimweger Frieden hatten die kaiserlichen Gesandten versucht, eine Klärung zu Gunsten des Kaisers herbeizuführen, aber durch den 2. Artikel des Vertrages war der Friede von Münster bestätigt worden, als ob er Wort für Wort aufgenommen wäre, außer daß Philippsburg an den Kaiser und Freiburg an Frankreich abgetreten wurde. (110) Durch die Abreise Colberts lösten die Franzosen die Exekutionsverhandlungen auf, ohne die von ihnen besetzten Plätze geräumt zu haben. (111) 1679 forderte der französische Oberlandvogt Montclar von den zehn Städten einen Treueid, die Errichtung eines Appellationsgerichtes in Hagenau wurde geplant und alle Beiträge zum Reichskammergericht verboten. (112) Gleichzeitig nahm der „conseil supérieur“ von Breisach juristische Untersuchungen vor und erklärte am 22. März 1680 die französische Souveränität im Elsaß für dauernd (constante, (113) im September 1679 nahm Humières Bitsch ein, das von vierzig oder fünfzig Mainzer Soldaten besetzt war. (114) Zur selben Zeit nahmen seine Truppen Homburg in Besitz, das unter kurtrierischer Sequesterverwaltung stand. Die Begründung dafür lautete, die Festung sei indirekt eine Dependenz des Bistums Metz. (115) In verschiedenen Kommissionsdekreten (23. Juli, 12. August, 2., 10. und 20. Oktober, 29. November und 23. Dezember, hatte die kaiserliche Prinzipalkommission dem Reichstag von diesen Vorgängen Mitteilung gemacht. (116)

Am 7. Februar 1680 wurde ein diesbezügliches Conclusum des Kurfürsten- und Fürstenkollegs veröffentlicht. (117) Es stellte fest, daß durch den Paragraphen „Teneatur“ die reichsunmittelbaren Stände im Elsaß von der französischen Souveränität ausgenommen seien. Was die drei Bistümer anbetraf, so habe man sie zwar

107) Dickmann S. 283 ff. Schulte — S. 285 — hat den französischen Anspruch prinzipiell bestritten. Eine andere Auffassung wird vertreten für Lothringen von Kaufmann und von Legrelle für das Elsaß. Dickmann hat gezeigt, daß die einschlägigen Bestimmungen des Westfälischen Friedens mit Absicht von der französischen Delegation gegen den Widerstand der kaiserlichen unklar formuliert waren. Hält man sich jedoch ausschließlich an den Vertragstext, so muß man Frankreich zumindest einen Teil seiner Forderungen zubilligen.

108) Kaufmann S. 38 ff.

109) Legrelle S. 42 ff. sowie Dickmann S. 221 ff.

110) Sagnac-St.-Léger, S. 179 f. und Auerbach, Empire S. 190 ff.

111) Kommissionsdekret 2. 10. 1679, PE, S. 232 — CLXXVI.

112) Kommissionsdekret 23. 12. 1679, ebd. S. 238 — CLXXVII.

113) Sagnac-St.-Léger S. 255.

114) Rousset III, S. 12-13.

115) Londorp X, S. 747.

116) Vergl. Londorp XI, S. 20.

117) Ebd.

mit ihrem „districtus“ abgetreten, jedoch sei Frankreich nicht berechtigt, die Herrschaft über die außerhalb von districtus und Territorium gelegenen Besitzungen der Vasallen zu beanspruchen. Am 9. Februar 1680 gelangte das Reichsgutachten zu dem gleichen Gegenstand zur Diktatur. (118) Inzwischen war kaiserlicherseits auch bei dem französischen Gesandten in Wien, Vitry, Einspruch gegen das französische Vorgehen erhoben worden. Seine Antwort lautete, er sei nicht instruiert, man möge sich an Verjus wenden. Dieser jedoch hatte sich, um alle Verhandlungen zu verhindern, vorsorglich noch nicht legitimiert. (119) Währenddessen wurden am Reichstag unablässig neue Klageschriften eingereicht von Pfalz-Zweibrücken, Hanau, der Kurpfalz, den Grafen von Leiningen, der Reichsritterschaft im Elsaß, Kurtrier und zahlreichen andern. (120) Am 27. Juli richtete der Reichstag an den französischen König ein Schreiben, in dem er gegen die Annexionen protestierte und erneut die durch das Reichsgutachten vom 9. Februar festgelegten Standpunkte zur Frage der Reichsunmittelbaren im Elsaß und der drei Bistümer vertrat. (121) Am gleichen Tage wandte er sich in einem weiteren Schreiben an den König von England, gab ihm eine Schilderung der Vorkommnisse und bat in seiner Eigenschaft als Friedensgarant um seine Vermittlung. (122)

Wenn, wie mit Sicherheit zu erwarten war, Foucher in Mainz um seine Stellungnahme zu all diesem gebeten würde, sollte er sich den Anschein geben, lediglich seine private Meinung zum Ausdruck zu bringen, nämlich daß es ihm erstaunlich vorkomme, daß man überhaupt diese Punkte wiederaufnehmen wolle, nachdem sie endgültig durch den Frieden von Nimwegen geklärt seien.

Wenn der Reichstag sie nun erneut aufgreife, so könne das nur bedeuten, daß man damit einen neuen Krieg heraufbeschwören wolle. In welchem Maße aber Mainz und andere Reichsstände gerade dieses fürchteten, wurde bereits dargelegt. Im übrigen, so sollte Foucher fortfahren, könne es zwar wohl zu diesem Kriege kommen, aber es sei ausgeschlossen, Frankreich das Geringste seiner Erwerbungen wieder zu nehmen, denn es sei wohl bekannt, wie wenig der Kaiser im Stande sei, auch nur den Aufstand seiner eigenen Untertanen zu beenden.

Dieser Hinweis bezog sich auf die Unruhen in Ungarn, die seit einigen Jahren die kaiserliche Regierung in eine schwierige Situation gebracht hatten. Im Jahre 1672 war in Ungarn eine Revolte ausgebrochen, die sich nicht unterdrücken ließ, religiöse und politische Motive leiteten in gleichem Maß die Aufständischen. Zunächst hatten sich die Feindseligkeiten auf eine zusammenhanglose Guerillatätigkeit und Vergeltungsmaßnahmen der kaiserlichen Truppen beschränkt. Im Sommer 1678 war jedoch insofern eine Wende eingetreten, als die bis dahin meistens getrennt operierenden einzelnen Gruppen einen gemeinsamen Führer erhielten in dem jungen Emmerich Tököly. Militärische Erfolge des Kaisers bestimmten ihn jedoch, zu Beginn des Jahres 1679, sich zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit zu finden. Als sie ergebnislos abgebrochen wurden, flackerten im Frühjahr 1680 die Kämpfe erneut auf. Sie wurden durch weitere Verhandlungen unterbrochen, die ebenfalls keine end-

118) Ebd. S. 49.

119) Vergl. Prutz, Jena S. 389 ff.

120) Vergl. Londorp XI, S. 62 ff.

121) Ebd. S. 80 ff.

122) Ebd. S. 84 ff.

gültige Lösung brachten, aber man einigte sich darüber, sämtliche Beschwerden der Aufständischen auf einem Reichstag zu behandeln, der für das Jahr 1681 in Aussicht gestellt wurde. (123)

Spanien, so fährt die Instruktion fort, sei nicht in der Lage, den französischen Armeen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. England aber, — anscheinend hatten die Stände wegen des Briefes an den englischen König gehofft, von dort Hilfe zu erhalten —, sei durch innere Kämpfe so beansprucht, daß es zu einem wirksamen Eingreifen überhaupt nicht in der Lage sei. Die Partei des Herzogs von Monmouth, eines illegitimen Sohnes von Karl II., behaupte öffentlich, seine Mutter sei rechtmäßig mit dem König verheiratet gewesen. Dadurch wurde er für die Thronfolge ein Gegenkandidat des Herzogs von York, des katholischen Bruders des Königs. In London seien Flugschriften gegen den König und den Herzog von York in Umlauf gesetzt worden. Wahlen hätten eine große Stimmenmehrheit für die Gegner des Königs erbracht.

Dem Reich bleibe also keine andere Möglichkeit, als den König Ludwig im Besitz seiner Erwerbungen ungestört zu lassen. In diesem Falle sei er bereit, mit den Ständen gute Beziehungen zu unterhalten und ihnen, — vielleicht sollte dieser Hinweis auf die Türken bezogen werden —, in Situationen, die für das Reich in seiner Gesamtheit von viel größerer Wichtigkeit wären als die Reunionen, Beistand zu leisten. Der Mainzer Kurfürst sollte daher in seiner Eigenschaft als Reichserzkanzler und Reichsdirektor alle Bestrebungen vereiteln, die das Reich zum Bruch mit Frankreich führen könnten. Dafür könne er der Erkenntlichkeit des Königs versichert sein, der ihm gern „fühlbare Beweise“ (*des marques sensibles*) dafür geben würde. „Fühlbare Beweise“ aber sind in der Sprache der französischen Diplomaten durchweg materielle Zuwendungen irgendwelcher Art.

Schließlich sollte Foucher versuchen, die Spannungen zwischen Mainz und der Kurpfalz, die um die von der Pfalz an der Bergstraße abgetretenen Besitzungen entstanden waren, ebenso auszunutzen wie ein mögliches Wiederaufleben des Wildfangstreits. Auch die Bischöfe von Worms und Speyer, die an dieser Angelegenheit gleichfalls interessiert waren, könnten vielleicht dadurch gewonnen werden, daß man ihnen Frankreichs Unterstützung zusagte.

Am 7. Oktober hatte Foucher eine erste Begegnung mit Bertram. Dieser zeigte sich zwar sehr zuvorkommend, betonte jedoch, daß Mainz an sich gerne zur Freundschaft mit Frankreich bereit sei, aber um die Erhaltung des Friedens fürchte, der dem Kurfürsten sehr am Herzen liege. (124)

Fouchers besonderes Interesse galt der Frage, ob im Zeremoniell ihm gegenüber die gleichen Formen gewahrt würden, wie es bei den Vertretern des Kaisers geschah, und er konnte nach Versailles berichten, daß man in Mainz in der Tat darauf achte, ihn in diesem Punkt völlig zu befriedigen. (125)

Im übrigen jedoch bewahrte Anselm Franz eine abwartende Haltung. Er versicherte lediglich immer wieder, wie sehr ihm daran gelegen sei, den Frieden zu erhalten. Auf die vorsichtige Frage Fouchers, was er zu tun gedenke, wenn jemals der Frieden

123) Redlich S. 288-292.

124) AE, Mayence, Ber. Foucher 7: 10. 1680.

125) Ebd.

in Gefahr gerate und ein Krieg auszubrechen drohe, bemerkte er, in diesem Falle werde er sich derjenigen Seite zuwenden, die ihm und seinem Land den besten Schutz böte, bis dahin jedoch sei er nicht bereit, irgendwelche Bindungen einzugehen. (126)

Gegen Ende Oktober erschien in Mainz ein elsässischer Adelige namens Turken, der dem Kurfürsten die Beschwerden seiner Standesgenossen vortrug und ihn als Reichserzkanzler um Hilfe bat. (127) Zwar erhob Foucher sofort Einspruch und wies darauf hin, daß der gesamte elsässische Adel nur bei den französischen Kammern Klage führen dürfe, aber nach einigem Zögern erklärte Anselm Franz sich zur Hilfe bereit. (128)

Inzwischen war auch Mainz, wenn auch teilweise indirekt, durch die Reunionen betroffen worden. Zu den französischen Forderungen gehörte auch das Amt Meisenheim, auf das Kurmainz seinerseits Ansprüche geltend machte. Foucher erbat sich beim Hof Instruktionen zu dieser Frage und riet gleichzeitig, auf die Reunion zu verzichten, um Mainz nicht zu einer Klage beim Reichstag zu veranlassen. (129) Es wurde ihm jedoch mitgeteilt, daß Meisenheim bereits annektiert sei. Zudem, so lautete die Weisung, treffe Mainz auch die Reunion der Grafenschaft Falkenstein, denn ein Teil des Zitadellengeländes gehöre zu deren Territorium. (130) Beide Fragen blieben zunächst in der Schwebe.

In den folgenden Monaten bot die Mainzer Politik ein wenig klares Bild. Anselm Franz versuchte es erneut mit einem recht gewundenen Mittelweg, wie es schon zahlreiche seiner Vorgänger geübt hatten, nicht zuletzt Johann Philipp. Klare Erfolge gab es für Foucher zunächst nicht zu erzielen. Daher spielte er in seinen ständigen Bemühungen um die Gewinnung des Mainzers zunächst eine Karte aus, die sich für etliche Generationen französischer Diplomaten als ein wertvoller Trumpf erwiesen hatte: der Gegensatz zwischen Reichs- und habsburgischer Hauspolitik. Immer wieder, bald eindringlich, bald beiläufig, bedeutete er dem Kurfürsten und seinem Kanzler, daß das Reich sich nicht um die Angelegenheiten des Hauses Habsburg zu kümmern brauche. Der Kaiser denke nur daran, wie er Spanien unterstützen könne, das Reich sei ihm gleichgültig. (131) Die Fürsten müßten daher für sich selbst sorgen. Nichts aber sei vorteilhafter für Kurmainz als das enge Zusammengehen mit Frankreich. Der Kurfürst gab sich zumindest den Anschein, den Gedanken Fouchers zuzustimmen, und versicherte ihm, auch er sei überzeugt, daß im Reich nur egoistische Absichten am Werk seien. Er aber würde sich davor hüten, für die spanisch-österreichischen Ziele, die mit den Reichsinteressen nichts gemein hätten, eingespannt zu werden wie beispielsweise der Würzburger. (132) Der Bischof von Würzburg und Bamberg, Peter Philipp von Derbach, galt seit langem als einer der zuverlässigsten Parteigänger des Kaisers im Reich. Seit Beginn des Jahres 1680 entfaltete

126) Ebd.

127) AE, May. XX. Ber. Foucher 21. 10. 1680; die Schreibweise des Namens ist möglicherweise, wie oft bei deutschen Namen in französischen Akten, fehlerhaft. Es könnte sich um „Türkheim“ handeln.

128) Ebd. Ber. Foucher 11. 12.

129) Ebd. Ber. Foucher 28. 11.

130) Ebd. Weisung an Foucher 28. 12. 1680.

131) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 18. 11. 1680

132) Ebd. Ber. Foucher 11. 12.

er eine rastlose Aktivität zur Neuregelung der Reichskriegsverfassung. (133) Umso befremdlicher erschien es Foucher, daß trotz der Mainzer Beteuerungen zwischen beiden Höfen ständig ein lebhafter Kurierverkehr unterhalten wurde. (134) In Versailles gab man seinen Vermutungen, daß Anselm Franz eine doppelgesichtige Politik führe, voll und ganz recht. Ja, man zweifelte sogar nicht, daß die Beschwerden die Foucher am Mainzer Hof gegen die Direktorialführung Hörnicks vorbrachte, in Wirklichkeit für den Kurfürsten und Bertram höchstes Lob bedeuteten. (135) In diesem für ihn nicht besonders erfreulichen Bild glaubte der französische Diplomat jedoch zumindest ein Indiz gefunden zu haben, das für die Zukunft einigen Erfolg hoffen ließ, die offensichtliche Habgier des Kurfürsten und vor allem des Kanzlers. (136) Zunächst freilich blieb ihm nichts anderes übrig als abzuwarten, was die kommende Entwicklung bringen würde. Es ist bereits auf die Hoffnung hingewiesen worden, die die Stände auf den englischen König setzten. Wenn er auch auf ein entscheidendes Eingreifen in die Streitigkeiten zwischen dem Reich und der französischen Krone verzichtete — oder verzichten mußte —, so demonstrierte er immerhin sein Interesse an den Vorgängen, indem er zu Beginn des Jahres 1681 einen Vertreter zu den rheinischen Kurfürsten und Fürsten entsandte, der aber im wesentlichen nur zu einer unverbindlichen Sondierung allgemeinen Charakters beauftragt gewesen sein dürfte. Zwar deutete Bertram Foucher an, er komme mit einem weitgehenden Hilfsangebot (137) — gerüchteste war von Subsidien für die rheinischen Stände in der beträchtlichen Höhe von 300.000 fl. die Rede —, aber die innere Situation Englands und seine Zurückhaltung in den folgenden Jahren geben einige Berechtigung zu der Vermutung, daß Bertram möglicherweise auf seine eigene Initiative hin bei Frankreich den Eindruck erwecken wollte, es fehle dem Reich durchaus nicht an mächtigen Verbündeten. Vielleicht ist sogar der Verdacht nicht ganz unbegründet, daß er auf diese Weise den Wert eventueller eigener Hilfeleistungen für die französische Politik steigern wollte. Der Kurfürst zeigte sich dem Engländer recht zurückhaltend, soweit es Foucher in Erfahrung bringen konnte, und dieser reiste nach einigen Tagen weiter.

Wenig später bot sich dem französischen Gesandten erneut Anlaß zur Besorgnis denn der Graf von Taaffe traf als kaiserlicher Beobachter in Mainz ein. Vorsichtshalber schlug Foucher schärfere Töne an und malte dem Mainzer Hof aus, was geschehen könnte, wenn es zum Krieg käme. Das Erzstift müsse unfehlbar Schauplatz der Kampfhandlungen werden; sein Ruin und die völlige Auflösung sei dann unausweichlich. (138) Das Ergebnis der Verhandlungen Taafes sei entsprechend ausgefallen, glaubte er nach Versailles berichten zu können. Anselm Franz habe Taaffe vor Augen gestellt, daß er nicht das geringste gegen Frankreich unternehmen könne. Auch das kaiserliche Angebot, der Familie Ingelheim Münzrechte zu verleihen und sie in den Reichsgrafenstand zu erheben, habe seine Entscheidung nicht beeinflussen können. (139) Hinter diesen dem Franzosen mit dem Anschein höchster

133) Dirr. S. 29 ff.

134) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 11. 12.

135) Ebd. Weisung 18. 12. 1680

136) Ebd. Ber. Foucher 9. 12. 1680

137) Ebd. Ber. Foucher 10. 2. 1681

138) Ebd. Ber. Foucher 3. 3. 1681

139) Ebd. Ber. Foucher 24. 3. 1681

Aufrichtigkeit und höchster Vertraulichkeit vorgebrachten Erklärungen blieb das wirkliche Ergebnis der Verhandlungen Taafes völlig verborgen. (140) In den folgenden Wochen ließ der Versailler Hof es an Vorwürfen, Mainz arbeite im stillen für die Reichskriegsverfassung, ebensowenig fehlen wie an Versprechungen:

„ . . . leur faisant voire à propos les cieux ou les enfers . . . “. (141) Anselm Franz jedoch blieb unbeirrt in seinen vorsichtigen Bemühungen und verstand es, sich in den Augen der Franzosen glaubhaft den Anschein zu geben, als sei er bei der endgültigen Entscheidung um die Reichskriegsverfassung von der Mehrheit mitgerissen worden. Foucher konnte dem Kanzler nur den Vorwurf eines allzu schwachen Widerstandes (d'une trop foible résistance) machen. (142)

140) Vergl. S. 19-21

141) AE, a. a. O. Ber. Foucher 14. 4.

142) Ebd. Ber. Foucher 26. 5. 1682

Der Frankfurter Kongreß

1. Die Einberufung des Kongresses von Frankfurt

Der Frankfurter Kongreß der Jahre 1681 und 1682 gehört in die Reihe diplomatischer Zusammenkünfte der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, denen die bisherige historische Forschung nur selten ihre Aufmerksamkeit zugewandt hat. Ohne einen so dramatischen Schlußakt zu haben wie der Kölner Kongreß einige Jahre zuvor, der durch die Entführung Wilhelms von Fürstenberg am 14. Februar 1674 gesprengt wurde, (1) blieb er ebenso arm an positiven Ergebnissen. Es scheint daher kaum verwunderlich, wenn er im Rahmen der Reunionsgeschichte eine durchweg negative Bewertung erfahren hat. (2)

Es ist nicht der Sinn der vorliegenden Arbeit, in einem Abschnitt die vollständige Geschichte des Frankfurter Deputationstages zu bieten. Sie soll vornehmlich diejenigen Aspekte der vielfältigen Verhandlungen aufzeigen, die für die Beziehungen von Frankreich zu Kurmainz und dessen Stellung im Reich bedeutsam sind.

Die Ereignisse um die Konferenz sind zwei streng zu unterscheidenden Sphären einzuordnen, und es ist nur dann möglich, zu ihrer angemessenen Würdigung zu gelangen, wenn dieser Dualismus ständig beachtet wird: auf der einen Seite die Ebene internationaler Beziehungen, wo sich das Römische Reich und das französische Königstum begegnen, auf der anderen der höchst komplexe Bereich innerdeutscher Verflechtungen, den Stoff zu einer Vielzahl von Konflikten bergend, die die Deputierten fast ebenso stark beschäftigten wie das „hauptwerck“, die Einigung mit Frankreich. Wenn diese Bereiche auch in der wertenden Betrachtung zu trennen sind, so bedeutet das nicht, daß jedes einzelne Ereignis klar dem einen oder anderen zuzuweisen wäre. Häufig findet sich ein doppelter Bezug, denn mit dem ihr eigenen Geschick verstand es die französische Diplomatie auch in Frankfurt, sich in ihrer Taktik den Gegebenheiten innerhalb des Reichs anzupassen und sie für ihre Ziele zu nutzen. Den Reichsdeputierten mag es oft unklar gewesen sein, welcher der beiden Ebenen der Vorrang gebührte. Es besteht kein Zweifel daran, daß in der Zeit des territorialen Pluralismus die Anliegen des einzelnen Standes mit denen des Reichs in ernsthafte Konkurrenz treten konnten. So bildet der Frankfurter Kongreß einen Punkt, in dem die Fäden innerdeutscher und internationaler Problematik zusammenlaufen und schlaglichtartig erhellt werden.

Die Initiative zu dem Treffen ging von der französischen Seite aus. Am 8. und 11. Januar 1681 hatte der Graf von Mansfeld, der kaiserliche Gesandte am französischen Hof, nach Wien gemeldet, Außenminister Colbert de Croissy habe ihm am 7. Januar in königlichem Auftrag mitgeteilt: „ . . . daß Se. Königl. Majestät auf dessen bey letzter Audienz gethanes ferner weithes Anbringen eine sonderliche Reflexion gemacht habe und liege seinem König nichts so hoch ob, als Ihro Kayserlicher Majestät seine aufrichtige Freund- und guthe Nachbarschafft im Werck selbst zu bezeigen,

1) Vergl. Braubach, Kurköln S. 43 ff.

2) Vergl. Kaufmann, S. 257 ff.

zu dessen Bekräftigung seye er, der König, erbietig gewisse Deputatos zu benennen und selbige in eine in dem Römischen Reich gelegene Stadt, als Speyer, Worms, Mayntz oder Franckfurt (wohin man sich hierüber vergleichen würde) zu schicken, welche mit den Kayserlichen über ein und andre noch übriggebliebene Strittigkeit sich zu vernehmen und zu vergleichen, Vollmacht haben würden". (3) Zu den Einzelheiten der Verhandlungen erklärte Colbert de Croissy weiterhin: „Daß seynes Königs Meynung seye, daß der Nimwegische Friedensschluß allda in allen Puncten auff festen Fuß gestellt und zur beständigen Sicherheit bestätigt werden soll.“ (4) Als Mansfeld verlangte, daß als Voraussetzung für solche Verhandlungen alle von den Reunionen betroffenen Stände von ihren dem französichen König geleisteten Eiden bis auf weiteres entbunden werden, und die Kammern von Metz und Breisach ihre Tätigkeit unterbrechen müßten, erhielt er zur Antwort, vom Tag des Zusammentretens der Deputiertenkonferenz an würden die beiden Kammern weitere Reunionen zunächst nicht aussprechen. Sein Bericht vom 11. Januar bestätigte die französische Zusage dahingehend, daß vom Kongreßbeginn an in Breisach und Metz alles im Status quo verbleiben solle. (5)

Am 27. Februar erklärte in einem Reichsgutachten der Reichstag seine Zustimmung zu den geplanten Verhandlungen. (6) Ohne „Praejudiz und Nachtheil“ seien die Vorbereitungen bald in Angriff zu nehmen. Der Kaiser möge durch seine Vermittlung die von Frankreich angebotene Einstellung der Reunionen veranlassen. Ein weiteres Reichsgutachten vom 1. März (7) stellte es dem Kaiser anheim, sich mit dem französischen König über den Termin und den Tagungsort zu einigen. Gegen Ende des gleichen Monates wurden die Reichsdeputierten bestimmt:

1. Kurmainz, 2. Kursachsen, 3. Österreich, 4. Bamberg, 5. Bayern (als Mitglied des Fürstenkollegs), 6. Pfalz-Lautern, 7. ein Mitglied des fürstlich-sächsischen Gesamt-hauses (später entschieden: Sachsen-Weimar), 8. ebenso aus dem Hause Braunschweig (später entschieden: Braunschweig-Kalenberg), 9. Stadt Köln und 10. Stadt Regensburg.

In Mainz stand man von vornherein dem französischen Verhandlungsangebot recht interessiert gegenüber. Foucher fiel es nicht schwer, vom Kurfürsten die Zusage zu erhalten, daß Hörnick zu einer bevorzugten Behandlung der Pläne am Reichstag angewiesen würde. Besonders verlockend mußte das Angebot klingen, den Kongreß in Mainz zu veranstalten. Für den mainzischen Hof würden sich in diesem Fall großartige Möglichkeiten bieten, das Geschehen in einem viel größeren Maße zu bestimmen, als dies ohnehin durch das Reichsdirektorium möglich wurde. Von französischer Seite hatte man gegen solche Wünsche keine Einwände vorzubringen und war bereit, ihre Realisierung nach Kräften zu unterstützen. (8) Allein die Mehrheit des Reichstags hielt Speyer für den geeigneten Verhandlungsort. (9) Kaum wurde diese vorläufige

3) Kaiserliches Komm.-dekr. dikt. 10. 8. 1681. Pachner v. Eggenstorff II, S. 302 und Londorp XI, S. 283 und AE, Trêve, S. 37-38

4) Ebd.

5) Ebd.

6) Londorp XI S. 285

7) Ebd. S. 291

8) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 10. 2. u. Weisung 4. 3. 1681

9) Ebd. Ber. Foucher 23. 4.

Entscheidung in Versailles bekannt, als man sofort Einspruch erhob mit der offiziellen Begründung, Speyer sei zu klein und unsicher. Außer Mainz könne nur Frankfurt in Frage kommen. (10)

Wenn Mansfeld unter den von Frankreich vorgeschlagenen Städten Speyer genannt habe, so sei dies ein befremdliches Mißverständnis, das man energisch dementierte. (11) Es ist jedoch erstaunlich, daß die „Histoire de la Trêve“, die wohl als amtliche Darstellung der Geschichte des Regensburger Stillstands in französischer Sicht gelten kann, neben Frankfurt und Mainz auch Worms und Speyer als vorgeschlagene Tagungsorte nennt. (12) Die Gründe für die französische Sinnesänderung lassen sich nur vermuten: in einem Bericht Fouchers heißt es, (13) der Reichstag wünschte Speyer, um die Stadt dadurch, daß eine internationale Konferenz in ihr versammelt sei, vor einem französischen Handstreich zu schützen. Es wäre nicht ausgeschlossen — die französischen Quellen enthalten jedoch keinen Hinweis auf solche Pläne —, daß man sich in Versailles die Hände nicht binden lassen wollte. Bestärkend tritt hinzu, daß Verjus bereits im Januar 1681 gemeldet hatte, man spreche in Regensburg offen von einem baldigen Krieg gegen Frankreich. (14) Das kaiserliche Kommissionsdekret vom 7. Juni erklärte sich schließlich mit Abhaltung der Konferenz in Frankfurt einverstanden. (15)

Diese Differenzen um den Ort der vereinbarten Konferenz waren nicht die einzigen Hindernisse, die vor ihrem Zusammentreffen zu überwinden waren. Dem Schreiben Mansfelds vom 8. Januar (16) zufolge, sollten sich die künftigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Kaisers und des französischen Königs abspielen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dies von vornherein nicht in der Absicht der Franzosen lag, und daß man in der Hofburg das französische Angebot nicht mit einer übertriebenen Sorge um eine getreue Wiedergabe den Ständen übermittelt hatte. Dieses Verhalten des Kaisers steht im Zusammenhang eines bestimmten Programms.

Seit dem ausgehenden Mittelalter erhoben die Reichsstände den Anspruch, die Außenpolitik des Reiches mitzubestimmen. In der Wahlkapitulation Karls V. waren erstmalig zumindest die Forderungen der Kurfürsten in vertraglicher Form anerkannt worden. Der § 7 legte fest, daß in Angelegenheiten des Reiches mit auswärtigen Mächten kein Bündnis oder irgendeine vertragliche Einigung ohne die vorherige Konsultation der Mehrheit des Kurfürstenkollegs abgeschlossen werden sollte. (17) Die folgenden Wahlkapitulationen hatten diese Bestimmung im wesentlichen übernommen. Nach wie vor aber blieben die übrigen Stände von der Mitbestimmung ausgeschlossen. Erst der Westfälische Frieden brachte auch hier eine grundlegende Neuordnung. Einige Reichsfürsten, die in Opposition gegen die monarchistischen Tendenzen des Kaisers und die Präeminenzen der Kurfürsten ihre Teilnahme an den Verhandlungen verlangten, fanden eine bereitwillige Unterstützung bei den beiden Kronen. Nach langem Sträuben mußte der Kaiser diesem Druck

10) AE, Trêve S. 39

11) AE, Mayence XX, Weisung 8. 5.

12) AE, Trêve S. 37-38

13) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 19. 5.

14) AE, Allemagne 288, Ber. 18. 1. 1681, erwähnt auch bei Auerbach S. 210 ff.

15) Londorp XI, S. 307

16) Vergl. Anm. 3

17) Zeumer II, S. 310

weichen, die Berufung aller Stände, die auf den Reichstagen Sitz und Stimme hatten, zulassen und ihnen das uneingeschränkte „ius suffragii“ einräumen. (18) Das Instrumentum Pacis Westphalicae sicherte den Ständen auch für die Zukunft dieses Recht durch die Bestimmungen des Artikels VIII § 2 zu. (19) Der rechtliche Anspruch der Stände auf die Teilnahme an den Frankfurter Verhandlungen war somit klar. Jedoch hatte sich seit 1648 die kaiserliche Stellung im Reich wesentlich verbessert. Das Fürstenkolleg stand, wie die Folge zeigen wird, völlig unter der Herrschaft Österreichs, und so suchte die Wiener Diplomatie den prinzipiellen Anspruch der Stände auf dem Weg über die Form ihrer Teilnahme zu schwächen. Der Kaiser war zwar bereit, zu einer extrakomitalen außerordentlichen Reichsdeputation seine Zustimmung zu geben, jedoch sollte sie den kaiserlichen Deputierten die Verhandlungen überlassen und ihnen lediglich in beratender Funktion zur Seite stehen. (20) Merkwürdigerweise unterstützte das Fürstenkolleg, dessen Mitglieder in Münster so nachhaltig auf die Teilnahme der Stände gedrungen hatten, diesmal fast geschlossen Österreich und war bereit, dem Kaiser zu willfahren. Die Kurfürsten dagegen in entschiedener Opposition schienen entschlossen, die einmal erlangten Rechte keineswegs aufzugeben. Frankreich leistete ihnen selbstverständlich Beistand, denn es konnte in Regensburg lediglich auf das Kurfürstenkolleg zählen. Selbst in diesem Gremium galten zumindest Bayern und Sachsen als nicht völlig zuverlässig. Auch Jena, der brandenburgische Gesandte, ließ Verjus nicht in Zweifel darüber, daß er unter Umständen gezwungen sein könnte, einem gegen Frankreich gerichteten Beschluß zuzustimmen, und daß er angewiesen sei, sich nicht isolieren zu lassen, sondern der allgemeinen Strömung zu folgen. (21) Es war für Frankreich in dieser Lage ein außerordentlich günstiger Umstand, daß man in der Hofburg eigensinnig auf der Absicht beharrte, die Verhandlungen allein zu führen, und daß das Fürstenkolleg vornehmlich wegen Zeremoniellfragen mit den Kurfürsten in Konflikt geriet. (22) In diesen Vorgängen dürfte zu einem bedeutenden Teil die Ursache einer erneuten Entfremdung zwischen dem Mainzer Kurfürsten und dem kaiserlichen Hof zu finden sein. Unter den gegebenen Umständen war es nicht möglich, daß die Konferenz, wie ursprünglich vorgesehen, am Johannestag (24. Juni) zusammentrat. (23) In einem Kommissionsdekret ließ sich die kaiserliche Gesandtschaft am 24. Juli vernehmen (24), die Konferenz diene nur zum Besten des Reiches, und der Kaiser

18) Dickmann, S. 163 ff. und Pfanner, S. 72 ff.

19) Zeumer II, S. 416

„Gaudeant sine contradictione iure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis Imperii, praesertim ubi leges ferendae vel interpretandae, bellum decernendum . . . , nec non ubi pax aut foedera faciendi aliave eiusmodi negotia peragenda fuerint . . .“

20) Recueil XVIII, S. 62 ff. Als „extrakomital“ wurde eine Deputation bezeichnet, die aus allen Kollegien eines bereits versammelten Reichstags gebildet wurde.

Die französische Haltung in dieser Frage ist nicht völlig konsequent. Verjus hatte in einem Bericht vom 16. Juni 1681 — AE, Allemagne 289 — diesen Streit zwischen dem Kollegium und dem Kaiser erwähnt und dabei angedeutet, er könne der französischen Diplomatie sehr nützlich sein. Die darauf ergangene Weisung betonte jedoch, daß die damit verbundene Verzögerung der Verhandlungen zunächst nicht im Interesse des Königs liege — Weisung 27. 6. 1681.

21) AE, Allemagne 289, Ber. 3. 3.; dieser Bericht wird auch erwähnt bei Prutz, Gottfried von Jena, S. 62

22) Londorp XI, S. 315-316 und Auerbach, La France, S. 203

23) Dieser Termin war in dem kaiserlichen Komm. Dekr. vom 5. 5. und 7. 6. — Londorp XI, S. 303 und 307 — genannt worden.

24) Ebd. S. 315

wisse sehr wohl, daß er dem Westfälischen Frieden entsprechend nur im Einvernehmen mit den Ständen über Krieg und Frieden entscheiden könne. Es müsse ihm jedoch umso befremdlicher erscheinen, „wann Deroselben darüber ichtwas neuerliches circa modum tractandi sollte aufgetrungen werden.“

Das Kurfürstenkolleg indessen beharrte auf seinen Forderungen, und so kam es bereits bei den Vorverhandlungen zu beträchtlichen Differenzen im Reich, die dem gemeinsamen Partner Frankreich von vornherein erhebliche Vorteile sichern mußten. Dies wird bestätigt durch die Instruktion für die französischen Gesandten vom 27. Juni, (25) die die Anweisung erhielten, die kurfürstlichen Ansprüche vorsichtig zu unterstützen. Unklar war weiterhin, auf welche Gebiete die Verhandlungen sich erstrecken sollten. Zwar hätte man es in Wien gerne gesehen, wenn auch die lothringische Frage auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre, (26) aber man mußte bald erkennen, daß diese Bemühungen aussichtslos blieben. Bereits im Mai sah sich die kaiserliche Kommission zu dem Zugeständnis gezwungen, daß die Behandlung der lothringischen Restitution und Satisfaktion nicht die „*conditio sine qua non*“ für den Kongreß bilde. (27) Offen blieb dagegen die Frage, was mit dem burgundischen Kreis geschehen sollte. Auf spanisches Drängen hin wünschte der Kaiser, ihn in die Abmachungen einzubeziehen, um ihn gegen künftige französische Übergriffe zu sichern. Im Reich dagegen zeigte man wenig Neigung, sich mit den spanischen Angelegenheiten zu belasten, denn man empfand den burgundischen Kreis nicht mehr als ein wirkliches Glied des Reiches. (28)

In der Tat war die Stellung dieses Gebietes innerhalb des Reichsverbandes vieldeutig. Zwar hatte der Kreis das Recht, einen Assessor des Reichskammergerichts zu stellen, war aber dessen Jurisdiktion nicht unterworfen. Zudem hatte er auf die Ausübung dieses Rechts verzichten müssen, seit sich wegen der geringen Bezahlung kein Bewerber mehr für die Assessorenstelle fand. (29) Der Münsterer Friedensvertrag hatte im § 3 die Reichszugehörigkeit des Kreises bestätigt. (30) Im Jahre 1674 beschloß der Reichstag, daß die spanischen Niederlande als Reichskreis Anrecht auf den Schutz des Reiches haben sollten. Brandenburg und Kurmainz distanziierten sich jedoch von dieser Entschliebung. Auch von den anderen Ständen wurde später die Reichszugehörigkeit des burgundischen Kreises erneut bestritten mit der Begründung, daß er lediglich zu den Türkenkriegen, nicht aber zu den übrigen Lasten seine Beiträge liefere. (31) Zu Beginn des Jahres 1681 wurde der Baron d'Autel damit beauf-

25) Recueil XVIII, S. 65. Die französischen Gesandten Saint-Romain und Harlay waren bereits im Mai bestimmt worden, eine Maßnahme, von der man sich in Versailles propagandistische Wirkung versprach, da diese Eile als Bestätigung für den französischen Wunsch nach Verständigung gelten sollte. —

AE, Mayence XX, Weisung 8. 5. 1681 —.

Verjus de Crécy, der Gesandte am Reichstag, hatte sich ohne Erfolg darum bemüht, mit dieser Aufgabe betraut zu werden. Auerbach a. a. O., S. 217.

26) Die Lage in Lothringen war durch den Nimwegischen Frieden nicht geklärt worden, da der Herzog die Annahme der harten französischen Friedensbedingungen verweigert hatte. Aus diesem Grunde hielt Frankreich das Herzogtum weiterhin besetzt. — Fitte, S. 85 ff.

27) Kaiserl. Komm. Dekr. 13. 5., Londorp XI, S. 304

28) Levaë, S. 31 ff.

29) Ebd. S. 27

30) Zeumer II, S. 435. „*Circulus quidem burgundicus sit maneatque Membrum Imperii post controversias inter Galliam Hispaniamque sopitas, hac pacificatione comprehensus.*“

31) Levaë, S. 31 ff.

tragt, im Reich um Hilfe für die Niederlande nachzusuchen. Unter anderem sollte er auch den Mainzer Hof besuchen und Anselm Franz dafür gewinnen, am Reichstag die burgundischen Anliegen zu fördern und ihnen die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen, wie den Beschwerden gegen die Reunionen. (32) Eine Entscheidung wurde zunächst nicht erzielt, und die Deputierten waren bereits in Frankfurt versammelt, ohne daß in dieser Frage Klarheit geschaffen war. (33)

Unter den Mitgliedern der Reichsdeputation herrschte ebenfalls große Uneinigkeit in einer Frage, der man zunächst höchstens sekundäre Bedeutung zumessen würde, der Sitzordnung. Es läßt sich in dieser Epoche eine allgemeine Tendenz feststellen, Formfragen eine manchmal geradezu unglaubliche Beachtung zu schenken. Auf den ersten Blick erscheint sie kaum als ein lohnendes Objekt eingehender Untersuchungen, und daher haben sich die meisten bisherigen Arbeiten auf einige kurze Bemerkungen über diese Streitfragen beschränkt. (34) Der Versuch ihrer Würdigung muß hier aber unter einem bestimmten Gesichtspunkt unternommen werden: diplomatisches Zeremoniell ist sinnfälliger Ausdruck bestimmter Vorstellungen über Rang und Verhältnis der sich begegnenden Partner, die es entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand mehr oder minder differenziert zum Ausdruck bringt. Zu dem Zeitpunkt der Frankfurter Konferenz hatte einer seiner vielfältigen Bestandteile ein ganz besonderes Schwergewicht erhalten entsprechend dem hohen Wert, den das Barockzeitalter der höflichen-höfischen Form im allgemeinen zumaß. Für Johann Jacob Moser ist das Zeremoniell ein wichtiger Teil des Staatsrechts. (35) In vielerlei noch stärkerem Maß ist dies für das 17. Jahrhundert anzunehmen. Alle seine Bestandteile werden verstanden als symbolischer Ausdruck eines bestimmten staatsrechtlichen Sachverhalts. Das Aufgeben des Symbols bedeutet ein Zurückweichen in der Sache, d. h. in dem Rechtsanspruch, ebenso wie seine Gewinnung Ausdruck eines Neuerwerbs ist; es ist geradezu möglich von einer Untrennbarkeit von Symbol und Inhalt zu sprechen. In der Auffassung der Zeit begründet eine Konzession im Zeremoniell notwendigerweise einen juristischen Anspruch, der, wenn er sich auch zunächst nicht realisieren läßt, doch zumindest potentielle Wirksamkeit besitzt. So kann es geschehen, daß bei Zusammenkünften der Reichsstände ebenso wie auf internationalen Treffen manchmal monatelang um Details gerungen wird, die dem Anschein nach so bedeutungslos sind, wie die Entfernung der Sitze untereinander, ihr Abstand vom Tisch, soweit das Protokoll überhaupt einen solchen zuläßt, sowie die Form der Sitze und die Farbe ihrer Polster. Es sei in diesem Zusammenhang an das jahrhundertlang umstrittene Sessionsrecht der Städte auf den Reichstagen erinnert, ein Terminus, der in seiner ursprünglichen, wörtlichen Bedeutung verstanden werden muß. Der Eindruck, daß es sich bei solchen Differenzen um eine Haarspalterei unter Kleinstaaten handele, muß dabei vermieden werden. Auch die übrigen europäischen Staaten haben um diese Fragen erbitterte Kämpfe geführt. Dickmann hat ihre Bedeutung für den Westfälischen Frieden gewürdigt, wo die französische Gesandtschaft bereit war, den in der Rangfolge beanspruchten Platz unmittelbar hinter der kaiserlichen Vertretung notfalls mit Waffengewalt zu behaupten. (36)

32) Levaë, S. 31 ff.

33) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 8. 9.

34) Vergl. Kaufmann S. 258 u. Plot S. 85 ff.

35) Deutsches Staatsrecht, 34, Abschn. 7 § 1

36) Dickmann, S. 206 ff., besonders S. 210-211

Es kann nicht bestritten werden, daß sich die diplomatische Taktik solcher Zeremoniellstreitigkeiten oft bedient hat, um andere politische Ziele zu erreichen. Aber gerade die Wirksamkeit dieses Mittels läßt augenscheinlich werden, daß es sich nicht nur um lediglich vordergründige Förmlichkeiten handelte. Ebenso wenig läßt sich leugnen, daß häufig die persönliche Eitelkeit eines Gesandten oder seines Herrn den Anlaß zu weitläufigen Diskussionen gegeben haben mag, oder daß sich ein übertriebener Formalismus in die Ausweglosigkeit verrannte. Diese Fälle von den übrigen zu scheiden, bei denen die äußere Form Ausdruck echter Probleme ist, muß die Aufgabe sein, die am Beginn ihrer Untersuchung steht.

Die Verhandlungen sollten Mitglieder aller drei Kollegien in einer Deputation vereinigen, entsprechend der ständischen Gliederung des Reichstags. Diese Ordnung jedoch hatte spätestens im dreißigjährigen Krieg viel von ihrer Festigkeit eingebüßt, vor allem die dem Reichsherkommen entsprechende Vorzugsstellung der Kurfürsten war nicht mehr unbestritten. Ehrgeizigen Bestrebungen mächtiger Fürsten bot sich ein Präzedenzfall für den möglichen Aufstieg, da mit der Einrichtung der achten Kur das Prinzip der Exklusivität und der festen Mitgliederzahl durchbrochen wurde. Eine seltene Einmütigkeit verband häufig zahlreiche Fürsten zu Angriffen auf die kurfürstlichen Prärogativen. Das Kurfürstenkolleg dagegen wachte eifersüchtig über die Erhaltung seiner Präeminenz. Mit übertriebener Empfindlichkeit reagierte es auf alle Bestrebungen, die ihm gefährlich schienen. Im Jahre 1679 entspann sich zwischen den Kurfürsten und Fürsten eine heftige Kontroverse darüber, ob in offiziellen Schriftstücken des Reichs die Formel „Chur-Fürsten, Fürsten und Stände“ oder „Chur-Fürsten und Stände“ zu gebrauchen sei. Man fürchtete, die zweite Formel leiste einer Nivellierung der Rangunterschiede Vorschub. (37)

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß die Sitzordnung für die Deputation heftig umstritten war. (38) Österreich, Bamberg und Hannover verbanden sich, um auf diesem Wege einigen Gewinn zu erringen. Das vom Reich entworfene und vom Kaiser gebilligte „Schema Sessionis“ sah eine „laterale“ Anordnung der Sitze vor, das heißt, sie sollten rechts und links (ad altera) vom Präsidium in zwei Reihen entsprechend der Rangfolge in der Form eines offenen Vierecks aufgestellt werden (vergl. Skizze 1 im Anhang). Die fürstlichen Vertreter sollten zudem nach „Bänken“ unterschieden werden, je nachdem ob sie der geistlichen oder der weltlichen Bank ihres Kollegiums angehörten. (39) Dieses Schema bot eine Regelung, sowohl für die Sitzungen, in denen sich Kaiserliche, Franzosen und Reichsdeputierte zusammenfinden würden, als auch für getrennte Verhandlungen der Reichsdeputation mit den Kaiserlichen. Eine Frage ließ der kaiserliche Vorschlag ohnehin offen, nämlich die Plazierung des kurmainzischen Direktoriums, das nach Reichsherkommen Anspruch auf einen besonderen Platz hatte. (40) Auch die Entscheidung über die Probleme der Sitzordnung wurde in Regensburg nicht getroffen, sondern sie

37) Pachner von Eggenstorff II, S. 226 ff.

38) Die Reichsdeputation hatte die Form einer von allen Kollegien beschickten außerordentlichen Reichsdeputation im Rahmen eines Reichstags. Sie unterschied sich von der ordentlichen Reichsdeputation durch ihre Mitgliederzahl — 10 im Gegensatz zu 14 — sowie durch die Verteilung der Mitglieder — die ordentliche Reichsdeputation zählt 6 kurfürstliche, 6 fürstliche und 2 städtische Vertreter, während in Frankfurt 2 kurfürstliche, 6 fürstliche und 2 städtische Gesandte anwesend waren. Vergl. Rauch S. 69 und Moser a. a. O., Band 50, S. 342 sowie S. 536

39) Londorp XI, S. 323

40) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Band I f. 160

mußte an Ort und Stelle entschieden werden. Eine schwere Belastung wurde damit den Deputierten aufgeladen, die den Fortgang der Konferenz lange Zeit behindern sollte.

Der Versuch des Kaisers, die eigentliche Verhandlungsführung völlig in die Hände seiner Vertreter zu spielen, mußte als gescheitert gelten. Man unternahm indessen in Wien noch einmal einen Vorstoß, eine Sonderstellung zu erreichen, dessen Gelingen in mehrfacher Hinsicht für die kaiserliche Politik nutzbringend gewesen wäre. Das bereits erwähnte Kaiserliche Kommissionsdekret vom 17. September (41) über den *modus tractandi* schlug vor, daß durch die folgende Maßnahme Zeremoniellstreitigkeiten vermieden und die Verhandlungen beschleunigt werden könnten:

Die deputierten Stände seien rechtlich als Beauftragte des Reiches, die von ihnen zum Kongreß entsandten Vertreter also als Subdelegierte anzusehen. Es sei daher nicht erforderlich, ihnen Botschaftercharakter zu verleihen und das entsprechende „*Tractament*“, die zeremonielle Behandlung, für sie zu fordern. Diese Äußerung ist wohl eine Antwort auf das Konklusum des kurfürstlichen Kollegiums vom 16. August. (42) Die damit aufgeworfene Streitfrage war ebenfalls nicht neu. Auch sie war beim Westfälischen Frieden aufgetreten, und man hatte damals nach einigen Hin und Her eine Kompromißlösung gefunden. Als die Verhandlungen in Münster im Mai 1645 eröffnet werden sollten, erhoben die kurfürstlichen Ersten Gesandten Anspruch auf den Titel *Exzellenz*. (43) Sie verwiesen darauf, daß er auch den venezianischen Gesandten gegeben worden wäre, die ja nur eine Republik verträten, während das Zeremoniell am kaiserlichen Hof die Kurfürsten unmittelbar hinter den Königen einstuft beziehungsweise sie diesen gleichsetzt. (44) Nach einigem Zögern gaben die kaiserlichen Gesandten nach. Auch die schwedische und die französische Gesandtschaft folgten ihnen. Die Fürsten dagegen blieben fest bei ihrer ablehnenden Haltung. In ihrer Gegenargumentation brachten die Kurfürsten vor, es sei ein Verlust für den „*Splendor totius Romani Imperii*“, wenn die Kurfürsten im Rang einer Republik nachstehen sollten. Durch die neue Antwort der Fürsten wurde ein aufschlußreiches Stichwort in die Debatte geworfen: wenn den kurfürstlichen Gesandten in der Tat der gewünschte Titel beigelegt würde, so bedeute dies, daß sie im Prinzip den kaiserlichen Gesandten gleichgesetzt wären, dies wiederum rühre an die Grundfesten des Reichs, denn damit würde die Monarchie zu einer Aristokratie. (45) Auf beiden Seiten beharrte man mit großer Hartnäckigkeit auf seinen Standpunkten. Nach anfänglichen Vermittlungsversuchen hielten sich die kaiserlichen Gesandten völlig zurück. Auf Seiten der Kurfürsten ging man so weit, mit dem Abbruch

41) Londorp XI, S. 323

42) MEA, a. a. O., Band II, f. 170. Dort wurde bestimmt: „Die churfürstlichen Gesandten haben von dem kaiserlichen Prædikat *Exzellenz* wie auch in ihrem Quartier die Oberhand zu begehren und wann das Prædikat verweigert werden sollte, solches dem kaiserlichen auch nicht zu geben, falls aber die Oberhand denegiert werden wollte, mußte man sich der *visiten* gar entschlagen.“

43) Dickmann, a. a. O. und Pfanner, S. 131 ff.

44) Pfanner ebd.

45) Moser, *Deutsches Staatsrecht*, 33, S. 468:

„Fürsten und Stände hätten sich einmal resoliert, sich aus ihren hergebrachten Rechten und Obervanzan nicht setzen zu lassen, könnten auch nicht zugeben, daß die Kurfürsten sich einer Parität mit ihrem Kayser und Oberhaupt anmaßen und ex monarchia aristocratiam einführen sollten.“ (aus einer Verlautbarung Hessen-Kassels an den Kaiser).

der Verhandlungen zu drohen. (46) Wie weit man es damit ernst meinte, bleibt allerdings fraglich. Zu einer Entscheidung kam es nicht. Kursachsen verzichtete von sich aus auf alle Ansprüche, im übrigen bemühte man sich um Kompromißlösungen, die den Stand der Kontroverse nicht präjudizierten. Allerdings fehlte es nicht an Stimmen, die in der kurfürstlichen Forderung nichts als ein Verhandlungsmanöver erblickten. (47) Bei den Friedensverhandlungen von Nimwegen wurde diese Streitfrage erneut akut. Brandenburg bestand darauf, für seine Gesandten den Exzellenztitel zu fordern. (48) War es auch hier nur ein Schachzug der Verhandlungstaktik oder ging es um grundsätzliche Dinge? Beides klar zu scheiden, dürfte schwer möglich sein. Von fürstlicher Seite war 1645 darauf hingewiesen worden, in welchem Maß diese Frage zumindest im Prinzip für die Reichsverfassung von Bedeutung werden konnte. Diese Befürchtungen entbehren nicht der Grundlage. Es muß berücksichtigt werden, daß der heißumstrittene Titel nur Teil eines Ganzen ist, eines Ganzen, das im letzten Sinne mit der territorialstaatlichen Souveränität identisch ist. Die Anrede Exzellenz und die „Oberhand“ (49) sind kennzeichnende Attribute des ranghöchsten diplomatischen Vertreters, des Botschafters, des „Ambassadeur“ oder „legatus“ im engeren Sinne des Wortes. Dieser, ein persönlicher Vertreter seines Auftraggebers, kann nur von souveränen Monarchen oder unabhängigen Republiken ernannt werden. (50) Es besteht also eine direkte Beziehung zwischen der uneingeschränkten Souveränität und dem Recht auf Ernennung des Botschafters, es bildet eine ihrer charakteristischen Eigenschaften. (51) Es mußte also auf staatsrechtlichem Gebiet von einschneidender Bedeutung sein, als die Kurfürstlichen beim Westfälischen Frieden dieses Recht für sich forderten und damit ihren Anspruch auf volle Souveränität zum Ausdruck brachten. Wenn die Kurfürsten ihr Ziel de facto erreichten, entsprach dies der Gesamttendenz dieser in vieler Hinsicht für das Reich verfassungsgebenden Verträge. In seiner bereits zitierten Schrift, „Caesarini Furstenerii tractatus de Jure Suprematus ac Legationum Principum Germaniae“ aus dem Jahre 1677 (?) forderte Leibniz dieses Recht bereits als eine Konsequenz der ihnen zugestandenen Souveränität für alle Fürsten des Reichs. Auf dem Frankfurter Kongreß sollte vor allem Hannover den Versuch unternehmen, das volle Jus Legationis zu erringen. Dies alles zeigt, daß abseits von den Manövern der Verhandlungstaktik um ein vollkommen neuartiges Prinzip gerungen wurde, das die Reichsverfassung auf ganz andere Grundlagen stellte. Ein Detail des diplomatischen Zeremoniells ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als sein förmlicher Ausdruck.

46) Ebd. S. 480

47) So schreibt Pufendorf in seinem Werk „De rebus gestis Friderici Wilhelmi Magni Electoris Brandenburgici“ Lib II § 25: „Ac sane adparebat Catholicos Electorales hanc litem sevisse ut inter Electorales Evangelicos et Principales coniunctio impediretur ne vel communem causam unitis consiliis agere, vel tractatibus in casum solutis foedere Suecis junctum sociari possint.“

48) Moser, a. a. O., S. 504-507. Leibniz nimmt fälschlicherweise an — „Caesarini Furstenerii tractatus“ S. 24 f. —, daß der Streit erst hier im Zusammenhang mit der lothringischen Frage entstanden sei. Vergl. auch Höynck, S. 33 ff.

49) „Oberhand“ ist die Bezeichnung für eine Anzahl von zeremoniellen Vorrechten, wie Vortritt, Vortritt und ähnliches. Sie wird dem ihm ranggleichen Gast vom Gastgeber in seiner Wohnung eingeräumt und steht grundsätzlich dem Ranghöheren zu. MEA, a. a. O., Band I, f. 202, 204.

50) Dickmann, S. 207. Vergl. auch Pacassi S. 13: Die dort vertretene Auffassung, Gesandte aller Art (öffentliche Minister) könnten nur von souveränen Staaten beauftragt werden, wird allerdings durch die Ereignisse beim Westfälischen und Nimweger Frieden und den Frankfurter Verhandlungen widerlegt.

51) Leibniz a. a. O., S. 20-22.

II. Präliminarien

Am 30. August erreichten die französischen Kongreßgesandten Saint-Romain und Harlay Mainz, nachdem sie bis zwei Wegstunden vor die Stadt auf reuniertem, französischem Territorium gereist waren. (52) Nach einem Aufenthalt von wenigen Tagen begaben sie sich nicht etwa unmittelbar nach Frankfurt, sondern ließen sich in Höchst nieder, ohne Anstalten zu machen, den Konferenzort aufzusuchen. Die kaiserlichen Gesandten Graf Rosenberg und Heinrich Altet von Stratmann verhielten sich ähnlich. Stratmann mietete in Hanau ein Landhaus und zeigte sich ebensowenig bereit wie seine französischen Partner, dieses Quartier in Kürze wieder zu verlassen. (53) Der Grund für dieses merkwürdige Verhalten liegt in einer ziemlich neuartigen Regelung des Zeremoniells, die bestimmte, daß, wenn mehrere gleichrangige diplomatische Vertreter sich an einem Ort zusammenfanden, alle bereits anwesenden dem zuletzt gekommenen die Antrittsvisite abstatteten. (54) Wenn man gehofft hatte, durch diese Bestimmung ein für allemal den Streit um die Visiten aus der Welt geschafft zu haben, mußte man sich durch die Frankfurter Konferenz eines anderen belehren lassen. Den französischen Gesandten war in ihrer Instruktion aufgetragen worden: «Leur première démarche lorsqu'ils seront à Francfort sera de notifier leur arrivée aux Ambassadeurs et Plénipotentiaires de l'Empereur et de l'Empire, qui seront déjà établis dans ladite ville de Francfort; et ils attendront d'être visités des premiers aussy bien que de tous les autres avant que de rendre aucune visite.» (55) Ein Gelingen dieses Vorhabens mußte der französischen Diplomatie noch vor Konferenzbeginn einige Vorteile sichern.

Ludwig XIV. sah nicht allzu gerne die schwerlich bestreitbaren zeremoniellen Vorrechte des Kaisers und seiner Vertreter. Wenn es gelang, sich auf diesem Weg vor ihnen den Vorrang zu verschaffen, so war dies ein willkommener Nebenerfolg. Dann jedoch enthielt die Instruktion die Anweisung, die Verhandlungen in keiner Weise zu beschleunigen und nicht zur Lösung der Präliminarprobleme beizutragen. Der König, so stellt sie fest, sei bereits im Besitz der meisten Territorien, die ihm zufolge der Verträge von Münster und Nimwegen gehören sollten, durch eine Verzögerung des Konferenzbeginns würden seine Rechte also nicht präjudiziert. (56) Es sollte sich indes bald erweisen, daß bestimmte Pläne der französischen Politik einen schnellen Abschluß überhaupt nicht wünschenswert erscheinen ließen, da noch vor Ende des Monats ein Ereignis den Besitzstand erheblich verändern sollte. Auch die deutschen Teilnehmer hatten offensichtlich keine Eile damit, Verhandlungen aufzunehmen. Die Reunionstätigkeit der Kammern von Metz und Breisach war vorläufig unterbrochen worden. Die französischen Truppen waren in die Dauphiné und in die Gegend von Pinerolo abgezogen worden, ohne daß man im Reich den geringsten Verdacht hegte, welche Unternehmen damit angebahnt wurden. Vielmehr glaubte man, nachdem die französischen Vertreter ihr Gepäck bereits hatten in die Stadt schaffen lassen, das Ergebnis des ungarischen Reichstags und die Weiterführung der Reichs-

52) AE, Allemagne 292, Ber. 30. 8. 1681

53) Kuczynski, S. 70

54) Leibniz a. a. O., S. 31

55) Recueil des Instructions XVIII S. 62

56) Ebd. S. 66

kriegsverfassung abwarten zu können. (57) Stratmann setzte ohnehin nur geringe Hoffnungen auf den Kongreß. Seiner Meinung nach war bei Frankreich in der gegebenen Situation durch „bloße raison“ kaum etwas auszurichten, sondern man mußte sich auf „eine insolentz über die andere“ gefaßt machen. Aller Wahrscheinlichkeit nach habe der französische König den Kongreß nur inszeniert, damit das Reich dadurch im Winter über „amüsiert und aufgehalten“ werde, bis er im kommenden Jahr zu neuen Übergriffen schreiten werde. (58) Diese aber ließen nicht einmal so lange auf sich warten. Am 28. September besetzten französische Dragoner den Straßburger Rheinzollpaß und seine Befestigungen, (59) die, im vergangenen Krieg geschleift, sich in äußerst schlechtem Verteidigungszustand befanden. (60) Zwar hatte die Stadt noch Gelegenheit, ein dringendes Hilfesuch an den Reichstag zu richten, aber als das Schreiben von zwei Stafetten am 1. Oktober nach Regensburg gebracht wurde, hatte der Magistrat bereits kapituliert. Am 30. September richtete Louvois von Illkirch aus die Mitteilung an Foucher, daß Straßburg sich dem König unterworfen habe, ohne daß es zu nennenswerten Feindseligkeiten gekommen sei. Nur die Besatzung einer Redoute, etwa zwölf Mann, habe fünf oder sechs Schuß abgefeuert und sei dann geflohen. (61) Foucher wurde gebeten, diese Nachricht sofort an die Frankfurter Gesandtschaft weiterzuleiten. Da er sich zu diesem Zeitpunkt am kurfürstlichen Hof in Aschaffenburg aufhielt, empfingen Saint-Romain und Harlay zuerst das Schreiben und leiteten es an ihn weiter. In weiten Kreisen erregte die Nachricht unerhörtes Aufsehen. Bereits zu Beginn des Jahres hatte Hörnick berichtet, daß am Reichstag die Meinung herrsche, ohne Krieg sei eine Lösung der schwebenden Fragen kaum zu erwarten. (62) Dieser neue Übergriff mißachtete in der Auffassung des gesamten Reiches die französische Zusage, während der Konferenz, das heißt von der Abreise der Gesandten an, keine Reunionen auszusprechen, in eklatanter Weise und zog damit die Glaubwürdigkeit aller Friedensbeteuerungen in Zweifel. Der juristische Sachverhalt steht allerdings mit der französischen Zusage nicht im Widerspruch, denn es war lediglich eine Unterbrechung der Kammertätigkeit, nicht aber ausdrücklich ein Aufschub in der Vollstreckung bereits gefällter Urteile versprochen worden. (63) Straßburg aber war, wie das gesamte Elsaß, durch zwei Sprüche der Breisacher Kammer aus dem Jahre 1680 zum Besitz des Königs erklärt worden. (64) Dieses etwas spitzfindige französische Argument fand jedoch in der allgemeinen Erregung keine Beachtung. Der Kaiser scheint in diesen Tagen zunächst zum Krieg entschlossen gewesen zu sein, zumal die gleichzeitige Besitzergreifung der Festung Casale auch die italienischen Besitzungen des Hauses Habsburg gefährdete. Auch sein Beichtvater, Pater Emmerich, der auf die Politik einen großen

57) AE, a. a. O., Ber. 16. 9. sowie Immich, S. 109

58) Kuczynski, S. 69 u. 73

59) Maurer, S. 170 ff.

60) Londorp XI, S. 323 über die französische Gefahr vom 28. 9. Vom Reich waren einige fruchtlose Versuche unternommen worden; den Wiederaufbau der Straßburger Verteidigungsanlagen zu ermöglichen. Ein kaiserliches Kommissionsdekret vom 30. 3. 1679 — Pachner v. Eggenstorff II, S. 189 — versuchte für die Stadt zu diesem Zweck eine Reichshilfe zu veranlassen. Ergebnisse lassen sich nicht feststellen.

61) Maurer, S. 179

62) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 257, Bd. I f. 124, Ber. Hörnick 17. 3. 1681: „Mann ist athler der Meynung, daß es nit möglich seye, ohne Krieg aus dem Handel zu kommen.“

63) Vergl. die Berichte Mansfelds v. 8. u. 11. Januar 1681, Londorp XI, S. 283

64) Legrelle, S. 611

Einfluß ausübte, hatte sich der Kriegspartei angeschlossen. In dieser höchst gefährlichen Situation scheint das energische brandenburgische Eingreifen den Kriegsausbruch verhindert zu haben. (65) Stratmann, der, obwohl nur Sekundarius, als die wichtigere Persönlichkeit der kaiserlichen Gesandtschaft gelten kann, berief eine Konferenz der bereits anwesenden Deputierten ein, um mit ihnen über die Lage zu debattieren. Alle, mit Ausnahme der beiden Mainzer, des Oberhofmarschalls von Schönborn und Johann Kaspar Scheffers, leisteten der Einladung Folge. Auf einer Wiese vor seinem Quartier beriet man „pêle mêle“, im Kreis stehend — keiner der Teilnehmer war legitimiert, und so mußte man sich incognito versammeln —, ohne zu einem Beschluß zu kommen. (66) Stratmann selbst schien völlig ratlos. Er berief eine zweite Konferenz, die ebenso ergebnislos verlief, da die Gesandten noch keine Instruktionen zu dem Ereignis erhalten hatten. (67) Natürlich begannen sofort die verschiedensten Gerüchte zu kursieren, man glaubte unter anderem, die rheinischen Kurfürsten seien entschlossen, die Wahl eines Römischen Königs vorzunehmen, bevor es zu weiteren Verlusten auf rechtsrheinischem Gebiet käme. (68) Dieses Gerücht ist zumindest ein Beweis dafür, daß man im Bewußtsein der Zeit die Befürchtung nicht aufgegeben hatte, Frankreich strebe nach der Kaiserkrone. Durch die Wahl eines Römischen Königs sollten diese Bemühungen zu Gunsten der Kurfürsten ausgenutzt werden, solange es noch möglich war. Die bis aufs äußerste erregte feindliche Stimmung gegen Frankreich ließ sich nicht beruhigen. Die Reichsdeputierten schienen nur auf die Anweisung zur Abreise zu warten. (69) In dieser Situation war es für Frankreich von entscheidender Bedeutung, sich von dem Vorwurf des Vertragsbruchs und der offenen Gewaltanwendung freizumachen. Am 3. Oktober schrieb Louvois an Saint-Romain und Harlay, die Stadt sei übergeben worden, ohne daß die französischen Truppen bedeutenden Widerstand gefunden hätten. Die Gesandten sollten sich daher in jeder erdenklichen Weise darum bemühen, den Verdacht auszutreiben, der Angriff auf die Redoute der Kehler Schanze sei mit dem Magistrat der Stadt vereinbart worden, um ihm gegenüber dem Volk einen Vorwand für die Unterwerfung unter den französischen König zu bieten. (70) Diesem Befehl zufolge veröffentlichten sie ein Schriftstück des folgenden Inhalts:

„Cette ville s'est rendue sans qu'il y ayt esté fait de la part des Troupes de Sa Majesté d'autre acte d'hostilité, que d'entrer dans une redoutte défendue par dix ou douze hommes, qui, après avoir tiré cinq ou six coups, s'ens sont fuys et l'on croit que l'attaque de cette redoutte avoit esté concertée auparavant avec le Magistrat, qui avoit désiré un prétexte pour porter le peuple à se soumettre.“ (71)

Offenbar gelang es durch derartige propagandistische Maßnahmen zumindest bei der breiten Öffentlichkeit wirklich diesen völlig gegenstandslosen Verdacht zu erwecken. (72) Ein Auszug aus dem Tagebuch des Mainzer Amtmanns und Hofmar-

65) Fester, Die armierten Stände, S. 39

66) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280 Bd. II, Ber. 30. 9. 1681 f. 61

67) Maurer, S. 193

68) Ebd. S. 194

69) Ebd.

70) Maurer, S. 186-187

71) Reichstagsakt. a. a. O., f. 72

72) In einem Bericht der französischen Gesandten heißt es: „... que le monde s'est laissé persuader icy fort aisément que Mrs. de Strasbourg avoient fait leur accommodement il y a longtemps.“ AE, Allemagne 292, Ber. 11. 10. 1681

schalls Johann von Hattstein liefert dafür einen deutlichen Beweis. (73) Hattstein, der in seinem Werk im übrigen sich durchaus nicht besonders frankreichfreundlich zeigt, zählte als Amtmann und ehemaliger Hofmarschall immerhin zu dem höheren Beamtenstab des Kurfürstentums, und seine Auffassung der Vorgänge darf wohl als beispielhaft für eine Anzahl seiner Zeitgenossen angesehen werden. Die Besetzung Straßburgs löste zudem nicht nur eine deutsch-patriotische Empörung aus. In den rheinischen Territorien zeigte sich mit gleicher Deutlichkeit die Furcht vor dem, was vielleicht noch kommen könnte. Am 8. Oktober berichteten die Gesandten:

„C'est que nous pouvons assurer Vostre Majesté qu'il ne paroist pas moins de respect pour elle dans Francfort qu'elle en peut trouver en Alsace.“ (74) Auch am kurfürstlichen Hof von Mainz hatte die Nachricht von diesem Verlust großes Aufsehen und noch größere Bestürzung erregt. Die erste Reaktion des Kurfürsten zeigte sich in dem Ausspruch, daß durch die Besetzung dieses strategisch ungemein wichtigen Rheinübergangs — des einzigen nennenswerten außer Koblenz und Köln — der ganze Rhein französisch sei. (75) Nicht zu Unrecht vermutete Foucher, daß durch diese Wendung die Mainzer Haltung sehr nachgiebig (fort souple) würde, denn bereits im August hatte er erkannt, wie stark die Furcht vor Frankreich war. Damals schrieb er: „ . . . qu'il (der Kurfürst) n'agit pas avec sincérité, mais qu'il parle comme luy convient selon la crainte qu'il a de la grande puissance de Vostre Majesté.“ (76) Demnach ist es vielleicht verfehlt, in allen Äußerungen des Kurfürsten den unverfälschten Ausdruck seiner Gedanken zu sehen. So ließ er sich beispielsweise vernehmen: „ . . . qu'il se soucioit peu ou point que la ville de Strasbourg, le duché de Deux Ponts et autres possessions où s'est mise vostre Majesté demeurassent des membres de l'Empire, qu'au contraire il aimoit mieux voir un Roy Très Chrestien, ennemi des hérésies, dominer tous ces lieux, que les protestants, qui en avoient esté les maistres.“ (77) Bereits das Verhalten der Mainzer Deputation anläßlich der Besprechungen Stratmanns hatte gezeigt, daß Anselm Franz nicht bereit war, sich in irgendeiner Form an gegen Frankreich gerichteten Maßnahmen zu beteiligen. Er wurde darin bestärkt durch die Tatsache, daß die Abhaltung dieser Treffen einen klaren Eingriff in die Befugnisse des Reichsdirektoriums bedeutete. Schönborn und Scheffer wurden angewiesen, in aller Schärfe dagegen zu protestieren, sich von allen Maßnahmen Stratmanns zu distanzieren und nur dann die Verhandlungen aufzunehmen, wenn sich die kaiserliche Gesandtschaft in Frankfurt einfände, um die Beratungen dem Reichsherkommen gemäß zu eröffnen. (78) Es handelt sich hier um einen der im vorigen Kapitel erwähnten Vorgänge, in denen sich ein Reichsstand ohne Rücksicht auf das allgemeine Reichswohl zunächst um die Erhaltung seiner eigenen Interessen bemüht. Zwar kennt die politische Ideologie der Zeit durchaus die Rücksicht auf das „*bonum publicum*“ oder das „*gemeine Reichsbeste*“, es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß in der politischen Realität vor allem andern der territoriale Egoismus das Übergewicht besaß und eigentlich nur dann vorübergehend

73) Vergl. den Text im Anhang S. 175

74) AE, a. a. O., Ber. 8. 10.

75) AE, Mayence XX, Ber. Foucher 10. 10. 1681. Die von Immich — S. 107 — erwähnte Äußerung des Mainzer Kurfürsten, Habsburg sei zu schwach um weiterhin die Kaiserkrone zu behaupten, wird in dieser Form durch die herangezogenen Archivalien nicht bestätigt.

76) Ebd. Ber. 14. 8.

77) Ebd. Ber. 20. 10.

78) Maurer, S. 187-188

zurücktrat, wenn mit dem gesamten Reich auch der einzelne Staat unmittelbar und mit unabweislicher Evidenz gefährdet war. So kann es nicht verwundern, wenn ein Übergriff in die für Mainz so ungemein wichtigen Direktorialbefugnisse den Kurfürsten zu einer heftigen Reaktion veranlaßte. Scheffer wurde bei einer Audienz in Rothenbuch angewiesen, in scharfen Worten die kaiserliche Politik anzugreifen. (79) In diesem Augenblick sah die französische Diplomatie eine Chance, mit dem Mainzer in engere Bindungen zu treten. Auf der einen Seite Verärgerung gegen den Kaiser, auf der anderen, von Foucher sorgfältig und methodisch geschürt, Angst vor der französischen Macht, die Situation war denkbar günstig. Am 14. Oktober erging an Foucher ein umfangreicher Befehl: (80) Mit der Unterwerfung Straßburgs habe der König sein letztes Ziel erreicht. Es brauche daher nicht zum Kriege zu kommen. Niemand könne das besser verhindern als der Mainzer Kurfürst, dem sein Reichsdirektorium die erforderlichen Möglichkeiten an die Hand gebe. Der König wünsche mit Mainz eng zusammenzuarbeiten, um auf der Grundlage des Status quo den Frieden zu erhalten, ja er sei sogar bereit, Freiburg geschleift an den Kaiser abzutreten, wenn dieser dafür Philippsburg ebenfalls geschleift dem Speyerer Bischof überließe, und für beide Orte ein Befestigungsverbot vereinbart würde. Es bleibt fraglich, ob dieses Angebot ein echtes Zugeständnis des Königs bedeutete. Zwar war Freiburg in den letzten Jahren erheblich befestigt worden, aber der Besitz von Straßburg mit dem rechtsrheinischen Brückenkopf Kehl ließ den Verzicht auf Freiburg nicht allzu schwerfallen. Zudem muß erwogen werden, daß durch die Schleifung dieser beiden Plätze die Verteidigung der Westgrenze des Reichs am Oberrhein bedeutend geschwächt wurde und somit für einen künftigen Kriegsfall das Vordringen französischer Armeen von Straßburg aus sehr begünstigte. Bei Ausbruch des Krieges von 1688 band die Festung Philippsburg wochenlang trotz ihres schlechten Verteidigungszustandes zahlreiche Truppen, während Freiburg zumindest in seiner ersten Phase keine bedeutende Rolle spielte. Es kam hinzu, daß den rheinischen Ständen selbst die Räumung von Philippsburg weniger willkommen gewesen wäre, denn, so schreibt Verjus, sie würden durch diese Festung vor den Übergriffen des oft allzu unternehmungslustigen Pfälzers geschützt. (81) So kommt es, daß sich dieses französische Angebot zwar ständig in den Verlautbarungen der Gesandtschaft in Frankfurt wiederholt, aber beim Abschluß des Stillstandes keine Erwähnung mehr findet. Um weitere Rüstungskosten einzusparen, verlangte Ludwig XIV. die Annahme seines Angebots innerhalb von zwei Monaten. Als Hauptanliegen der französischen Propaganda im Reich ist bereits die Bemühung genannt worden, die Stände von der Aufrichtigkeit der Friedensbeteuerungen des Königs zu überzeugen, nachdem das Straßburger Ereignis ihrer Glaubwürdigkeit einen starken Stoß versetzt hatte. Auch die Weisung vom 14. Oktober betont, daß ein Abschluß auf dieser Grundlage alle Streitigkeiten für immer aus dem Wege räumen und den Frieden für lange Zeit sichern würde. Daher sollte der Mainzer, dessen Ratschläge in diesem Augenblick vielerorts befolgt werden würden, durch sein Direktorium die Stände von allen Entschlüssen abhalten, die den französischen Forderungen abträglich wä-

79) „Ihre Churfl. Gnaden verlangten nichts mehrers als frieden im Reich zu erhalten, und weil die konferentz hauptsächlich dazu angesehen, so müßten sie beklagen, daß man an seithen des Reichs so langsamt gehe und selbst in mora seye. Es seye nur zu bedawern, daß die occupation Straßburg ein effect seye der Kayserlichen Langsamkeit.“ MEA, Reichstagsakt. a. a. O., f. 81.

80) AE, a. a. O., Weisung 14. 10. 1681 — vergl. Text im Anhang S. 174 ff.

81) AE, Allemagne 289, Ber. 16. 10. 1681. Zur Bedeutung Freiburgs für Frankreich vergl. Livet S. 431.

ren. So würde er nicht nur den Ruhm erwerben, die mächtigsten Herrscher der Christenheit miteinander versöhnt zu haben, sondern sich auch für die Zukunft als geeigneter Vermittler empfehlen.

Dieser Hinweis ist vielleicht nicht so allgemein gedacht, wie er zunächst klingt, denn im Hintergrund der gesamten französischen Politik steht seit Jahren das Problem des spanischen Erbes. Wenn es ihr auch aller Wahrscheinlichkeit nach ferngelegen hat, sich in dieser Angelegenheit der Mainzer Vermittlung zu bedienen, so mag immerhin die Möglichkeit, Eingang in die große Politik zu finden, für den Mainzer Kurfürsten recht verlockend gewesen sein. Vermittlerrollen gehörten bevorzugt zu dem politischen Repertoire Johann Philipps von Schönborn, der seinen Ehrgeiz daran setzte, den Frieden zwischen Spanien und Frankreich zu vermitteln. (82) Schließlich wurde Foucher zur Erleichterung seiner Bemühungen auf das fast nie versagende Mittel französischer Diplomatie hingewiesen: Wenn das Angebot in Mainz günstig aufgenommen würde, so war er ermächtigt, dem Kurfürsten eine einmalige Zahlung bis zur Höhe von 40.000 écus (1 é. = 1 Rthr.) und bis zu 20.000 é. als jährliche Pension zu versprechen. Würde er dabei der Hilfe Bertrams bedürfen, sollte dieser mit 6 - 8.000 é. bedacht werden. Als Gegenleistung erwartete der König, daß der Kurfürst zwischen dem Reich und Frankreich gute Beziehungen herstellte und sie vor allen Belastungen bewahrte.

Es ist kaum erstaunlich, daß ein solches Angebot in der gegebenen Lage in Mainz eine recht günstige Aufnahme fand. Um die Form zu wahren, bat sich Anselm Franz eine kurze Bedenkzeit aus. Dann erklärte er in den wärmsten Ausdrücken seine Zustimmung (83) unter der Bedingung, daß Frankreich wirklich den Frieden wünsche und Mainz im Notfalle Beistand leiste. Es mag etwas unglaublich wirken, wenn er dies als seine „Bedingungen“ nannte. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß der Kaiser im Verein mit Spanien in diesen Jahren ständig eine Politik betrieb, die den Krieg heraufbeschwören mußte. Die Folge der Untersuchung wird dies noch wiederholt bestätigen. Es ist daher nicht ohne weiteres zulässig, Anselm Franz den Vorwurf zu machen, er habe um der französischen Zahlungen willen eine dem Reichsinteresse entgegengesetzte Politik gefördert. Nach seiner Auffassung, und der zahlreicher seiner Zeitgenossen, war das Reich völlig außerstande, Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen und die annektierten Gebiete zurückzugewinnen, eine Meinung, die wohl als durchaus gerechtfertigt gelten kann. Warum also sollte man seinen Besitz den Gefährdungen eines Krieges aussetzen, der von vornherein aussichtslos war, und in dem die Existenz zahlreicher geistlicher Fürstentümer aufs Spiel gesetzt wurde? Es tut dem äußeren Schein einigen Abbruch, wenn in diesen Gedankengängen die Überzeugungskraft der „écus“ eine nicht zu bestreitende Rolle gespielt hat. Es vermag aber die dringenden politischen und militärischen Gründe nicht zu entkräften.

82) Vergl. Badalo — Dulong S. 30. Die Bedeutung der spanischen Erbfrage ist in dem Werk Legrelles, *La diplomatie française et la succession d'Espagne* gezeigt worden.

83) AE, a. a. O., Ber. 20. 10. Bezüglich der französischen Zahlungen sei auf den Exkurs II im Anhang verwiesen. Daß um diese Zeit in Mainz eine Frankreich höchst günstige Stimmung geherrscht haben muß, zeigt ein am Reichstag kursierendes Gerücht, demzufolge zwischen dem Kurfürsten und Frankreich Abmachungen über die Anlage von Magazinen auf Kurmainzer Territorium getroffen worden sein sollten. — AE, *Allemagne* 292, Ber. 16. 10. 1681. Es bleibt allerdings zweifelhaft, ob man in Mainz bereitwillig die Souveränität Ludwigs XIV. über das Erzstift anerkannt hätte, wie dies Wilhelm von Fürstenberg von den geistlichen Fürsten annahm. Vergl. *Livet*, S. 397.

In fast allen strittigen Zeremoniellfragen hatte in Regensburg keine Einigung erzielt werden können. Die Entscheidung all dieser Streitfälle war als eine schwer lastende Aufgabe dem Kongreß selbst zugefallen. Die einfachste Lösung fand die Schwierigkeit um die Antrittsvisiten und den Einzug. Nach dem Fall Straßburgs hatten Saint-Romain und Harlay für ratsam erachtet, um die feindliche Atmosphäre zu entspannen, nachzugeben, und so hielten sie ohne allen Aufwand am 26. Oktober ihren Einzug in die Stadt, die sie bereits vorher zu wiederholten Malen incognito aufgesucht hatten, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Mit reichen Mitteln versehen konnten sie sich bedeutende Ausgaben für Repräsentationszwecke erlauben und hatten für sich und ihr Gefolge sechs Häuser gemietet. (84) Am 31. Oktober folgten ihnen die Kaiserlichen und bezogen ihre weniger prunkvollen Quartiere, denn wie üblich ließen die Wiener Zahlungen auf sich warten. (85)

Unvergleichlich schwieriger zu lösen waren die Streitfragen, die die beiden oberen Kollegien des Reichstages einander gegenüberstellten, das Sessionsschema und der von den Kurfürstlichen beanspruchte Botschaftercharakter.

Wie stand Frankreich in diesem Konflikt, nachdem die Besetzung Straßburgs eine weitere Verzögerung zunächst nicht geraten erscheinen ließ? Zwar enthielt die Instruktion der Gesandten die Anweisung, wohl für den Fortschritt der Konferenzen nach außen hin großen Eifer an den Tag zu legen, insgeheim aber alle Entschliessungen zu verhindern, (86) aber die politische Entwicklung hatte seitdem Frankreich einen weiteren Trumpf zugespielt. Verjus war im Mai der Ansicht gewesen, daß aus dem Streit der Kollegien um die Zeremonien gewiß einige Vorteile für den König entstehen müßten: „ . . . qui font bien perdre du temps et causeront une certaine émulation et jalousie entre les Ministres des Electeurs et des Princes, dont on pourra tirer de grands avantages.“ Auch im Oktober beharrte man in Versailles noch auf diesem Standpunkt, und aus verhandlungstaktischen Gründen wurden die Gesandten angewiesen: „Cette affaire (Freiburg und Philippsburg betr.) ne vous doit point obliger d'abréger les difficultez, qui se pourroient rencontrer dans la communication des pleins — pouvoirs ny vous presser d'entrer plus avant en matière jusqu' á ce qu'il vous paroisse une disposition dans cette assemblée á me confirmer la possession, dans laquelle je suis, des droits qui m'appartiennent.“ (87) Fast gleichzeitig richteten die Gesandten an den Hof die Anfrage, wie sie sich im Streit um das Jus Legationis verhalten, ob sie den kurfürstlichen Gesandten Exzellenztitel und Oberhand gewähren sollten und empfahlen eine positive Entscheidung. (88) Der König erteilte ihnen unmittelbar seine Antwort und erklärte sein Einverständnis. Im übrigen gab er den Befehl, bis auf weiteres die Verzögerungstaktik aufzugeben: „Je veux bien aussy, que vous y (von den Deputierten gewünschte Beschleunigung der Konferenzen) apportiez les facilitez, qu'on peut raisonnablement désirer de vous.“ (89) Es hatte sich erwiesen, daß die Zeremoniellstreitigkeiten für Frankreich nicht nur Vorteile mit sich brachten. Kurmainz schien entschlossen, in dem Fall, daß seinem Gesandten von den Kaiserlichen und den Fürstlichen der Bot-

84) Kuczynski, S. 84

85) Ebd. u. AE, Allemagne 292, Ber. 4. 11.

86) Recueil XVIII, S. 69

87) AE, a. a. O., Weisung 21. 10.

88) Ebd.

89) Ebd. Weisung 26. 10.

schaftercharakter nicht zuerkannt würde, Zusammenkünfte mit beiden zu vermeiden. Dazu berichteten die französischen Gesandten: "Cela rendroit la négociation bien difficile à cause du rang que les Ambassadeurs de Mayence doivent tenir dans l'assemblée et que nous n'y pouvons point trouver de meilleurs médiateurs qu'eux." (90) Es kann also in dieser Phase der Konferenz nicht gesagt werden, daß die kurfürstlichen Vertreter auf französischen Antrieb handelten, vielmehr versuchte Frankreich mit allen Mitteln, auch zur Zahlung von „Gratifikationen“ waren die Gesandten ermächtigt, (91) einen schnellen Abschluß zu erzielen.

Dieser Abschluß aber ließ sich für die nächste Zeit nicht erwarten. Vor dem Zusammentritt der Reichsdeputation blieben noch vielfältige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. In einem Schreiben vom 2. September (92) nahm Rudolf August von Braunschweig ebenfalls gegen die Sitzordnung "per latera" Stellung mit der Begründung, daß sie unter den Deputierten eine Differenzierung "ratione collegiorum" intendiere. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß eine solche Unterscheidung bei Zusammenkünften dieser Art nicht üblich sei und berief sich auf das Beispiel von Nimwegen, wo kaiserliche, königliche, kurfürstliche Gesandte (die brandenburgischen Gesandten) und fürstliche (Vertreter des Herzogs von Lothringen) an einem Tisch „in circulo“ beraten hätten und schloß mit den Worten: „Undt dann gleichwohl Unß und Unserm Fürstlichen Hause sehr bedencklich, ja bei der Posteritet gantz unverantwortlich einfolglig gar nicht möglich fallen wirdt, in dergleichen ungewöhnlichen, dem Reichs-Fürstenstand praejudizirlichen, modum agendi zu willigen.“ (93) Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß man vielerorts versuchte, auf dem Umweg über das Zeremoniell die kurfürstlichen Praerogativen anzugreifen, sie zu nivellieren oder sich ihnen gegenüber auf irgendeine Weise Vorteile zu verschaffen. Zum Verständnis dessen ist zu berücksichtigen, daß die verfassungsrechtliche Struktur des Reiches ja in letzter Hinsicht, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht auf einem einmaligen „verfassungsgebenden“ Akt beruht, sondern aus der langsamen Anhäufung kleiner und kleinster Kompetenzen gewachsen ist. Die Stellung der Kurfürsten zeigt dies mit großer Deutlichkeit, es liegt daher im Wesen nicht nur der Reichsverfassung, sondern mit einiger Sicherheit der meisten europäischen Monarchien, (94) daß um diese Dinge geradezu erbittert gerungen wird. Es darf bei dem Hause Braunschweig nicht außer acht gelassen werden, daß Hannover in der Tat wenig später der Aufstieg in das kurfürstliche Kolleg gelang. Für die Projektforschung ist es daher nicht unerheblich, daß es sich in Frankfurt nicht nur um eine Beseitigung der zeremoniellen Differenzierung zwischen Fürsten und Kurfürsten, sondern wie die Folge zeigen wird, im Verein mit Österreich und Bamberg, auch um eine Sonderbehandlung den übrigen fürstlichen Vertretern gegenüber bemühte. Die Forderung der kurfürstlichen Gesandten, das „Tractament“ der Botschafter zu empfangen, war ebenfalls strittig geblieben. Hier zeigte man in den ersten Wochen der Konferenz, soweit die inoffiziellen Kontaktaufnahmen diese Bezeichnung überhaupt rechtfertigen, auf der

90) Ebd. Ber. 25. 10.

91) Ebd. Weisung 1. 11.

92) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I f. 43

93) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I f. 43

94) Für Frankreich vergl. Brocher. Allerdings muß hier die Einschränkung geltend gemacht werden, daß die völlig anders geartete Stellung des höchsten Adels vielfach Etikettefragen über ihren eigentlichen Bereich hinaus keine Bedeutung zukommen läßt.

kurfürstlichen Seite nicht sehr viel Entschiedenheit. Bayern und Pfalz-Lautern, obwohl vom Fürstenkolleg abgesandt, zählen sie doch zu den kurfürstlichen „Confidenten“, schienen nicht abgeneigt, den beiden kurfürstlichen Vertretern Kurmainz und Kursachsen nur den Charakter eines „envoyé“, eines Gesandten im engeren Sinne des Wortes, zu geben. Einerseits standen vielleicht in diesem Fall nicht ihre eigenen Interessen unmittelbar auf dem Spiel. Andererseits tendierten beide beträchtlich zur kaiserlichen Seite hin, die ihre negative Stellungnahme zu den kurfürstlichen Ansprüchen ein für allemal festgelegt hatte. In der bayerischen Politik hatte sich seit der Thronbesteigung Max Emmanuels eine deutliche Abweichung von dem alten frankreichfreundlichen Kurs bemerkbar gemacht. (95) Die Pfalz, von den Reunionen besonders schwer betroffen, hatte kaum Anlaß zu besonders starker Sympathie für Ludwig XIV. Ihre Gewinnung sollte sich für Frankreich als recht schwierig und — kostspielig — erweisen. Kursachsen dagegen bestärkte Mainz eifrig in seinen Forderungen. Am 25. September schrieb Johann Georg an Anselm Franz, er sei über die höchst „praejudizirliche“ Gefährdung des Jus Legationis ernstlich besorgt und entschlossen, eher seinen Gesandten abzurufen, als in einer das ganze Kurfürstenkolleg interessierenden Angelegenheit zurückzuweichen. Anselm Franz zeigte sich zwar in seiner Antwort als entschiedener Vorkämpfer für die kurfürstliche Präeminenz, (96) in Wirklichkeit aber zog er es vor, nicht mit allzu großer Entschiedenheit vorzugehen, sondern durch vorsichtiges Lavieren zuerst die Stärke der gegnerischen Position zu erkunden. In der Weisung vom 23. Oktober (97) trug er Schönborn und Scheffer auf, bis zu einer endgültigen Entscheidung über das Traktament vorsichtige Zurückhaltung zu üben. Erst als er aus ihrem Bericht vom gleichen Tage erfuhr, daß der kurfürstliche Anspruch bereits offiziell verkündet worden, und die Angelegenheit dadurch keine „res integra“ mehr sei, sah er sich, nachdem es nun zu einer Prinzipienfrage gekommen war, in einem Postskriptum zu einem Widerruf des ersten Befehls veranlaßt und verfügte nun, nachdem ohne Prestigeverlust ein Zurückweichen unmöglich geworden war, den kurfürstlichen Standpunkt zu verteidigen. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß damit diese Frage, die für die Konferenzen einen großen Zeitverlust bringen sollte, geradezu durch einen Regiefehler mehr oder minder unbeabsichtigt erneut in den Vordergrund gespielt worden war. Die Gründe dieser geringen Entschlossenheit sind recht vielfältig. Daß man diesen Dingen Bedeutung beimaß, ist völlig sicher. Näher liegt die Vermutung, daß man in Anbetracht der Präzedenzfälle (98) der juristischen Berechtigung des Anspruchs nicht völlig sicher war. Es muß weiterhin bedacht werden, daß Anselm Franz auf den Kongreß für die Erhaltung des Friedens einige Hoffnungen setzte und — die Instruktion für seine Gesandten (99) weist dieses klar aus — bereit war, im Bereich der Formalitäten einige Zugeständnisse zu machen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß trotz allen Unwillens über die kaiserliche Partei Anselm Franz sich noch nicht zu einer endgültigen und eindeutigen Frontstellung entschieden hatte, sondern sich die Verbindungen zur Hofburg aufrecht erhalten wollte. Als Beweis sei ein kurzer Brief-

95) Gebhardt II, S. 235 und vornehmlich Heigel.

96) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I, f. 104 ff. und f. 107 f.

97) Ebd. f. 142

98) Zwar waren in Münster die kurfürstlichen Forderungen von den Kaiserlichen zugestanden worden, aber mit dem Zusatz „sine praejudicio“ und „daß es ferner im Reich keines wegs, sondern nur außer Reichs Platz haben sollte“ — MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. IIIa f. 219 —.

99) Vergl. Text im Anhang S. 176

wechsel zwischen Stratmann und dem Kanzler angeführt. In einem Schreiben vom 2. November (100) wandte der kaiserliche Diplomat sich in betont höflicher Form an Bertram und legte ihm die Frage vor, was nach Ansicht des Kurfürsten gegen die französische Gefahr zu tun sei. Vor allem hob er hervor, daß, um eine Trennung von „haupt und gliedern“ zu verhindern, alles zur Beilegung der Präliminarschwierigkeiten getan werden müsse. In seiner nicht minder zuvorkommenden Antwort (101) versicherte Bertram, er werde von seiner „schuldigsten trew und devotion nimmer abstehen“. In einem zweiten Brief (102) schrieb er, der Kurfürst danke dem Kaiser für seine „treuvatterlige sorgfalt sowohl wegen Teutschland als Italien“ und riet, daß sowohl am Reichstag, als auch auf dem Frankfurter Kongreß, — der aus diesem Grund zu beschleunigen wäre —, über die Möglichkeiten, diesen Gefahren zu begegnen, beraten werden sollte. Auch die Weisungen an die Gesandten zeigen die Mainzer Bemühungen, „keine unnöthige jalousie“ bei den Kaiserlichen oder den Franzosen zu erwecken. (103)

Diese gewisse Verständnisbereitschaft war auch dadurch vorerst nicht beeinträchtigt worden, daß durch eine neue Maßnahme der kaiserlichen Gesandtschaft Mainz in seinen wichtigsten Befugnissen getroffen wurde. Linsingen, einer der Mittelsmänner zwischen den Kaiserlichen und Kurmainz, überbrachte Schönborn am 22. Oktober die Nachricht, daß die Kaiserlichen sich lediglich bei den Franzosen durch Vorweisung ihrer Vollmacht, nicht aber bei dem Mainzer Direktorium legitimieren wollten. (104) Die Entgegennahme der Legitimationen gehörte zu den wichtigen Mainzer Funktionen am Reichstag. (105) Eine gültige Legitimation diplomatischer Vertreter kann aber nur durch Vorweisung der Originalvollmacht vollzogen werden, eine Tatsache, die von den Kaiserlichen nicht bestritten wurde. (106) Was sie dagegen nicht zugestehen wollten, war die Forderung des Direktoriums, daß sich die Gesandten des Kaisers auch bei Verhandlungen mit auswärtigen Mächten bei ihm legitimieren müßten. Der einzige wirkliche Präzedenzfall, die Legitimation beim Westfälischen Frieden, sprach eindeutig für die Berechtigung des Mainzer Anspruchs. (107) In dieser Frage fand Mainz auch bei Kursachsen und Bayern volle Unterstützung. Man erkannte wohl, daß ein Nachgeben des Reichsdirektoriums von den Fürstlichen ausgenutzt werden würde, um ihrerseits den berechtigten Anspruch des Reichsdirektoriums auf Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben zu bestreiten. (108) Der Kaiser versuchte es mit einem Kompromiß und richtete an den Kurfürsten ein Handschreiben, das in der Form eines Generalkreditivs gehalten war. Allein für Anselm Franz blieb dieser Ausweg unannehmbar, und in der Antwort an den Kaiser bestand er auf der Beglaubigung durch „förmliche Einschickung der copeylichen legitimation“. (109)

100) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I f. 169

101) Ebd. f. 171

102) Ebd. f. 172

103) Ebd. Weisung 15. 11. 1681 f. 196

104) Ebd. Ber. Schönborn 22. 10. f. 137

105) Rauch, S. 47-49 u. Moser, Teutsches Staatsrecht 44, S. 368 u. 45, S. 109 ff.

106) Moser, a. a. O.

107) Zumindest in der Version des Direktoriums. Die einschlägige Literatur enthält keine Hinweise.

108) Reichstagsakt., a. a. O., f. 144

109) Ebd. f. 216

Ging es der kaiserlichen Politik wirklich nur um die Beseitigung eines als lästig empfundenen Privilegs, oder zeigte sich hier ein verhandlungstaktischer Zug, der mit dem eigentlichen Zweck der Konferenz in Verbindung zu setzen ist?

Anselm Franz hegte den Verdacht, dieses Manöver sei nur deswegen in Szene gesetzt worden, weil die Kaiserlichen trotz allem noch versuchen wollten, allein die Verhandlungen zu führen und die Reichsdeputierten in die Rolle von „Rathgebern und spectatores“ abzudrängen. (110) Ein weiterer Aufschub der offiziellen Verhandlungseröffnung konnte die Franzosen geneigter machen, wenn sie überhaupt zu echten Verhandlungen bereit waren, auf dem Weg über inoffizielle Kontakte die schwebenden Fragen zu regeln, ohne daß das Reich dabei in Erscheinung trat. Zu einer anderen, dieser teilweise entgegengesetzten Hypothese gibt eine von Kuczynski (111) erwähnte Nachricht Anlaß: Stratmann war der Ansicht, Frankreich habe noch nie seine Verträge eingehalten, auch von einem eventuellen Abschluß in Frankfurt sei nichts anderes zu erwarten. Wenn erst einmal die Reichskriegsverfassung endgültig ins Stocken geraten sein würde, träten die Kammern mit neuen Ansprüchen hervor, die sie durch ihre sophistischen Rechtsverdrehungen stets bei der Hand hätten. Daher müsse eine Entscheidung in allen die Reunionen betreffenden Fragen hinausgezögert werden, bis die Reichsbewaffnung vollzogen sei. Die bereits erwähnten Ereignisse in Ungarn könnten ebenfalls zu einer Verzögerungstaktik geraten haben. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die Differenzen um die Legitimation nicht isoliert von dem Streit um den Botschaftercharakter beurteilt werden können. Eine Legitimation, wie sie auch immer erfolgen mochte, schien vorauszusetzen, daß in dieser Frage eine Einigung erzielt worden war. Sie ließ sich schwerlich in „Loco tertio“ und incognito „abstrahendo a caratere“ vollziehen. Anläßlich einer Einladung in das Quartier der Kaiserlichen, befürchteten Schönborn und Scheffer, (112) würden die Gastgeber, da die Begegnung incognito stattfand, die Oberhand beanspruchen, im Einverständnis mit Braunschweig-Kalenberg bei dieser Gelegenheit ohne Formalitäten ihr Beglaubigungsschreiben vorlegen, sich so de facto für legitimiert erklären und die Verhandlungen in der Weise weiterführen, wie dies bereits vor ihrem Einzug in die Stadt auf den von Stratmann einberufenen Konferenzen geschehen war. Die Mainzer ließen sich daher vorher versichern, daß nichts dergartiges geplant sei und waren entschlossen, widrigenfalls mit einer höflichen Entschuldigung der Einladung nicht nachzukommen. Ein solches Verfahren wäre für die kaiserliche Politik wahrscheinlich von Nutzen gewesen. Sie hatte an den fürstlichen Vertretern starken Rückhalt, und es wäre von dieser Seite gewiß beifällig aufgenommen worden, wenn man so die Frage des Jus Legationis einfach umgangen hätte. In diesem Punkt war es inzwischen zu einer Verhärtung der Fronten gekommen. Ein kurfürstlicher Kollegialbeschluß vom 15. November (113) verpflichtete Mainz und Kursachsen, das Konkursum vom 16. August (114) genau zu beobachten und den Kaiserlichen, solange sie den darin ausgedrückten Forderungen nicht nachkämen, jegliches „Commercium“ zu verweigern. Dieser Beschluß mußte, wenn es zu keinem Kompromiß kam, sämtliche Verhandlungen unmöglich machen. Dieser Kompromiß

110) Ebd. Weisung 4. 11. f. 177

111) S. 82

112) Reichstagsakt., a. a. O., f. 201

113) f. 204

114) Vergl. S. 44

aber wurde angebahnt durch die Regelung der Visiten bei den Franzosen. Auch sie hatten dem Mainzer Sekundarius stets das gewünschte Traktament entsprechend ihrer ersten Instruktion verweigert. Um daher die erhobenen Ansprüche nicht zu präjudizieren, sollte Schönborn allein in Abwesenheit Scheffers die Antrittsvisite machen mit dem Bemerken: „weillen er Freyherr nicht versichert, welchen tag eigentlich dieser wieder zurück käme, so hette er die visite aus Schuldigkeit füglich nit länger können anstehen lassen.“ Im übrigen solle er sich beeilen, damit die Franzosen ihre Meinung nicht änderten. Zu dieser Befürchtung schien einiger Anlaß zu bestehen, denn die französische Gesandtschaft hatte sich vernehmen lassen, daß sie zwar angewiesen sei, die Botschaftereigenschaft der kurfürstlichen Ersten Gesandten zu respektieren, aber da die Kaiserlichen Schwierigkeiten machten, müsse man sich eine endgültige Entscheidung vorbehalten. Bis auf weiteres allerdings wolle man keine Änderung vornehmen. (115) Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Franzosen in der Tat diese Drohung verwirklicht hätten. Es widersprach allen diplomatischen Gepflogenheiten, die dem de facto einen hohen Respekt zollten. Immerhin bot sich dadurch ein bequemes, wenig gefährliches Druckmittel. Saint-Romain und Harlay drängten um diese Zeit auf Beschleunigung der Verhandlungen. Auf diese Weise konnten sie hoffen, daß die kurfürstliche Partei das Ihrige zur Beilegung der Präliminarschwierigkeiten beitragen würde. In der Tat versicherte Schönborn, daß ihre Beseitigung nicht von ihm und seinem Kollegen abhängen, daß er aber so weit wie möglich die Kaiserlichen dazu drängen wolle. (116) Obendrein konnten sich die Franzosen von dieser Maßnahme einen kleinen Nebengewinn erhoffen. Ende November verlangten sie von der Mainzer Gesandtschaft eine schriftliche „Assecuration“, daß die Kurfürsten in Opposition gegen den Kaiser auf ihrer Zeremoniellforderung beharren wollten. (117) Diese Verpflichtung zum Widerstand gegen den Kaiser jedoch war eine höchst kritische Angelegenheit. In seiner darauf erfolgten Weisung brachte Anselm Franz seine ganzen Bedenken gegen ein solches Vorgehen lebhaft zum Ausdruck und befahl seinen Gesandten, so behutsam und vorsichtig wie möglich dabei vorzugehen und die „Assecuration“, wenn irgend möglich, zu vermeiden. (118) Dagegen waren die Franzosen von ihrem Begehren nicht abzubringen. Nach langem Zögern gelang es ihnen, von den Kurfürstlichen die gewünschte Zusage zu erhalten. (119) Sie wurde für die Verhandlungsführung nicht sehr bedeutsam. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß ein solches Geheimdokument, dessen Charakter Anselm Franz deutlich gezeigt hatte, im Bedarfsfall sehr wohl geeignet gewesen wäre, eine Frankreich unwillkommene Nachgiebigkeit zu verhindern.

Für die Legitimation begann sich allmählich eine Lösung abzuzeichnen. Noch einmal erklärte der Kurfürst das sogenannte Generalkreditiv, das Handschreiben des Kaisers, für unzureichend, deutete aber gleichzeitig an, es sei den Wünschen des Reichsdirektoriums Genüge getan, wenn ihm lediglich eine Kopie der den Franzosen über-

115) Ebd. Ber. 22. 10., f. 137

116) Ebd. f. 197

117) Ebd. Ber. 27. 11. f. 249

118) Ebd. Weisung 28. 11. f. 246: „ . . . indeme durch eine solche Declaration ad exteros Ihre Kayl. May. als das höchste Oberhaupt von denen ahnwesenden Churfürstl. nit allein öffentlich choquirt, sondern auch mit dem König von Franckreich und denen Churfürstl. selbst gantz durchgehend parificirt . . . werde.“

119) Reichstagsakt., a. a. O., f. 145

reichten Vollmacht ausgehändigt würde. (120) Wenig später, am 27. November bereits, erfuhren Schönborn und Scheffer auf Umwegen, daß Rosenberg, der kaiserliche Primarius, sein Einverständnis zu diesem Legitimationsmodus gegeben habe. (121) Diese Information wurde von dem kursächsischen Gesandten Schott halboffiziell bestätigt. Die Kaiserlichen suchten nun ihren Terraingewinn zu erweitern und sprachen sich für eine Legitimation völlig ohne Original aus. Dieser von Linsingen übermittelte Vorschlag stieß natürlich bei den Mainzern auf unterschiedenen Widerstand. Ebensowenig behagte ihnen ein weimarischer Kompromißvorschlag: Zunächst sollten sich die Mainzer selbst bei den Kaiserlichen legitimieren. Dann würde die Reichsdeputation bei diesen intervenieren, um sie ihrerseits zur Vorlage ihres Beglaubigungsschreibens zu veranlassen. (122) Die französische Gesandtschaft, deren Hoffnungen auf einen raschen Abschluß inzwischen beträchtlich geringer geworden waren, unterstützte rückhaltlos das Reichsdirektorium. Im übrigen bezeichneten sie mit einiger Heftigkeit die Gründe des kaiserlichen Verhaltens als „frivoles“. (123) Stratmann nahm unterdessen den Vorschlag wieder auf, sich wie in Nimwegen an einem Tisch „pêle-mêle“ zusammzusetzen. Aber er stieß auf die geradezu stereotype Antwort der Mainzer: Nicht ohne vorgehende Legitimation! (124) Auch sein Versuch, mit den Franzosen den Austausch der Vollmachten inoffiziell vorzunehmen unter dem Vorwand, Zeit zu gewinnen und schon vor der feierlichen Überreichung eventuelle Formfehler auszuschneiden, stieß auf entschiedene Ablehnung. (125) Ein Mainzer Vorschlag, in loco tertio die Vollmachten zu überreichen, wurde von den Kaiserlichen zurückgewiesen. Dadurch wären zumindest in der Frage der Oberhand alle Hindernisse umgangen worden, denn sie war ja nur in der Wohnung eines Diplomaten von Bedeutung. Daraufhin entschied das Direktorium, daß Scheffer, der als Sekundarius ohnehin nicht ernstlich auf das Botschaftertraktament hoffen konnte, die kurfürstlichen Kreditive in ihrem Quartier den Kaiserlichen aushändigen könnte, ohne damit einen gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen. (126) Auch die Franzosen billigten diesen Plan, und so einigte man sich durch die Vermittlung der beiden Pfälzer Steinkallenfels und Peil (oder Pfeil) darauf, daß die Mainzer Gesandtschaft sich „in genere abstrahendo a persona“ beglaubigte, wenn auch die kaiserliche Vertretung nur „in genere“ anwesend sei. (127) So hätte nun endlich dieser Akt zur allgemeinen Zufriedenheit vorgenommen werden können, wenn nicht mittlerweile durch die Ungeschicklichkeit Stratmanns ein neues, schweres Hindernis aufgeworfen worden wäre. Im Beisein Scheffers verglich er am 19. November die Kurfürsten mit dem polnischen Reich im allgemeinen, dessen Adel im besonderen und den älteren schwedischen Senatoren. (128) So zumindest lautet die Mainzer Version. Bei Kuczynski (129) findet sich die Nachricht, er habe zudem den Mainzer Kurfürsten „garde des sceaux“ und „custos actorum“ titulierte. Daß der kaiserliche Diplomat höchst un-

120) Ebd., f. 211-216

121) Ebd., Ber. 27. 11., f. 244 u. 29. 11. f., 253

122) Ebd., Ber. 30. 11., f. 254

123) Ebd., Ber. 2. 12., f. 263

124) Ebd., Ber. 3. 12., f. 266

125) Ebd., Ber. 8. 12., f. 289

126) Ebd., Ber. 13. 12., f. 299

127) Ebd., Ber. 20. 12., f. 358

128) Ebd., Ber. 20. 11., f. 221

129) a. a. O., S. 74 ff.

diplomatisch in ein Wespennest stach, zeigte sich sofort. Zwar beeilte er sich zu seiner Entschuldigung vorzubringen, er habe lediglich in einer Privatunterhaltung die verschiedenen Würden und Ämter des Mainzer Erzbischofs aufgezählt und hinzugefügt, daß der Reichskanzler auch in andern Ländern verschiedene Funktionen ausübe. So sei er in England und Frankreich Siegelbewahrer. Dazu aufgefordert wollte er sofort den Unterschied zwischen diesen und dem Mainzer Kurfürsten herausgestellt haben. Die Reaktion des gesamten kurfürstlichen Kollegs war überaus heftig und beweist wieder einmal, wie unglaublich empfindlich sich die Kurfürsten gegen die geringste Anfeindung verteidigten. Frankreich stand bei dieser Affäre nicht als eigentlicher Dirigent im Hintergrund, sondern blieb völlig unbeteiligt. Politische oder verhandlungstaktische Motive lassen sich bei keinem der Beteiligten mit Sicherheit feststellen. Nichtsdestoweniger unterbrach dieser unglückliche Lapsus erneut die Verhandlungen und beschwor erhebliche Komplikationen herauf. Anselm Franz untersagte seinen Vertretern sofort jeglichen Verkehr mit dem kaiserlichen Sekundarius. (130) Friedrich Wilhelm von Brandenburg, über den Vergleich mit dem polnischen Adel besonders erbost, verfügte die Konfiskation aller im Clevischen gelegenen Güter Stratmanns. (131) Rosenberg drückte am 5. Dezember sein Bedauern über den Zwischenfall aus. Er war jedoch auf diese einfache Weise nicht mehr beizulegen, (132) denn er war mittlerweile dermaßen aufgebauscht worden, daß das gesamte Kurfürstenkolleg Anspruch auf gebührende Satisfaktion erhob. (133) Am 24. Dezember richtete Stratmann an Anselm Franz ein Entschuldigungsschreiben, in dem er seine angeblichen Äußerungen als falsch interpretiert bezeichnete, aber nicht zurücknahm. Der Kurfürst verweigerte die Annahme des Briefes. (134) Auf Betreiben Jenas, des brandenburgischen Reichstagsgesandten, verlangten die gesamten Kurfürsten auch beim Kaiser Genugtuung. Zwar mißbilligte man am Mainzer Hof einen so eklatanten Schritt, mußte sich aber der Mehrheit fügen. (135) Erneutes Zögern der Kaiserlichen brachte die Empörung des Kurfürsten auf den Höhepunkt. Die Anschuldigungen erreichten eine Schärfe, die bei der ursprünglichen Bedeutung der Angelegenheit geradezu unglaublich erscheint. Das zeigt die folgende Briefstelle:

„Und wann es von seithen der Kayserlichen Gesandten dahin abgesehen sein sollte, daß sie dadurch dem Reich nur neuen Krieg und Ungemach auff den hals ziehen und zu solchem auch die Stratmannischen Händel zue praetext nemen, und der Graf von Rosenberg auch von sich allein, — wie er doch vermög der Vollmacht kann —, in die conferentz sich nit einlassen will, so wird man genöthigt werden, andere wege und mittel, mit den Franzosen das interesse publicum zu tractieren und zu versichern, an hand nehmen müssen.“ (136) Nachdem sich die Gemüter so erhitzt hatten, ist es erstaunlich, daß die Vermittlungsversuche der Pfalz und Kursachsens sehr schnellen Erfolg hatten. Das Rätsel wird gelöst durch den Bericht Fouchers vom 12. Januar 1682, in dem er meldet, er habe weisungsgemäß in Mainz stark darauf gedrungen, die Angelegenheit zu bereinigen, damit der Kongreß endlich seinen Fort-

130) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I, Weisung 21. 11. f. 222

131) Kuczynski, S. 77

132) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I, Ber. 5. 12. f. 285

133) AE, Allemagne 292, Ber. 23. 12. 1681

134) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 25. 12., f. 345

135) Ebd., f. 329

136) Ebd., Bd. II, Weisung 8. 11. 1682, f. 13

gang nehmen könne. (137) Anselm Franz, der noch am 6. Januar darauf bestanden hatte, daß Stratmann an ihn ein weiteres Schreiben „terminis submissimis“ richte, entdeckte plötzlich am 10., daß die Konferenzen von dem Streit beeinträchtigt würden und war bereit, sich mit „des Stratmanns mündlicher declaration auß purer generositet vergnügen“ zu lassen. (138) Kursachsen und die Pfalz waren mit dem Kompromiß einverstanden. Stratmann erklärte, er bedaure den Vorfall und versicherte, eine Erniedrigung des Kurfürstenkollegs habe nicht im entferntesten in seiner Absicht gelegen.

Die Legitimation indessen ließ noch immer auf sich warten. Noch einmal zogen die Kurfürstlichen die alten Argumente für ihre Zeremoniellwünsche hervor. (139) Die kaiserliche Gesandtschaft zögerte ebenfalls, denn in dem Streit um Stratmann hatte man kurfürstlicherseits Rosenberg den Exzellenztitel verweigert. Zwar hatte er darauf noch keinen formellen Anspruch, da er, noch nicht legitimiert, keinen „Charakter“ bekleidete. Aber vielleicht um in Wien seinen Kollegen zu rechtfertigen, hatte er diese angebliche Verletzung seiner Botschafterqualität an den Hof berichtet und mußte die Antwort abwarten. (140) Nun aber drängte Mainz mit Entschiedenheit. Den „der Gefahr am nächsten gesessenen“ liege sehr an der Beschleunigung der Verhandlungen. Sollten die Kaiserlichen weiter zögern, würde Stratmann der kurfürstliche „Pardon“ entzogen, die Reichsdeputierten zur Legitimation bei Mainz aufgefordert und man würde sehen, welchen Lauf die Dinge nähmen! (141) Auch die französischen Gesandten machten aus ihrer Ungeduld keinen Hehl, und so stimmte Rosenberg dem Austausch der Beglaubigungsschreiben zu, ohne wegen der Witterungsverhältnisse die Ermächtigung dazu erhalten zu haben. Am 28. Januar suchte Scheffer gegen vier Uhr nachmittags die kaiserliche Gesandtschaft auf und überreichte die Mainzer Vollmacht im Original „ad restitutionem“. Stratmann ließ ihn das kaiserliche Kreditiv einsehen und überreichte ihm eine Kopie. (142) In gleicher Weise vollzog Scheffer am 4. Februar die Beglaubigungszeremonie bei der französischen Gesandtschaft, und hier nahm der Sekundarius Harlay das kurfürstliche Kreditiv entgegen. (143) Daraufhin suchte Wallmenich, der Mainzer Legationssekretär, die Gesandtschaften der Reichsstände auf und teilte ihnen mit, daß die kurmainzischen Vertreter sich legitimiert und „formal Gesandten charakter“, das heißt Botschafterrang angenommen hätten. (144) Nun mußte es sich entscheiden, ob die Kaiserlichen zur Anerkennung bereit waren. Am Tag nach der Notifikation äußerte Rosenberg vieldeutig, er werde den Befehlen seines Herrn dazu nachkommen. Am 8. ließ er

137) AE, Mayence XXI.

138) Reichstagsakt., a. a. O., Bd. II, Weisung 10. 1. f. 28

139) „Weyllen die Churfürsten lauth der güldenen Bull den Koenigen aequiparirt werden, und dahero, waß dem Königl. Gesandten vor ein tractament von den Kayserligen beschiehet, denen Churfürstl. nothwendig auch eingestanden werden muß. . . . besag der Kayl. Capitulation moderni Imperatoris den Churfürsten vor aller Republiken Gesandten ahm Kayl. Hof den Vorzug gestattet, dießen aber das praedicat Excellenz undt Oberhandt ohndisputirlich gegeben, . . . da Ihro Kayl. May. den Churfürstl. Gesandten königl. würdten, freyheiten, pompen, das haupt zu bedecken, zu sitzen etc. gestohet . . .“ — Reichstagsakt., a. a. O., 30 ff.

140) Ebd., Ber. 17. 1., f. 56

141) Ebd., Weisung 21. 1., f. 64

142) Ebd., Ber. 28. 1., f. 76

143) Ebd., Ber. 4. 12., f. 94. Die gesamte Problematik der Legitimation wird in kurzer Form dargestellt in einem Memorial der AE, Allemagne 292, f. 213 ff.

144) Reichstagsakt., a. a. O., Ber. 7. 2., f. 114

den Mainzern zu ihrem Charakter gratulieren. Dies bedeutete jedoch keine förmliche Anerkennung. (145) Das Problem, dies sei vorweggenommen, wurde in Frankfurt nicht eindeutig geklärt. Es sollte noch einmal zu heftigen Differenzen darüber kommen.

Bis dahin war der Streit unter den Kollegien etwas in den Hintergrund getreten. Nun brach er erneut aus. Bei den Franzosen hatte Scheffer nicht nur das kurmainzische Partikularkreditiv, sondern auch die allgemeine Vollmacht des Reiches vorgewiesen. Bamberg und Braunschweig-Kalenberg erhoben sofort heftigen Protest und behaupteten, daß eine Vollmacht, die die gesamte Reichsdeputation als solche auswies, nur mit Zustimmung eben dieser Deputation extradiert werden könne. De Grootte, der Braunschweiger, ging soweit, mit der Abreise zu drohen. (146)

Auf die Notifikation der Legitimation hatten die kurfürstlichen „Confidenten“ Kur-sachsen, Bayern und Pfalz-Lautern ihre Beglaubigungsschreiben dem Reichsdirektorium ohne Zögern vorgelegt. (147) Wie würden sich die Fürstlichen verhalten? De Grootte hatte seine Forderung, auch als Botschafter anerkannt zu werden, noch nicht fallengelassen. Zusammen mit Österreich und Bamberg bestand er darauf, zunächst müßten alle Präliminarschwierigkeiten beseitigt werden. Vorher könne von einer Legitimation keine Rede sein. Den heftigsten Widerstand erregte bei allen dreien das in Regensburg festgelegte Sitzschema. (Vergl. Skizze 1 im Anhang) (148) Die Gründe dieser Haltung sind wohl am leichtesten bei Hannover zu erkennen. Hier handelte es sich vornehmlich um eine neue Auflage des Versuchs, die Unterscheidung der Kollegien zu beseitigen. Wie weit andere politische Motive mitgespielt haben mögen, geht aus den herangezogenen Archivalien nicht hervor. Anders liegen die Verhältnisse bei Österreich. Zwar nahm man nebenbei gerne einen zeremoniellen Gewinn mit. Aber andere verhandlungstaktische, politische Motive standen hier im Vordergrund. Die Entwicklung in der Behandlung des eigentlichen Hauptzieles hatte inzwischen ergeben, daß eine Annäherung der Standpunkte kaum zu erwarten war. Die Hoffnung, Frankreich werde einigermaßen annehmbare Bedingungen vorlegen, hatte sich als trügerisch erwiesen. So war man auf Seiten der kaiserlichen Partei dazu übergegangen, die Verhandlungen so lange zu verschleppen, bis die Rüstungen des Reiches weiter vorangetrieben wären. Ein von Levae publizierter Brief des burgundischen Reichstagsgesandten de la Neuveforge bietet dafür ein interessantes Zeugnis. (149)

Das Ziel de Groottes, eine Gleichstellung mit den Kurfürstlichen oder zumindest eine Distanzierung von den übrigen Fürstlichen zu erreichen, zeigte sich auch in seinem Vorschlag, zusammen mit den Legitimierten Beratungen über die Behebung der Zeremoniellschwierigkeiten aufzunehmen. (150) Auf diese Weise würden die Verhandlungen praktisch eröffnet, ohne daß er sich nach dem gleichen Modus wie seine Kollegen legitimiert hätte, eine Möglichkeit, seinem Herrn für die Zukunft „ipso

145) Ebd., Ber. 8. 2., f. 115

146) Ebd., Ber. 4. 2., f. 101

147) Ebd., Ber. 5. 2., f. 102 u. 8. 2., f. 115

148) Ebd.,

149) „Les ministres supérieurs sont d'accord que cette conférence ne doit rien produire: mais comme S. M. I. et l'Empire ont besoin de temps pour se mettre toujours de mieux en mieux en posture de guerre, il faut faire la grimace de rester.“ — 22. 1. 1682, S. 89 —.

150) Reichstagsakt., a. a. O., f. 105

facto“ ein differenzierendes Privileg zu verschaffen. Diese Interpretation könnte vielleicht als zu weitgehend bezeichnet werden. Der folgende Auszug aus der Mainzer Weisung vom 6. Februar beweist ihre Berechtigung: „ . . . mithin nit allein wir wegen des Reichs Directorij, sondern auch weil selbiges Uns als Churfürsten und Ertzkanzlern zusteht, und das gesamte Churfürstliche Collegium propter oppositionem der fürstlichen dabei höchst interessirt, consequenter, woh bereits die Kayl., Königl. und Churfürstliche sich würcklig legitimirt haben, das Churfl. Collegium sambt dem Reichs Directorio durch solche mit Unlegitimierten vornemende Deliberationes offentlich mit ewigem praejudiz exponirt sein würde.“ (151)

Die Solidarität der Kollegien, die ein nicht zu unterschätzendes politisches Motiv zu bilden scheint, veranlaßte zunächst die übrigen Fürstlichen, ihrem Direktor Österreich nicht vorzugreifen. Die Städte hielten sich ebenfalls zurück. (152) Indessen strebte die allgemeine Tendenz immer mehr nach Eröffnung der Verhandlungen, und so reichten am 12. Februar Sachsen-Weimar und die Stadt Regensburg ihre Vollmachten in althergebrachter Weise beim Direktorium ein. Zwei Tage später folgte die Stadt Köln. (153) Für den 16. berief daraufhin das Direktorium eine erste Sitzung ein. Sie fand auf dem Römer statt. Ihre Beratungen behandelten die Stellung der Nichtlegitimierten, die Festlegung der Ratstage und der Tageszeit für die Sitzungen, sowie die Sitzordnung der Sekretäre. Man nahm nach dem Regensburger Schema auf mit schwarzem Samt bezogenen Stühlen Platz. Die Städtischen hatten lediglich einen Schemel ohne Lehne als Ausdruck ihrer Sonderstellung unter den drei Kollegien. Die Beschlüsse gingen zunächst dahin, Bayern und Sachsen-Weimar mit der Vermittlung bei Österreich und seinen beiden Anhängern zu beauftragen. Man erklärte sich zu gewissen Konzessionen im Sitzschema bereit und drohte gleichzeitig, notfalls den Reichstag über die Vorfälle zu informieren. Als Ratstage wurden mit Rücksicht auf den Postverkehr Montag, Mittwoch und Donnerstag bestimmt. Die Sitzungen sollten jeweils um neun Uhr beginnen. Schließlich legte man fest, daß alle Sekretäre zusammen an einer langen Tafel plaziert werden sollten. (154) Die Mainzer und die kursächsische Gesandtschaft hatten dabei eifersüchtig darauf geachtet, daß nur ihre eigenen Karossen mit sechs Pferden bespannt waren, ein Vorrecht, das allein Botschaftern zustand, während sich die übrigen diplomatischen Ränge mit zweien begnügen mußten. (155)

Die Nichtlegitimierten konnten nun ihre Position nicht mehr lange halten. Sachsen-Weimar schlug als Kompromiß vor, man solle entweder vor die Kurfürstlichen einen Tisch rücken und, unmittelbar daneben, einen zweiten für die Fürstlichen und das Regensburger Schema beibehalten oder aber die Stühle der Fürstlichen und Städtischen im Kreis anordnen. (156) Beide Möglichkeiten beabsichtigten, eine klare Sitzordnung per latera, die ja bei de Groote wegen der kollegialen Differenzierung auf heftigen Widerstand traf, zu umgehen. Man modifizierte den ersten Vorschlag dahingehend, daß nur ein langer Tisch in die Mitte gestellt würde, ein neuer Gewinn für Braunschweig und seine Gesinnungsgenossen. Dagegen wiederum erhob Branden-

151) Ebd., f. 107

152) Ebd., Ber. 6. 2., f. 111

153) Ebd., f. 122 u. 127

154) Ebd., Ber. 16. 2. f. 140 ff.

155) Vergl. dazu Moser, Teutsches Staatsrecht, III, S. 141

156) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. II, Ber. 19. 2. f. 148

burg lebhaftes Bedenken. (157) In der Tat war dieses Motiv verschiedentlich in der Debatte aufgetaucht. Die österreichischen Gesandten hatten recht verärgert dagegen protestiert, daß sie nicht neben den kurfürstlichen sitzen sollten, obwohl doch das hohe Erzhaus so viele Kaiser hervorgebracht habe. Das Regensburger Schema sei ohnehin nicht verbindlich, da die kaiserliche Ratifikation nicht diktiert worden sei. (158) Ein bayerischer Vorschlag, daß die Legitimierten ohne Hinzuziehung der drei Absichtsstehenden in die Verhandlungen über die französischen Bedingungen eintreten sollten, fand wenig Anklang. Die allgemeine Stimmung war für Annahme des weimarschen Kompromisses in seiner letzten Fassung. (159) Am Mainzer Hof wurde sie ebenfalls gebilligt. (160) Trotzdem sahen sich die Legitimierten gezwungen, wie sie angekündigt hatten, dem Reichstag über das bis dahin Geschehene eine Relation zuzustellen. (161) Die Sitzordnung war zwar inzwischen im großen und ganzen vereinbart worden. De Grootte hatte sich für das in der Skizze wiedergegebene Schema entschieden.

Österreich dagegen wünschte einen wenige Finger breiten Abstand zwischen dem Haupttisch und dem Tisch des Direktoriums, da an diesem Platz der Mainzer Sekundarius und wahrscheinlich der Protokollist saßen. Der österreichische Primarius wünschte nicht, mit ihnen auf eine Stufe gestellt zu werden. (162) Jetzt ging es vielmehr um den Legitimationsmodus, um die Frage, ob sich die drei Nachzügler so wie die übrigen Fürstlichen oder wie die Kurfürstlichen beglaubigen würden. Auch hier kam es nach langem heftigen Ringen zu einem Kompromiß. Die Sekretäre überreichten die Vollmacht einem der Direktorialgesandten. Der warf einen Blick darauf und gab sie dem Überbringer zurück, der sie nun dem Mainzer Legationssekretär aushändigte. (163) Zwar waren die Etikettefragen damit noch immer nicht zur Zufriedenheit aller geklärt. Aber es wurde dadurch möglich, am 16. März, also ein halbes Jahr nach der Ankunft der Gesandten, die erste Vollversammlung der Reichsdeputation auf dem Römer abzuhalten. Für die Regelung der eigentlichen Probleme war die Zeit sinnlos verthan. Die Untersuchung der Streitobjekte zeigt, wie wenig trotz aller Beteuerungen das Wohl des ganzen Reiches das politische Handeln der deutschen Stände bestimmte und mit welcher Erbitterung man um all das kämpfte, was die territoriale Souveränität und ihre Interessen betraf, von der Montesquieu in seinen „Lettres Persanes“ (164) sagt, daß die deutschen Fürsten geradezu ihre Märtyrer seien.

157) Ebd., undatiertes Konzept des Brandenburger Kurfürsten f. 165: Die Begründung dafür lautete: „Wann gemelter Tisch dergestalt gestellt würde, kombt die parifikation in sessione desto clarer heraus, welches die Österreichische, die alzeith gleiches Tractament mit den Churfürstlichen praetendiren, so stark urgiren.“

158) Ebd., Ber. 23. 2., f. 168

159) Ebd., f. 163

160) Ebd., Weisung 24. 2., f. 172

161) Abgesandt am 4. 3. Sie besagte im wesentlichen, die Bereinigung der ersten Präliminarschwierigkeiten habe zu der Hoffnung berechtigt, daß die Verhandlungen in Angriff genommen werden könnten. Sie würden jedoch erneut durch Österreich, Bamberg und Hannover gehindert. — Ebd. f. 204

162) Ebd., Ber. 28. 2., f. 184

163) Ebd., Ber. 8. 3. f. 216, Weisung 9. 3. f. 218, 10. 3. f. 229, Ber. 14. 3. f. 240 u. 16. 3. f. 247. Man vermischte so die kurfürstliche Legitimation, bei der ein Mainzer Gesandter die Vollmacht alleine entgegennahm, mit der fürstlichen, bei der sie unmittelbar dem Legationssekretär überreicht wurde.

164) Brief Nr. 102

III. Die Verhandlungen

Während diese Differenzen die Reichsdeputation in Atem hielten, waren Saint-Romain und Harlay nicht untätig geblieben. Auf inoffiziellen Wegen war die französische Diplomatie in diesen Monaten stets bestrebt gewesen, ihren Zielen näher zu kommen.

Nach dem Schock, den die Besetzung Straßburgs ausgelöst hatte, war es ihre vornehmlichste Aufgabe, die Glaubwürdigkeit des Königs wiederherzustellen. Es ist bereits gezeigt worden, welcher Mittel sie sich dabei bediente. Sie mußte weiterhin die Befürchtung zerstreuen, daß Ludwig XIV. nicht am Rhein stehenbleiben, sondern über die Stromgrenze hinweggreifen würde. Das Pensionsangebot an Kurmainz hatte diesen Versicherungen beträchtlichen Platz eingeräumt. Auch die Kongreßgesandten wurden damit beauftragt. (165) Gleichzeitig äußerten sie sich endlich deutlich über die französischen Bedingungen, unter denen der Friede bestätigt werden sollte. Die betroffenen Deputierten vernahmen gesprächsweise, daß nur eine bedingungslose Anerkennung des Status quo, somit auch die Abtretung Straßburgs, in Frage kommen könne. (166) Bereits die Instruktion hatte darauf bestanden, daß jede Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Reunionen im allgemeinen oder einzelner Annexionen zu umgehen sei. Einwände könnten höchstens ad referendum genommen werden. (167) Auch Foucher hatte bereits im Vorjahr diese Weisung streng befolgt und dabei die etwas gewagte Behauptung aufgestellt, der König beanspruche nur, was ihm rechtmäßig zustehe; widrigenfalls würden die Kammern kein Reunionsurteil aussprechen. (168) Im übrigen sondierten die Franzosen vorsichtig das Terrain, um die allgemeine Stimmung zu erkunden. Auch die Kaiserlichen unternahmen kleine Erkundungsvorstöße. Mit der Begründung, daß die Zeremoniellstreitigkeiten die Reichsdeputation noch lange in Anspruch nehmen könnten, regte Stratmann an, man solle bereits inoffiziell untereinander verhandeln, um die Zeit auszunutzen. Allein die Kaiserlichen waren offensichtlich recht weit von der einfachen Annahme der französischen Bedingungen entfernt, und so zogen Saint-Romain und Harlay sich hinter das Argument zurück, sie seien nur zu Verhandlungen mit Kaiser und Reich bevollmächtigt. (169) Ihr Bericht läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß sie ohne zu zögern zweiseitige Verhandlungen aufgenommen hätten, wenn die Gegenseite verständnisbereiter gewesen wäre. Für die kaiserliche Politik wäre es ohne Zweifel in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft gewesen, wenn sie in Frankfurt das Heft in die Hand bekommen hätte. Davon abgesehen, daß sie das Geschehen am Kongreß selbst ziemlich willkürlich hätte bestimmen können, bot sich auch die Möglichkeit, das so gewonnene Prestige für die Förderung der Reichskriegsverfassung in Regensburg in die Waagschale zu werfen. (170) Am 22. November veröffentlichten die Franzosen bei

165) AE, Allemagne 292, Weisung 26. 10. 1681

166) Ebd., Ber. 4. 11.

167) Recueil des Instructions XVIII, S. 69

168) AE, Mayence XX, Ber. 11. 12. 1680

169) AE, Allemagne 292, Ber. 15. 11. 1681

170) Diesen Verdacht enthält die königliche Weisung vom 28. 11. 1681 — Allemagne 292 — Österreich versuche seinen Einfluß in Frankfurt zu stärken. „... et de ne s'en servir que pour faire prendre à la diète de Ratisbone les résolutions, qui conviendront le plus aux intérêts de la Maison d'Autriche.“

einer Begegnung mit Rosenberg und Stratmann die Bedingungen ihres Königs. Sie forderten die Bestätigung des Besitzstandes vom 1. August 1681 einschließlich Straßburgs, so wie es bereits bekannt geworden war. (171) Die Kaiserlichen lehnten rundweg ab und erklärten, nur zu Diskussionen über die juristische Situation berechtigt zu sein. Darauf antworteten die Franzosen, Österreich bereite einen neuen Krieg vor: „Si on n'entroit pas incessamment dans un chemin plus ouvert, . . . Vostre Majesté seroit obligée, . . . de prendre de nouvelles précautions . . . et on viendrait insensiblement dans la guerre.“ Der Austausch von Argumenten und Gegenargumenten blieb völlig fruchtlos. Die kaiserliche Gesandtschaft beharrte auf ihrer Meinung, einfach Besetzen und gestützt auf militärische Macht Behalten, sei kein Verhandeln, genauso wie ihre Gegner auf der ihrigen, der König habe viel mehr beanspruchen können, sein Angebot sei daher beachtlich. (172)

Die Deputierten erwarteten zumindest die Rückgabe Freiburgs mit seinen Befestigungen und eine Entschädigung für die Pfalz. (173) Damit wurde eine kritische Frage angeschnitten. Die Pfalz, das Kurfürstentum und das pfälzische Gesamthaus, waren mit dem Erzstift Trier am schwersten von den Reunionen in Mitleidenschaft gezogen worden. Mit großer Heftigkeit hatten die Pfalzgrafen am Reichstag Klage erhoben. (174) Der Kurfürst war entschlossen, auf seinen Besitz nicht ohne Entschädigung zu verzichten. Seine Tendenz, sich in Frankfurt der kaiserlichen Partei anzuschließen, blieb den Franzosen nicht verborgen. Ohne seine Mitwirkung aber gab es keine Hoffnung auf den Abschluß. (175) Aus dieser Erkenntnis heraus gab Ludwig XIV. den Befehl, mit ihm Unterredungen über eine Geldentschädigung aufzunehmen. (176) Die Gespräche kamen auch bald in Gang. Aber es sollte zähe Verhandlungen kosten, bis sie zu einem Ergebnis gelangten.

Ein weiterer Vorwurf gegen die französische Politik erschwerte die Verhandlungen. Mit der Vertretung des sächsischen Kurfürsten war Schott, ein gebürtiger Kolmarer, betraut worden. Frankreich betrachtete ihn wegen seiner Herkunft als Untertan des Königs. Gemäß der Instruktion (177) verweigerte Saint Romain ihm die Visite und lehnte jede Zusammenkunft mit ihm ab. Der sächsische Hof war seinerseits entschlossen, auf keinen Fall Schott abzuweisen. Wenn es sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, unter einem wenig überzeugenden Vorwand den Kongreß aufzuhalten, mußte Frankreich nachgeben. Am 16. Dezember ließen sich seine Vertreter vernehmen, wenn durch eine Zulassung Schotts die französischen Ansprüche auf das Elsaß nicht präjudiziert würden, seien sie bereit, den Vorstellungen von Kurmainz und Bayern nachzugeben und ihren Widerstand nicht länger aufrecht zu erhalten. (178) Die Stimmung in Frankfurt hatte ein kleines Zurückweichen der Franzosen als dringend geraten erscheinen lassen. Die Berichte der Gesandten klangen nicht sehr ermutigend. Am 29. November meldeten sie: (179) „Et nous sommes obligez de dire

171) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I, Ber. 22. 11. f. 228

172) AE, a. a. O., Ber. 22. 11. 1681

173) Ebd.

174) Die verschiedenen Beschwerdeschriften sind publiziert von Londorp XI, vornehmlich S. 62, 66-67, 284, 310 u. 314.

175) AE, Allemagne 292, Ber. 25. 11. 1681

176) Ebd., Weisung 4. 12. 1681

177) Recueil des Instructions XVIII, S. 63

178) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. I, Ber. 16. 12. f. 322

179) AE, a. a. O.

à Vostre Majesté, que nous ne voyons rien icy dans leur conduite et nous n'avons rien d'ailleurs, qui ne nous persuade, qu'ils n'ont pas de bonnes dispositions pour la paix." Und im gleichen Schreiben: „Il n'y a icy que l'ambassade Electorale et Mr. Mayer (bayerischer Gesandter) qui paroissent libres et bien disposez pour l'accommodement; tous les autres, mesme les députez de Mr. l'Electeur Palatin et de la Maison de Brunswick paroissent liez avec les ambassadeurs de l'Empereur et disposez à faire ce qu'ils voudront pour l'accommodement ou pour la guerre."

Die kaiserliche Politik hatte einigen Grund, eine übereilte Entscheidung zu vermeiden. In Ungarn hatte sich noch nichts entschieden. In Holland waren Verhandlungen aufgenommen worden, die den baldigen Abschluß eines Bündnisses versprachen. (180) Nach wie vor glaubte man, auf die Reichskriegsverfassung hoffen zu können. Daß sich allerdings damals schon eine erhebliche Verlangsamung ihrer Behandlung bemerkbar machte, stellte Verjus in seinem Bericht vom 27. Oktober mit Genugtuung fest. (181):

„Mais selon toutes les apparences tout cela pourra bien encore aller un peu plus lentement que je ne l'avois espéré d'abord, au lieu que j'avois cru que l'on ne pouvoit guères différer l'effet de cet armement que jusqu'à la fin du printemps et de l'automne, (182) je commence de concevoir qu'il pourroit bien encore n'estre pas fort avancé au mois de janvier prochain ny mesme quelques mois plus tard, à moins qu'il ne se conclue entre plusieurs des plus puissans princes de l'Empire avec l'Empereur quelque traité, auquel je ne vois point d'apparence." (183) Immerhin hoffte auch der französische Reichstagsgesandte nur auf eine Verzögerung. Er scheint aber durchaus mit der Realisierung der Reichskriegsverfassung zu rechnen. Es erscheint also gerechtfertigt, wenn sich die Wiener Politik, vielleicht in einer optimistischen Einschätzung der Lage, von den Regensburger Beschlüssen eine baldige Stärkung ihrer Position erhoffte.

Wie stand der Mainzer Hof in diesen vielfältigen, einander entgegenarbeitenden Bestrebungen? Am 4. Dezember erteilte Anselm Franz seinem Gesandten eine Generalinstruktion, die über seine Ziele völlige Klarheit bringt. (184)

Sie beginnt mit der Feststellung, daß eine Regelung des Reunionsproblems ohne Gefahren nicht länger aufgeschoben werden könne. Die in diesem Zusammenhang aufgeführten Befürchtungen und Gerüchte lassen die Angst vor einem neuen Kriegsausbruch nicht unberechtigt erscheinen. Es kann demzufolge als ein echtes Anliegen betrachtet werden, wenn man in Mainz mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten wünschte. Die Gesandten wurden vornehmlich zu enger Zusammenarbeit mit dem bayerischen Deputierten aufgefordert, der sich im Gegensatz zu seinem Kollegen am Reichstag nicht durch besonders enge Verbindung zu den Kaiserlichen auszeichnete. Zudem war Bayern neben Mainz als einziges katholisches Mitglied des kurfürstlichen Kollegs in Frankfurt vertreten und somit disponiert, eine Reihe der

180) Ebd., Ber. 2. 12. 1681. Zur Lage in Ungarn vergl. Hantsch, Bd. II, S. 46

181) AE, a. a. O.

182) Die Bedeutung dieser Stelle bleibt unklar, meint Verjus mit „la fin du printemps“ den Abschluß der gesetzgeberischen Arbeiten, und erwartet er für den Herbst den Beginn der Truppenaufstellung?

183) Ziemlich überraschend kam im Juni 1682 das Laxenburger Bündnis zustande, das zwar viel Aufsehen erregte, aber nur geringfügig zu politischer Bedeutung gelangte.

184) Vergl. den Text im Anhang S. 176

Mainzer Überlegungen geneigt anzuhören. Der Gesandte Mayer vertrat zugleich als Beobachter den kurkölnischen Hof, der durchaus mit Mainz sympathisierte. Beträchtlichen Anlaß zur Sorge bot Kurpfalz. Seit dem Westfälischen Frieden gab es zwischen Heidelberg und Mainz einen Gegenstand häufiger Spannungen und Konflikte, die Besitzungen, die die Pfälzer an der Bergstraße dem Erzstift hatten abtreten müssen. (185) Die Befürchtung war nicht ohne Grund, daß sie ihre Rückgewinnung versuchen würden und vielleicht sogar vor einem Krieg nicht zurückschreckten, der auch ihre übrigen Verluste wettmachen konnte. Es folgt ein Motiv, das für die Politik vieler geistlicher Fürsten geradezu eine Leitlinie bildet, die Angst vor den protestantischen Armierten, die man mit besonderem Mißtrauen beobachtete, seit sie zu der Hofburg ein durchweg freundschaftliches Verhältnis angeknüpft hatten. Zwar stand Brandenburg im Augenblick abseits, aber das konnte sich ändern. Auch in Wien rechnete man mit diesen Befürchtungen als einem ernstzunehmenden Faktor. Als im November 1681 die Ernennung des Reichsmarschalls akut wurde, dachte man im Hofkriegsrat an den evangelischen Bischof von Osnabrück. Aber man ließ von diesem Vorhaben ab mit der Überlegung, daß so das Haus Braunschweig weiter gestärkt und das Mißfallen der geistlichen Fürsten geweckt würde. (186) Für Frankreich ließ sich von solchen Befürchtungen nur Günstiges erwarten, und so wurden sie von den Frankfurter Gesandten mit Eifer geschürt mit dem Hinweis, daß auch die Ernennung Waldecks zum Reichsmarschall eine höchst besorgniserregende Machtsteigerung der Protestanten mit sich bringe, die für die geistlichen Fürsten sehr gefährlich werde. Braunschweig wolle den Krieg, um seine Truppen durch Quartieranweisung auf katholische Stifte zu erhalten. (187) Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein in der Reichskanzlei erwogener Plan, daß das Oberkommando um der katholischen Partei willen kollegial zu gestalten und Waldeck der Herzog von Lothringen beizugeben wäre. (188) Im Hinblick auf diesen Sachverhalt spricht die Instruktion davon, daß in einem neuen Krieg die geistlichen Besitzungen zuerst durch Quartierlasten ruiniert und hernach von dem Sieger aufgelöst würden. (189)

Spanien und Lothringen standen allgemein im Verdacht, auf einen neuen Krieg zuzusteuern. Frankreich nützte diese Befürchtungen geschickt propagandistisch aus, um eine Trennung zwischen Kaiser und Reich herbeizuführen. Wenn Anselm Franz daher seine Gedankengänge auf eine solche Interessenscheidung richtete, dürfte es nicht verfehlt sein, darin einen Effekt der Tätigkeit Fouchers zu sehen. Wie unsicher es war, auf Bündnisse die Hoffnungen des Reichs zu setzen, hatte die Vergangenheit zum Überdruß erwiesen. Wenn man ihnen in Mainz daher einige Skepsis entgegenbrachte, so war das nicht unberechtigt.

185) Zeumer, Bd. II, S. 389, Instrumentum Pacis Osnabrugense Art. IV., § 7

186) Einige von ihnen hatten bereits geäußert: „weilen Ew. Kayl. May. wegen der motuum in Ungarn mit einer Armada hinauszugehen nicht wohl möglich fiele, und sie sich demnach im Reich der A catholicorum fülle ohnumgänglich bedienen müßten, daß Sie, Stände, bei solcher bewandnus sich lieber in frantzösische protection werffen, als von dem arbitrium der A catholicorum dependiren wollten.“ — Reichskanzlei Vorträge Fasz. 5c, Votum vom 6. 11. 1681 f. 229. In den Jahren 1685/86 wurde erwogen, den Herzog von Lothringen durch geistliche Territorien zu entschädigen. Vergl. Srbik, S. 202.

187) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 2. 12. 1681 f. 263 ff.

188) Reichskanzlei a. a. O., Votum v. 31. 12. 1681 f. 157.

189) Welche Belastung auch befreundete Truppen bedeuteten, hatten Kurmainz und die übrigen rheinischen Territorien zuletzt im Holländischen Krieg erfahren. Vergl. Niebecker, S. 59-62, 67-70 u. Dirr, S. 26 ff.

Der französische König schien entschlossen, von dem, was er bereits besaß, nicht das Geringste herauszugeben. Dagegen hatte er feierlich versprochen, keine weiteren Forderungen geltend zu machen und vor allem, die Rheingrenze nicht zu überschreiten. Also stand das Reich vor der Frage, sollte man die französischen Bedingungen annehmen oder aber durch einen neuen Krieg die Wiedergewinnung des Verlorenen versuchen? In einer sogenannten „balance“, einer Abwägung, werden die Gründe für und wider einander gegenübergestellt. Es ist anzunehmen, daß die Argumente für eine gewaltsame Lösung bekannte Gedankengänge kaiserlicher Politiker aufgreifen, denn sie galt es bei den Bayern zunächst zu entkräften. An erster Stelle unter den kaiserlichen Gründen kommt der Hinweis auf die Rechtmäßigkeit kraft des Westfälischen Friedens. Ihm steht entgegen, daß der französische König sich darauf genauso berufen kann. Es folgt der interessante Zusatz, daß sowohl dieser Vertrag als auch der Nimwegische Frieden ziemlich für ihn spreche. Er beweist, daß man auf deutscher Seite zumindest in gewissen Kreisen die Unklarheit der völkerrechtlichen Lage deutlich erkannte. Es ist jedoch verfehlt, daraus zu schließen, Kurmainz habe einem völligen Nachgeben zu diesem Zeitpunkt bereits das Wort reden wollen. Es wird sich zeigen, daß der Kurfürst zumindest auf ein teilweises Nachgeben Ludwigs XIV. hoffte. Nicht leicht zu verstehen ist das folgende Argument, die „causa honestatis“. Sie sprach gegen eine Annahme der französischen Bedingungen, da sie von einem Tieferstehenden (ab inferiore) geradezu wie Gesetze vorgeschrieben würden. Eine solche Begründung ließe sich zwar ohne Schwierigkeiten mit der hochmittelalterlichen Kaiseridee (190) in Einklang bringen. Daß aber die Wiener Politik wirklich im ausgehenden 17. Jahrhundert hoffen konnte, mit dem Motiv der kaiserlichen Oberhoheit über die übrigen europäischen Monarchen Anklang zu finden, bleibt ziemlich unwahrscheinlich. Für eine kriegserische Politik sprach weiterhin, daß durch die Annexion so weiter Gebiete das Reich in seiner Macht beträchtlich geschädigt wurde, und — ein Grund, der bei den Zeitgenossen anscheinend großes Gewicht besaß, wie die Reaktion auf den Fall Straßburgs zeigt —, daß das übrige Reich nicht mehr sicher sei, wenn man Frankreich sich in diesen neuerworbenen Territorien befestigen ließ. Wenn die kaiserliche Partei in der Folge anführte, das Reich sei stark genug um Krieg zu führen, zumal es von verschiedenen Umständen, (die inneren Verhältnisse Frankreichs, wie die Tatsache, daß die Befestigungsarbeiten in Straßburg noch nicht weit genug fortgeschritten seien), begünstigt wurde, so konnte für die gegenteilige Meinung unschwer eigens angeführt werden, was eine solche Überlegung als recht bedenklich erscheinen lassen mußte. Zunächst ließen die Rüstungen im Reich ein solches Unternehmen schwerlich zu. Frankreich dagegen hielt ein Heer unter den Waffen, das trotz der Verringerung seiner Truppenzahl auf 140.000 Mann eine hohe Schlagkraft besaß. Erwägt man dabei, daß der Kaiser bei Beginn der Belagerung Wiens zwei Jahre später zunächst nur 40.000 Mann eigener Truppen zur Verfügung hatte, (191) so erscheint die Berechtigung der kaiserlichen Hoffnungen etwas zweifelhaft. Die Balance führt in einem besonderen Abschnitt eine beträchtliche Anzahl von Gründen an, die gegen die Kriegspolitik sprechen sollten. Es darf aus der Natur des Dokuments vorausgesetzt werden, daß Anselm Franz ihnen einiges Gewicht beimaß. Wieweit sie sachlich stimmen, ist eine andere Frage. Sie ist in dem vorliegenden Zusammenhang von sekundärer Bedeutung. Wichtig ist hier

190) Zeller, *Les Rois de France Candidats à l'Empire*, S. 280.

191) Gebhardt, II., S. 239

vornehmlich, wie einer der rheinischen Fürsten das französische Königtum sah, welche Vorstellungen von dem mächtigen Nachbarn im Westen in seinen politischen Überlegungen als höchst bedeutsamer Faktor in Erscheinung getreten sein mögen. Als erstes nannte man, daß die Kriegsführung Ludwigs XIV. durch die monarchische Machtkonzentration erleichtert wurde. In der Tat mußte es einem deutschen Staatsmann, der die ungeheuren Schwierigkeiten vor Augen hatte, die vor einer Reichskriegserklärung zu überwinden waren, als ein schwerlich wettzumachender Vorteil erscheinen, wenn die gesamte Befehlsgewalt in einer Hand vereinigt war. Dem französischen König standen weiterhin Minister zur Seite, deren Fähigkeiten keiner Probe mehr bedurften. Dann mußte bei der Langsamkeit und der Disziplinlosigkeit des Reichsheeres (192) die für die Zeit beispielhafte Organisation und Disziplin der französischen Armeen als ein beträchtliches Plus registriert werden. Die aus diesen Voraussetzungen entspringende Schnelligkeit der Operationen hatte man in den westlichen Territorien mit Recht fürchten gelernt. Auch der Anschein wirtschaftlicher Kraft — wie es damit in Wirklichkeit beschaffen war, bleibe dahingestellt — den die Freigiebigkeit Ludwigs XIV. ständig erhöhte, kontrastierte stark mit der notorischen Ebbe in den Kassen des Kaisers. Wenn man in Mainz angesichts dieser Tatsachen fürchtete, ein neuer Krieg würde das Reich die rheinischen Territorien kosten anstatt ihm die reunierten Gebiete zurückzugewinnen, so klingt dies recht glaubwürdig. Bei den Reunionen hatte es sich gezeigt, wozu Frankreich fähig war. Durfte man hoffen, daß der König den Griff zumindest nach den übrigen linksrheinischen Territorien scheuen würde, nach neuen Siegen, die der Mainzer Hof mit unfehlbarer Sicherheit erwarten zu müssen glaubte? Es ist bezeichnend, daß sich in Frankfurt wenige Wochen nach der Ankunft der Gesandten eine Teilung der Deputierten in zwei Lager bemerkbar machte, welche die „der Gefahr am nächsten Geseßene“ denen gegenüberstellte, deren Besitz von Frankreich nichts zu befürchten hatte. Man kann nicht darüber erstaunt sein, wenn nicht nur der Mainzer Kurfürst, sondern die überwiegende Mehrheit der westlichen Territorialherren vorzog, um das Vorhandene zu sichern, das ohnehin Verlorene endgültig aufzugeben. Man wählte in einer schwerlich bestreitbaren Zwangslage den Weg des geringsten Risikos und hatte so den Vorteil, das Notwendige mit dem Angenehmen französischer Pensionen zu verbinden.

Die beiden großen Gegenspieler, Kaiserliche und Franzosen, standen sich unterdessen in den anscheinend ein für allemal eingenommenen Positionen gegenüber. Es läßt sich nicht einmal mit Eindeutigkeit sagen, wer das Gesetz des Handelns bestimmte. Ständig auf der Lauer, in der Stellung des Gegners eine schwache Stelle zu entdecken, tasteten sie die Front durch kleine taktische Vorstöße ab, ohne eine Gelegenheit zum Angriff, der Lösung des Konflikts gemäß den jeweiligen Wünschen, finden zu können.

In Ungarn stand es schlecht für den Kaiser. Es war zu hoffen, seine Vertreter würden sich aus diesem Grunde in Frankfurt nachgiebiger zeigen. Saint-Romain und Harlay taten daher ihr Möglichstes, um durch rasche Verhandlungen die Gunst der Lage zu nützen. Indessen mußten sie erkennen, daß ohne einige Zugeständnisse auch die „Gutgesinnten“ (bien intentionnés) schwerlich zu Abmachungen bewogen werden

192) Sie wird an zahlreichen Beispielen belegt durch die Arbeit von Jähns über die Kriegsverfassung des deutschen Reiches.

könnten. (193) Immer noch ließ die Entschädigung für den Pfälzer auf sich warten, und in seiner gegenwärtigen Form erschien auch das Angebot über die Rückgabe Freiburgs weiterhin nicht als ein nennenswertes Zugeständnis. In Versailles dagegen konnte man sich nicht recht vorstellen, daß der Kaiser sich ernsthaft einer Lösung gemäß den französischen Wünschen widersetzen wolle. (194) Wenn die Kaiserlichen trotzdem keine Anstalten machten, den französischen Forderungen nachzugeben, so geschah dies, weil unter anderem die Wiener Politik Hoffnungen hegte, daß ein neues großes Bündnisssystem gegen Ludwig XIV. zusammenkäme. Aufgebracht über die Annexion der Grafschaft Zweibrücken hatte Karl XI. von Schweden am 10. Oktober mit den Generalstaaten ein Bündnis abgeschlossen für die Garantie der Friedensschlüsse von Nimwegen und Münster. Zwar beeilten sich die Holländer zu versichern, die Allianz diene nur dem Frieden und solle bei niemandem Mißtrauen erregen. Aber sie barg in sich die Möglichkeiten eines offensiven Bündnisystems. Mit allen Mitteln versuchte Wilhelm von Oranien, auch England zu gewinnen. Bei Karl II. stieß er allerdings auf geringe Neigung, sich darauf einzulassen. Der Kaiser selbst sollte noch einige Monate zögern, dann aber trat er am 28. Februar dem Bündnis bei. (195) In der ersten Dezemberhälfte hatte ein holländischer Diplomat Schönborn aufgesucht und ihn über den Zweck der Allianz informiert, die seinen Worten nach insgeheim offensiven Charakter trug. Er hatte daneben die Besorgnis der Generalstaaten zum Ausdruck gebracht, daß sie durch einen eventuellen Abschluß in Frankfurt isoliert würden und daher in den Frieden eingeschlossen zu werden wünschten. (196) Es dürfte demzufolge kaum anzunehmen sein, daß Wien von dieser Seite zu einem Frieden um jeden Preis gedrängt wurde. Frankreich mußte sich daher nach neuen Verbündeten im Reich umsehen. Die Kurpfalz schien nicht abgeneigt, sich durch eine großzügige Entschädigung gewinnen zu lassen. (197) In den ersten Januartagen des Jahres 1682 begannen Gespräche darüber zwischen den französischen Gesandten und dem kurpfälzischen Minister Castel. Es kam zu langen Diskussionen über den Besitz Germersheims. Schließlich einigte man sich im Prinzip. Die Pfalz sollte eine Geldentschädigung erhalten und dafür die französische Politik unterstützen, eine Einigung, zu der Foucher entscheidend beigetragen hatte. (198) Was nun folgte, war ein langes Feilschen um den Preis, bei dem sich beide Seiten von einer erstaunlichen Zähigkeit zeigten. Die Pfälzer erwiesen sich dabei schließlich als geschäftstüchtiger. Frankreich bot zunächst eine Pension von jährlich 20.000 écus und eine noch zu vereinbarende einmalige Zahlung. (199) In Heidelberg protestierte man heftig und beteuerte, auf dieser Grundlage könne das Geschäft nicht abgeschlossen werden. (200) Die Franzosen gingen darauf mit ihrem Angebot etwas höher und boten 100.000 livres (= rd. 33.000 écus) und 500.000 livres als einmalige

193) AE, Allemagne 292, Ber. 9. 12. 1681

194) Ebd., Weisung 19. 12. 1681. „Il y a néanmoins tant de sujets qui doivent empêcher leur maître (den Kaiser) d'entrer en guerre avec moy que j'ai lieu de croire suivant les avis, que je reçois du Sr. Sèbeville qu'ils pourront bien recevoir ordre de concourir à l'accommodement.“ Sèbeville war der französische Gesandte in Wien.

195) Sagnac — St.-Léger S. 259-260

196) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 10. 12. 1681 f. 291

197) AE, a. a. O., Ber. 20. 12.

198) Ebd., Ber. 3. 1. 1682 und Mayence XX, Ber. 25. 12. 1681

199) AE, Allemagne, 292 Ber. 16. 1. 1682

200) Ebd., Ber. 17. 1. 1682

Zahlung (= rd. 166.000 écus). (201) Die Kurpfalz dagegen bezifferte den Wert ihrer Verluste und ihrer Unterstützung auf eine einmalige Zahlung von 300.000 écus und eine Pension von 200.000 livres (= rd. 66.000 é.). Gleichzeitig gaben ihre Vertreter den Franzosen zu verstehen, daß für jede vertragliche Abmachung mit dem Reich die Zustimmung ihres Herrn eine unerläßliche Vorbedingung sei. (202) Versailles bot als einmalige Zahlung die verlangten 300.000 écus, wollte aber bei der Pension auf höchstens 50.000 gehen. (203) Die Standpunkte hatten sich einander angenähert. Ja, der Heidelberger Hof steckte sogar etwas zurück. Man einigte sich auf eine einmalige Zahlung von 250.000 écus und eine jährliche Pension von 50.000. (204) Die Pfalz verzichtete auf die annektierten Gebiete und versprach für eine Einigung auf Grundlage der französischen Bedingungen zu arbeiten. Das Geschäft konnte beide Seiten zufriedenstellen. Denn nun hatte sich Frankreich für die Folgezeit bis zum Abschluß von 1684 einen wertvollen Bundesgenossen gesichert.

Dies war umso notwendiger, als die Mehrheitsverhältnisse in Frankfurt alles andere als günstig waren. Lediglich Schönborn und Mayer und ihre Gesandtschaften konnten für die Franzosen als zuverlässige Helfer gelten, und sie verdienten in ihren Augen „des marques sensibles de la bienveillance de Vostre Majesté.“ (205)

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die französische Diplomatie durchaus bereit war, allein mit den Kaiserlichen Verhandlungen zu führen. Am 23. Dezember 1681 (206) erteilte der König die Weisung, daß er einem Abschluß mit den Kaiserlichen sogar den Vorzug gebe. Das Reich würde in diesem Falle schwerlich die Ratifikation verweigern. Jedoch bis Wien sich zu größerer Nachgiebigkeit bequeme, dürfe man die Stände nicht verärgern. Daß die kaiserliche Gesandtschaft aber gerade zu raschen Abmachungen nicht geneigt war, ist bereits dargelegt worden. In dieser Situation griffen Saint-Romain und Harlay zu einem neuen Mittel.

Am 5. Januar 1682 veröffentlichten sie in schriftlicher Form die Bedingungen des Königs, die bisher den Deputierten nur auf halboffiziellem Weg zugegangen waren. Die Weisung vom 14. Dezember 1681 hatte den Wortlaut festgelegt. (Vergl. Text im Anhang S. 180) Auch diese Verlautbarung bemühte sich zunächst wieder vor allem um den Anschein der Glaubwürdigkeit. Der König wollte nichts unversucht lassen, das Reich davon zu überzeugen, daß er aufrichtig die Erhaltung des Friedens und die Herstellung guter Beziehungen zu dem Reich wünsche. Wenn die kaiserlichen Diplomaten immer wieder auf die Erfahrungen der Vergangenheit hinwiesen und die Ehrlichkeit der französischen Absichten offen bestritten, so war es eine unerläßliche Voraussetzung, die Stände vom Gegenteil zu überzeugen und in der Folge sollte keine der Äußerungen der königlichen Gesandten auf diese Versicherungen verzichten. Stratmann hatte bereits in den Gesprächen vom November Ludwig XIV. beschuldigt, er habe den reunierten Besitz an sich gerissen und wersetze sich einer juristischen Klärung. Die Proposition wiederholt die französische Argumentierung, der König könne

201) Ebd., Weisung 29. 1. 1682. Den Umrechnungen sind die von Badalo-Dulong angegebenen Kurse zugrundegelegt. Vergl. dort S. 16, 194 u. 229

202) Ber. 27. 1. — AE, a. a. O.

203) Ebd. Weisung 4. 2.

204) Ebd., Ber. 20. 2.

205) Ebd., Ber. 2. 12. 1681

206) AE, a. a. O. Zu den Verhandlungen mit der Pfalz vergl. Livet S. 402-403.

mit Recht viel mehr beanspruchen und trotzdem sei er bereit, um des Friedens willen seine Forderungen zu beschränken und durch einen Vertrag die leidigen Streitigkeiten um die Interpretierung des Münsterer Friedens ein für allemal aus dem Weg zu räumen. Viele Stände mochten hoffen, daß dies Versprechen aufrichtig gemeint sei. Die übrigen ließen sich vielleicht durch die Furcht vor einer Wiederaufnahme der Reunionen beeindrucken.

Die Friedensbedingungen wichen nicht im geringsten von den bereits bekannten ab mit der Forderung nach dem Besitzstand vom Tag der Abreise der Gesandten (1. August 1681) einschließlich Straßburgs.

Erneut versuchte die Schrift die Befürchtungen zu zerstreuen, der König wolle über den Rhein hinausgreifen und bestärkte ihre Zusicherungen mit der Wiederholung des Angebots über Freiburg und Philippsburg. Die rasche Annahme dieser Vorschläge sollte die Ruhe im Reich für immer sichern, das heißt, solange der König es wünsche, wie der vielsagende Zusatz lautete. Die Reichsdeputation war auf lange Sicht durch die Zeremoniellstreitigkeiten beschäftigt, der Kaiser nicht gewillt, in Separatverhandlungen Frankreich die besetzten Gebiete zu überlassen. Die Mehrheitsverhältnisse machten ihm die Reichsdeputation gefügig, wenn sie einmal zu Verhandlungen fähig sein würde. Die französische Diplomatie sah nur einen Weg, dem Ziel näherzukommen: Das Eingreifen des Reichstags. (207)

Die Weisung vom 12. Januar 1682 trug Foucher auf, in Mainz für die Proposition dieser Bedingungen am Reichstag zu wirken, denn jetzt kam es darauf an, die Hilfe des Reichsdirektoriums zu gewinnen. Wenn Mainz den ersten Schritt täte, würden sich Kurtrier und Kurköln anschließen. (208) Am Reichstag waren die Verhältnisse für den Kaiser nicht so günstig wie in Frankfurt. Wenn die französischen Gesandten schrieben: „ . . . et tout dépend désormais de la résolution qu'on prendra à Ratisbonne“, (209) so erhofften sie sich wohl einiges von diesem Entscheid.

Daher trat in den Kampf um die Anerkennung der Reunionen ein Mann ein, der zu den tüchtigsten Diplomaten zählte, die Ludwig XIV. in Deutschland unterhielt, der bereits mehrfach erwähnte Louis Verjus Graf de Crécy. Einer Robenfamilie entstammend — sein Vater war Parlamentsrat —, begann er seine Karriere als Sekretär des Kardinals de Retz. (210) Durch die Protektion des Jesuiten Père La Chaise, eines Freundes seines Bruders Jean, brachte er es schnell zum Secrétaire du Cabinet du Roi. (211) Ähnlich wie Foucher wurde auch er wenig später nach Portugal entsandt, um über die Heirat von Marie-Françoise de Nemours zu verhandeln. Im Jahre 1669 berief der König ihn ab, um die deutschen Fürsten zu einer Allianz mit Frankreich zu gewinnen. So begann er sein Wirken in Deutschland bei den Herzögen von Braunschweig. In dieser Zeit kam es zwischen ihm und Lisola zu einer literarisch-politischen Fehde, in deren Verlauf Lisola unter dem Pseudonym Franz Warensdorp die Schrift „Sauce au Verjus“ gegen ihn richtete. (212) Im Herbst 1679 trat er seine neue Tätigkeit am Reichstag von Regensburg an, auf einem Posten, der zu den undankbarsten zählte, die die französische Diplomatie zu vergeben hatte. Es mußte

207) Vergl. Levae, S. 89

208) AE, Mayence XXI

209) AE, Allemagne 292, Ber. 13. 1. 1682

210) Auerbach, La France et le Saint — Empire, S. 154 ff.

211) Nouvelle Biographie Générale 45, S. 1130.

212) Auerbach, a. a. O.

für jeden Außenstehenden eine ungeheure Schwierigkeit bedeuten, sich mit den unglaublich verwickelten Bräuchen und Gepflogenheiten dieses Gremiums vertraut zu machen. Umso kritischer war seine Aufgabe, als ihm der König befohlen hatte, „... il me convient, qu'ils ne s'occupent qu'à des bagatelles et qu'ils croient, que ce seroit affaire importante.“ (213) Sein Ziel ging zunächst dahin, eine Auflösung des Reichstags zu erreichen. (214) Dies Unternehmen scheiterte jedoch. Die Reunionen, die einen Reichsbeschluß erforderlich machten, mögen dazu beigetragen haben. Verjus blieb in Regensburg bis zum Ausbruch des Krieges im Jahre 1688. Im Jahre 1695 wurde er in die Schweiz entsandt. Fast siebzigjährig nahm er als Unterhändler am Friedenskongreß von Ryswijck teil. Als Nachfolger von Jacques Cassagnes wurde er in die Académie Française gewählt. (215) Da in seinem Beglaubigungsschreiben vom 31. Juli 1679 die von den Fürsten beanspruchten Titel nicht in der gewünschten Form aufgeführt waren, wurde seine Vollmacht erst am 28. Februar 1683 diktiert. Dies hinderte ihn indessen nicht, sofort nach seiner Ankunft eine rege Tätigkeit zu entfalten, von der seine im Oktober 1679 einsetzenden Berichte ein eindrucksvolles Bild vermitteln.

Auch am Reichstag war man nicht sonderlich geneigt, die französischen Bedingungen ohne weiteres anzunehmen. Hörnick faßte die Stimmung des Kurfürstenkollegs in folgenden Worten zusammen: „Im Churfürstlichen Collegio hält man dafür, daß hoc genus pacis viel ärger seye, als der Krieg selbst und sey doch zu besorgen, es möchte mit dem neuen Krieg abermahls übel abgehen und alles verloren gehen.“ (216)

Am 9. Januar war die französische Proposition dem Reichstag kommuniziert worden. (217) Am 16. erteilte Anselm Franz zu ihrer Behandlung Hörnick die nötigen Instruktionen. (218)

Sie lassen wieder einmal deutlich die Polarität erkennen, in der sich die Mainzer Politik bewegt: Einerseits die Furcht vor dem Nachbarn wegen der „situation Unserer Lande“, andererseits die Sorge, sich wegen des Reichsdirektoriums vor den

213) AE, 282, Weisung 13. 12. 1679

214) Die Möglichkeiten dazu werden dargelegt in dem „Mémoire pour le Roy touchant l'estat de cette Diette“ vom 8. 1. 1680. — Allemagne, 283 f. 137 ff. — Vergl. auch Prutz, Gottfried von Jena, S. 392

215) D'Alembert, S. 383 ff.

216) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 257, Bd. II, Ber. 5. 1. 1682 f. 5

217) Ebd., Protokoll des kurfürstl. Kolleg. 19. 1. f. 63 ff. Über die Bedeutung der Kommunikation vergl. Exkurs I. Formell war diese Maßnahme des Direktoriums nicht völlig einwandfrei, da das „Commercium“, die Verbindung zwischen der Deputation und dem Reichstag noch nicht geregelt war. Neben der Mitteilung durch das Direktorium konnte Verjus auch auf gewissen Umwegen die Proposition von Frankfurt bekannt werden lassen. Der offizielle Weg aber hatte zahlreiche Vorzüge. — AE, Allemagne 289, Ber. 26. 12. 1681.

218) Ebd. f. 39. „... Wie auch wir selbst in reifer Überlegung Unseres Zustandes und situation Unserer Lande vornehmlichst zu reflectirn und daher omnibus modis Krieg zu verhüten haben, und wir dazu unter anderem, so wir Dir in geheim anvertrauen, auch durch die bey Uns dieser Tag gewesene Chur Cölnische, Chur Brandenburgische und Fürstlich Münstersche zu Uns eigens abgeschickte Abgesandte gar hoch versichert und syncerirt worden, daß ihre Principalen gantz vest und beständig sölicher meinung seyen und darauf mit allem nachdruck ahntragen und cooperiren wollen. Also hastu darauf sonderbaher dein Absehen zu nehmen und diese Unsre Intention zu mesnagiren, vor allem aber absonderlich mit Chur Brandenburg vertraulich zu communicirn und denselben dahin zu animiren, daß er vorgehe und ander auch desto mehr calor geben wolle, allermassen wir dißfalls, daß Du Unser Interesse und glimpf mit aller sorgfalt beobachten werdest, Uns zu Deiner conduit und dexteritet gantzlich verlassen.“

übrigen Ständen bloßzustellen. Sie führt zwangsläufig zu einem Zickzackkurs des möglichst geringen Risikos.

Am 19. Januar stellte Hörnick die französischen Vorschläge beim kurfürstlichen Kolleg in Proposition. Wie nützlich für die französische Politik die Behandlung der Bedingungen am Reichstag sein mußte, beweist die außerordentlich heftige Reaktion des Kaisers auf diese Pläne. Geradezu wütend (*d'une véritable fureur*) fielen seine Vertreter über alle die her, die sie begünstigten, vor allem über Hörnick und den Mainzer Hof. (219) Seine Kollegen zeigten sich recht zurückhaltend. Trier, das zuerst seine Stimme abzugeben hatte, erklärte sich für nicht instruiert. Allgemein wolle sein Herr alles zur Erhaltung des Friedens tun. Köln äußerte sich im gleichen Sinne und empfahl einen Bericht an die Reichsdeputation, ein Mittel, wodurch dieser heikle Gegenstand der Zuständigkeit der Frankfurter Versammlung erneut überwiesen wurde. Bayern unterstützte diesen Vorschlag. Sachsen enthielt sich der Stimme mit der Begründung, nicht instruiert zu sein. Brandenburg ließ sein Votum nicht protokollieren. Die Pfalz übte ebenfalls Zurückhaltung. Für Mainz deutete Hörnick vorsichtig an, sein Herr ziehe einen sicheren Frieden einem Krieg mit zweifelhaftem Ausgang vor und ließ es im übrigen mit einem Hinweis auf die bei der Behandlung der Reichskriegsverfassung abgelegten Voten bewenden.

In diesem Augenblick vorsichtigen Zögerns auf allen Seiten unternahm Brandenburg einen Vorstoß, der Verjus sehr gelegen kam. Anstatt seines nicht protokollierten Votums vom 19. veröffentlichte Jena am folgenden Tage ein Memorial, in dem er drei Fragen stellte. (220) 1. Können die von Frankreich annektierten Gebiete zurückgewonnen werden? 2. Sind die Aussichten darauf nicht geringer als die Gefahren eines Krieges? 3. Ist es nicht vorzuziehen, den Rest zu sichern als ihn auch noch aufs Spiel zu setzen? Zwar gab die Schrift Jenas keine Antwort auf diese Fragen aber wohin die brandenburgische Absicht ging, war nicht schwer zu vermuten. Auch für Kurmainz kam das brandenburgische Vorpreschen recht gelegen. Man war so der Notwendigkeit eigener kompromittierender Initiative enthoben, denn der brandenburgische Gesandte galt nun allgemein „pro primo rerum authore et motore“. (221) Es war kaum nötig, ihm „weiteren calor“ zu geben. Auch Anselm Franz drückte Hörnick seine Genugtuung über diese Entwicklung aus. Was die Fragen des Memorials betraf, so war er sicher, daß sie im Berliner Kabinett und an zahlreichen anderen Höfen dahingehend entschieden worden waren, „daß man quovis modo neuen Krieg zu verhüten und den Frieden zu conserviren und zu solchem end auch auf die frantzösische Declaration hauptsächlich zu reflectiren habe.“ (222) Sie zeigt, daß man in Mainz zwar daran dachte, über die französischen Bedingungen, so wie sie das Schriftstück vom 5. Januar verkündet hatte, zu verhandeln. Von einer unbedingten Annahme jedoch ist nicht die Rede. (223)

Ein im französischen Sinne positiver Entschluß jedoch konnte Verjus seinen Zielen

219) AE, Allemagne 294, Ber. 13. 1. 1682

220) Vergl. Anm. 217

221) Reichstagsakt., a. a. O., f. 88

222) Ebd.

223) Ebd., Weisung 23. 1. 1682 f. 108

wesentlich näherbringen. (224) Um seinem Drängen größeren Nachdruck zu verleihen, beabsichtigte er ein eigenes Memorial zu dem gleichen Gegenstand vorzulegen. Dies Unterfangen jedoch erschien Anselm Franz höchst kritisch. Das Interesse des Reichs ließ es genausowenig geraten erscheinen, wie die Wünsche des französischen Königs. Verjus Absicht ging dahin, die Beratungen über das „haubt werck“ vornehmlich nach Regensburg zu ziehen und von den drei Kollegien einen positiven Entscheid zu erreichen. Dem stand entgegen, daß Österreich im Fürstenkolleg mit geringer Mühe die Stimmenmehrheit erringen konnte. Ein Reichsbeschluß war damit von vornherein zum Scheitern verurteilt. Vielmehr war zu befürchten, daß die beiden Gremien in Regensburg und Frankfurt miteinander in Konflikt gerieten und damit die Verhandlungen für lange Zeit festgefahren würden. (225) Die Erfahrungen in dem Etikettestreit ließen leicht vermuten, was in einem solchen Falle geschehen könnte. Es dürfte daher wohl eher der aufrichtige Wunsch nach einem Fortschritt der Verhandlungen gewesen sein, der den Mainzer Kurfürsten zu vorsichtiger Zurückhaltung bewog und nicht, wie Verjus vermutete, (226) die Absicht, sich Frankreich durch Hilfeleistungen zu verpflichten, zu denen doch wohl in Regensburg ähnliche Möglichkeiten bestanden.

In diese Zeit fällt eine Entwicklung der Reichskriegsverfassung, die für Kurmainz in nicht unerheblichem Maße richtungweisend gewesen sein könnte. Am 22. Februar schrieb Hörnick, (227) Österreich, Brandenburg, Münster und Kurköln wollten ihre Truppen auf eigene Kosten unterhalten, aber zu der Reichskriegskasse keine Beiträge leisten. Darauf antwortete der Kurfürst: „So viel das gemeine Reichs Verfassungs werck ahnlangt, müssen wir wohl betawern, daß wir das Reich immerforth in den alten difficulteten werden sehen müssen und wann sich ein ieder von dem beytrag zur Kriegs Cassa, wie wir aus Deinem Bericht entnehmen, eximiren darf und will, was wird dan auß solcher verfassung anders zu hoffen seyn, als was bey voriger Reichs armatur zu des Reichs unglimpf und Schaden geschehen.“ (228) Ohne Zweifel hatte das Reichsdirektorium in den Anfängen die Reichsverfassung unter der Hand merklich gefördert. Wenn sich nun zeigte, daß man in die alten Mißbräuche des Exemtionsunwesens zurückfiel, so war es verfehlt, weiterhin auf eine Erstarkung des Reiches zu hoffen. Daß Frankreich von einer solchen Entmutigung profitieren mußte, liegt auf der Hand.

Auf inoffiziellm Weg hatten unterdessen die österreichischen Gesandten von dem geplanten Memorial Verjus erfahren. Sie ersuchten daher Hörnick, seine Diktatur zu unterlassen. (229) Ob sie sich von diesem Vorgehen wirklich Erfolg versprochen, ist fraglich. Die Beziehungen zwischen den beiden Gesandtschaften sprachen keineswegs dafür. Hörnick antwortete ironisch, „... sei es auch, wie sie Österreichische

224) AE, Allemagne 294, Ber. 29. 1. 1682: „Mais si Mr. l'Electeur de Mayence vouloit de bonne foy appuyer la proposition de Vostre Majesté, je ne say si il se trouveroit bien des Estats qui osassent se déclarer de refuser la paix avec Elle à des conditions auxquelles cet Electeur, celuy de Brandebourg et d'autres témoigneroient la désirer et si on avoit pris une conclusion favorable dans le Collège Electoral seulement par la pluralité des voix, il faudroit bien que le reste suivist malgré tous les efforts que les ministres de l'Empereur pourroient faire pour l'empescher.“

225) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 13.2., f.62

226) AE, a. a. O., Ber. 19. 3. 1682

227) Reichstagsakt., a. a. O., f. 87

228) Ebd., f. 88 f.

229) Ebd., Ber. 23. 2., f. 199

leicht erachten könnten, die Zeith und der casus nicht, Ew. Churfürstl. Gnaden Directorio gleiches zu zumuthen.“ Daß in dieser Atmosphäre Verhandlungen in Regensburg zumindest ebenso schwierig waren wie in Frankfurt, war nicht länger zu bezweifeln. Daher befahl Anselm Franz, Verjus Memorial sofort nach der Diktatur der Reichsdeputation zu überweisen. (230) Das gleiche Schreiben enthält eine grundsätzliche Erwägung, wie man sich den französischen Forderungen gegenüber zu verhalten habe. Sie beweist vor allem, daß auch Anselm Franz die völlige Annahme zu umgehen suchte: „Dha hastu eines theils zu bedencken, daß wir zwar ganz unveränderlich auf beybehaltung des friedens und verhütung des Krieges bestehen, andern theils aber auch bey noch zur Zeith ungewissem ausschlag der hierüber vorgehenden Reichs Consultationen Uns nit gerne prostituirt sehen wolten, indeme wir eben so sowohl als andre rechtschaffene patrioten die gedancken führen, daß, wan es möglich, bessere conditiones zu verlangen seyen, dieselbe aber durch die Waffen erzwingen zu wollen, finden wir keineswegs rathsam noch thunlig, wir tragen daher zu Dir und Deiner Uns schuldigen trew ein vestes vertrauen und versehen Uns, Du werdest diese Unsre intention und gedancken zu mesnagiren und die deliberationes wenigst im Churfürstlichen Collegio dergestalt ahnzurichten wissen, damit wir den herkommenen nachtheil, so in Unserem als letzten voto besteht, in dieser Sach auch behalten und auch deß praevaliren und bey keinem theil in unglimpf gesetzt werden mögen.“

Die übrigen Anhänger der Friedenspartei außer Brandenburg zeigten nicht mehr Lust, die Initiative zu ergreifen. Bayern hielt sich streng zurück. Jena, interimistisch mit der sächsischen Vertretung betraut, gab vor, immer noch nicht instruiert zu sein, Kurpfalz ebenso. Der kurkölnische Vertreter deutete sogar an, sein Herr wolle die französischen Vorschläge „so crude nit annehmen.“. (231)

In klarem Gegensatz zu dem allgemeinen Zögern steht das ungestüme Drängen Brandenburgs. Welche Motive mochten Friedrich Wilhelm veranlassen, sich Frankreich gegenüber so gefällig zu zeigen? Hörnick vermutete, die Rücksicht auf die nieder-rheinischen Besitzungen sei der Grund dieser Eile gewesen. (232) Die Annahme ist nicht ganz einleuchtend, denn schließlich riskierten vor allem die geistlichen Fürsten wesentlich mehr. Man dürfte also in Berlin andere Überlegungen angestellt haben: Immer noch hoffte der Große Kurfürst, nun mit französischer Hilfe, Schweden diejenigen Gebiete, die er im Frieden von Saint-Germain zurückgegeben hatte, wieder abjagen zu können. (233) Gerade in diesem Augenblick aber war die Gelegenheit günstig. Karl XI. hatte mit den Holländern das offensichtlich gegen Frankreich gerichtete Bündnis geschlossen. Brandenburg hatte sich seinerseits mit Dänemark verbündet. Wenige Tage vorher war die Defensivallianz zwischen Brandenburg und Frankreich durch den Vertrag vom 22. Januar 1682 erweitert worden. (234) Sie richtete sich eindeutig gegen Schweden und die Generalstaaten. Einen Monat später kam es zu einer vertraglichen Bindung zwischen Frankreich und Dänemark (25. März). (235) Ludwig XIV. schien keinen Grund mehr zu haben, weiter seine schützende Hand

230) Ebd., Weisung 13. 3., f. 254

231) Ebd., Ber. 19. 3., f. 287

232) Ebd., Ber. 23. 3., f. 301

233) Pagès, S. 480 ff

234) Prutz, Aus des Großen Kurfürsten letzten Jahren, S. 247

235) Pagès, S. 485

über seinen ehemaligen Verbündeten zu halten. Dänemark und Brandenburg waren entschlossen, die Gunst der Lage zu nutzen. Allein allen Unternehmungen stellte sich ein bedeutendes Hindernis in den Weg, der Geldmangel. Von Frankreich erwartete man die notwendige Hilfe. Somit hatte Brandenburg das größte Interesse daran, sich den möglichen Geldgeber in Regensburg zu verpflichten. Wenn Jena daher die Rolle eines Wegbereiters der französischen Pläne übernahm, so dürfte dies vornehmlich im Hinblick auf die nordische Politik seines Herrn geschehen sein. (236) In diesem Zusammenhang müssen auch die brandenburgischen Bestrebungen gesehen werden, die Behandlung der Reunionsfragen an den Reichstag zu ziehen, „um sich selbst und der Cron Frankreich nuzen und vorthail zu machen.“ (237) Mit einiger Erleichterung vernahm man in Regensburg, daß die Zeremoniellstreitigkeiten in Frankfurt beigelegt seien, und so beeilte sich Hörnick zu erklären, das Memorial Verjus gehöre in die Zuständigkeit der Deputation und riet, das Mainzer Direktorium solle dort so bald wie möglich seine Diktatur vornehmen. (238) Was war inzwischen in Frankfurt geschehen?

Im großen und ganzen war man keinen Schritt weitergekommen. Spanien hatte auf dem Umweg über den Reichstag noch einmal versucht, die burgundischen Angelegenheiten auf die Tagesordnung des Kongresses setzen zu lassen, ein Unterfangen, dem sich Frankreich erfolgreich entgegenstellte. (239)

Auf einer Reise im Reich hatte d'Autel auch den Mainzer Hof in den ersten Februartagen aufgesucht. Allein er fand die Atmosphäre wenig günstig und enttäuscht berichtete er: „Qu'on ne peut rien proposer ni négocier avec le prince de Mayence qui ne revienne aussitôt aux oreilles des ministres français.“ (240)

Die Friedenspartei hatte sich ein neues Mittel ausgedacht. Auf einen Vorschlag des Münsterer Bischofs hin schickten alle diejenigen Stände, die den Frieden zu erhalten wünschten, aber der Reichsdeputation nicht angehörten, Vertreter nach Frankfurt, die als Beobachter die Mainzer und ihre Gesinnungsgenossen unterstützen sollten. (241) So trafen dort im Laufe der folgenden Wochen brandenburgische, kurkölnische, münsterische und württembergische Beauftragte ein. Daß sie den Gang der Konferenzen beeinflusst hätten, läßt sich jedoch nicht feststellen.

Saint-Romain und Harlay hatten sich zwar darum bemüht, zur Behebung der Sessionsstreitigkeiten beizutragen. (242) Allein sie mußten wenig später feststellen, daß auf lange Sicht eine Veränderung der Position nicht zu erwarten war. Daher griffen sie auf ihre anfängliche Taktik zurück, überstürzten nichts und ließen den Dingen bis auf weiteres ihren Lauf. (243)

In dieser Situation beschränkte sich die französische Diplomatie darauf, in getrennten Unternehmungen einzelne Höfe für sich zu gewinnen. Zunächst blieb in Mainz eine Frage zu klären: Die Reunionen von Meisenheim und der Besitzungen der

236) Ebd. 490

237) Reichstagsakt., a. a. O., f. 301 f.

238) Ebd.

239) AE, Allemagne 292, Weisung 29. 1. 1682

240) Levae, S. 55; Bericht Autels vom 7. 2. 1682

241) AE, Allemagne 292, Ber. 25. 2. 1682

242) Ebd., Weisung 26. 2.

243) Ebd., Ber. 7. 3.

Rhein- und Wildgrafschaft waren dort auf heftigen Widerspruch gestoßen. (244) Zwar gehörte keines der betroffenen Gebiete unmittelbar zum Territorium des Erzstifts. Jedoch berief man sich getreu dem französischen Vorbild auf eine Jahrhunderte zurückliegende Zugehörigkeit, um diese Ansprüche zu begründen. Das Ausamt Meisenheim bildete ursprünglich einen Teil des Mainzer Besitzes, der sich um Sobernheim konzentrierte. Vor 1275 bereits kam es an die Grafen von Veldenz. (245) Im Jahre 1279 wurden Heinrich I. erneut die gesamten Mainzer Lehen der Veldenzer übertragen. Im Bereich der Wildgrafschaft wurden Meddersheim, Kirchroth und die Wüstung Notzweiler gegen Ende des 13. Jahrhunderts an die Wildgrafen verpfändet. Sie sollten eigentlich 1320 wieder an das Erzstift zurückkommen, was jedoch unterblieb. Die Rheingrafen hatten 1242 infolge einer Fehde gewisse Besitzteile von dem Erzstift zu Lehen nehmen müssen. (246) Sowohl die Grafschaft Veldenz als auch die Rhein- und Wildgrafschaft waren in ihrer Gesamtheit als ehemalige Metzzer Lehen reuniert worden. (247) Nach einigem Hin und Her hatte man in Mainz gefordert, entweder eine geldliche Entschädigung für Meisenheim oder Bestätigung des Anspruchs auf die Nutznießung nach dem Aussterben des pfälzischen Hauses in Mannesstamm. (248) Versailles erklärte sich mit letzterem einverstanden. (249) Eine gleiche Regelung wurde für die von Mainz beanspruchten Teile der Rhein- und Wildgrafschaft getroffen. (250) Seit einigen Jahren hatten in den westlichen, vor allem südwestlichen Territorien des Reichs die Kreise als politischer und militärischer Faktor erneut Bedeutung erlangt. (251) Während der fränkische Kreis als entscheidenden kaiserlich gelten mußte, war es noch unentschieden, wem sich der schwäbische zuwenden würde. (252) Auch hier aber zielte zunächst die allgemeine Tendenz auf ein Zusammengehen mit dem Kaiser ab. Es lag daher im Interesse der französischen Politik, einen Zusammentritt des Kreistages hinauszuzögern. Diesem Ziel diente die Mission, mit der der Diplomat Bourgeauville betraut wurde. Mit der recht gewagten Behauptung, die vier rheinischen Kurfürsten, um von Brandenburg überhaupt nicht zu reden, fänden die französischen Bedingungen recht vernünftig (fort raisonnables) sollte er auch den Herzog-Administrator Friedrich Karl von Württemberg gewinnen. Er konnte als frankreichfreundlich gelten, da er persönlich Ludwig XIV. in Straßburg begrüßt zu haben scheint. Bourgeauvilles Bemühungen waren nicht vergeblich. Dies sollte sich bald erweisen. (253) Da das Kurfürstenkolleg das einzige der Gremien des Reiches war, bei dem Frankreich sich einigen Erfolg erhoffen konnte, so konzentrierten sich seine Vertreter in Einzelverhandlungen darauf, von seinen Mitgliedern Erklärungen für die bedingungslose Annahme der französischen

244) AE, Mayence XX, Ber. 18. 11. 1680, Weisung 28. 11., Ber. 1: 4. 1681 u. 9. 2.

245) Fabricius, Erläuterungen IV, S. 42+ und 288

246) Fabricius, Erläuterungen VI, S. 56+, 310 und 358

247) Kaufmann, S. 233 ff.

248) AE, Mayence XX, Ber. 26. 1. 1682. Das Dokument spricht nur von "Maison Palatine" allgemein. Es läßt sich nicht feststellen ob damit nur der simmernsche Zweig gemeint ist, oder das pfälzische Gesamthaus. Bei der Regelung der pfälzischen Erbfrage 1685 ist von diesen Ansprüchen keine Rede, so daß die zweite Möglichkeit angenommen werden muß. Der Gewinn war somit für das Erzstift ausschließlich auf juristisches Gebiet beschränkt.

249) Ebd., Weisung 26. 2. 1682

250) Ebd., Weisung 2. 4.

251) Vergl. Dirr

252) Über den Einfluß der beiden Kreise auf das Geschehen in Frankfurt gibt der Fasz. 280 der Reichstagsakten des MEA vielfachen Aufschluß

253) Legrelle, S. 642 ff.

Vorschläge zu erreichen. Wenn nur die drei geistlichen Kurfürsten dafür gewonnen wurden, konnte man hoffen, die Frankfurter Konferenzen zu dem gewünschten Ziel zu führen. (254) In Mainz jedoch war man weit davon entfernt, diesen Schritt als erster zu tun, wie die Instruktionen an Hörnick beweisen. Zwar erhielt Foucher auf seine grundsätzliche Frage, ob Mainz die Annahme der französischen Proposition oder den Krieg vorziehe, die Antwort: „Vous pouvez mander au Roy, que je préféreraï la susdite proposition à la guerre de bonne foy et en Allemand et y contribueraï tout (sic) mon pouvoir.“ (255)

Zu einer Veröffentlichung jedoch war Anselm Franz nicht zu bewegen, sondern er ließ diese Mitteilung seinem Frankfurter Gesandten mit dem ausdrücklichen Hinweis zugehen, daß sie streng geheimzuhalten sei.

Der Zusammentritt der Deputationsvollversammlung hatte die Streitigkeiten um die Etikette noch nicht zum Stillstand gebracht. Unbefriedigt blieben Österreich und Hannover. Die Österreicher wünschten den Direktorialtisch weiter gegen das obere Ende des Tisches zu schieben. (Vergl. Skizze IIIb im Anhang S. 184) (255a) Es mag hinzugekommen sein, daß man in Befolgung der Verzögerungstaktik einen weiteren Zeitgewinn erreichen wollte. Es kam jedoch zu einer schnellen Einigung, wohl weil sich die kaiserliche Partei nicht mit dem Odium belasten wollte, den Verhandlungsbeginn weiter zu verschieben. Die Österreicher nahmen ihre Plätze ein, mit der Erklärung, daß es „sine praejudicio“ geschehe.

Kurmainz verzichtete seinerseits darauf, den Mainzer Legationssekretär an den Direktorialtisch zu setzen. (256) Schwieriger war die endgültige Beilegung des Zwists mit Braunschweig-Kalenberg. De Groote bestand darauf, das untere Ende des Tisches soweit zu verlängern, daß die Entfernung zwischen ihm und den Regensburger Gesandten der Distanz zwischen Bayern und Kursachsen gleich werde. Diese dem Haus Braunschweig so unangenehme enge Nachbarschaft mit den Städtern ließ sich umso weniger beseitigen, als der Saal eine weitere Verlängerung des Tisches schlechterdings nicht zuließ. Der Abstand zwischen Kurfürstlichen und Fürstlichen und damit ihre angegriffene Sonderstellung blieb somit aus sehr realen Gründen gewahrt. (257) De Groote sah keine andere Möglichkeit, als auf einer Nebenbank Platz zu nehmen, entschlossen, auf diese Weise die besondere Würde seines Herrn zum Ausdruck zu bringen. (258) Die Beilegung der Differenzen unterblieb, denn inzwischen hatte sich die Deputation endlich zur Behandlung der Hauptsache durchgerungen. Das Protokoll vom 8. April berichtet lediglich, de Groote habe den ihm zugedachten Platz unter Protest eingenommen und dies zu Protokoll gegeben. (259) Die Mitteilung des Mainzer Direktoriums in Frankfurt an Hörnick über die Eröffnung der Deputationsverhandlungen hatte gesagt, daß man nun das „haubt werck fördersamst angreifen“ wolle.

254) AE, Allemagne 292, Ber. 31. 1. 1682

255) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 17. 3., f. 249

255a) Die wörtliche Begründung dafür lautet: „... auf daß durch ahnstoßung des Directorials an den andern großen Disch und gleichsam vermittels eines contigui der Chur. Maintz. Sekundarlus und Director mit denen fürstlichen nit parificirt werde.“

256) Ebd. Ber. 23. 3., f. 275 — 277. AE, Allemagne 292, Weisung vom 26. 2. 1682 besagt über die österreichische Taktik: „Les Impériaux se laissent entendre qu'il faut laisser languir cette affaire et souffrir la possession où je suis sans y donner aucun consentement de la part de l'Empire.“

257) Reichstagsakt., a. a. O.

258) AE, a. a. O., Ber. 21. 3.

259) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. III, f. 110

Bereits die ersten Beratungen erwiesen erneut, daß ohne französische Zugeständnisse ein Abschluß kaum zustande kommen konnte, sondern daß man allgemein erwartete, die französischen Gesandten würden auf mildere Bedingungen eingehen. (260) Daß auch Kurmainz und die Mehrheit des Kurfürstenkollegs diese Hoffnung teilten, ist bereits gezeigt worden. Am 25. März gelangten die französischen Bedingungen vom 5. Januar bei der Deputation zur Proposition. Das Mainzer Direktorium legte in einführenden Worten dar, wie sehr man einen baldigen Entschluß begrüßen würde. (261) Bei der folgenden Umfrage beleuchteten am besten die Voten von Österreich und Pfalz-Lautern die entgegengesetzten Standpunkte. Zuerst ließen sich die Österreicher vernehmen, daß es zwar dem Allerchristlichsten König zu großer Ehre gereiche, wenn er mit dem Reich einen immerwährenden Frieden schließen und ein freundschaftliches Verhältnis herstellen wolle. Die Reichsinstruktion jedoch beauftrage die Deputation damit, den Sinn der einschlägigen Friedensverträge zu klären, Widerhandlungen abzustellen und für die Geschädigten Genugtuung zu erlangen. (262) Das Votum folgte dann: „In dessen Erwägung dann, und gleichwie von dem gegenwertiger Conferentz vorgestellten Zweck allerdings würde abgegangen, auch die fines mandati notorie überschritten, wan in des aller Christlichsten Königs proponirte conditiones von Reichs wegen schlechter Dingen solte gewilliget werden...“. Die französischen Verpflichtungen seien nicht eingehalten worden, da Straßburg erst nach der Abreise der Gesandten besetzt worden sei. „Man befinde demnach ex parte Österreich die proposita und conditiones pacis firmandae Gallicas dergestalt beschaffen, daß gleichwie sie wieder die Nimwegische sowohl als die Westphalische Friedenstractaten offenbahrlich streben, wodurch zumahlen soviele nahnhaftige Stände und glieder des Reichs von demselben abgesondert und dismembriert, mithin die übrige compages extreme würden geschwächt werden, sie noch in gerechtigkeit und billigkeit gegründet seyen. Also dieselbe weder zu admittiren noch bey gegenwertigem congrèß darüber ichtwas zu verhandeln und zu statuiren seyn werde: Nachdemahlen derselbige wie bekant, bloß zur außfindung des eigentlichen Verstandes beeder gedachter friedens instrumenten instruiert sey, da dieselbige, wie dis orths noch zur Zeit nicht dafür gehalten werden kann, bey ein oder anderem passu unlauter oder zweyffelhaftig seyen sollt.“ Die Stellungnahme gipfelte in der Forderung nach völliger Rückerstattung des annektierten Besitzes. Dieses Votum legte den kaiserlichen Standpunkt in seiner ganzen Unnachgiebigkeit dar, die für die Dauer der Konferenz nicht im geringsten gemildert werden sollte. Wenn, wie Foucher in Mainz angedeutet hatte, das Reich nur die Wahl zwischen der Alternative Annah-

260) Reichstagsakt., a. a. O., Bd. II, f. 250 u. 274

261) Reichstagsakt., a. a. O., Protokoll 25. 3., f. 27

262) Die bei Londorp — XI, S. 308 — gedruckte Instruktion sollte in der Folgezeit immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen treten. Besonders umstritten wurde die folgende Stelle: „Als trägt man zu denselben, (Deputierte) das veste guthe vertrauen, sie werden alles dasienige, waß zu deß Reiches Besten dien - und ersprieslich seyn kann, an ihnen nicht erwinden lassen, auch dero zu solcher Handlung abschickende Ministros und Bediente dahin beordern, daß dieselbe an ihrem Orth alles dasienige beytragen sollen, was zu Beybehaltung deß Friedens und Abstellung der gedachten und ander mehrer Grevaminum, wie nicht weniger der Reichs Ständen gebührende Restitution immer gereichen kann, zu welchem Ende dann dieselbe sonderlich das ienige bestens zu beobachten haben werden, was in denen auffgerichteten Westphäl- und Nimwegischen Instrumentis Pacis, den mit denen paciscirenden Cronen anno 1650 darauff erfolgten Nürnbergischen Executions - Recess . . . enthalten, damit alles was zu Beybehaltung des friedens und der gravirten Stände Restitution gereichen kann, möglichst befördert werden möge.“

me oder Krieg hatte, so zeigt die scharfe Sprache, die Österreich führte, wie stark in der Hofburg die Kriegspartei war. Die Folge wird noch verschiedentlich Hinweise darauf zu bieten versuchen.

Zum Sprecher der Friedenspartei machte sich dieses Mal die Kurpfalz mit den folgenden Ausführungen:

„Dieselbe (Kurfürstl. Durchlt.) haben uns gnädigst ahnbefohlen, wann mehr gedachte proposition bey der Reichsdeputation alhier in deliberation gezogen werden solte, loco voti zu vermelden, daß, ob zwar höchstged. Churfürstl. Durchlaucht einer von den meist gravirten Ständen und wohl ursach hetten, gegenwertig auf würcklige Restitution alles dessen, so Ihro seither dem Nimwegischen frieden schluß von frantzösischer seithen entzogen worden, zu bestehen, so consideriren doch Ihre Churfll. Durchlaucht wie wan die Coniuncturen beharren solte und ahn seithen Kayserlicher Mayestät und deß Reichs man sich darüber nicht einlassen wolte, nichts gewisses als eine offenbare ruptur zu befahren sein dörrfte, und Franckreich, ehen man sich versieht, ein und ander Ständ übern Hauffen werffen könnte, bevorab die Reichsverfassung annoch in schlechtem Zustand und darauf kein staat zu machen, auch under den Reichs Ständen dißfalls eine schlechte Harmonie zu verspüren und die mächtigste mehrers zum frieden incliniren, über das in sonderheit mehr höchstgedachter Ihre Churfürstl. Durchlaucht lande, welche ohne dem von vergangenem Krieg noch gantz enervirt, also gelegen und beschaffen, daß selbige im fall einer ruptur, wie auß dem exempel vorigen Kriegs zu befahren, sedem belli wiederumb abgeben und zumahlen bey jetzigen umständen von dem Gegentheil (= Gegner) täglich in solchen Zustand gesetzt werden könnten, daß Churpfaltz so ohnentbehrliche Subsistenz daraus nicht mehr würde ziehen können und also zu einem untüchtigen Reichsglied gemacht werden, auch Ihrer Churfürstl. Durchlaucht ruin ander benachbarte nach sich ziehen und dem gesambten Reich gleich anfangs ein irreparabile damnum daraus entstehen dörrfte, welches auf mögliche weis und wege zu verhüthen, Ihre Churfürstl. Durchlaucht amore publici sich endlich überwinden und geschehen lassen, daß man auff die conditiones, so von frantzösischer seithen übergeben worden, sich einlassen und die bestättigung des friedens also annehme.“ Es bleibt etwas unklar, ob mit diesen letzten Worten die Pfalz der bedingungslosen Annahme das Wort reden wollte. Die folgende Entwicklung spricht dagegen. (263) Zumindest war damit der erste Schritt getan und die französische Proposition, sei es auch nur als modifizierbare Vertragsgrundlage, in die Debatte geworfen worden. Die Fronten hatten sich nun klar abgezeichnet. Es sei im übrigen bemerkt, daß Kurmainz mit Rücksicht auf die Vielschichtigkeit seiner Interessen hinter dem pfälzischen Votum beträchtlich zurückgeblieben war. Anselm Franz hatte lediglich erklären lassen, er hoffe, die Franzosen würden ihre Bedingungen mildern. Bewogen sowohl durch die Vorstellungen Fouchers (264) als auch durch die Befürchtungen vor den Gefahren, die eine Behandlung der Beschwerden im einzelnen mit sich bringen konnte, ließ der Kurfürst am folgenden Tage die Umfrage wiederholen und gab seinen Vertretern den Auftrag, sich dem pfälzischen Votum anzuschließen. (265) Diese Tatsache gibt übrigens einen Hinweis darauf, mit welchen Maßnahmen das Direktorium in Frank-

263) AE, a. a. O., Ber. 28. 3.

264) AE, Mayence XXI, Ber. 9. 4. 1682

265) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 26. 3., f. 286 u. AE, Allemagne, a. a. O.

furt die Beschlußfassung beeinflussen konnte. (266) Die restlichen Voten waren so ausgefallen, daß sich Kursachsen, Bayern, Bamberg, Hannover und die Städte für eine Prüfung der Verträge im Sinne der kaiserlichen Forderung ausgesprochen hatten. Sachsen-Weimar hatte sich im wesentlichen Mainz angeschlossen. (267)

Die Verschlechterung des Verhältnisses des Kaisers zu den Türken war weiter fortgeschritten. Bei der Ostergratulation hatte Linsingen bei der kaiserlichen Gesandtschaft die „große Zeitung“ erfahren, daß die Türken nicht gewillt seien, den Waffenstillstand mit dem Kaiser zu verlängern. (268) Seit dem Frieden von 1681 mit Rußland bereiteten sich die Türken eifrig auf ein neues großangelegtes Unternehmen vor. (269) Fraglich war das Ziel: Ungarn oder Polen. Im Jahre 1684 sollte der Waffenstillstand mit dem Kaiser ablaufen. Der französische Gesandte Guillerages versuchte seiner Instruktion gemäß, den Sultan zum Marsch nach Ungarn zu veranlassen. (270) Zwar liefen im Frühjahr 1682 noch die Verhandlungen, man hatte aber offensichtlich schon damals Anlaß zu der Vermutung, daß sie zu keinem Ergebnis führen würden. Am gleichen Tage erfuhr man in Frankfurt auch die Neuigkeit, daß Créquy von Luxemburg abgezogen sei, eine Maßnahme der französischen Politik, die nicht den Widerhall fand, den man von ihr erwartete. (271)

Bei dem Stand der Mehrheitsverhältnisse ließ sich die Abfassung eines Konklusums nicht verhindern. Am 1. April legte das Direktorium der Deputation einen Entwurf vor. Nach einigen Änderungen wurde er am 9. April der kaiserlichen Gesandtschaft übergeben. Er besagte im wesentlichen:

„... daß die von der Cron Franckreich zu stabilirung des Münster- und Nimwegischen friedens bezeugte höchst rümbliche begierde man diesseits sehr gern vernommen undt ahn seithen der Reichs Deputation gleichfalls nichts mehrers wünsche undt nach allen Kräften dahin arbeiten wolle, daß sothaner friedt undt ruhstand bestens beyhalten werden möge, zu welchem ende man verhoffte undt sich versehe, daß wo nit alleß, so nach dem Nimwegischen frieden occupirt worden, sogleich in vorigen standt zu setzen, dan dennoch wenigstens so wohl in crafft obgmelter pacificationen alß auch der von Ihro Königl. Mayestät in Franckreich noch vor angetretener hiesiger conferentz gethaner versicherung nach, nit allein die bißhero continuirende also genante reuniones undt ander auff dem Reichs boden vornehmende weitere occupationes gäntzlich eingestellt, sondern auch das ienige, welcheß seither der frantzösischen H. H. Gesandten abreyß von Paris dem Reich undt einem oder andern Stand undt glied desselben durch die Königlich frantzösische Civil undt Militar bediente entzogen worden, besag der frantzösischen Proposition selbstn sobalden wieder restituirt, auch derentwegen respective gebührende satisfaction geleistet undt auf solchen erfolg der noch übrig gravirten Reichs Stände undt Gliedern sowohl bey dem Reichs Convent zu Regenspurg angegebene alß etwa alhier noch ferners folgende gravamina fordersambst hieselbstn vor die handt genommen, angehört undt abgethan, auch darwider weiters in das künftige niemandt beschwert werden

266) Vergl. Exkurs I

267) Protokoll, 25. 3. a. a. O.

268) Reichstagsakt., a. a. O., 29. 3. 1682, f. 299

269) Hantsch, a. a. O., II., S. 46

270) Gérin, S. 110

271) Reichstagsakt. a. a. O.,

Zu der ersten Belagerung Luxemburgs vergl. auch Immich, S. 106 u. 111

mögte, worüber und wegen der noch übrigen in der frantzösischen proposition enthaltenen puncten man ahn seitens der hiesigen Reichs Deputation mit gedachten frantzösischen H. H. Gesandten nach vorgängiger gründlicher Diskussion und erörterung des wahren undt eigentlichen Verstandes des Münsterischen und auff denselben gegründeten Nimwegischen friedenstractats, wie solcher von gesambten Reich ahngenommen und ratificirt, sodan auf weis des Nürnbergischen Executions-recess vollzogen worden, zue tractiren und zu handeln, sich auch demselben wie nit weniger der obhabenden Reichs Vollmacht in allem gemes, billig und recht zu bezeugen bereit ist.“ (272)

Dieser Reichsdeputationsschluß bedeutete einen vollen Sieg der kaiserlichen Politik. Er wurde durch Rosenberg und Stratmann am 14. April gebilligt. (273) Am 20. als „Responsum Caesaris et Imperii nomine“ ausgefertigt und der frantzösischen Gesandtschaft überreicht. (274)

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die kaiserliche Diplomatie in dieser Zeit noch einmal einen Versuch unternommen hat, durch Gewinnung des Mainzer Hofs ihre Stellung in Frankfurt und am Reichstag weiter auszubauen. In den letzten Märztagen richtete der Reichsvizekanzler Königseck an Bertram ein Schreiben, in dem er ihn bat, sich unter einem Vorwand nach Wien beordern zu lassen. Er würde den Kaiser disponiert finden, dem Kurfürsten und ihm selbst alles zu gewähren, was sie von ihm verlangen könnten. (275) Allein Bertram hielt es für ratsam, den Brief Foucher zu zeigen — seinen eigenen Worten gemäß hat Foucher das Original selbst gesehen — und ihm eine Abschrift auszuhändigen. Sein Ziel läßt sich aus dem Ergebnis folgern. Sowohl Foucher als auch die Frankfurter Gesandtschaft empfahlen dem König dringend, seine Versprechungen vom Vorjahr in die Tat umzusetzen. (276) Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Umgehend erteilte der König die Anweisung, dem Kurfürsten 10.000 écus und dem Kanzler 2.000 auszuzahlen. Der Neffe des Kurfürsten wurde mit einer „boîte de portrait de diamants“ bedacht. (277) Der Bericht Fouchers läßt es nicht klar werden, ob Bertram mit Wissen seines Herrn handelte. Gewisse Indizien sprechen dagegen. Die Korrespondenz mit dem Wiener Gesandten Gudenus läßt den Eindruck entstehen, daß trotz aller Differenzen zu dieser Zeit noch einmal Verhandlungen über die Zahlung rückständiger Subsidien geführt wurden. (278) Ihr Ergebnis ließ sich noch nicht absehen. Gleichzeitig wurden einige kaiserliche Kompanien nach

272) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. III, f. 116 f.

273) Ebd. f. 130

274) Ebd. f. 158 — 159. Der Text findet sich auch bei Londorp XI, S. 353 ff.

275) Eine frantzösische Übersetzung befindet sich im AE, Mayence XXI, f. 112

276) AE, Mayence XXI, Ber. 6. 4. 1682 und Allemagne 293, Ber. 4. 4. Die Frankfurter Gesandten hatten auch Schönborn Zuwendungen versprochen (des marques de la libéralité de Vostre Majesté). Es scheint jedoch, daß sie nicht ausgezahlt wurden.

277) AE, Mayence, a. a. O., Weisung 16. 4. Die Weisung wurde einen Tag nach dem Eintreffen von Fouchers Bericht gegeben. Verschiedenen vorhergehenden Andeutungen Fouchers zufolge muß Anselm Franz gerade für diesen Neffen eine große Zuneigung gehegt haben. — AE, Mayence XX, f. 380 — Laut Fischer, S. 37, handelt es sich um Franz Adolf Dietrich von Ingelheim, der 1690 anläßlich der Krönung Josefs zum Römischen König zum Reichshofrat ernannt wurde, ein Zeichen dafür, daß man sich auch in Wien die Neigung von Anselm Franz zunutze zu machen suchte. Es ist derselbe, der durch seine Heirat mit Maria Ursula von Dalberg den Bruch mit den Schönborns verursachte. 1737 in den Grafenstand erhoben, starb er 1742. Vergl. Fischer, S. XXII. — Vergl. auch Gschließer, S. 358

278) MEA, Korrespondenz Wiener Gesandtschaft Fasz. 58 Konvol. Gudenus.

Eger verlegt um im Notfall den Schutz Erfurts zu übernehmen. Es geht aus dem Schriftstück (Bericht Gudenus vom 11. Juni) nicht hervor, für welchen Fall damit Vorsorge getroffen wurde. Wenn in dieser Zeit Braunschweig und Kursachsen nicht zu Wien gute Beziehungen unterhalten hätten, könnte man an eine Bedrohung von dieser Seite her denken. Auch die bereits in Erfurt liegenden kaiserlichen Truppen wurden verstärkt. Offensichtlich wurde die Maßnahme in Mainz nicht mißbilligt, denn man hielt sie vor Foucher streng geheim, der erst durch Schönborn im Mai davon erfuhr. (279) Auf jeden Fall ist diese kurze Episode für die Mainzer Politik ohne Folge geblieben. Eine Bestrebung, die damit allerdings schwerlich in Einklang zu bringen ist, verdient ebenfalls erwähnt zu werden, da sie für die Grundstruktur französischer Reichspolitik einigen Aufschluß bringt. Im Januar 1682 rieten Saint-Romain und Harlay, daß eine rheinische Liga den Kaiser zum Abschluß zwingen könnte. Schmisling, der Gesandte des Bischofs von Münster, habe Pläne dazu ausgearbeitet. (280) Allein in Versailles stießen sie damit auf höfliche Ablehnung. (281) Indessen zeigte man sich dort wenig später zumindest geneigt, propagandistischen Nutzen daraus zu ziehen. (282) Es wurde dann zunächst wieder still um dieses Projekt, bis Saint-Romain und Harlay am 4. April (283) erneut anregten, auf Schmislings Vorschläge zurückzugreifen. Wiederum erfolgte nichts. Dann nahm sich Verjus der Sache an. Am 30. April schrieb er an seine Frankfurter Kollegen: „C'est à vous cependant à bien employer le temps à réunir par un bon traité d'alliance de la nature de celle qui fut faite à Mayence en 1658 et qu'on appelle du Rhin tous les Princes qui veulent effectivement la paix, afin de tenir en bride ceux qui désirent allumer une guerre en Allemagne.“ (284) Dieses Mal erklärte Versailles sich deutlicher. (285) Der Abschluß eines derartigen Bündnisses könne den Interessen des Königs niemals nützlich sein. Daher sollten die Gesandten alle diesbezüglichen Vorschläge billigen, aber geschickt zu verstehen geben, es sei leichter zu einem Abschluß zu kommen, wenn jeder Fürst sich getrennt darum bemühe. Das Bündnis scheint indessen bei den rheinischen Fürsten durchaus Anklang gefunden zu haben. Am 18. August schrieben Saint-Romain und Harlay: (286) „Tous les princes du Rhin ont besoin d'estre soutenus et fortifiez aussy bien que luy (Anselm Franz). Ils s'attendent toujours à ce qu'on leur parlera bientost de la ligue, dont il y a longtemps (sic) qu'il est question.“

In Mainz hatten diese Projekte erheblichen Beifall gefunden. (287) Man zeigte sich sehr geneigt, dem Bündnis Dänemarks, Brandenburgs und Münsters beizutreten.

279) AE, Mayence XXI, Ber. 18. 5. 1682

280) AE, Allemagne 292, Ber. 20. 1. 1682 u. 25. 2.

281) Ebd., 293 Weisung 3. 3.

282) Ebd., Weisung 27. 3. 1682

283) Ebd., Ber. 4. 4.

284) AE, Allemagne 293, f. 24

285) Ebd., Weisung 5. 6.

286) Ebd., Ber. 18. 8.

287) AE, Mayence XXI, Ber. 18. 9. 1682. „Le Chancelier de Mr. l'Electeur de Mayence m'avoit tenu un jour les mesmes discours et y avoit ajouté qu'il seroit très util pour parvenir seurement à la paix que les Electeurs du Rhin entrassent dans le susdit traité ou que Mayence, Trèves, Colognes et Palatin (sic) faisant une ligue particulière et entraînant la maison de Wirttemberg déclarassent de nouveau de ne vouloir aucune guerre et d'accepter plutost la paix aux conditions de Vostre Majesté.“

(288) Denn durch das Zusammenkommen dieser Allianz war in das Projekt eines Zusammenschlusses der rheinischen Territorien ein neues Moment getreten. Bertram dachte vornehmlich an die vier Kurfürstentümer, auch Württemberg könne gewonnen werden. Ziel der Allianz sollte es sein, den Frieden nötigenfalls zu den Bedingungen des französischen Königs anzunehmen. Die so gebildete Liga müsse selbstverständlich Truppen aufstellen, wozu man leider kein Geld habe. Der Hinweis war deutlich genug. Die Frage drängt sich auf, warum die französische Diplomatie ein Mittel verschmähte, das sich zwei Jahrzehnte zuvor als höchst dienlich erwiesen hatte. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des Rheinbundes von 1658 gibt eine teilweise Erklärung. Mentz (289) führt darüber aus, daß bei seiner Bildung zunächst nicht beabsichtigt wurde, Frankreich darin aufzunehmen, sondern daß man an ein Bündnis deutscher Staaten dachte, in das man sogar zeitweilig den Kaiser einbeziehen wollte. Nachdem Johann Philipp einmal kurz den Gedanken einer Teilnahme Frankreichs erwogen hatte, nahm er wieder davon Abstand. (290) Mazarin seinerseits hätte auch damals schon Sonderbündnissen mit einzelnen Fürsten den Vorzug gegeben. (291) Vor allem diese Tatsache verdient Beachtung. Sie läßt offenbar werden, mit welcher Berechtigung von einer Kontinuität der Mittel französischer Reichspolitik gesprochen werden kann. (292) Wenn in der Darstellung von Badalo-Dulong (293) der Eindruck entstehen kann, der Rheinbund sei eine Schöpfung Roberts des Gravel, so muß demgegenüber betont werden, daß sich die französische Diplomatie nach der Niederlage bei der Kaiserwahl lediglich bereits vorhandener Tendenzen bedient hat, um auf einem anderen Weg im Reich verstärkt zum Zug zu kommen. Übertragen auf die Situation von 1682 ergibt sich daraus folgendes: Ludwig XIV. glaubte nicht, wie Mazarin gezwungen zu sein, sich eines Bundes deutscher Fürsten zu bedienen, sondern er hoffte, sie für Partikularabmachungen zu gewinnen. Dieses Ziel kommt in der bereits zitierten Weisung vom 5. Juni zum Ausdruck. (Vergl. Anm. 285) : „... et au contraire faire voir adroitement qu'il est encore plus facile d'affermir le repos de l'Empire si chaque Prince en particulier concourt à l'accommodement.“ In Versailles führte man als weitere Begründung an, man wolle zunächst abwarten, wie die Reichsvertretungen auf das Ultimatum reagieren würden, das, wie hier vorgreifend gesagt werden muß, die Gesandten der Deputation gestellt hatten:

„Vous jugez bien qu'il est à propos de voir quel en sera l'événement avant que de former des ligues entre les Princes bien intentionnés pour la Paix, qui ne manqueront pas de me demander des subsides pour l'entretien des Troupes qu'ils ont sur pied et pour en lever de nouvelles, ainsy il est bon de différer encor quelque temps cette négociation.“ (294) Der Grund, man scheue die Ausgaben für neue Subsidien, klingt nicht sehr glaubwürdig, wenn man die Großzügigkeit bedenkt, die Ludwig XIV. im allgemeinen an den Tag legte, wenn es darum ging, Bündnispartner zu gewinnen.

288) Abgeschlossen am 14. 9. 1682. Vergl. Pagès, S. 494.

289) Mentz, Bd. I, S. 60 ff. Vergl. auch Schnur

290) Pribram, S. 141 f.

291) Ebd.

292) Vergl. dazu auch Just, Frankreich und das Reich.

293) S. 28. Bereits Leibniz hatte darauf hingewiesen, daß der Rheinbund der Absicht seiner Gründer gemäß von allem dem Reichsinteresse dienen sollte. — De foedere Rhenano, Werke IV. 1 S. 499 —

500.

294) AE, Allemagne, a. a. O., 28. 8.

Auch die wirtschaftliche Situation Frankreichs dürfte wohl kaum in diesen Jahren Anlaß zu verstärkter Sparsamkeit gegeben haben. (295) Leibniz hat allgemein zu der französischen Bündnispolitik im Reich bemerkt, es liege nicht in ihrer Absicht, einen Zusammenschluß der westlichen Staaten zu fördern, sondern Frankreich suche lediglich die Mitteldeutschen an sich zu binden, da es der rheinischen Fürsten ohnehin versichert zu sein glaube. (296) Zu diesen grundsätzlichen Erwägungen trat in dieser besonderen Situation der Wunsch, eine Annahme der Friedensbedingungen durch das gesamte Reich zu erlangen, die vielleicht durch die Bildung eines neuen Rheinbundes behindert werden konnte. (297) Die Angst der rheinischen Stände vor neuen französischen Übergriffen sprach als stärkstes Argument für die Annahme der Bedingungen, da man nur so den Krieg vermeiden zu können glaubte. Kam es dagegen zu einem Bündnis mit Frankreich, so wurden diese Befürchtungen erheblich entkräftet und dem kaiserlichen Ziel, eine vertragliche Regelung hinauszuzögern, Vorschub geleistet. Diese Vermutung wird bestärkt durch Leibniz, der in dem Rheinbund bereits die Verwirklichung eben dieses Gedankens sah. (298) Frankreichs Ziel in dieser Epoche ist es, mit allen Mitteln den Kaiser und das Reich zur vertraglichen Anerkennung der Annexion zu bringen. Es zieht sich wie ein Leitmotiv durch die Politik in den Jahren zwischen den beiden Kriegen. Bei der Wertung und Beurteilung des Regensburger Stillstandes wird auf diese Tatsache zurückgegriffen werden müssen.

Wendet sich die Untersuchung dem Frankfurter Geschehen wieder zu, so muß sie sich mit einem Vorgang befassen, der in der einschlägigen Literatur mehrfach Erwähnung gefunden hat, dem sogenannten Sprachenstreit. (299)

Zu seinem Verständnis ist ein kurzer Blick auf die Sprachregelung für die Reichsgeschäfte dienlich. Grundsätzlich sind als offizielle Sprachen am Reichstag Deutsch und Latein zugelassen. Diese Tradition war in der Wahlkapitulation Karls V. schriftlich festgelegt worden. (300) Deutsch war für den reichsinternen Gebrauch vorbehalten, während der Verkehr mit auswärtigen Mächten in Latein stattfand. Lediglich Burgund legte im Fürstenkolleg seine Voten auf Lateinisch ab, ein Brauch, der auch im ausgehenden 17. Jahrhundert noch geübt wurde. Als der Reichstag im Jahre

295) Vergl. Sagnac — St.-Léger. S. 203 ff. sowie Zeller, *Les temps modernes*, Bd. III, S. 13.

296) Leibniz, Bedenken welchergestalt securitas publica usw., Werke IV, 1 S. 197 — 198: „Ebenmäßig sucht Frankreich iezo nicht eben die sich zu verbinden und zu obligiren, die ihm am nächsten sitzen, Nein, es hält sich die ohne das für gewis, sondern es bemühet sich die am meisten an sich zu locken, so es im wenigsten dürfen, und im innersten herz Teutschlandes geseßen seyn. Dahingegen die Rheinische Allianz mehr den allirirten in der that, als Frankreich genuzet, ...“. Vergl. auch ebd. S. 148.

297) AE, Allemagne 293, Weisung 15. 10 1682: „Quoyque la ligue qui a esté faite entre le Roy de Danemark, l'Electeur de Brandebourg et l'Evesque de Munster ne puisse estre qu'avantageuse à mes intérêts, néanmoins je ne juge pas à propos que vous vous donniez aucun mouvement pour y faire entrer l'Electeur de Cologne et d'autres Princes de l'Empire, il est bon qu'ils demeurent persuadez, qu'il n'y a point de sécurité pour eux que dans la pure et simple acceptation de mes offres.“

298) Leibniz, *De foedere Rhenano*, a. a. O., S. 499: „Foederis Rhenani longe aliud consilium Moguntinis icentibus fuit, quam vulgo putabant. Illi enim ideo se Gallis applicuerant, ut nocerent. Ea enim ratione nihil poterat honeste tentare in Germaniam Gallus, terras foederatorum ingressurus, nec habens causas hostilitatis in Rhenum. At vero cum primum Moguntinus a Gallis discessit, plus eis desertione profuit quam amicitia.“

299) Ober ihn handelt Kaufmann S. 258 ff.

300) § 14, Zeumer II, 310 — 311. — Vergl. zu dieser Frage auch Moser, *Teutsches Staatsrecht*, Bd. 2, S. 237, Bd. 4, S. 285, Bd. 6, S. 421, Bd. 43, S. 521, Bd. 48, S. 104 u. Bd. 50, S. 300.

1681 verschiedene Schreiben an auswärtige Monarchen richtete, (301) bediente es sich ebenfalls dieser Sprache. Auch die Antworten wurden darin verfaßt. (302) Eine erste bedeutende Abweichung von dieser Regel bildeten die Verhandlungen zum Westfälischen Frieden. Dort wurde das Lateinische nicht mehr ausschließlich gebraucht, und die französische Delegation legte ihre erste Proposition in ihrer Muttersprache vor. Sie ließ trotz aller Proteste auch in der Folge nicht davon ab. (303) Ähnlich geschah es in Nimwegen. (304)

Der Frankfurter Sprachenstreit gehört wohl unzweifelhaft zu denjenigen Zeremoniellstreitigkeiten, die von allen Seiten nicht um ihrer selbst willen ausgefochten wurden, sondern es läßt sich zeigen, daß man ihn sowohl bei der kaiserlichen als auch bei der französischen Gesandtschaft nur im Hinblick auf das eigentliche Verhandlungsziel gesehen hat. Da sich hinter diesen Differenzen Fragen verbergen, die für das Konferenzgeschehen von prinzipieller Bedeutung sind, muß die Untersuchung bis in ihre Details vordringen. Ihren Anlaß bildete die französische „Réplique“ auf den Deputationsschluß vom 9. April, die mit Schärfe erneut den französischen Standpunkt darlegte. (305) Bereits die Proposition vom Januar wurde auf französisch vorgelegt, ohne daß es damals zu Komplikationen gekommen wäre. Bei Überreichung der Antwort des Reiches vom 9. April hatten die Kaiserlichen lediglich die französische Gesandtschaft darauf hingewiesen, daß sie in Zukunft ihre Schriftstücke nur lateinisch verfassen dürfe. Diese jedoch behaupteten, der Frankfurter Kongreß sei kein Reichstag, für den Sprachgebrauch gelte daher die Regelung von Münster und Nimwegen. (306) Dementsprechend wurde die „Réplique“ auf französisch verfaßt und der kaiserlichen Gesandtschaft am 28. übergeben. Am 29. erhielt sie das Mainzer Direktorium, das sie am 30. durch die Kommunikation veröffentlichte. (307) Auf Verlangen der Kaiserlichen reichten die Franzosen eine lateinische Fassung nach. Allein sie war mit dem Vermerk „Translatum“ überschrieben und trug am Ende nur die Bestätigung „pro translato“. (308) Die Kaiserlichen sandten am Tag darauf die Übersetzung zurück und verlangten ein lateinisches Original. (309) Saint-Romain jedoch war höchstens bereit, „Translatum“ am Anfang wegzulassen und am Schluß zu schreiben: „Pro translato authenticum“. (310) Der bisherige Verlauf dieses Zwischenfalls führt zu der Auffassung, daß er bewußt von der französischen Gesandtschaft vom Zaun gebrochen wurde. Allein ihr Bericht vom 5. Mai zeigt nicht nur, daß auf französischer Seite keinerlei Absicht vorlag, sondern sogar, daß die Gesandten von dem Vorfalle überrascht waren und daß die Überreichung der lateinischen Übersetzung einer gewissen Kompromiß-

301) Vergl. die Texte bei Londorp XI, S. 80 — 83, 84, 87, 88.

302) Noch 1717 bestätigte der Reichstag diese Tradition mit dem Beschluß, „Credentiales und andere Producta“ müßten auf deutsch oder lateinisch vorgelegt werden. — Vergl. Zeumer a. a. O., S. 492.

303) Dickmann, S. 214.

304) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd II, f. 251 u. AE, Allemagne 293, Weisung 15. 5. 1682.

305) Der Text befindet sich bei Londorp XI, S. 354, in der lateinischen Übersetzung.

306) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. III, f. 166.

307) AE, Allemagne 293, Ber. 5. 5.

308) Ebd.

309) Reichstagsakt., a. a. Ö., Ber. 7. 5., f. 214.

310) Die formelle kaiserliche Haltung wird auch ausgedrückt in einem Schriftstück vom 8. 5. 1682, veröffentlicht bei Pachner von Eggenstorff II., S. 376.

bereitschaft entsprang. (311) Die Hintergründe werden hier angedeutet. Die kaiserliche Gesandtschaft suchte zu verhindern, daß man in Regensburg neue Instruktionen erbitte. Die Vertreter Österreichs hatten, wie bereits erwähnt, in den Debatten, die dem Deputationsschluß vom 9. April vorausgingen, erfolgreich ihre Argumentation auf die Reichsinstruktion gestützt. Es war daher in den Kreisen um die Mainzer Gesandtschaft der Gedanke aufgetaucht, den Reichstag um neue Instruktionen zu bitten, da die französische Proposition eine Situation geschaffen habe, in der die alte nicht mehr ausreichte. Das heißt, man zielte letztthin darauf ab, vom Reichstag zu Verhandlungen auf Grundlage der Proposition ermächtigt zu werden. Wie sehr ein solches Vorhaben den kaiserlichen Wünschen zuwider lief, liegt auf der Hand. Auch in Mainz faßte man die jüngsten Vorgänge als kaiserlichen Schachzug auf, und Anselm Franz wies am 6. Mai seine Vertreter an, auf eine baldige Beilegung der Sprachschwierigkeiten hinzuarbeiten. Je eher man den Reichstag um neue Instruktionen bitte, desto besser sei es, damit bald ein Reichsschluß zusammenkomme, daß die Deputation nicht mehr an die erste gebunden sei. (312) Das Ende des Streites ließ sich jedoch nicht absehen. Auf beiden Seiten brachte man eine Fülle von Argumenten und Gegenargumenten vor, auf deren nähere Behandlung verzichtet werden kann. Es muß lediglich darauf hingewiesen werden, daß in den Tagen der ersten Maihälfte die kaiserliche und die österreichische Gesandtschaft auf ihrer Auffassung unabänderlich beharren: Nachdem Frankreich den „*punctum idiomatis*“ zu einer „*formal praetension*“ gemacht habe, sei es mit der Ehre des Reiches nicht zu vereinbaren, wenn man nachgebe, zumal dies ein „*böses augurium*“ für die Folge der Verhandlungen bedeute. Einholung neuer Instruktionen dagegen sei völlig überflüssig, da die alten ausreichten. (313) Mainz dagegen hatte in der Eingangsproposition den Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Kaiserlichen möchten die lateinische Replik annehmen, damit die Verhandlungen weitergehen könnten. Im übrigen halte man neue Instruktionen für wünschenswert. (314) Hatte man bei der französischen Gesandtschaft zunächst in den neuen Differenzen ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Einigung gesehen, so besann man sich bald eines anderen. Wenn durch diesen Streit die Frankfurter Verhandlungen völlig zum Stillstand kamen, so mußte dies deutlich die Notwendigkeit neuer Instruktionen erweisen. (315) Sie hatten also

311) Für diese Annahme sprechen vornehmlich die beiden folgenden Stellen: „*Et cet incident fait seulement hier matin lorsqu'on devoit délibérer sur nostre réplique, est regardé icy par tout le monde comme une chicane et un retardement affecté pour empêcher qu'on n'envoye le tout à la Diette et qu'on n'y demande de nouveaux ordres.*“ — AE, Allemagne 293, Ber. 5. 5. 1682. — Und am gleichen Ort: „*Il n'y a rien icy qu'on ne doive craindre des Impériaux et de leur crédit dans cette assemblée, cela nous a déterminés au parti que nous avons pris de leur envoyer aujourd'hui sans marchander une traduction en latin où nous mettrons seulement en teste "Translatum" et que nous signerons à la fin après ces mots "pro Translato."* Die offizielle Fassung der Haltung der kaiserlichen Partei hat allerdings nie einen Zusammenhang zwischen dem Sprachenstreit und der Instruktionsfrage zugegeben, sondern beharrte ständig darauf, daß Nachgiebigkeit dem „Reichsstylus“ abträglich sei.

312) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 6. 5., f. 209

313) Ebd., Protokoll 6. 5., f. 211.

314) Ebd.

315) AE, a. a. O., Ber. 9. 5. 1682: „*Nous sommes persuadez comme tout le monde l'est icy que les Impériaux veulent à quelque prix que ce soit empêcher que l'assemblée ne demande présentement de nouveaux ordres à la Diette et les mieux intentionnéz estiment que cette difficulté touchant l'idiome peut contribuer à les y faire consentir.*“ — u. Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 9. 5. f. 229 u. 232.

keine Veranlassung, dem von der Deputation vorgeschlagenen Kompromiß zuzustimmen, demzufolge „Translatum“ am Anfang ausgelassen werden und die Schlußformel „Pro translato authentico“ oder „in forma authentica“ lauten sollte, und in Zukunft nur lateinische Schriftstücke angenommen würden. Mainz stand dabei völlig auf Seiten der Franzosen und betonte bei jeder Gelegenheit, man müsse neue Instruktionen verlangen. (316) Dabei fanden seine Vertreter Unterstützung bei Bayern, Pfalz-Lautern und mit gewissen Einschränkungen bei Sachsen. Die Beratungen führten indessen zu einem neuen Sieg des Kaisers. Das Deputationsgutachten vom 14. Mai bestimmte, daß über das bis dahin Geschehene dem Reichstag eine Relation erstattet werden sollte, die jedoch nur „in terminis narrativis“ verfaßt war. (317) Damit war zunächst vermieden, in Regensburg förmlich eine Entscheidung zu beantragen. (318)

In Mainz war man unterdessen höchst beunruhigt durch ein kaiserliches Kommissionsdekret. (319) Mit einem Hinweis auf französische Truppenkonzentrationen westlich des Oberrheins kündigte es an, der Kaiser werde neue Werbungen vornehmen lassen und sonstige Schutzmaßnahmen ergreifen, mit anderen Worten, ebenfalls Militär an den Oberrhein entsenden. Hörnick wurde daher angewiesen, seine Publizierung bis zum Eintreffen der Frankfurter Relation aufzuhalten. (320) Auch die Pfalz zeigte sich durch diese Entwicklung besorgt und regte in Frankfurt an, die „Gutgesinnten“ sollten den Kaiser ersuchen, den Marsch seiner Truppen ins Reich zu widerrufen, da ihm die Wahlkapitulation durch den Artikel 13 ohne Zustimmung der Kurfürsten solche Unternehmen verbiete. (321) Dieser Gedanke fand auch bei Brandenburg Unterstützung.

Der Stillstand der Frankfurter Verhandlungen barg für die kaiserliche Politik die Gefahr in sich, daß neue Instruktionen erbeten wurden. Anselm Franz hoffte, daß die Relation an den Reichstag trotz ihrer rein berichtenden Form günstige Auswirkungen haben könnte, und so befahl er, daß man die Deliberationen etwas „trainsniren“ (322) Da aber vollzog die kaiserliche Gesandtschaft eine höchst geschickte Wendung, die zwar mit ihrer bisherigen Auffassung in krassem Gegensatz stand, aber den gefährlichen Engpaß vermied. Hatte sie bisher zusammen mit der österreichischen Delegation darauf beharrt, die Franzosen sollten alle künftigen Schriftstücke lateinisch einreichen und eine originale Neufassung der Replik vorlegen, so hieß sie zwar diese Forderung grundsätzlich aufrecht, regte aber gleichzeitig Verhandlungen über ihren Inhalt an. Die Regelung der Sprachenfrage sollte daneben betrieben werden. Am 10. Juni wurde dieser Wunsch der Reichsdeputation unterbreitet. Sonderbarerweise machte sich dabei Kursachsen ebenso zu seinem Fürsprecher wie

316) Dies zeigt sich in den verschiedenen Protokollen, bspw. vom 8. 5. u. 11. 5. a. a. O. f. 234 — 278

317) Ebd., f. 272, veröffentlicht bei Londorp XI, S. 355.

318) Gegen eine Verlegung der Verhandlungen hatte auch das kaiserliche Kommissionsdekret vom 11. 5. Stellung genommen. Der Text findet sich bei Pachner von Eggenstorff II, S. 364

319) Londorp XI, S. 356

320) Reichstagsakt. a. a. O., Weisung 15. 5. 1682, f. 273

321) Ebd., Ber. 26. 5., f. 307

322) Ebd., Weisung 2. 6., f. 327

Österreich. (323) Die Mehrheit schloß sich an. Am folgenden Tag wurde erneut über denselben Gegenstand beraten. Kurmainz machte Ausflüchte, um die Ausfertigung des Konklusums hinauszuzögern und behielt sich die Konsultation der kaiserlichen Gesandtschaft vor. (324)

Kursachsen als Inhaber des ersten Votums erhob dagegen Widerspruch und verlangte, das Direktorium sollte seiner Pflicht nachkommen. Die Kontroverse: Beratung über die französische Replik oder Beilegung der Sprachdifferenzen verlangte eine Stellungnahme, die sich in gleicher Weise auf die Hauptfrage bezog. Es ist daher nicht ohne Interesse, die Stimmenverhältnisse näher zu betrachten. Kursachsen schlossen sich an: Österreich, Bamberg, Sachsen-Weimar, Braunschweig-Kalenberg und die Stadt Regensburg. Mainz fand Unterstützung bei Bayern, Pfalz-Lautern und der Stadt Köln. Mit einer Mehrheit von sechs gegen vier Stimmen war somit die Verfassung des Konklusums beschlossen worden. Allein jetzt sollte sich zeigen, welche Macht das Reichsdirektorium auszuüben vermochte. Unter offensichtlicher Nichtachtung des Mehrheitsbeschlusses richtete Mainz seine Anfrage an die Kaiserlichen und gewann damit immerhin zwei Tage. Die kaiserliche Antwort billigte, wie nicht anders zu erwarten, den Mehrheitsbeschluß und ersuchte das Direktorium um seine ordnungsgemäße Abfassung. Nichtsdestoweniger wiederholten die Mainzer in der Sitzung vom 17. ihre Bedenken. Schließlich erklärten sie, von der Mehrheit gedrängt, an ihren Herrn über die Diskussionen referieren zu wollen. Man bedauerte jedoch außerordentlich, daß dessen Befehl unmöglich bis zur Sitzung des folgenden Tages vorliegen könne. (325) Am 20. gab Anselm Franz die Anweisung, das Konklusum aufzusetzen und die Mainzer Bedenken protokollieren zu lassen. Prestige-gründe ließen das letztere ebenso geraten erscheinen wie die Rücksicht auf die Franzosen, für die man eine Ausrede finden mußte. (326) Am 25. Juni wurde die Ausfertigung vorgenommen. Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut: „Daß man die in der von der Königl. Frantzösischen Gesandtschaft alhier lengsthin extradirte declaration auff diesseithige anthwort enthaltene materialia in proposition zu stellen, darüber zu deliberiren und aber anbei in puncto idiomtis sich dahin zu verwarren habe, daß gleich wie man hiedurch sich nichts begeben, noch determinirt haben wolle, als man auch ratione futuri sich weiters vernehmen zu lassen, sich reserviren thue, undt zwahr solches ohne eintziges praejuditz und nachtheil.“ (327)

Es wäre anzunehmen, daß damit die Frage erledigt gewesen wäre. Dem ist aber nicht so. Vielmehr brachte das Direktorium in der Sitzung vom 1. Juli (328) erneut seine Bedenken vor, daß dies Verfahren gegen den „Reichsstylus“ verstoße. Man erachte es daher als unumgänglich, darüber eine Anfrage an den Reichstag zu richten. Demzufolge sandte Anselm Franz persönlich ein Schreiben an den Kaiser und nach Regensburg, in dem er den Sachverhalt darlegte und seine Bedenken kundtat.

323) Protokoll, Reichstagsakt. a. a. O., f. 345. Auszug aus dem österreichischen Votum: „... daß man salvo quocunque beneficio das einmahls von der frantzösischen Gesandtschaft dem Churmaintzischen Directorio extradirte Translatum pro obiecto deliberationis halte, daselb in die proposition stelle, und wie die diesseitig duplic oder responsum ulterius einzurichten, deliberirt werde.“

324) Ebd., Protokoll 11. 6. f. 351

325) Ebd., Protokoll 17. 6., f. 363 ff.

326) Ebd., Weisung 20. 6., f. 374

327) Ebd., f. 396

328) Ebd., Protokoll f. 397

Der Reichstag erhielt davon am 9. Juli Kenntnis durch die Diktatur. Damit wird der Reichstag erneut zum Blickpunkt der Darstellung. Es ist zuletzt gezeigt worden, daß außer Brandenburg auch im Kurfürstenkolleg sich niemand eindeutig für die französischen Friedensbedingungen ausgesprochen hatte. Diese Zurückhaltung wich jedoch bald einer positiven Stellungnahme der Mehrheit.

Die Kurpfalz war nach langen Bemühungen durch eine geldliche Entschädigung zum Verzicht auf die verlorenen Gebiete und zur Unterstützung Frankreichs gewonnen worden. Mainz war bereit, sich der Mehrheit anzuschließen, wenn sein „Glimpf“ gewahrt blieb. Es ist vornehmlich ein Erfolg der brandenburgischen Diplomatie, wenn die Mehrheit des Kollegs gewonnen wurde. In den ersten Monaten des Jahres 1682 bestand eine beinahe vollkommene Übereinstimmung zwischen Versailles und Berlin und Friedrich Wilhelm bemühte sich in jeder Weise darum, seinem Verbündeten behilflich zu sein. Umso mehr als seine Ziele den französischen entsprachen und in der gleichen Richtung lagen. (329) Meinders wurde damit beauftragt, Johann Georg von Sachsen zu gewinnen. Der Reichstagsgesandte Gottfried von Jena reiste mit dem gleichen Auftrag nach München. In Frankfurt nahmen Kurköln und die Pfalz mit Schönborn Unterredungen auf. Ihr Ergebnis zeigte sich in der Absprache, gemeinsam für die Annahme des Friedens zu arbeiten, wenn keine besseren Bedingungen erreicht werden könnten. (330) Daher teilte die Weisung vom 27. März Hörnigk mit, daß neben Kurpfalz und Köln auch Brandenburg und Trier ähnliche Beschlüsse gefaßt hätten. Somit sei die Mehrheit des Kollegs gewonnen, man könne daher zum mindesten einen Beschluß anstreben, in dem ihre Stellungnahme zum Ausdruck käme. Eine Untersuchung der einzelnen Beschwerden setze sie der Gefahr des „Totaluntergangs“ aus. Man sehe sich daher gezwungen, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Anlaß der Beschlußfassung wurde das nach langem Zögern am 5. April diktierte Memorial Verjus über die französischen Friedensvorschläge. Ziel der Beratungen sollte es sein, ein Schreiben an die Reichsdeputation zu senden, daß der Frieden mit Frankreich erhalten werden sollte. (331) Man wollte also in der Formulierung recht vorsichtig sein. Von der Annahme der französischen Bedingungen war keine Rede. Es ist bezeichnend für den Ernst der Lage, daß ein Kolleg des Reichstags sich ausdrücklich für den Frieden aussprechen mußte. Der Beschluß ging dann auch darüber nicht hinaus. Die Voten wurden nicht zu Protokoll gegeben. Die Bedeutung des Konklusums fand ihren wesentlichen Ausdruck in der Feststellung: „... daß nach beschaffenheit ietziger Convenientz und der sachen umbständ dem Vatterland dienlich seye, wan man ungesaumbt darzue thue, auf daß der fried mit der Cron Franckreich durch alle zulengliche mittel und weg conserviret, dem Römischen Reich die allgemeine ruhe und beständige sicherheit, und mithin zwischen diesem und dem Allerchristlichsten König alle guthe verständnus und freundschaft gesichert und erhalten werden möge.“

Es ist zur angemessenen Einschätzung dieser kurfürstlichen Verlautbarung die Aktivität des Grafen von Waldeck zu berücksichtigen, der als einer der markantesten Exponenten der Kriegspartei gelten muß. Nachdem es ihm gelungen war, 1680 eine Vereinigung der Stände von Westerwald und Wetterau zusammenzubringen,

329) Pagès, S. 481 f.

330) Reichstagsakt. a. a. O., Weisung 3. 3., f. 191 u. Ber. 5. 3. f. 193

331) Ebd., Weisung 6. 4., f. 336. Das Protokoll der Sitzung befindet sich ebd. f. 338 ff.

hatte er 1681 den Landgrafen von Hessen-Kassel für den Beitritt gewonnen. Im Februar führte er lange Besprechungen mit den braunschweigischen Herzögen. Seit den ersten Apriltagen weilte er in Wien, um die Verbindung seiner Allianz mit dem Kaiser zustandezubringen. Als Ergebnis seiner Bemühungen sollte am 10. Juni 1682 die Laxenburger Allianz unterzeichnet werden. (332) Unter seiner tatkräftigen Führung hatte die Organisation der Kriegspartei beträchtliche Fortschritte gemacht, eine Entwicklung, die bei der Mehrzahl der Kurfürsten und ihren wenigen Gesinnungsgenossen im Fürstenkolleg ernste Besorgnis hervorrief. (333) Diese erschien umso mehr gerechtfertigt, als Österreich durch seine Stellung als einer der Direktoren des Fürstenkollegs die Proposition von Verjus' Memorial hartnäckig verzögerte. Am 13. April schrieb Hörnick, die fürstlichen Direktionen verhinderten die Behandlung dieses Gegenstandes in ihrem Kolleg, indem sie einfach nicht auf dem Rathaus erschienen, um seine Diktatur und Proposition durch das Mainzer Direktorium entgegenzunehmen. (334) Hörnick griff zu einer Gegenmaßnahme, die den Geschäftsgang des Reichstags völlig blockierte, indem er die Ansage jeder anderen Materie verweigerte. (335) Damit wurde die kaiserliche Politik insofern getroffen, als auch die Behandlung weiterer Punkte der Reichskriegsverfassung unterblieb. (Es stand die Wahl des Reichsfeldmarschalls gemäß dem Kommissionsdekret vom 17. Januar zur Debatte). Hinzu kam, daß am 14. April dem Direktorium ein kaiserliches Kommissionsdekret zur Diktatur vorgelegt wurde, die bis auf weiteres unterblieb. (336) Verhandlungen Hörnicks mit einzelnen Mitgliedern des Fürstenkollegs, um die Direktionen zum Besuch der Ratsstunden zu veranlassen, führten zu keinem Ergebnis. Auch die Erwägung, das Kommissionsdekret mit dem Memorial zur Diktatur zu bringen, mußte fallengelassen werden. Es stand nämlich zu befürchten, Österreich werde das Schriftstück Verjus „bei seithe schaffen“, um nur die Reichsbewaffnung voran zu treiben. (337) Auch die Unterstützung Württembergs und der Schwäbischen Gra-

332) Vergl. Dirr, S. 20 ff. Über die Aktivität Waldecks gibt Müllers Einführung zu seiner Korrespondenz mit Wilhelm von Oranien bedeutsame Aufschlüsse.

333) Pagès zeigt dies vor allem im Hinblick auf Brandenburg, dessen nordische Pläne davon beeinträchtigt wurden. — S. 484.

334) Reichstagsakt. a. a. O., f. 354. Zu der diesbezüglichen Geschäftsordnung des Reichstags s. Exkurs I.

335) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 16. 4. f. 358

336) Dieses Kommissionsdekret enthielt die kaiserliche Billigung des Reichsgutachtens über die Reichskasse vom 16. 3. d. J.

Durch dieses Reichsgutachten wurde beschlossen, daß der Beitrag für einen Reiter 2 fl. und einen Fußknecht 40 krz. betragen sollte, und daß entsprechend der Reichsmatrikel vom 30. August 1681 — Jähns, S. 133 — bis zum 31. 5. 1682 zwei Simpla in Regensburg eingezahlt werden sollten. — Londorp XI, S. 470. — Es bedeutete also eine ernsthafte Beeinträchtigung der kaiserlichen Hoffnungen auf die Reichsbewaffnung, wenn das Approbationsdekret nicht diktirt wurde, denn nur nach dessen Diktatur konnte das Reichsgutachten Gesetzeskraft erhalten und zur Ausführung gebracht werden.

337) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 27. 4. f. 377

fen blieb fruchtlos. (338) Wenn auch die Hoffnung bestand, daß sich das Bistum Basel der Partei der „Gutgesinnten“ zuwenden würde, so fand Österreich dennoch Unterstützung bei der überwiegenden Mehrheit. (339)

Am 18. Mai erteilte Anselm Franz seinen Gesandten eine neue Instruktion, die als grundsätzliche Äußerung Beachtung verdient. (340) Dem Kaiser war die Mehrheit in Frankfurt sicher. Unter den gegebenen Umständen wurden die Kurfürstlichen ständig in Frankfurt überstimmt. Dies sei zunächst im Hinblick auf den besonderen Verhandlungsgegenstand nachteilig, da der Kaiser den Krieg wünsche. Allgemein jedoch bahne sich durch das in Frankfurt geltende Prinzip der Beschlüsse „per maiora“ eine Entwicklung an, die für alle Kurfürsten bedrohlich sei. Die Entscheidung einer einzigen Reichsstadt (Köln oder Regensburg) könne einen Beschluß herbeiführen, der den Wünschen des ganzen Kurfürstenkollegs zuwiderlaufe: „... und consequenter in summo hoc pacis et belli momento alle Churfürstliche Hoheits Praerogativen, land, leuth und interesse in einer solchen stadt arbitrium gerathet.“¹⁴ Schon immer war aus diesem Grund die Abhaltung von Deputationstagen bei den Kurfürsten auf Abneigung gestoßen. Der von Rauch herausgegebene „Tractat über den Reichstag im 16. Jahrhundert“ weist bereits darauf hin. (341)

Es dürfte nicht unglaublich sein, wenn ein Kurfürst, dessen Einfluß weit weniger auf „reale“ Macht als vielmehr auf seine Bedeutung in der Reichsverfassung gegründet war, in solchen Vorgängen eine große Gefahr sah. Es kommt hinzu, daß ihn Foucher wohlweislich in seinen Befürchtungen bestärkte. (342) Bei dieser Sachlage, so fährt die kurfürstliche Weisung fort, sei es gewiß, daß in Frankfurt der Friede nicht erreicht werden könne. Man müsse daher alle Hoffnungen auf den Regensburger Reichstag setzen, wo zumindest die Mehrheit des Kurfürstenkollegs sicher sei. Auf diese Weise könne man auch vermeiden, daß die kurfürstlichen Prärogativen beeinträchtigt würden. Nach dem Eintreffen der Reichsdeputationsrelation komme es daher darauf an, entweder neue Instruktionen für die Deputation zu beschließen, durch die sie zum Abschluß nach den französischen Bedingungen ermächtigt würde, oder aber, daß die gesamten Verhandlungen nach Regensburg gezogen würden. Auf jeden Fall sollte Hörnick bestrebt sein, einen dahingehenden Beschluß des Kurfürstenkollegs zu erreichen, dem sich dann die Minderheit der Fürsten anschließen könnte. Zum Schluß fand Anselm Franz' Bestreben, sich nach allen Seiten hin

338) Die Mission Bourgeauvilles hatte sich als recht erfolgreich erwiesen. Sie hatte zunächst zu einer Kontaktaufnahme zwischen dem Herzog — Administrator Friedrich Karl und Mainz über die kaiserlichen Truppenbewegungen am Oberrhein geführt. Anselm Franz hatte dabei dringend geraten, bis zu einem eventuellen Reichsschluß dem Militär das Betreten des schwäbischen Kreises zu verbieten. — AE, Mayence XXI, Ber. Foucher 9. 3. 1682 —. Daraufhin hatte Friedrich Karl, stets in enger Zusammenarbeit mit dem Mainzer Kurfürsten, den „engeren Konvent“ des Kreises zu einem Schreiben über die Erhaltung des Friedens an den Kaiser veranlaßt.

Gleichzeitig richtete er an Anselm Franz die Bitte, „... dieses der gefahr so nahe gelegenen Creyßes und folgendts des gantzen Römischen Reiches Ruhe und sicherheit sich noch ferners zu consolation des gemelnen Weßens ohnermüdet anhelegen seyen lassen.“

Der vollständige Text findet sich, ebenso wie eine Kopie des Schreibens an den Kaiser, im MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. III f. 179 — 180 bzw. 181 — 185. Württemberg entsandte außerdem Friedrich Jakob Rühle als Beobachter nach Frankfurt, um die Friedenspartei zu unterstützen. Sein Beglaubigungsschreiben befindet sich in den Reichstagsakten a. a. O., f. 211.

339) Reichstagsakt. Fasz. 257 f. 449

340) Ebd. f. 186

341) Rauch, S. 68 ff.

342) AE, Mayence XXI, Ber. 18. 5. 1682

zu sichern, wieder einmal Ausdruck in der Anweisung, Hörnick solle so vorsichtig vorgehen, daß man die Auflösung der Frankfurter Konferenzen dem Mainzer Hof nicht zum Vorwurf machen könnte.

Am 29. folgte die Weisung, eine Reichskriegserklärung mit allen nur möglichen Mitteln zu verhindern. (343) Auch diese Äußerung darf als Beweis dafür angesehen werden, wie weit in Mainz die Befürchtungen gingen, daß ein Krieg bevorstünde.

Am 28. Mai bestätigte Hörnick das Eintreffen der Frankfurter Relation. (344) Um ein neues Memorial Verjus zurückstellen zu können, hatte er sie sofort zur Diktatur gebracht. (345) Die Relation führte übrigens zu einem Wiederaufleben des Exzellenzstreites. In der Anrede hatte das Mainzer Direktorium in Frankfurt den Titel Exzellenz verwandt. Österreich, Bamberg und Hannover protestierten dagegen und weigerten sich, den Bericht zu siegeln. (346) Dieser kurze Zwischenfall war für die kaiserliche Partei recht dienlich, da dadurch die Wirkung der Relation zumindest aufgeschoben wurde. (347) In Regensburg verweigerte Hannover die Annahme des Ansagezettels und fand darin Unterstützung bei Österreich und Bamberg. (348)

Nichtsdestoweniger erfolgte ihre Proposition am 8. Juni im Kurfürstenkolleg. Die folgenden Beratungen führten zu einer Entscheidung, die den Kurs der Mehrheit des Kollegs für die beiden folgenden Jahre festlegte. Bis zum Abschluß des Stillstands sollte sie als Grundlage der kurfürstlichen Politik dienen. Hier verdient vor allem das Vorgehen Brandenburgs Beachtung. Die gegen Schweden gerichteten Projekte Friedrich Wilhelms setzten eine Beruhigung im Reich voraus. Er befahl daher Jena, in Regensburg eine deutliche Sprache zu führen. (349) Am 8. Mai hatte Spanheim, der brandenburgische Gesandte in Versailles, vermutet, bevor Ludwig XIV. seine Zustimmung und seine Subsidien für ein Unternehmen gegen Schweden geben würde, wolle er den Abschluß mit dem Reich abwarten. Diese Zurückhaltung legte der französische Gesandte Rébénac auch auf dem Treffen von Itzehoe an den Tag, wo Friedrich Wilhelm sich zusammen mit Christian v. Dänemark um französische Hilfe bemühte. Gerade in den ersten Junitagen scheute man in Berlin keine Mühe,

343) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 257 f. 462: „Sollte aber dennoch das Haus Österreich mit den mai-
oribus auff einen krieg im fürstlichen Collegio durchdringen, so hetten doch wenigst alle und iede
Stende, welche den Frieden zu erhalten und Krieg abzuwenden trachten, mit dem Churfürstlichen
Collegio negst zusammenzutreten und sich einmüthig zu beschwehren und zu protestiren, daß sie
durch die bloße Pluralitet, als welche durch geringste Stende erzwungen, sich dergestalt numerile
nit überstimmen noch obligiren, viel weniger ihrer landt und leuthe in arbitrium numeri zum total
verlust und untergang sacrificiren könnten.“

344) Reichstagsakt. a. a. O., f. 464

345) Das Memorial vom 11. 5. befindet sich bei Londorp XI, S. 474. In Hörnicks Bericht ist die auf
Verjus Memorial bezügliche Stelle rot unterstrichen. Am Rand steht der Vermerk „omitt“ (= om-
mittas oder omittire). Es ist zu vermuten, daß von diesem Schriftstück für Foucher eine Kopie
angefertigt wurde. Er erwähnt häufig, daß er solche Abschriften erhalten habe. Das obige Beispiel
zeigt, daß man ihm in Mainz wohl nur entsprechend „friesierte“ Kopien zukommen ließ.

346) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, III, Ber. 22. 5. f. 286

347) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 257, Ber. 28. 5. f. 464 ff.

348) Ebd., f. 483. Bevor es zu den Beratungen über die Relation kam, versuchte Kurmainz eine andere
Entscheidung herbeizuführen die als Prüfstein für die Stimmenverhältnisse dienen konnte. Hörnick
sollte nämlich ein Schreiben an den Kaiser gegen die geplanten Truppenverschiebungen anregen.
Man hätte dabei vor allem Bayern und Sachsen festlegen können. Der Plan stieß jedoch auch bei
den „Gutgesinnten“ auf Abneigung. — Reichstagsakt. a. a. O. f. 491.

349) Pagès, S. 484

um sich die nötigen Subsidien zu sichern. (350) Für die Zögernden hatte Jena in einer scharfen Erklärung über den Frieden geradezu einen „Präzedenzfall“ geschaffen, auf den man sich zur Wahrung des „Glimpfs“ berufen konnte. (351) So durfte Jena nach der Proposition ausführen, es wäre zwar erwünscht, wenn die Frankfurter Verhandlungen bald zu einem guten Ende geführt würden, allein die Hoffnungen dafür seien gering. Kaiserliche Truppen befänden sich auf dem Marsch ins Reich. (352) Wenn Frankreich seinerseits zu entsprechenden Gegenmaßnahmen schreite, dann stehe der Krieg vor der Tür. Er stellte damit zur Beratung, „wie und welcher gestalt der löblichen Reichs Deputation ungesäumt also ahn handt zu gehen sey, auff daß selbige tractaten befördert, so gefehrliche Extremiteten verhindert, dahingegen der fried stabilirt undt alles unglück und verderben dem Vatterlandt in zeitherr abgewendet werden möge.“ Schon die Proposition klang viel deutlicher als am 6. April. Auch die Voten drückten dieses Mal klar aus, worum es ging. Kurtrier ließ sich vernehmen, die gefährliche Lage und die Nachricht, Mainz, Brandenburg, Köln und die Pfalz seien zur Annahme der Friedensbedingungen bereit, ließen auch seinem Herrn geraten erscheinen, sich der Mehrheit anzuschließen. Entschiedener sprach Kurköln, wenn keine besseren Bedingungen im Guten zu erreichen wären, müsse man den Frieden annehmen. Völlig anders klang dagegen, was Bayern vorbrachte. Zwar solle der Friede im Reich erhalten werden, aber es könne nur auf der Grundlage der Verträge von Münster und Nimwegen einen dauerhaften Frieden geben. Zur Klärung der darüber entstandenen Differenzen sei die Reichsdeputation beauftragt, man finde die alte Instruktion ausreichend, eine neue sei nicht erforderlich. Dies war eine Sprache, die ebensogut im Fürstenkolleg gehört werden konnte. (353) Sachsen gab kein Votum ab, da der Gesandte noch nicht im Besitz seiner Instruktion war. Als entschiedener Befürworter der Annahme zeigte sich selbstverständlich Jena, und er stimmte dafür, „daß man die von der Cron Franckreich (sic) den umständen nach leidentliche conditiones, wofern in güthe keine besseren zu erlangen, ohne weiteren Verzug, Zweifel oder Schwierigkeit annehme, neuen Krieg und das daran hangende größte übel verhüte, den dem Römischen Reich gestalten sachen nach höchst nöthigen Frieden auf solche weise derseiths ewig feststelle, das liebste Vatterlandt in Sicherheit mehr wehende ruhe auch würden, wesen oder consistens erhalte und dessen respiration aufnehmen, glück und incrementa ahn nahrung, reichthumb, vermehrung der Einwohner . . . dadurch sichere und befördere und würden solchem nach die Herren Reichsdeputirte zu Frankfort ahm Mayn also ohnverlängt zu instruiren sein.“

350) Ebd., S. 486 — 489

351) Ebd., S. 484, Anm. 2

352) Reichstagsakt. a. a. O., Protokoll 8. 6. 1682 f. 494 ff.

353) Es ist fraglich, wie sich die bayerische Haltung in Frankfurt und Regensburg auf einen gemeinsamen Nenner bringen läßt. Während die Franzosen in Frankfurt den bayerischen Gesandten Mayence zusammen mit Mainz zu den „bien intentionnés“ zählten, folgt das obige Votum eindeutig der politischen Linie Österreichs. Eine Erklärung dafür kann vielleicht darin gesehen werden, daß in einer Zeit, in der eine Stafette von Frankfurt nach Regensburg zwei Tage lang unterwegs war, sich eine persönliche Entscheidung des einzelnen Diplomaten größerer Spielraum bot. Dadurch wäre es möglich, daß an verschiedenen Orten die Politik desselben Staats ein verschiedenes Gesicht zeigt. Diese Vermutung wird bekräftigt durch eine Äußerung Verjus: „Le député de Mayence et luy (Jena) tournent les affaires comme ils veulent et quelques ordres qu'ils aient de leurs maîtres, ce sera toujours leur inclination, qui réglera essentiellement leur conduite.“ AE, Allemagne 2944 Ber. 29. 1. 1682. Vergl. auch Zeller a. a. O. S. 11

Auch die Kurpfalz berief sich auf ihre exponierte Lage und schloß sich Trier, Köln und Brandenburg an. Zum Schluß gab Mainz seine Stimme ab. (354) Der Zustand des Reiches lasse einen Krieg nicht geraten erscheinen. Man sehe sich daher nicht weniger als die benachbarten Stände gezwungen, die französischen Bedingungen anzunehmen, wenn bessere auf friedlichem Weg nicht erreicht werden könnten. In der gegenwärtigen Krise sei es daher erforderlich, der Reichsdeputation eine neue Instruktion zukommen zu lassen, die sie zu Verhandlungen über das französische Angebot ermächtige.

Wenige Tage später nahm auch Bayern eine gewisse Wendung vor und schloß sich der Mehrheit an. Lediglich die sächsische Zustimmung ließ noch auf sich warten. Man konnte daher in Mainz insgeheim erwägen, in dem abzufassenden Konklusum die Klausel, wenn keine besseren zu erreichen sind, auszulassen. (355) Diese Bedingung verdient in der Tat Beachtung. Wenn sie auch im Prinzip nicht allzuviel änderte, so hatte sich doch kein einziges Votum, nicht einmal das brandenburgische, uneingeschränkt für die Annahme ausgesprochen. Es sollte sich für die französischen Diplomaten als äußerst schwierig erweisen, die einzelnen Kurfürsten zu einer „*déclaration publique pour l'acceptation pure et simple*“ zu gewinnen. Die Zustimmung der übrigen Kollegien ließ sich nicht erwarten, da Österreich nach wie vor die Beratungen verhinderte. Vielmehr richtete auch die kaiserliche Prinzipalkommission an Hörnick das Ersuchen, die Frankfurter Relation von dem Ansagezettel abzusetzen. In einer scharfen Antwort verbat er es sich ein für allemal, daß ihm die Prinzipalkommission „*leges*“ zu geben versuche. Sie täte viel besser daran, die fürstlichen Direktorien an ihre Pflicht zu erinnern. (356) In den ersten Julitagen hielt sich Waldeck vorübergehend in Regensburg auf. Offensichtlich arbeitete er dem kurfürstlichen Kolleg entgegen und bestärkte Österreich in seinem Widerstand. Die kaiserliche Prinzipalkommission scheint sich um die Beilegung des Konflikts bemüht zu haben, ohne den geringsten Erfolg zu erreichen, weil sie bei der österreichischen Gesandtschaft „*wenig respect*“ hatte. (357) Auch ein erneuter Versuch Hörnicks, ohne Teilnahme des Direktoriums Beratungen im Fürstenkolleg in Gang zu bringen, hatte keinen Erfolg. Die fürstlichen Direktorien gingen sogar soweit, die Zurückziehung eines neuen Kommissionsdekrets anzustreben, (358) um so zu vermeiden, daß es von Kurmainz zur Diktatur gebracht würde, denn dann wäre es vielleicht möglich gewesen, eine Zusammenkunft des Fürstenkollegs zu erreichen.

Inzwischen waren im Kurfürstenkolleg die letzten Instruktionen zu den Beratungen vom 8. Juni eingegangen. Daher brachte das Direktorium ein am 10. Juni abgefaß-

354) Vergl. den Text im Anhang S. 19 +

355) Reichstagsakt. a. a. O., Weisung 15. 6. f. 516. Für die bayerische Politik der Jahre 1679 — 1683 vergl. Heigel.

356) MEA, Reichstagsakt. 258, Bd. I, Ber. 22. 6. f. 8

357) Ebd., Ber. 29. 6. 1682 f. 35

358) Das bei Londorp XI, S. 474 u. Pachner von Eggenstorff II, S. 364 veröffentlichte Kommissionsdekret sprach sich für die Beibehaltung der Frankfurter Verhandlungen aus und erklärte, der Kaiser könne einer „*Dismembration*“ des Reichs umso weniger zustimmen, als ein eventueller Friedensschluß nicht mehr Sicherheit gäbe als die vorhergehenden. Zu den Plänen, die Verhandlungen nach Regensburg zu ziehen, sagt die „*Histoire de la Trêve*“ — AE —: „*Comme le dessein du Roy estoit de tirer la négociation de Francfort où les Impériaux estoient les plus forts pour la transférer à Ratisbonne où il espéroit qu'ayant pour luy le Collège Electoral, il viendroit mieux à bout de ses intentions, l'Empereur s'opposa pour cette mesme raison à cette translation.*“

tes Konklusumsprojekt erneut am 8. Juli zur Proposition. (359) Der Beschluß führte zu der uneingeschränkten Bestätigung des Projekts. Dies faßt die Beratungen vom 8. Juni in folgenden Wortlaut zusammen: (360) „Soviel das Hauptwerck und ipsa materialia betrifft, da erinnert man sich zwar annoch guther massen, welcher gestalt berührte Herren Reichsdeputirte zu Beybehaltung eines versicherten friedens von Reichs wegen instruiert worden, möchte auch wohl wünschen, daß es im Reich jetztmahls also beschaffen wäre, damit diesseitige intension vollkomblich erreicht werden könnte, nachdem aber gegenwärtige coniuncturen und läufften dem Vatterlandt lauter höchst schädliche Extremiteten vor Augen stellen, und die nunmehrliche zerrüttung im Reich selber rathen will, sich nit abermahls in einen verderb- und gefährlichen Krieg zu verwickeln, als hatt man solchen und mehreren andern erwogenen umständen nach Churfürstlichen theils dafür gehalten und geschlossen, daß die besorgende ruptur auff alle weis zu verhüthen, die von der Cron Franckreich offerirten conditiones, wofern keine besseren in güthe zu erhalten, endlichen ehender anzunehmen, als des Vatterlandts wohlfahrt und übriges Vermögen dem zweifelhaften Ausgang eines neuen Kriegs vollendt zu übergeben und oft erwehte Herren Reichs Deputirte nechstens zu instruiren seyen, daß sie sich auff besagte frantzösischen theils proponirte Conditiones einzulassen und die bevestigung des Friedens förder sambst zu bewirken hetten.“

Damit hatte die Haltung des kurfürstlichen Kollegs, die bereits seit einem Monat feststand, einen Ausdruck gefunden, der auch in der Öffentlichkeit wirksam werden konnte. Das Hauptverdienst an seinem Zusammenkommen konnte unzweifelhaft Brandenburg beanspruchen. Mainz hatte sich mit Absicht, wie bereits gezeigt worden ist, im Hintergrund gehalten, obwohl bereits 1682 die Meinung von Anselm Franz nicht wesentlich von dem Inhalt des Konklusums abwich, hatte er sich doch bereits im Oktober für die Zusammenarbeit mit Frankreich auf der Grundlage eben dieser Forderungen entschieden. Er machte darum in seiner Politik nicht weniger den Vorbehalt, den auch der Kollegialbeschluß noch aufrecht erhielt. Für Frankreich hatte es sich als sehr vorteilhaft erwiesen, daß Anselm Franz das Reichsdirektorium mit der ganzen Vielfalt seiner Befugnisse in den Dienst einer Politik stellte, die ihm die Rücksicht auf die eigenen territorialstaatlichen Interessen geboten erscheinen ließ.

Das kurfürstliche Konklusum legte für die beiden folgenden Jahre die mächtigsten deutschen Stände auf einen Kurs fest, der sie zu den wertvollsten Bundesgenossen Ludwigs XIV. im Reich machte. Es reichte jedoch nicht aus, um den Kaiser zum Einlenken zu bringen. Es sollte umwälzender Ereignisse bedürfen, bis man auch in Wien vor dem Zwang ungünstigster Umstände die Waffen streckte und die dem Reich entrissenen Gebiete zumindest befristet in der Hand des Eroberers lassen mußte. (361)

359) Reichstagsakt. a. a. O. Protokoll 8. 7. f. 50 ff.

360) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 257 f. 265

361) Auch die offizielle französische Darstellung erkennt die Zwangslage der rheinischen Kurfürsten mit folgenden Worten an: „Les Electeurs de Mayence, de Trèves, de Cologne, de Brandebourg et Palatin (sic), dont les Etats sont situez prez du Rhin, ayans lieu de craindre que si la guerre se renouvelloit ils n'essuyassent les premiers tous les maux de la guerre et ne fussent mesme peut - estre séparés du corps de l'Empire pour passer sous la domination de la France appuyèrent ce mémoire.“ — AE, Trève, S. 48 —.

Dem französischen Ziel: „arrêter les Affaires à Francfort et les faire marcher à Ratisbone“ stellte sich nach wie vor der Widerstand Österreichs entgegen. Von dem Beschluß des ersten Kollegiums nicht beeindruckt, verweigerten die Direktorien auch weiterhin den Besuch der Beratungen. (362) Die kurfürstlichen Gesandten arbeiteten ein Schreiben darüber an die Deputierten aus, in dem sie gleichzeitig gegen das Prinzip der Mehrheitsbeschlüsse Einspruch erhoben. (363) Indessen bahnte sich eine Entwicklung an, die zu einer taktischen Niederlage Frankreichs und seiner Verbündeten führen sollte. Anselm Franz hatte über die Sprachdifferenzen an den Kaiser und den Reichstag eine Anfrage gerichtet. Unterm 14. Juli bereits hatte der Kaiser geantwortet und, wie nicht anders zu erwarten, die Vorschläge der österreichischen Deputierten gebilligt. (364) Die Antwort des Reichs allerdings stand noch aus. Am 8. Juli schon hatte der Kaiser an Kurmainz geschrieben und dem Kurfürsten die Beschwerden verschiedener Stände gegen das Reichsdirektorium übermittelt. (365) Als Mißstände empfanden die Deputierten vor allem, daß die Mainzer Gesandten vor der Abfassung eines Konklusums alles „ad referendum“ an ihren Herrn gehen ließen. Insbesondere richteten sie die Angriffe dann gegen die Praxis, die das Direktorium bei der Behandlung des letzten Deputationskonklusums angewandt hatte. Am 21. hatte sich die Lage bereits soweit zugespitzt, daß Mainz um seine Direktorialrechte fürchten mußte. Am 25. äußerte de Groote, man solle Truppen nach Mainz schicken, um das Direktorium zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zu zwingen. (366) Am 3. August erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Schönborn berichtet darüber: „Als es aber im Aufruf an den Braunschweig-Calenbergischen Gesandten kommen, und derselbe . . . angebracht, daß das Konklusum vor allen Dingen publicirt (werden) möge, ist er endlich damit losgebrochen, daß sofern man dieserseits länger damit retardire, er die Chur Sächsische Gesandtschaft als dermahl nechst folgenden standt repurire und ersuche, die publicirung des ged. conclusums zu thun.“ (367)

Das Direktorium reagierte mit der ganzen Schärfe, die ein Angriff auf diese für Kurmainz geradezu lebenswichtigen Funktionen erwarten läßt. Schönborn protestierte heftig und verließ, gefolgt von Bayern, Pfalz-Lautern und auch Kursachsen, mit der ganzen Mainzer Deputation die Sitzung. Wie stark der Mainzer Hof von diesem Angriff getroffen wurde, spiegeln deutlich die Berichte Fouchers wider. Am 3. August schrieb er: „De mon côté, Sire, j'ai passé quelques mauvaises heures dans l'appréhension que j'ai eue, qu'après avoir conduit Mr. l'Electeur aussy loing qu'il estoit possible de le faire aller, je ne visse enfin ce prince dans la nécessité de faire des pas en arrière, dont auroient pu prendre de grans avantages nos parties adverses.“ (368)

Nicht allein de Groote hatte sich zu diesen Drohungen hinreißen lassen, auch Österreich, Bamberg und Sachsen-Weimar führten die gleiche Sprache. (369) In der ersten Bestürzung sah man in Mainz in diesen Drohungen einen Versuch, den Kurfürsten

362) AE, Mayence XXI, Ber. 16. 7. 1682

363) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. II, f. 188

364) Ebd., f. 109 und AE, a. a. O., Ber. 21. 7. 1682.

365) Vergl. Londorp XI, S. 357

366) AE, Allemagne 293, Ber. 21. 7. und Mayence XXI, Ber. 21. 7.

367) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. III a, Ber. 3. 8. f. 24 u. 30

368) AE, a. a. O., Ber. 3. 8. 1682

369) Ebd. u. Reichstagsakt. a. a. O., f. 21 ff.

seiner Würde als Reichsdirektor zu entsetzen, und erwog für diesen Fall, den französischen König um Hilfe zu bitten:

„ . . . il auroit recours à l'appuy de Vostre Majesté, si l'on prétendoit de le dégrader de sa dignité de Directeur de l'Empire.“ (370)

Auch die Weisungen an die Frankfurter Gesandtschaft zeigen die ernste Besorgnis des Kurfürsten. Vor allem die katholischen Stände müßten sich einem solchen „Condirectorium“ widersetzen, denn es führe zur völligen Unterdrückung der Religionsparität, „und infolglich zur ungezweiften introduzirung dergleichen paritet und alternatio im Kayserthumb selbst . . .“ (371) Scheffer erstattete der kaiserlichen Kommission am gleichen Tag Bericht über die Vorgänge. Stratmann erklärte ihm jedoch kühl, es sei bedauerlich, daß es zu solchen Zwischenfällen gekommen sei. Er habe bereits vorher davon gewußt und daher dem Direktorium geraten, die Publikation des Konklusums nicht zu verzögern. Das sei ohnehin anzuraten, denn die Groottes Instruktionen gingen noch wesentlich weiter, als es das bisher Geschehene vermuten lasse. (372) Es ist nicht überraschend, daß sich die kaiserliche Gesandtschaft in dieser Weise äußerte, hatte sie doch nun ein Mittel in der Hand, um den Mainzer Hof unter Druck zu setzen. Die Angriffe, denen das Reichsdirektorium ausgesetzt war, zeigten mit großer Eindringlichkeit, wie berechtigt es war, wenn Anselm Franz sich nicht nur gegen die Gefahren aus dem Westen abzuschirmen suchte, sondern sich auch darum bemühte, dem Reich gegenüber seinen „Glimpf“ zu wahren und nicht als „primus author et motor“ der frankreichfreundlichen Politik zu gelten. Gleichsam zwischen Szylla und Charybdis mußte er den Engpaß überwinden, der zwischen den von Frankreich und vom Reich her drohenden Gefahren lag. Daher beeilte sich Anselm Franz, sich all derer zu versichern, die das Direktorium unterstützen. Vor allem Schott sollte die Frankfurter Gesandtschaft für sein Verhalten danken. (373) Damit wollte man wohl kaum einen verdienten Verbündeten auszeichnen. Vielmehr ging es darum, einen recht unsicheren Bundesgenossen bei der Stange zu halten. Die kursächsische Politik während der Frankfurter Konferenzen und am Reichstag hatte sich weit von der Linie entfernt, der sie vor dem Regierungsantritt Johann Georgs III. gefolgt war. (374) Auch die Versuche Brandenburgs, ihn auf die Seite der „Gutgesinnten“ herüberzuziehen, blieben erfolglos. (375) In Frankfurt hatte Schott zwar sofort nach den Zwischenfällen erklärt, er habe von dem geplanten Angriff der Groottes nichts gewußt und habe keinerlei Instruktionen, ein eventuelles Kondirektorium zu übernehmen. Aber es mochte dem Mainzer Hof doch ratsam erscheinen, ihn auf diesem Weg zu bestärken, bevor man sich in Dresden eines anderen besann. (376)

370) AE, a. a. O.

371) Reichstagsakt. a. a. O., Weisung 3. 8., f. 31

372) Ebd., Ber. Scheffer 3. 8. 1682 f. 36

373) Ebd., Weisung 4. 8. f. 38

374) Zu der Lage beim Tod Georgs II. im September 1680 vergl. Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe, S. 480 — 484.

375) Pages, S. 482

376) Über die Rolle Kursachsens gibt ein Auszug aus der Korrespondenz der französischen Gesandtschaft Aufschluß: „Mais comme le principal obstacle, que nous trouvons icy, vient de la part de Mr. Schott et des ordres, qu'il reçoit de la Cour de Saxe, le plus court et le meilleur moyen pour rectifier icy toutes choses seroit de gagner le conseil de l'Electeur de Saxe, s'il est encore temps.“

AE, Allemagne 293, Ber. 16. 5.

Aufs höchste verärgert beschloß Anselm Franz, nicht wieder zu Rat ansagen zu lassen, „bis wir künfigsamb versichert, daß man Uns mit dergleichen ungebühr und verschimmung künfigt verschonene . . . werde.“ (377)

Foucher tat sein möglichstes, um Kurmainz neue Festigkeit zu geben und erwog, in Frankfurt das kurfürstliche Konklusum vom 8. Juli publizieren zu lassen, um so die Haltung der Deputation zu beeinflussen. (378) Indessen war Anselm Franz schon vor dem 3. August entschlossen, die Angelegenheit des Konklusums sobald wie möglich, gleich auf welche Art, zu bereinigen. (379) Er sah sich dazu umso mehr gezwungen, als man in Berlin zum Nachgeben bereit war. Die Weisung vom 19. 7. für Rouck, den brandenburgischen Beobachter in Frankfurt, hatte den Fortgang der Konferenzen als höchst wichtig für die eigenen Interessen bezeichnet. Er solle daher nach Mitteln sehen, wie ohne Prestigeverlust die Streitigkeiten beigelegt werden könnten. Befehlsgemäß hatte Rouck dem Mainzer Hof den Inhalt seiner neuen Instruktion mitgeteilt. Man mußte also in Mainz den Abfall eines mächtigen Bundesgenossen befürchten und griff daher zu den nötigen Vorsichtsmaßnahmen.

Es ist nicht recht ersichtlich, aus welchem Grund die Fortdauer der Konferenzen für Brandenburg von Interesse war. Frankreich wünschte bereits zu diesem Zeitpunkt die Auflösung des Kongresses. (380) Die kaiserliche Partei versprach sich von seinen weiteren Zusammenbleiben beträchtliche Vorteile. Ist die Vermutung berechtigt, Brandenburg habe in dieser Frage dem Kaiser Beistand geleistet? Pagès berichtet, (381) der kaiserliche Diplomat Lamberg sei im Juli erneut in Berlin gewesen, um Friedrich Wilhelm doch noch zu gewinnen. Er habe dabei am Hof eine nicht ungünstige Atmosphäre angetroffen. Sogar ein spanisches Subsidienangebot habe in den Verhandlungen eine gewisse Rolle gespielt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen den beiden Fakten ein ursächlicher Zusammenhang besteht, ebenso wenig aber kann es als bewiesen gelten. Die Weisung vom 29. Juli befahl daher Hörnick, bald einen Entscheid des Reichstages herbeizuführen. Er möge lauten, wie er wolle, „damit wir außer tort und unglimpf sein mögen“. (382) Daß das ganze Kurfürstenkolleg wenig geneigt war, sich in dieser Angelegenheit zu exponieren, zeigt die Tatsache, daß außer Brandenburg niemand eine Beschlußfassung gegen das Prinzip des „per maiora“ herbeizuführen wünschte. (383) Am 5. August bereits hatte das kurfürstliche Kolleg die Mainzer Anfrage folgendermaßen beantwortet: (384) „... wie daß dero löbliche Sorgfalt und beständige Inclination zu erhaltung des friedens danknehmig daraus entnommen habe und soviel die proponierte puncten belange, der meynung seye, daß ratione idiomatis in tractando kein zulenglicheres mittel, denn ...“ Es folgte der Vorschlag, die Reichsdeputation solle ihre Schriftstücke deutsch mit lateinischer Übersetzung einreichen. Die Franzosen müßten entsprechend verfahren. Das Konklusum billigte somit zwar das Vorgehen des Mainzer Kurfürsten. Von einem Beschluß gegen das Mehrheitsprinzip war dagegen keine Rede.

377) Reichstagsakt. a. a. O.

378) AE, Mayence XXI, Ber. 27. 8. 1682

379) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. II, Weisung 29. 7. f. 157

380) AE, Allemagne 293, Ber. 25. 7. 1682. Die Gesandten empfehlen hier, der König möge sie abberufen um so die Verhandlungen nach Regensburg zu bringen.

381) S. 490

382) Vergl. Anm. 379

383) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 30. 7. f. 164

384) Ebd. Konklusum 5. 8. f. 197. Der Text findet sich auch bei Londorp XI, S. 478

Im übrigen solle das Frankfurter Konkulum veröffentlicht und die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Am folgenden Tag konnte Hörnick berichten, die Ansage für die übrigen Kollegien sei geändert. Das fürstliche Kolleg werde am 7. die Beratungen über die Antwort an den Mainzer Kurfürsten eröffnen. (385) Damit war die Niederlage des Direktoriums im Streit um Ansage und Proposition der Frankfurter Relation besiegelt. Österreich hatte sein Ziel erreicht. Ein Reichsgutachten über die Friedensfrage war nicht zu erwarten, denn die Verhandlungen in Frankfurt sollten ja nun weitergehen.

Noch einmal glaubte Anselm Franz, die Niederlage abwenden oder wenigstens hinauszögern zu können. Am 11. ließ er durch einen Sonderkurier Hörnick den Befehl übermitteln, einen ordnungsgemäßen Reichsschluß zu verhindern. So würden nämlich die Mehrheitsbeschlüsse von Frankfurt de facto gebilligt und die Regensburger Beratungen dürften daher zumindest „nicht pressirt“ werden. (386) Allein die weitere Entwicklung zwang ihn, bereits am 16. die Anweisung zu widerrufen und auf einen schnellen Beschluß zu dringen. (387) Wiederum scheint es, daß Anselm Franz von Brandenburg zur Nachgiebigkeit gedrängt wurde. (388) Auch der bayerische Gesandte gab Schönborn und Scheffer zu verstehen, er habe ähnlich lautende Anweisungen erhalten. (389) Das gesamte Kurfürstenkolleg hatte in dem Projekt vom 5. August die Publikation des Konkulum gewünscht. Es ging daher für das Direktorium lediglich darum, das Gesicht zu wahren. Somit war es die Aufgabe Hörnicks, „unvermerckt des Verjus“ umgehend einen Beschluß herbeizuführen, wenn Kurmainz nicht isoliert werden sollte: „... dan indeme wir sehen, daß das Churfürstliche Collegium selbst nit einig und gegen die fürstlichen sehr kleinmütig und unbeherzt ist, auch Chur Bayern und Chur Brandenburg auff die publication des Conclusi tringen und also die Franckforter maiora ipso facto admittiren. So würde der unglimpf allein auff Uns fallen, wan wir mit publication ernelten Conclusi lenger zurückhalten wolten.“ (390) Am 21. August wurde die Antwort des Reichs durch eine Stafette nach Mainz gebracht. Auch dieses Schreiben erkannte an, daß Anselm Franz „aus wohlmeynender Sorgfalt (391) und zu befürderung des allgemeinen frieden werckes“ gehandelt habe. Sie bestimmte ferner, daß die bereits in dem kurfürstlichen Projekt vorgeschlagene Lösung für die Sprachstreitigkeiten in Anwendung gebracht werden sollte. Das Frankfurter Konkulum sei zu veröffentlichen, und es möge „folgendts in der haubtsach würcklich progredirt und verfahren werden.“

Nicht nur für Kurmainz, sondern auch und vor allem für Frankreich war es so zu einer schweren Niederlage in der Verhandlungstaktik gekommen. (392) Trotzdem

385) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. II, Ber. 6. 8. f. 193

386) Ebd., Weisung 11. 8. f. 195

387) Ebd., Weisung 16. 8. f. 206

388) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. IIIa, Weisung 14. 8. f. 62

389) Ebd., Fasz. 258, Bd. II, f. 205 ff.

390) Ebd., f. 252 ff.

391) Die Fassung des Kurfürstenkollegs hatte „löbliche Sorgfalt“ vorgeschlagen. Die Änderung erfolgte auf Betreiben der Fürstlichen. — Bbd. f. 245. Erleichtert kommentierte Anselm Franz: „Aß folgt notwendig darauf, daß wir mit zurückhaltung solcher publication biß geds. Idioma verglichen, und wir vom Reich beantwortet geweßen, gar nicht unrecht sondern wohl gethan und mithin allen calumnianten das Maul gestopft ist und ferner auf allen fall gestopft werden kann.“

392) Auch Verjus zeigte sich durch diesen Ausgang betroffen, und er schrieb ihn vornehmlich der Angst des Mainzer Kurfürsten um das Reichsdirektorium zu. — Allemagne 295, Ber. 20. 8. 1682.

zeigte sich Foucher sehr gemäßigt, denn es hatte sich nämlich inzwischen in der politischen Konstellation eine Veränderung vollzogen, die es nicht ratsam erscheinen ließ, einen nützlichen Verbündeten vor den Kopf zu stoßen. (393) Zudem hatte es sich zur Genüge erwiesen, daß weder in Regensburg noch in Frankfurt auf einen baldigen Abschluß zu hoffen war. Man erwog bereits damals in Versailles, durch ein Ultimatum eine Entscheidung zu erzwingen. (394) Man zog es auch in dieser höchst ungünstigen Situation vor, das Ergebnis einer solchen Maßnahme zu erwarten, ehe man auf die erwähnten Bündnisprojekte zurückgreifen würde. (395) Die Mainzer Befürchtungen, daß Hannover eventuell das Eichsfeld besetzen könne, suchte man mit der Versicherung zu zerstreuen, die französischen Truppen würden nur solange in ihren Quartieren bleiben, wie nichts gegen den Frieden unternommen würde. Dagegen bekämen sie den Befehl zum Vorrücken, sobald die Interessen Frankreichs oder seiner Verbündeten gefährdet würden. (396) Es bleibt allerdings fraglich, ob der Mainzer Hof dies als sehr beruhigend empfand. Auch sonst ließ es die französische Diplomatie nicht an Versuchen fehlen, den Kurfürsten auf den „guten Weg“ zurückzuführen. Ein dänischer Gesandter sprach entschieden für den Frieden, als er den Hof besuchte. (397) Bei Rosenberg wurde er vorstellig, um für das Direktorium Genugtuung zu erhalten. (398) Der kaiserliche Diplomat versicherte ihm darauf, daß de Groot nichts mehr unternehmen, und daß das Direktorium nicht mehr angegriffen werde. Auch der Mainzer Gesandtschaft gab er gleichlautende Zusagen, betonte aber gleichzeitig, das Konklusum müsse nun endlich veröffentlicht werden. Auf den Einwand, man habe noch keine Instruktionen, bedeutete er den Mainzern, es sei Eile in ihrem eigenen Interesse geboten, denn er sei „von Ihrer Kayserlichen Mayestät sehr nachdencklich befehlet.“ Dazu vermutete Schönborn: „Welches ich anderst nicht zu seyn iudizire, alß wie ich schon etwas lufft davon erhalten, daß sie, Kayserliche, das Conclusum selbst zu publiciren instruiert seyen.“ (399) Die Vorstellungen Fouchers, die auch durch den kurkölnischen Gesandten Dücker sofort unterstützt worden waren, (400) hatten es in der Tat dahin gebracht, daß man in Mainz zu retten versuchte, was noch zu retten war, um der Gegenseite die Ausnutzung ihres Sieges zu vereiteln. Zunächst nahm das Direktorium die Ratsansage nicht wieder auf mit der Begründung, es müsse ihm zuerst für die Angriffe de Grootes Genugtuung geleistet werden. (401) Man glaubte zudem zu wissen, die Konferenzen stünden ohnehin kurz vor dem Abbruch. Steinkallenfels hatte Schönborn versichert, er wisse aus sicherer Quelle: „Der Kayser werde lenger nit also zusehen. Die ruptur mit Franckreich seye infaillibel.“ (402) Die Lage hatte sich im Südosten mehr und mehr verschlechtert. Am 11. August war in Wien trotzdem offiziell der Vorschlag gemacht worden, der Kaiser solle nichtsdestoweniger mit den Türken den Waffenstillstand

393) AE, Mayence XXI, Ber. 24. 8. 1682. Am 10. Juni war das Laxenburger Bündnis abgeschlossen worden, auf das die Darstellung in der Folge noch einmal zurückkommen wird.

394) AE, Allemagne 293, Weisung 21. 8.

395) Ebd., Weisung 28. 8.

396) Ebd., Weisung 4. 9.

397) AE, Mayence XXI, Ber. 3. 9. u. Allemagne 293, Ber. 29. 8.

398) MEA, Reichtagsakt. Fasz. 288, Bd. IIIa, Ber. 2. 9. f. 127

399) Ebd.

400) Ebd., Ber. 24. 8. f. 119

401) AE, Mayence XX, Ber. 3. 9. u. Reichtagsakt. a. a. O. 28. 8. f. 120 u. Reichtagsakt. Fasz. 258, Bd. II, Weisung 29. 9. f. 285

402) Reichtagsakt. Fasz. 282, Bd. IIIa, Ber. 24. 8. f. 114

erneuern und Frankreich den Krieg erklären. (403) Auch der brandenburgische Vertreter in Wien war überzeugt, daß der Kaiser den Frieden mit Ludwig XIV. nicht annehmen werde. (404) Desungeachtet hoffte Foucher, der Kaiser müsse einlenken, und drängte auf weitere Verzögerungen in den Verhandlungen. (405) Es war dank der französischen Vermittlung zu einer Vereinigung zwischen den Türken und Tököly gekommen. (406) Seit Juli hatte dieser die Feindseligkeiten gegen den Kaiser wieder eröffnet. (407) Selbst Stratmann mußte zugeben, daß der Stand der ungarischen Angelegenheiten besorgniserregend sei. (408) Offenbar aber hielt man in Frankfurt immer noch eine Einigung mit den Türken für möglich. (409)

Wenn der Kaiser trotzdem unnachgiebig blieb, so hat dazu wohl auch das bereits erwähnte Laxenburger Bündnis vom 10. Juni in einem gewissen Maß beigetragen. (410) Zu dem Zweck, bis zum Zustandekommen der Reichsbewaffnung die Sicherheit zu gewährleisten, hatte sich der Kaiser mit den von Waldeck in einer Union zusammengeschlossenen Ständen verbunden. Ziel der Allianz war es, den Frieden auf der Basis der westfälischen und nimwegischen Verträge zu erhalten und alle „contraventiones“ abzustellen. Zu diesem Zweck wurde der gesamte Rhein in drei Feldlager aufgeteilt, die sich vom Oberrhein bis zu der holländischen Grenze erstreckten. (411) Dieses Projekt jedoch mußte bei den rheinischen Ständen auf Widerstand stoßen. Am 5. September teilte Jena dem kurfürstlichen Kolleg den Wortlaut des Vertrages mit. (412) Als Kommentar fügte er hinzu: „... das gantze bündniswerck seye nirgends anderst hingerichtet, als die ruptur mit der benachbarten Cron Franckreich auch ohnerwartet einigen Reichsschlusses zu befördern.“ Die Erläuterung des Münsterer Friedens sei vielen „irrungen“ ausgesetzt, aber die Kaiserlichen hätten es aus Nachlässigkeit in Nimwegen versäumt, ihre Klärung zu erreichen. Nun wollten sie neuen Krieg, um ihre Fehler zu beseitigen. Die Aufteilung des Rheingebietes in drei Quartierzonen verstoße zudem gegen die kaiserlichen Wahlkapitulationen, da sie einer Quartieranweisung ohne Reichsschluß gleichkäme. (413) Auch Saint-Romain und Harlay bemühten sich, bei den rheinischen Fürsten diese Befürchtungen auszustreuen. (414) Es sei dahingestellt, ob die Laxenburger Abmachungen Zwangseinquartierungen beabsichtigten. In den westlichen Staaten jedoch glaubte man ernstlich an eine solche Bedrohung und erwog erneut, sich dem Bündnis von Dänemark, Brandenburg und Münster anzuschließen. (415) Wie sehr man in der Tat Einquartierungen fürchtete, geht aus einem Vortrag in der Reichskanzlei hervor. (416) Anlässlich der Beratungen in Regensburg über die Maßnahmen zur Erhaltung der Disziplin bei

403) Klopp, S. 120

404) Pagès, S. 490

405) AE, a. a. O., Ber. 11. 9.

406) Gérin, S. 115 ff.

407) Immich, S. 110

408) AE, Allemagne 293, Ber. 8. 9.

409) Ebd. Ber. 29. 9.

410) Vergl. Dirr und Fester, Die armierten Stände.

411) Der Vertragstext findet sich bei Londörp XI, S. 430 ff.

412) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. II, Protokoll 5. 9. f. 334 ff.

413) Vergl. die Wahlkapitulation Karls V. a. a. O. § 11

414) AE, Allemagne 293, Ber. 5. 3. u. Reichstagsakt. a. a. O., Weisung 25. 8. f. 115

415) Ebd., Ber. 29. 9.

416) Reichskanzlei, Vorträge Fasz. 5c. Vortrag 31. 12. 1681. Ähnlich lautet die Erklärung vom 17. 9. durch Mainz, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. IIIa, f. 227.

dem künftigen Reichsheer betonten die Referenten, daß man sich im Reich „zu verlegung der Kayserlichen oder Reichs Völcker auff die grantzten schwerlich und noch weniger zu deren Einnehmung verstehen werde. Die Stände wollten lieber ihre vermainte Rettung von der Discretion einer fremden Potentz oder, wan es ia nicht anderst sein sollte, lieber von dort alß von ihren Mit -und Nebenständen den völligen Untergang erwarten.“ Es sei in diesem Zusammenhang auch auf die bereits erwähnten religiösen Spannungen verwiesen. Waldeck galt als Exponent der protestantischen Kriegspartei. Wenn sich der Kaiser seiner Allianz angeschlossen hatte, so konnte das nur die Befürchtungen verstärken, die die Mainzer Instruktion für die Frankfurter Gesandtschaft zum Ausdruck gebracht hatte. (417)

Bis dahin hatte Arnold von Hörnick das Direktorium am Reichstag geführt, obwohl wiederholte Gerüchte seine baldige Abberufung vorauszusehen glaubten. (418) Im Jahre 1681 war ihm lediglich für einige Zeit Johann Kaspar Scheffer beigegeben worden, der dann als Sekundarius nach Frankfurt ging. (419) Hörnick hatte seit 1676 die Funktionen des Direktorialgesandten ausgeübt. (420) Er hatte also in einer Zeit sein Amt angetreten, in der der Kaiser den Reichstag relativ fest in der Hand hatte und galt zunächst in Frankreich als ein Parteigänger Österreichs. (421) Nichtsdestoweniger hatte Verjus nur selten Anlaß, sich über ihn zu beklagen. Als er in den letzten Augusttagen 1682 schwer erkrankte, wurde Johann Georg Schallardt mit seiner Vertretung beauftragt. (422) Am 6. September verstarb Hörnick. (423) Zu seinem Nachfolger wurde Scheffer bestimmt. (424)

Er legitimierte sich bei der kaiserlichen Prinzipalkommission am 1. Oktober. (425)

417) Auch de la Neuveforge erkannte, wie stark diese Angst bei den geistlichen Kurfürsten war. Vergl. sein Schreiben vom 8. 5. 1681 bei Piot, S. 63.

418) AE, Mayence XX, Ber. 11. 12. 1680.

419) AE, Allemagne 289, Ber. 5. 6. 1681.

420) Moser, Teutsches Staatsrecht, Bd. 45, X § 71

421) Zur Mainzer Politik bis 1679 vergl. Recueil des Instructions XVIII, S. 47 u. 57.

422) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 358, Bd. II, f. 297. Seine Vollmacht vom 31. 8. befindet sich ebd. Foucher sagt über Schallardt, er sei gebürtiger Lothringer. Sehr gegen den Willen von Anselm Franz hatte er eine der Nichten des Kurfürsten (eine Schwester Franz Adolf Dietrichs?) geheiratet. Um dem Ehepaar ein einigermaßen standesgemäßes Leben zu ermöglichen, hatte Anselm Franz Schallardt eine Offiziersstelle im Regiment Schönborn verschafft. — AE, Mayence XX, Ber. 9. 12. 1680. —

423) Mit Foucher nahm er Kontakt auf, um in französische Dienste zu treten. Er versprach vor allem, bei den Reunionen in Lothringen behilflich zu sein, da er die örtlichen Verhältnisse genau kenne. — AE, a. a. O., Ber. 16. 12. 1680. —

424) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 7. 9. f. 327

425) Anselm Franz hatte daran gedacht, den kurkölnischen Rat Dücker in seine Dienste zu nehmen und ihn zum Direktorialgesandten zu ernennen. Allein Bertram erreichte es, daß sein Schwiegersohn mit diesem Amte betraut wurde. — AE, Allemagne 293, Ber. 12. 9. — Für Frankreich bedeutete dieses einen Gewinn, denn so lange man des Kanzlers versichert war, konnte man auch auf Scheffer zählen, der völlig von ihm abhing. Verjus, der ihn bereits in seiner ersten Amtsperiode schätzen gelernt hatte, schreibt über ihn, er sei nicht nur leichter zu lenken als Hörnick, sondern er habe auch weniger Erfahrung als dieser. Der Geschäftsgang des Direktoriums würde dadurch verlangsamt. Vor allem die Abfassung offizieller Schriftstücke würde länger hinausgezögert. — AE, Allemagne 289, Ber. 5. 6. 1681. — Am 14. 8. — AE, a. a. O. — fügte er hinzu: „C'est un bonhomme facile à gouverner et qui recevra aisément toutes les impressions, qu'on voudra luy donner, pourvu que le Chancelier de Mayence, son beau-père, le laisse dans son naturel.“

426) In der Tat kennzeichnet die Amtszeit Scheffers die Periode engster Zusammenarbeit mit Frankreich. Ähnlich wie die Abberufung Jenas — vergl. Fester, Die Abberufung Gottfrieds von Jena — war es symptomatisch, als seine Ablösung erwogen wurde.

427) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 1. 10. f. 427. Seine Vollmacht vom 28. 9. befindet sich ebd. f. 399.

428) Ebd., f. 408 — 411

Seine vom 25. September datierte Instruktion trug ihm auf, erstes Ziel seiner Tätigkeit sei es, das kurfürstliche Kolleg zu besserer Zusammenarbeit zu bringen. (426) Man hatte sich am Mainzer Hof noch wenig von dem Schrecken erholt, den der kurfürstliche Beschluß über die Anfrage des Kurfürsten und das Prinzip des „per maiora“ verursacht hatte. Zwar war es gelungen, das Kolleg zu einer einstimmigen EntschlieÙung über die Friedensfrage zu bringen, das schloÙ jedoch nicht aus, daÙ es über die dazugehörenden einzelnen Probleme zu merklichen Meinungsverschiedenheiten kommen konnte. Verjus hatte Anselm Franz beschuldigt, seine Stellung habe zu der peinlichen Niederlage in der Angelegenheit des Konkklusums geführt. Scheffers Aufgabe war es daher, ihm zu „remonstriren“, dieser Verdacht sei völlig unberechtigt. Nur die Nachgiebigkeit des Kurfürstenkollegs habe ihn selbst zum Einlenken gezwungen. Im allgemeinen sollte der neue Gesandte „mit abfassung der Chur- und fürstlichen Concluserum sich . . . nit übereilen“. Als besonders unsichere Bundesgenossen galten Bayern und Kursachsen. Scheffer sollte es sich daher anlegen sein lassen, beiden Gesandten vor Augen zu stellen, wie sehr die Kriegspolitik ihren eigenen Interessen zuwiderlaufe. (427) Eine Diskussion der Beschwerden gegen Frankreich würde den König noch mehr „irritiren“. Man müsse daher der Frankfurter Deputation neue Instruktionen zukommen lassen. Wenn die Weisung so eindringlich für die Erhaltung des Friedens sprach, so beweist dies, daÙ trotz des Konkklusums vom 8. Juli die Solidarität des Kurfürstenkollegs keineswegs als gesichert angesehen wurde. Zwar konnte die Friedenspartei unter den gegebenen Umständen auf die Mehrheit zählen. Aber was war ein Kollegialbeschluß wert, dem zwei Mitglieder ihre Zustimmung verweigerten, vor allem dann, wenn sie zu den mächtigsten gehörten? Foucher hatte am 11. Septemebr mit unverhohlener Freude an den König geschrieben, die Verhandlungen seien in Frankfurt noch nicht wieder aufgenommen worden: „On donne à travailler aux Autrichiens pour longtemps.“ (428) Am 17. September jedoch mußte das Direktorium dem Druck weichen und rief die Deputation nach langer Pause wieder zusammen. Ja, man mußte sogar auf die verlangte Genugtuung verzichten. Um das Prestige zu wahren, begründete die Mainzer Gesandtschaft ihr Nachgeben mit der Rücksicht auf das „bonum publicum“ und mit dem Ersuchen der „confidenten“, zu Rat anzusagen. (429) Die Proposition protestierte noch einmal in aller Schärfe gegen die Angriffe auf das Direktorium. Zudem wandte sie sich erneut gegen das Prinzip der Mehrheitsbeschlüsse. Das „arbitrium belli et pacis“ dürfe nicht in den Händen einiger weniger Stände liegen. Vielmehr sei es dringend erforderlich, den Reichstag in die Verhandlungen einzuschalten. (430) So wie es Frankreich schon lange gewünscht hatte, publizierte das Frankfurter Direktorium dann das kurfürstliche Konkklusum vom 8. Juli. Österreich erhob sofort Einspruch und suchte, wie Schönborn schrieb, „ahn Ihro Churfürstliche Gnaden sich abermal zu reiben“. Das Recht, eine Materie zu proponieren, stehe nur der Kaiserlichen Gesandtschaft zu und Mainz sei dazu keineswegs befugt. Die Mainzer antworteten mit Vorwürfen gegen das Laxenburger Bündnis, und die Sitzung wurde ergebnislos abgebrochen.

Daß Frankreich schon seit langem die Hoffnung aufgegeben hatte, in Frankfurt zum

427) Vor allem bei Bayern war diese Besorgnis durchaus gerechtfertigt, denn im Januar 1683 schloß Max Emanuel eine Defensivallianz mit dem Kaiser ab. — Immich, S. 110.

428) AE, Mayence XXI, Ber. 11. 9. 1682

429) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 280, Bd. IIIa, f. 160

430) Ebd., Protokoll 17. 9. f. 202

Ziel zu kommen, hat sich bereits gezeigt. Trotzdem hatte man in Versailles immer noch erwartet, der Stand der ungarischen Angelegenheiten müsse den Kaiser zum Einlenken bringen. Schließlich gewann man die Gewißheit, daß diese Erwartung sich nicht erfüllen würde. Daher gab der König am 18. September den Befehl, der Deputation ein Ultimatum zu stellen: Nach Ablauf des Monats November halte er sich nicht mehr an seine Zusagen gebunden. (431) Demgemäß legten Saint-Romain und Harlay der kaiserlichen Gesandtschaft am 28. ein Memorial vor, das zunächst die Schuld an der bisherigen Ergebnislosigkeit der Konferenz den Kaiserlichen zuschob und anschließend das Ultimatum in folgende Worte faßte: „... quod Sacra Sua Christianissima Majestas adhuc velit stare, conditionibus nuper oblatis, sed tantum usque ad mensis Novembris proxime futuri diem ultimum.“ Es stünde im Belieben des Königs, nach Ablauf dieser Frist seine Rechte in jeder Weise wahrzunehmen, daß heißt zu neuen Reunionen zu schreiten. (432) De Groote versuchte diese Drohung dadurch zu entkräften, daß er behauptete, neue Reunionen würden sich lediglich gegen die rheinischen Fürsten richten, und das geschehen ihnen recht; (433) ein Hinweis darauf, daß die mutigere Haltung der mittel- und norddeutschen Territorien nicht zuletzt durch das Gefühl bestimmt sein gewesen mag, weit vom Schuß zu sein.

Am 4. Oktober ließen die Franzosen ihrem Memorial eine weitere Schrift folgen, die in schärferer Form seinen Inhalt wiederholte und zudem ankündigte, daß die Gesandten unmittelbar nach dem 30. November abreisen würden. (434) Das Direktorium hatte für den 6. eine neue Sitzung anberaumt. Die Proposition brachte die beiden französischen Verlautbarungen zur Kenntnis der Deputation und fügte hinzu, man müsse schleunigst neue Instruktionen einholen. (435)

Immerhin beschloß man einstimmig eine neue Relation an den Reichstag. Kurmainz, Bayern und die Pfalz bestanden auf ihrer Forderung nach neuen Instruktionen. Sie wurde in einem Zusatz aufgenommen. (436)

Im übrigen ließ sich die Deputation keineswegs daran hindern, die innerdeutschen Streitigkeiten auszutragen. Schließlich hatte ja niemand mehr ernsthaft die Absicht, in Frankfurt noch zu einer Einigung über die Friedensfrage zu gelangen. Die kaiserliche Partei ließ sich daher die Gelegenheit nicht entgehen, noch einige kleine Erfolge sozusagen für den internen Gebrauch einzuheimsen. Kurmainz bestritt nach wie vor die Geltung der Mehrheitsbeschlüsse und hatte aus diesem Grund bis dahin die Veröffentlichung des umstrittenen Frankfurter Konkklusums immer noch hinausgezögert. Nach einer neuen Diskussion mit Österreich und seinen Anhängern mußte das Direktorium nachgeben, und Anselm Franz gab am 10. Oktober Anweisung, das Konkklusum zu diktieren. Der Befehl wurde am 13. ausgeführt. (437) Trotz aller Bemühungen hatte Kurmainz es nicht erreicht, die übrigen Mitglieder des Kurfürstenkollegs für den Widerstand gegen das Prinzip „per maiora“ zu gewinnen. So mußte Anselm Franz in dieser Angelegenheit endlich zurückweichen, obwohl sie allem An-

431) AE, Allemagne 293, Weisung 18. 9. 1682.

432) Reichstagsakt. a. a. O., f. 247 ff.

433) AE, a. a. O., Ber. 9. 10.

434) Reichstagsakt. a. a. O., f. 266 ff. u. Londorp XI, S. 357 ff.

435) Ebd., Protokoll 6. 10. f. 277 f.

436) Der Text ist veröffentlicht bei Londorp XI, S. 365.

437) MEA, Reichstagsakt. Fasc. 258, Bd. II, f. 302

schein nach mehr für ihn war als ein willkommenes Mittel, den Gang der Konferenzen zu verlangsamen.

In diese letzte Phase des Kongresses fällt auch die Regelung eines Zeremoniellproblems, das unter diesen Umständen etwas absurd anmutet. Anlässlich der ersten Deputationsrelation war es, wie erwähnt, zu einem neuen Streit um den Exzellenztitel gekommen. Dadurch war der offizielle Verkehr, das „Commercium“ zwischen der Deputation und dem Reichstag, abgebrochen worden. (438) Das hatte den Austausch von Schriftstücken zwischen beiden Gremien zwar nicht verhindert. Allein es ging darum, für die Zukunft keinen Präzedenzfall zu schaffen. So beriet man am Reichstag mit unerschütterlichem Ernst wenige Wochen vor dem Abbruch der Konferenz über die Neuregelung des „puncti commercii“. Nach langen Verhandlungen bestimmte in den ersten Oktobertagen ein zwischen Kurfürstlichen und Fürstlichen ausgehandelter Beschluß, Schriftstücke seien von Gremium zu Gremium durch die beiden Mainzer Direktorien abzusenden.

Sie sollten keinerlei „Curialien“ (Titel etc.) enthalten und in der dritten Person abgefaßt werden. (439) Allein es blieb strittig, ob die Begleitschreiben den Reichsakten einverleibt werden dürften (440). Auch hier ging es um den Exzellenztitel, denn in den Begleitschreiben blieb es den Direktorien unbenommen, die ihnen genehmen Titel zu gebrauchen. So wäre es möglich gewesen, daß die Kurfürstlichen den Titel Exzellenz „per indirectum“ behaupten konnten. (441) So seltsam es berühren mag, wenn um diese Frage kurz vor dem Ende der Konferenzen noch beraten wurde, so kann es gerade deswegen als Beweis für die rechtliche Bedeutung dieses protokollarischen Details angesehen werden. Eine offizielle Anerkennung der Kurfürstlichen als Botschafter hatten die Kaiserlichen und ihre Partei in Frankfurt vermeiden können. Dadurch, daß allein der Sekundarius mit der kaiserlichen Gesandtschaft in Berührung kam, hatte man einen Modus vivendi gefunden, der für beide Seiten nichts präjudizierte. Wollte man vermeiden, daß die kurfürstlichen Bestrebungen in letzter Stunde gleichsam durch die Hintertür zu ihrem Ziel gelangten, mußte man die Regelung treffen, zu der man sich nach langen Kämpfen durchrang.

In Frankfurt kam es am 26. Oktober zu einem weiteren Reichsgutachten. (442) Es bedeutete einen neuen Sieg der Politik des Kaisers. Zwar betonte es, der Bruch mit Frankreich müsse vermieden werden, aber es hielt an dem Grundsatz der Vertragsprüfung fest. Was sich daran anschließt, kann gewissermaßen als Nachhutgefecht bezeichnet werden. Ziel der Kaiserlichen war es, von den Franzosen eine Fristverlängerung zu erhalten. Aber Ludwig XIV. entschied, nur wenn ihnen ernstzunehmende Angebote gemacht würden, sollten die Gesandten ihre Abreise aufschieben. (443) Damit war jedoch nicht zu rechnen.

438) AE, Trêve, S. 59 — 60.

439) Londorp XI, S. 490

440) Reichstagsakt. a. a. O. f. 480

441) Reichskanzlei, Vorträge Fasz. 5c, Referat 26. 10. 1682 f. 306

442) Londorp XI, S. 389

443) AE, Allemagne 293, Weisung 19. 10.

Saint-Romain und Harlay verschafften sich einen dramatischen Abgang, indem sie eine Deklaration veröffentlichten, die scharfe Angriffe gegen den Kaiser richtete. (444) Im übrigen sei Verjus für weitere Verhandlungen instruiert.

Am 26. Oktober bereits hatte das Direktorium im Auftrag der Reichsdeputation eine „Deductio pro luribus Imperii“ zur Diktatur gebracht. Sie faßt noch einmal den bekannten Standpunkt des Reiches zusammen und erklärt die Reunionen für unrechtmäßig. Die Franzosen verweigerten daher ihre Annahme. Am 2. und 3. Dezember verließen Saint-Romain und Harlay Frankfurt. Damit hatte der Kongreß praktisch sein Ende gefunden. Jedoch die Kaiserlichen unternahmen den wenig aussichtsreichen Versuch, die Deputation zusammenzuhalten. Sie hatte sich in den einjährigen Verhandlungen als gefügiges Instrument der Wiener Politik erwiesen und so widersetzten sich Stratmann und Rosenberg der Auflösung mit der Begründung, die Deputation arbeite viel schneller als der Reichstag und sei daher für die Weiterbehandlung der strittigen Fragen geeigneter. (445)

Die „Gutgesinnten“ bestanden auf der Abberufung der Deputierten. Bereits am 30. November hatte Schönborn die Anweisung zur Abreise erhalten. (446) Das Fürstenkolleg indessen stimmte in einem Konklusum am 2. Dezember den Kaiserlichen zu und riet, die Reichsdeputation solle ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens gemäß den Verträgen von Münster und Nimwegen fortsetzen. (447) Allein weiterer Widerstand war für die kaiserliche Partei aussichtslos. Die Deputierten verließen Frankfurt, ohne daß es zu weiteren Entschlüssen gekommen wäre.

Damit hatte ein Kongreß seinen Abschluß gefunden, der sich über ein Jahr lang erfolglos darum bemüht hatte, in den Streitigkeiten zwischen dem Reich und Frankreich eine Lösung zu finden. Was waren seine Ergebnisse?

Wenn es in Frankfurt auch nicht gelungen war, die einander entgegenstehenden Forderungen einem Ausgleich zuzuführen, so hatten die Konferenzen zumindest doch eine Klärung der Standpunkte gebracht. Auf der einen Seite das Verlangen Frankreichs, im Besitz der annektierten Gebiete durch das Reich selbst bestätigt zu werden. Auf der anderen die Auffassung des Kaisers, die Reunionen stünden im Widerspruch mit den vergangenen Friedensverträgen und Ludwig XIV. müsse alles zurückgeben, was er gegen ihre Bestimmungen an sich gerissen habe. Bei der kaiserlichen Politik jedoch muß berücksichtigt werden, daß offizielle Maximalforderungen und geheime, reale Ziele nicht völlig kongruent sind. Es hat sich gezeigt, daß bereits zu Beginn des Jahres 1682 die kaiserliche Diplomatie darauf abzielte, eine endgültige Entscheidung zu vermeiden und sie einer Zeit vorzubehalten, die ihr bessere Bedingungen bieten könnte. Ihr Streben ging zudem dahin, einen Universalfrieden zu erzwingen, der auch Spanien Sicherheit böte. Dies muß festgehalten werden, um bei der Wertung des Regensburger Stillstands Berücksichtigung zu finden, ebenso wie die Tatsache, daß Frankreich eine endgültige Anerkennung verlangte. Am Beginn dieses Abschnittes ist der Versuch unternommen worden, die Frankfurter Ereignisse zwei

444) Londorp XI, S. 394: „Sed nullus jam dubitandi locus superest, quin Caesaris non modo a promovenda pace alieni sint, sed etiam omne studium et diligentiam in id impendant, ut ab illa avertere possint Electores, Principes et Status Imperii, quibus patriae quies et tranquillitas maxime cordi est.“

445) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. III, Weisung 30. 11. f. 146

446) AE, Mayence XXI, Ber. 16. 12. 1682

447) Reichstagsakt. a. a. O. f. 210

getrennten Sphären zuzuordnen. Wenn die Beurteilung des Geschehens diese Unterscheidung beibehält, so zeigt sich, daß das diplomatische Ringen zwischen dem Kaiser und dem französischen König unentschieden blieb. Was dagegen den innerdeutschen Bereich betrifft, so ist es augenfällig, daß das Frankfurter Treffen dem Kaiser eine ganz erhebliche Stärkung seiner Position gebracht hat. Das Fürstenkolleg steht festgeschlossen hinter Österreich. Die Städte folgen ihm. Das Kurfürstenkolleg dagegen ist in sich uneinig, obwohl es in der Friedensfrage mit Mühe eine Koordinierung seiner Mitglieder erreicht hat. Der Kaiser geht mit nicht unerheblichen Vorteilen in die zweite Runde des Kampfes mit Frankreich, und es ist höchst unsicher, was geschehen wäre, wenn der französische König nicht in den Türken einen vielleicht etwas unwillkommenen aber umso nützlicheren Bundesgenossen gefunden hätte.

Verjus sah recht skeptisch in die Zukunft, als die französischen Gesandten Frankfurt verließen, und er brachte diese Ansicht in den folgenden Worten zum Ausdruck: (448) „Je ne scaurois me flatter d'aucune espérance, qu'on puisse jamois venir à traiter avec eux, qu'après les avoir lassés et pour ainsy dire saoulés des fruits de cette guerre, qu'ils témoignent désirer avec tant de passion.“

Was Kurmainz und die „Confidenten“ anbetrifft, so schrieben Saint-Romain und Harlay in einem ihrer letzten Berichte: (449) „Nous devons encore dire à Vostre Majesté, que nous serions icy forcés sur toutes choses dans les délibérations de l'assemblée sans l'union constante du Palatin avec Mayence.“

448) AE, Allemagne 296, Ber. 30. 11. 1682

449) AE, Allemagne 293, Ber. 17. 11. 1682

Der Regensburger Stillstand

I. Die Friedensfrage am Reichstag

Noch im Jahre 1682 fiel in Regensburg eine Entscheidung, die für Frankreich und die Friedenspartei einen merklichen Fortschritt brachte. Seit die Frankfurter Verhandlungen offiziell eröffnet worden waren, hatte die Reichskriegsverfassung keine nennenswerte Förderung erfahren. Die Dekrete der kaiserlichen Kommission blieben wochenlang liegen, ohne daß das Direktorium ihre Diktatur vornahm. Die Weigerung der fürstlichen Direktorien, an den Beratungen und Zusammenkünften teilzunehmen, hatte eine weitere Verzögerung gebracht. Zwar ging es hierbei vornehmlich um die Behandlung des französischen Friedensangebots, aber es kann nicht bezweifelt werden, daß die kaiserliche Partei ihre Gewinne auf diesem Gebiet in einem gewissen Maß durch Zeitverluste bei der Reichskriegsverfassung bezahlen mußte. Nun ging es darum, das Versäumte nachzuholen. Das fürstliche Konklusum vom 2. Dezember über die französischen Deklarationen von Frankfurt verlangte eine Wiederaufnahme des „verfassungs wercks“. (1) Der Mainzer Kurfürst dagegen hatte sich bereits im Oktober entschlossen, die Verhandlungen zumindest zu verzögern oder sogar bis nach dem Abschluß mit Frankreich aufzuschieben. Erneut um die Erhaltung des Friedens fürchtend hatte er Scheffer, dem neuen Direktorialgesandten, befohlen: „ . . . und man daher mit dem puncto securitatis, als welcher die kriegs verfassung nach sich ziehet und einfolglich den König in Frankreich nur mehrs ombragirt und irritirt, mithin das frieden werck schwerer macht, behutsam zu gehen. Wan man den fried einmal stabilirt hat, kan man den punctum securitatis auf desto besseren und sicherern fuß sezen.“ (2)

Indessen mußte er darauf verzichten, unter Ausnutzung der Direktorialbefugnisse die Beratungen darüber völlig zum Erliegen zu bringen. Am 30. nämlich bestimmte er, sie seien nicht länger aufzuhalten, und Scheffer solle daher ein seit dem 19. November vorliegendes Kommissionsdekret diktieren lassen. (3) Dieses Schriftstück hatte mit dem Hinweis auf die vornehmlich von Osten her drohenden Gefahren eine erneute „reflexion auff den punktum securitatis publici“ gefordert; (4) die gleiche Verschleppungstaktik ließ Anselm Franz auch überall da anwenden, wo der Versuch unternommen wurde, zu einem sogenannten Universalfrieden zu kommen. Darunter ist die vom Kaiser und seinen Parteigängern getragene Bestrebung zu verstehen, auch vor allem Spanien in einen eventuellen Abschluß mit Frankreich einzubeziehen. Der burgundische Gesandte de la Neuveforge hatte seit dem Nimweger Frieden bereits mehrere Memorialien eingereicht, die gegen französische Gewalttaten Klage erhoben. Seit geraumer Zeit lag wieder ein solches Schriftstück in der Kanzlei des Direktoriums, ohne daß es zur Veröffentlichung gelangte. Die zitierte Weisung vom 26. Oktober trug Scheffer auf, sich damit recht viel Zeit zu lassen. Es bedurfte langer Bemü-

1) MEA, Reichstagsakt., Fasz. 258, Bd. III, f. 210

2) Ebd., Weisung 26. 10. 1682, f. 18

3) Ebd., Weisung 30. 10., f. 53

4) MEA, Reichstagsakt., Fasz. 258, Bd. II, f. 506

hungen Neuveforges, bis Anselm Franz am 16. November seine Zustimmung zur Diktatur erteilte. Nichtsdestoweniger wurde sie noch bis zum 2. Dezember hinausgezögert. (5) Über den Gedanken des Universalfriedens gibt auch ein in den Haag am 25. November datiertes namenloses Schriftstück Aufschluß. (6) Demzufolge wünschten auch die Generalstaaten eine allgemeine Friedenskonferenz, auf der auch die Frage der spanischen Niederlande behandelt werden sollte. Sie betont, daß vor allem England sich für deren Erhaltung einsetzen werde. Frankreich widersetzte sich stets diesen Wünschen, und Foucher drängte in Mainz offensichtlich nicht erfolglos darauf, daß eine Einmischung anderer Mächte in die Friedensfrage vermieden werde. (7) Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß er gleichzeitig seine Bemühungen verstärkte, Anselm Franz zu einer öffentlichen Erklärung für die unbedingte Annahme der französischen Vorschläge zu bewegen, allein er hatte keinen Erfolg. Man hatte in Mainz die Ereignisse des Juli noch in allzu deutlicher Erinnerung, um sich erneuten Anfeindungen auszusetzen. Die einzige Zusage, die Foucher erreichte, lautete, wenn alle anderen Kurfürsten eine solche Erklärung abgäben, wäre man auch in Mainz dazu bereit. (8)

Am 1. Dezember griff auch Verjus in den Lauf der Ereignisse ein, indem er ein Memorial veröffentlichen ließ, das noch einmal die Vorwürfe der Frankfurter Schlußdeklaration Saint-Romains und Harlays aufgriff. Er kündigte im weiteren an, er sei zu neuen Verhandlungen bevollmächtigt, und riet, die Zeit zu nützen, da sein Herr möglicherweise Entschädigungen für die Unterhaltung seiner Truppen verlangen könnte. (9) Während bei dieser Gelegenheit das Reichsdirektorium eine gänzlich ungewohnte Eile an den Tag legte, hatte der Kaiser bereits vorher erneut Anlaß zur Beschwerde. Er richtete daher am 14. November ein Schreiben an Anselm Franz, in dem er noch einmal gegen das Verhalten des Frankfurter Direktoriums protestierte und vor allem dagegen Einspruch erhob, daß das nach langem Hinhalten diktierter Dekret immer noch außer Proposition und Deliberation gehalten werde „und zwar zu manniglich desto größere Befremdung, dha hingegen die frantzössische dort einreichende Memorialien und schriften ohne einziges bedenken, erholung oder aufenthalt alsbald ad dictaturam gegeben und zur deliberation befördert würden.“ (10)

Unter den Kurfürstlichen erwog man in diesen Wochen, an den Kaiser ein Kollegialschreiben zu richten, er solle Frankreich nachgeben und den Friede nicht gefährden. Am 11. Dezember erteilte Anselm Franz dem Gesandten Scheffer die dazu nötigen Instruktionen. (11) Sie wiederholten die alten Gründe, die in ähnlichen Mainzer Schriftstücken über die Friedensfrage auftreten. Im besonderen fügten sie hinzu, im Gegensatz zum letzten Krieg habe sich die militärische Ausgangsposition erheblich zu Ungunsten des Reiches verändert. Es sei damals nicht nur besser vorbereitet ge-

5) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. III, Weisung 16. 11., f. 107. Das Memorial handelte vornehmlich von der Einschließung Luxemburgs durch Créquy im Frühjahr 1682. Der Text mit mehreren Beilagen findet sich bei Londorp XI, S. 450 ff.

6) Ebd., f. 142

7) AE, Mayence XXI, Ber. 25. 9. 1682

8) Ebd., Ber. 23. 11. u. Reichstagsakt. a. a. O., f. 136

9) Londorp XI, S. 522. Es ist bezeichnend, daß das vom 1. 12. datierte Schreiben bereits am folgenden Tag diktiert wurde, ohne daß Scheffer vorher in Mainz um Erlaubnis gebeten hätte. — Reichstagsakt. a. a. O. f. 215

10) Schreiben Leopolds I. vom 4. 11. — Reichstagsakt. a. a. O., f. 218 f.

11) Reichstagsakt. a. a. O., f. 263 ff.

wesen, sondern man habe auch den Rhein bei Straßburg noch ungehindert passieren können. Auch Nancy sei damals nur schwach befestigt gewesen. (12) Seitdem habe Frankreich seine Befestigungen so verstärkt, daß sie „inexpugnabel“ seien. (13) Außer in Koblenz und Köln gebe es am ganzen Rhein keine ausreichende Brücke. (14) Somit könne man zwischen Hünningen und Koblenz den Rhein nirgends überschreiten und Frankreich bedürfe nur weniger Truppen, um diese Grenze wirkungsvoll zu verteidigen. Die Besetzung und Schleifung von Trier durch die Franzosen mache den Koblenzer Übergang fast unbrauchbar. (15) Die dort übergesetzten Truppen könnten nur von Luxemburg her versorgt werden. In welcher Gefahr aber diese Festung sich selbst befand, hatte das Unternehmen Créquys vom Frühjahr 1682 gezeigt. (16) Bevor es zu wirksamen Operationen deutscher Truppen kommen könne, wären weite Gebiete besetzt und der Reichsarmee die „subsistentz mittel“ genommen. Zumindest der erste Teil der Befürchtung sollte sich 1688 erfüllen. (17) Dem stehe entgegen, daß Frankreich vielleicht nach dem Abschluß gegen die Türken Beistand leisten werde. (18) Schließlich wandte sich die Instruktion gegen die Bestrebungen nach einem Universalfrieden und schlug vor, Spanien solle durch englische Vermittlung gleichzeitig mit Frankreich verhandeln. (19)

Zwar kam es wegen des Widerstandes von Kursachsen und Bayern nicht zu dem geplanten Kollegialschreiben, aber immerhin richteten die übrigen Mitglieder des Kolleges einen Brief ähnlichen Inhalts an den Kaiser. (20)

Unterdessen hatte sich die Entwicklung der Reichsbewaffnung weiter zugespitzt, so daß man im kurfürstlichen Kolleg daran denken konnte, ein Konklusum zu verfassen, das den Mainzer Wünschen entsprach. In der Sitzung vom 9. Dezember stellte Scheffer das kaiserliche Kommissionsdekret vom 19. Oktober und die letzte Relation der Reichsdeputation in Proposition. (21) Wieder waren es Bayern und Brandenburg, die die einander entgegengesetzten Ansichten vornehmlich zum Ausdruck brachten. Bayern wünschte, man solle vor allem über eine schleunige Türkenhilfe beraten und die Reichskriegsverfassung weiterführen. Damit parallel könnten die neuen Verhandlungen mit Frankreich laufen. Diesen Standpunkt teilte auch Kursachsen. Brandenburg dagegen vertrat die Auffassung, Beschlüsse über das Kommissionsdekret und die Friedensverhandlungen könnten gleichzeitig gefaßt werden. Jede Verzögerung

12) Bereits 1673 wurde von Condé ein Gutachten über die Befestigungen von Nancy angefordert. — Livet, S. 366

13) Ludwig XIV. hatte nach der Besetzung Straßburgs den Ring der französischen Befestigungen für geschlossen gehalten und ließ die bekannte Medaille, „Clausula Germanis Gallia“ prägen. — Erdmannsdörffer, I., S. 628 u. Zeller, *L'organisation défensive* —

14) Die Mainzer Schiffsbrücke reichte wohl für den Transport schweren Kriegsmaterials nicht aus. Zudem war sie nicht während des ganzen Jahres benutzbar.

15) Vergl. Welchinger

16) Vergl. Immich, S. 106 u. 110

17) Vergl. Kayser, S. 9 ff.

18) Am 1. 11. 1681 — AE, May. XX — hatte Foucher die Anweisung erhalten, in Mainz die Hoffnung zu erwecken, Frankreich werde dem Reich gegen die Türken Beistand leisten. Zweck dieser Maßnahme war, „exciter l'Electeur de Mayence à s'employer avec chaleur à conclure ce traité.“ Auf keinen Fall jedoch durfte der Gesandte sich auf irgendetwas Schriftliches einlassen, um den französischen Levantehandel nicht zu beeinträchtigen.

19) Vergl. Immich, a. a. O.

20) Abgesandt am 3. 12. — AE, Trêve, S. 82

21) Reichstagsakt. a. a. O., Protokoll 9. 12., f. 280 ff.

der letzteren müsse die Gefahr steigern. Deswegen sollte man unverzüglich Gespräche mit Verjus aufnehmen. „Sobald nun diese Gefahr, wovon man sich auff keine weis divertiren zu lassen, behoben, hette man die große in Ungarn und von den Türken ahndrohende Gefahr und zugleich die Reichs sicherheit und armatur in gehörige Consideration zu ziehen.“ Jena fand kräftige Unterstützung bei Kurmainz. Zu dem Kommissionsdekret erklärte sich Scheffer als nicht instruiert. „Nichtsdestoweniger halte man mit Chur Brandenburg und Chur Pfaltz sub rato dafür, daß gemeltes punctum securitatis publicae sowohl respectu des Erbfeinds christlichen namens als sonst leichter zu tractirn fallen werde, wann man die Friedens bevestigung mit der Cron Franckreich zuvorhero befördert und stabilirt haben würde, wohin man anietzo möglichst zu trachten, auch namens Ihrer Churfürstlichen Gnaden in Mainz versichern könne, daß dieselbe das Ihrige hiezu mit sonderbarem eyffer bestmöglichst beyzutragen, wie bißhero alle Zeit als auch noch gesinnet seyen.“

Zwar wandten Bayern und Kursachsen ein, wenn dieser Plan befolgt würde, könne der Friede endgültig „ins stecken“ geraten. Vielleicht hofften sie, die Reichsbewaffnung könne Frankreich am ehesten zum Frieden bestimmen. Aber die Mehrheit hatte sich entschieden. (22) Am 11. Dezember wurde das Konkulum in den folgenden Wortlaut gefaßt: (23)

„Als man das am 3ten novembris iüngsthin per dictaturam publicam communicirte Kayserliche Commissions-Decret im Churfürstlichen Collegio in behörige berathschlagung gezogen, ist dafür gehalten und geschlossen worden, daß fordrist und in alle wege dahin zu sehen, damit die tractaten mit der Cron Franckreich eiffrigst und ohne aussetzung angetretten, continuirt und der fried vor allem schleunigst — und zwar ie eher ie besser — vestgestellt werde, weillen darinnen die securitet und ruhe des Römischen Reichs vornehmlich besteht, worauf nachgehends das punctum gedachter Securitet umb soviel leichter vorgenommen und tractirt, die Reichsverfassung desto beständiger adjustirt und Ihrer Kayserlichen Mayestät von Reichs wegen mit beserem Nachdruck und am kräfttigsten wider den Erbfeind ahn handgegangen und die schuldigste assistenz geleistet, das Reich mithin in beharrliche Sicherheit gesetzt und darin desto mehr erhalten werden könne, gestalten man auch nit ermanglen wird, bey einlangender fernerer instruction sich über gemeltes punctum securitatis ein mehrers vernehmen zu lassen.“

Mit diesem Mehrheitsbeschluß war eine Entscheidung gefallen, die für die folgende Entwicklung von ganz außerordentlicher Bedeutung war. Sie setzte die Linie fort, die mit dem Konkulum vom 8. Juli begonnen worden war, aber sie war entschieden wirkungsvoller. Nicht nur die Weiterbehandlung der Reichskriegsverfassung, sondern auch jede Hilfeleistung für den Kaiser gegen die Türken wurde von der vorhergehenden Einigung mit Frankreich abhängig gemacht. Brandenburg sollte im folgenden Jahre dem Kaiser jegliche Unterstützung unter Berufung auf diesen Entscheid verweigern. (24) Hatte man bis dahin in Wien hoffen können, die Reichsbewaffnung werde weiter fortschreiten und damit die Situation zu Ungunsten Frankreichs verändern, so sah man sich nun der Tatsache gegenüber, daß ein formeller Reichsschluß dadurch unmöglich gemacht wurde, daß ihm die Mehrheit eines Kollegs ihre Zustimmung verweigern würde.

22) Ebd., Ber. 10. 12., f. 278

23) Ebd., f. 291

24) Pagès, S. 509 — 510

Kurmainz hatte mit seiner Entscheidung die notwendige Konsequenz aus seiner vorhergehenden Politik gezogen. Der Wunsch nach Erhaltung des Friedens, die Furcht vor der Gefahr des „Total Untergangs“ waren allzu stark, als daß es dem Kaiser hätte gelingen können, den Erzkanzler auf seine Seite herüberzuziehen. Die Mission, mit der der Graf von Walderdorff im Dezember 1682 betraut wurde, war daher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Über seine Verhandlungen ließ Anselm Franz ein Protokoll abfassen, das in den Reichstagsakten aufbewahrt wird. (25) Demzufolge trug der kaiserliche Diplomat am 12. Dezember dem Mainzer Kurfürsten vor, die Gefahr in Ungarn wachse ständig. Der Kaiser wünsche daher, sich mit allen Kurfürsten in Regensburg zu treffen, um mit ihnen über die erforderlichen Maßnahmen und auch über die Friedensfrage zu beraten. Leopold I. mochte hoffen, durch sein persönliches Prestige die Kurfürsten zu einer Kursänderung zu veranlassen. Anselm Franz bat sich eine kurze Bedenkzeit aus, während der er bei Foucher sondieren ließ, wie Frankreich sich zu einem solchen Treffen stellen würde. Dieser antwortete mit heftigen Anschuldigungen gegen den Kaiser und drohte: „Dan sein König würde keinen schertz treiben, noch sich viel amüsiren lassen und seine praecautiones bon ou malgré in Zeiten nehmen müssen.“ (26) Der Kurfürst folgerte daraus, man müsse bis zum 1. Februar endlich die französischen Bedingungen annehmen, oder aber Frankreich würde „nicht stillsitzen, sondern an handen habende macht mit allem nachtruck operiren lassen.“ Die Mahnung, die Verhandlungen mit Verjus zu beschleunigen, war nicht unberechtigt. Seine Vollmacht war nur befristet und würde am 1. Februar ablaufen. (27) Im Fürstenkolleg dagegen ließ man sich immer noch Zeit mit der Entscheidung, ob man mit Verjus die Gespräche aufnehmen sollte. Zwar konnte Scheffer am 24. Dezember berichten, die Mehrheit des Fürstenkollegs befürworte sie, und auch der Kaiser wünsche einen baldigen Reichsschluß über diese „quaestio an“, allein er ließ sich für das laufende Jahr nicht mehr erwarten. Am zweiten Tag des neuen Jahres bereits tat das Kurfürstenkolleg einen weiteren Schritt zu neuen Konferenzen mit Verjus.

In der Proposition standen ein Kommissionsdekret, das dem Direktorium am 28. Dezember zugestellt worden war (29) und die Friedensfrage im allgemeinen. Das Kommissionsdekret bedeutete einen propagandistischen Gegenschlag gegen die Memorialien Verjus der vergangenen Woche. In großangelegter Form brachte es eine Rechtfertigung der kaiserlichen Politik und betonte erneut, ohne Diskussion könne es keinen dauerhaften Frieden geben. Zwar erkannte es die Notwendigkeit weiterer Verhandlungen an, beharrte aber gleichzeitig auf der Forderung, die Reichsbewaffnung erneut vorzunehmen. Ohne darauf einzugehen beschloß das Kurfürstenkolleg einstimmig die Fortsetzung der Verhandlungen und legte zu der technischen Frage fest, daß der gesamte Meinungsaustausch schriftlich erfolgen sollte. (30) Neben dieser formellen Entscheidung aber tat man ein übriges, um dem Frieden näherzukommen oder um nötigenfalls Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Friedrich Wilhelm von Bran-

25) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 258, Bd. III, Protokoll 12. 12. 1682, f. 367

26) Ebd. u. AE, Mayence XXI, Ber. 14. 12. 1682

27) Text der Vollmacht bei Londorp XI, S. 518

28) Reichstagsakt. a. a. O., f. 372

29) Ebd., f. 382 — dikt. 29. 12. 1682

30) Ebd. Protokoll — Kurf.-koll. 2. Januar 1683, f. 25 ff. Das Konklusum wurde am 9. 1. ausgestellt.
f. 90

denburg regte bei Anselm Franz die Wiederaufnahme der Frankfurter Bündnisverhandlungen an. (31) Maximilian Heinrich von Köln unterrichtete ihn davon, daß er ein Schreiben über die Friedensfrage an den Kaiser gerichtet habe, und bat ihn, ein gleiches zu tun. (32)

Verhältnismäßig schnell kam es dann zu einem Reichsgutachten über die weiteren Verhandlungen. Am 12. Januar sprachen sich auch die Fürsten für ihre Wiederaufnahme aus. (33) Am 13. gelangte der Entscheid des Reiches zur Diktatur. (34) Allerdings war er nicht mehr als ein Beschluß zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Er besagte nichts über das eigentliche Problem, und es ließ sich ohne weiteres voraussehen, daß vor dem Ende des Monats keine Lösung mehr herbeigeführt werden könnte. Dann aber würde die Vollmacht des französischen Gesandten ablaufen. Was dann kommen könnte, war unbestimmt. Zwar erhoffte man eine Fristverlängerung, aber es ist bezeichnend, daß der Mainzer Kurfürst in diesen Tagen an seinen Gesandten schrieb, er solle zumindest sein möglichstes tun, um einen Reichskrieg zu vermeiden. Die Friedenspartei solle sich in diesem Fall zu einer Neutralitätserklärung zusammenschließen.

Auch Verjus scheint nicht damit gerechnet zu haben, so rasch zum Ziel zu kommen. Er bemühte sich daher, endgültig die Einigkeit des Reichs zu verhindern. Die Fürstlichen legten der Überreichung des Reichsgutachtens vom 13. Januar immer neue Schwierigkeiten in den Weg, um die Wiederaufnahme der Reichsbewaffnung gegen den Willen der Kurfürsten zu erzwingen. (35) Aus diesem Grunde suchte der Franzose sich das Kurfürstenkolleg dadurch zu sichern, daß er anregte, das Mainzer Direktorium solle im Namen des Kollegs das jüngste Konkulum extradieren. Die Gesandten zögerten zunächst, „umb sich vom Reich nit zu separiren“. Dann jedoch erklärten sie sich am 18. damit einverstanden. (36) Am 21. richtete er an Foucher ein Schreiben, in dem er ihn bat, den Mainzer Hof dazu zu bestimmen. (37) Er gab sich darin zumindest den Anschein, einen neuen Krieg zu befürchten. Da dieses Schriftstück zur Veröffentlichung innerhalb des Kurfürstenkollegs bestimmt war, ist vielleicht bei seiner Wertung eine gewisse Skepsis angebracht. Es braucht nicht unbedingt die Gedanken des Gesandten widerzugeben, obwohl seine früheren Äußerungen dem König gegenüber damit im Einklang stehen.

Wohin diese Unternehmen letztlich abzielten, deutet ein Schreiben des Kaisers an diejenigen Kurfürsten an, die ihn um die Erhaltung des Friedens ersucht hatten. Es heißt darin, dem Kaiser seien Gerüchte zu Ohren gekommen, daß gewisse Stände

31) Ebd. Weisung 8. 1., f. 43

32) Schreiben des Kölner Kurfürsten an Anselm Franz 31. 12. 1682; Reichstagsakt. a. a. O., f. 46—47

33) Fürstl. Protokoll und Konkulum ebd., 134 ff.

34) Londorp, XI S. 584

35) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 18. 1. 1683, f. 150

36) Ebd., f. 151

37) Ein Auszug daraus befindet sich in den Reichstagsakten a. a. O., f. 222: „Il y a grand danger qu'on ne se laisse enfin entraîner à une guerre malheureuse malgré qu' on en ayt, sy on ne se haste pas de la prévenir. Et on convient que rien ne peut estre plus utile, plus efficace ny plus aysé qu'une résolution du Collège Electoral de me communiquer en forme les trois bonnes conclusions, c'est - à - dire les deux pour la paix selon les conditions proposées de la part du Roy à Ls. (leurs) Excellences du 12 décembre, de me déclarer que ledit Collège y persistera et de me prier d'en informer et assurer le Roy mon maistre. Les ministres de Mr. l'Electeur de Brandebourg ont desjà déclaré, qu'ils sont de cet avis et prêts à le faire.“

es auf einen Partikularfrieden mit Frankreich abgesehen hätten, er könne dem jedoch keinen Glauben beimessen, da er selbst darum bemüht sei, die Ruhe des Reiches zu sichern. (38)

Diese Befürchtungen waren durchaus nicht unbegründet. Die Rücksicht auf die eigenen Interessen ging auch in Mainz soweit, daß man bereit war, sich nötigenfalls vom Reich zu distanzieren und zusammen mit den gleichgesinnten Kurfürsten und Ständen sein Heil in Sonderfrieden mit Frankreich zu suchen. Eine Weisung des Kurfürsten bezeugt einem dies deutlich: (39)

„Wir seint der meinung, daß, wofern ia wider alles verhoffen das allgemeine frieden stabiliment sopalden nit zu erhalten, ... nomine des Churfürstlichen Collegii ... mit Zunehmung aller übrigen sich damit conformirenden fürsten und Stenden, als welche zu dem ende bey gemeltem Crécy ihre declaration thuen müßten, mit der Cron Franckreich à part zue tractiren wehre, gestalten gemelter Crécy sothane declarationes in omnem eventum zu urgiren haben wird.“

Damit war der wohl höchste Punkt kurfürstlicher Initiative erreicht. Nachdem man sich zuvor für die Erhaltung des Friedens zu den französischen Bedingungen ausgesprochen hatte, war man dann einen Schritt weitergegangen und hatte die Reichsbewaffnung zum Erliegen gebracht. Nun war man bereit, dem Interesse des Territorialstaates die Einheit des Reiches hintanzusetzen und mit einer auswärtigen Macht eine Einigung zu vollziehen, die, wenn sie auch den Bestimmungen des Westfälischen Friedens nicht direkt zuwiderlief, doch einer denkbar großzügige Interpretation des § 2 im Artikel VIII des Friedensvertrages bedeutete. (40) Dieses Projekt läßt mehr als alles bisher Gezeigte augenfällig werden, daß allein der „Egoismus“ des einzelnen Staats vor allen übrigen Motiven zur Auswirkung gelangte. Es ist unbestreitbar, daß Frankreich es verstand, diese Gefühle zu stärken und auszunutzen. Ebensowenig ist es zu bezweifeln, daß es nicht der Wunsch war, seinen Teil an dem „Ecusegen“ zu erjagen, der den Mainzer Hof bestimmte, zuerst für sich selbst zu sorgen. Das staatsmännische Verantwortungsbewußtsein ist in seiner vollen Kraft vorhanden, allein es fühlt sich im wesentlichen nicht mehr dem Reich sondern in erster Linie dem Territorialstaat verpflichtet.

Es ist in diesem Zusammenhang von einiger Bedeutung, wie man in Mainz die internen Verhältnisse in der Hofburg sah. Ein Bericht des Gesandten Gudenus mußte für Anselm Franz den Eindruck entstehen lassen, daß in Wien die höchste Konfusion herrsche, und daß man dort selbst nicht wisse, was man eigentlich wolle. (41) Der Kriegspräsident habe zuerst einer Einigung mit Frankreich nicht völlig ablehnend gegenübergestanden, dann habe er dem Druck der Mehrheit nachgegeben und neige nun eher einer gewaltsamen Lösung zu. Der Kammerpräsident zeige ein derart unzusammenhängendes und widersprüchliches Verhalten, daß man ernsthaft an den Beginn einer Geisteskrankheit glaube. Vergleicht man damit die Vorstellungen, die Anselm Franz und seine Umgebung von den Ministern Ludwigs XIV. hatten, so wird

38) Schreiben des Kaisers 15. 1. 1683, ebd. f. 244

39) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 259, Bd. I, Weisung 12. 2. 1683, f. 389

40) Zeumer II, S. 352

41) Reichstagsakt. a. a. O., Gudenus an Bertram 21. 1. 1683, f. 264

es umso mehr verständlich, daß er von einem ernsten Zusammenstoß das Schlimmste erwarten zu müssen glaubte.(42)

Ein solcher Konflikt aber wurde geradezu wahrscheinlich, als der Kaiser und seine Parteigänger entschieden, von ihrer Forderung nach Diskussion der Beschwerden nicht abzugehen. Zwar ließ ein förmliches Konkursum des Fürstenkollegs noch auf sich warten, das Protokoll über seine Beratungen vom 27. Januar aber ließ keinen Zweifel daran. (43) Am 29. kam es zu dem Kollegsbeschluß, der offiziell die Frankfurter Deduktion der Rechte des Reichs zur Richtlinie der künftigen Verhandlungen bestimmte. (44) Die Mehrheit des Kurfürstenkollegs dagegen bestätigte am gleichen Tag das Konkursum vom 11. Dezember 1682. (45) Ein Kompromiß war nicht zu erwarten, und so erhoben die Fürstlichen die Forderung, die diskrepanten Meinungen sollten in ein gemeinsames Konkursum aufgenommen und dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt werden. (46) Selbstverständlich wollten sich die Kurfürstlichen dazu nicht verstehen. Ihre Gegner zeigten sich nicht nachgiebiger und forderten, damit man die Zeit nicht unnütz vertue, die Wiederaufnahme der Reichskriegsverfassung. Dazu waren die Kurfürstlichen ebensowenig bereit. (47) So kam es zu einem neuen Stillstand, der bei der Friedenspartei umso mehr Besorgnis erregen mußte, als Verjus Vollmacht bereits am 31. Januar abgelaufen war, und er der kaiserlichen Kommission bedeutet hatte, er rechne nicht mit einer Verlängerung. (48) Zwar hatte er am 2. Februar seinen Sekretär nach Versailles gesandt, um neue Instruktionen einzuholen, aber es ließ sich nicht mit Sicherheit sagen, was Frankreich unternehmen würde.

Es ging daher auf jeden Fall für Kurmainz darum, neue Bundesgenossen zu werben. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich das Verhältnis zu dem Herzog — Administrator von Württemberg recht gut angelassen. In den ersten Januartagen hatte dieser Maximilian von Montzingen zum neuen Gesandten in Regensburg bestimmt. (49) Scheffer hatte die Anweisung erhalten, mit ihm in engen Kontakt zu treten, damit der schwäbische Kreis für die Friedenspartei gewonnen würde. (50) Allein Montzingen mußte ihm erklären, wohl sei er allgemein (in genere) für den Frieden instruiert, habe jedoch keine Befehle, die ihm eine Stellungnahme in dem Streit der Kollegien ermöglichten. Resigniert mußte Scheffer feststellen, es gebe zwar einige gutgesinnte unter den Fürstlichen, aber keiner wollte mit der Sprache heraus. (51) Indessen schrieb Friedrich Karl seinem Rat Rühle, der zu dieser Zeit in Mainz weilte, er wolle sich mit den Kurfürsten konformieren, wenn die Fürsten keine besseren Bedingungen erreichen könnten. Dazu bestehe wenig Aussicht. Er sprach sich weiterhin gegen ein Konkursum über die Differenzen der Kollegien aus und schloß

42) Von den teilweise recht heftigen Spannungen unter den französischen Ministern — vergl. allgemein Rousset und insbes. Bourgeois — hatte man in Mainz offensichtlich keine Nachricht.

43) Reichstagsakt. a. a. O., f. 283 ff.

44) Ebd., f. 301

45) Ebd., f. 303

46) Ebd., Ber. 6. 2., f. 351. Das Verfahren, dem Kaiser über auseinandergehende Voten zweier Kollegien zu referieren, wird auch bei Rauch — S. 86 — erwähnt. Von einem kaiserlichen Entscheidungsrecht jedoch ist keine Rede.

47) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 8. 2. 1683, f. 362 — 364

48) Londorp XI, S. 587, Ber. der kaiserl. Kommission 25. 1. 1683 u. Mitteilung 1. 2. ebd. S. 591

49) Seine Vollmacht befindet sich in den Reichstagsakten a. a. O., f. 362 — 363.

50) Ebd., Weisung 29. 1., f. 277

51) Ebd., Ber. 4. 2., f. 354

sich der Forderung der Kurfürsten an, daß die Reichsbewaffnung erst nach der Einigung mit Frankreich weitergeführt werden sollte. (52) Somit war ein Bundesgenosse endgültig gewonnen, der sich in der Folge als recht nützlich erweisen sollte.

Am 13. Februar beriet das Kurfürstenkolleg erneut über die Friedensfrage, bestätigte durch einen Mehrheitsbeschluß gegen Bayern und Sachsen die bisherigen Beschlüsse und bestimmte auf einen bayerischen Vorschlag hin, daß die Einbeziehung jeder weiteren auswärtigen Macht in die Friedensverhandlungen zu vermeiden sei. (53) Dem setzten die Fürsten eine Bestätigung ihrer eigenen Beschlüsse entgegen und beharrten weiterhin darauf, dem Kaiser über die Diskrepanz Bericht zu erstatten. (54)

Wenig später, am 20. Februar, konnte Verjus dem Reichstag mitteilen, der König habe ihm unterm 10. eine neue Vollmacht erteilt, und er sei bis auf weiteres bereit, in Verhandlungen einzutreten. (55) Es folgte zunächst nichts weiteres, als daß die Fürsten am 26. Februar und die Kurfürsten am 27. und am 5. März erneut ihre jeweilige Meinung bestätigten. (56)

Ein Ausweg aus dieser Sackgasse ließ sich nicht erkennen, bevor es nicht gelungen war, die Fronten aufzulockern. Daher nahm man auf beiden Seiten eine rege Tätigkeit auf, um einzelne Mitglieder der Gegenpartei zu gewinnen. Auf Mainzer Anraten hin schrieb Friedrich Karl von Württemberg an Peter Philipp von Bamberg, (57) und sprach mit Entschiedenheit dafür, in Anbetracht der Türkeengefahr mit Frankreich Frieden zu schließen. Dem Kaiser hingegen war es gelungen, den Papst zu gewinnen, der zu Ludwig XIV. in einem gespannten Verhältnis stand. (58) Innozenz XI. unterstützte Leopold mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen und richtete am 6. März ein Breve an Anselm Franz. Er zeigte sich darin über die von den Ungläubigen her drohenden Gefahren höchst beunruhigt und appellierte an den deutschen Kurfürst und Erzbischof, dem Kaiser in einer Notlage beizustehen, die das ganze christliche Abendland angehe. (59) Indessen konnte auch die Intervention des Heiligen Stuhls Anselm Franz von dem einmal gewählten Weg nicht abbringen, und er drückte dies in seinem Antwortschreiben ziemlich unverhohlen aus. (60)

In dieser Zeit kommt einem propagandistischen Mittel ein gewisser Aussagewert zu, den sogenannten „Extract-Schreiben“, meist anonymen oder pseudonymen Briefauszügen. Ein solches Schriftstück gelangte im März 1683 in Regensburg in Umlauf. (61) Demzufolge befürchteten die Kaiserlichen, aus deren Reihen die Schrift offenbar stammt, daß es zu einem Separatfrieden einzelner Stände komme und dadurch auch die „schwachen gemüther“ unter den „wohlintentionierten“ beeinflusst würden. Auch die auswärtigen Verbündeten fürchteten Partikularabmachungen. Das Heil des gesamten Reiches aber liege in der engen Verbindung mit ihnen, denn nur die Furcht vor einem allgemeinen Krieg könne Frankreich zu einer Änderung

52) Ebd., Friedrich Karl an Rühle, 2. 2. f. 433

53) Ebd., Protokoll 13. 2., f. 446 ff.

54) Ebd., f. 509

55) Ebd., f. 513, Ber. d. Kaiserl. Kommiss. 20. 2. Er befindet sich auch bei Londorp XI, S. 591

56) Reichstagsakt. a. a. O., f. 545, 547 ff. u. 601

57) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 259, Bd. II, Schreiben Friedrich Karls 26. 2. 1683 f. 43

58) Vergl. Sagnac-St.-Léger S. 226 ff.

59) Reichstagsakt. a. a. O., f. 110

60) Ebd., f. 112

61) Ebd., f. 149 — 150

seiner Politik und zur Einhaltung eventueller Verträge zwingen. Ohne ein „General Tractat“ sei es daher sinnlos, mit Ludwig XIV. Abmachungen zu treffen. Die Sicherheit des Reiches erfordere zudem die Wiedergewinnung Straßburgs, da es sonst nie vor einem überraschenden Angriff sicher sei.

In Mainz vermutete man in Kursachsen den Urheber dieses Schreibens, und der Kurfürst trug Scheffer auf, in gleicher Weise eine Schrift für die Forderungen der Friedenspartei in Umlauf zu setzen. (62) Scheffer jedoch ging in seinen Gegenmaßnahmen noch weiter und führte am 7. April einen Beschluß des Kurfürstenkollegs herbei, der eine neue Bestärkung seiner alten Politik bedeutete. (63) Das Fürstenkolleg antwortete mit einem weiteren Konklusum über die Reichsbewaffnung. (64)

In diesen Wochen erlitt die kaiserliche Partei einen empfindlichen Verlust durch den Tod des Bischofs von Bamberg und Würzburg, Peter Philipp von Dernbach. Am 12. April berichtete Foucher, für 20 bis 25.000 écus könne man Christoph Rudolf von Stadion in Bamberg oder Würzburg zum Bischof wählen lassen. Er gehörte anscheinend beiden Kapiteln an und konnte in Bamberg auf die Unterstützung des Dompapstes Franz Konrad von Stadion rechnen. (65) Foucher selbst hätte am liebsten gesehen, wenn Anselm Franz in Würzburg gewählt worden wäre. Seiner Darstellung nach muß dies lediglich eine Geldfrage gewesen sein. Allerdings würde es ziemlich teuer, da Anselm Franz dem Kapitel nicht angehörte und somit postuliert werden mußte. Er glaubte indessen, dieses Ziel erreichen zu können, wenn der König eine ganze Jahrespension im voraus zahlen wollte. Jedoch er erhielt die Antwort, einer simonistischen Unterstützung Stadions stünden beim König religiöse Bedenken entgegen. (66) Politische Erwägungen hingegen ließen es nicht geraten erscheinen, Anselm Franz den bischöflichen Stuhl von Würzburg zu verschaffen, denn es war zu befürchten, „que cet Electeur se roidist aussytost qu'il le seroit, s'il s'acqueroit cet Evesché, qui confine l'archevesche' de Mayence et qui est de plus grande estendue et de plus grand revenu.“ Offenbar hatte man kein Interesse daran, noch einmal einen Mainzer Kurfürsten in ähnlicher Unabhängigkeit zu sehen, wie Johann Philipp. Zwar hoffte man, daß weder in Bamberg noch in Würzburg ein „Österreicher“ gewählt würde, allein man war nicht bereit, sich des von Foucher vorgeschlagenen Mittels zu bedienen. Vielleicht sind diese Skrupel, die Ludwig XIV. in den ersten Jahren seiner Regierung kaum gekannt hat, ein Ergebnis des ständig wachsenden Einflusses von Madame de Maintenon, die in zäher Beharrlichkeit am Werk der „Bekehrung“ des Königs arbeitete. (67) Zwar versuchte Foucher seine Bedenken zu zerstreuen, indem er die Simonie als in Deutschland gang und gäbe und geradezu offen ausgeübt bezeichnete. (68) Allein der König beharrte auf seinem Entschluß. So mußte auch Anselm Franz von seinen ehrgeizigen Plänen Abstand nehmen.

Dies möge als weiterer Hinweis darauf gelten, daß in dieser Zeit bei den geistlichen Wahlen das französische Geld nicht die Rolle gespielt hat, die man ihm im

62) Ebd., Weisung 2. 4. 1683, f. 168

63) Ebd., Protokoll Kurf.-Koll. 7. 4. f. 208 ff.

64) Es beschloß die Ernennung Waldecks zum Reichsmarschall. Ebd., f. 224 ff.

65) AE, Mayence XXII, Ber. 12. 4. 1683

66) Ebd., Ber. 19. 4.

67) Ebd., Weisung 6. 5. Vergl. auch Sagnac-St. Léger, S. 188 u. 227

68) AE, a. a. O., Ber. 10. 5.

allgemeinen zuzuschreiben geneigt ist, und daß sich seit den Zeiten Mazarins hier ein Wandel vollzogen hatte. (69) Der Kaiser hatte zwar in Peter Philipp einen wertvollen Bundesgenossen verloren, allein die beiden fränkischen Bistümer gelangten nicht in die Gewalt seiner Gegner. Die Nachfolger, Marquardt Sebastian Schenk von Stauffenberg in Bamberg und Konrad Wilhelm von Wernau in Würzburg, verfolgten zwar die Politik ihres Vorgängers nicht mit der gleichen Energie, allein die Versuche Fouchers, sie zu gewinnen, blieben ergebnislos. (70)

In Regensburg war der Gang der Geschäfte zum völligen Erliegen gekommen. Lediglich auf dem Wege der Propaganda versuchten beide Seiten Vorteile zu gewinnen. In Zusammenarbeit mit dem Mainzer Direktorium ließ Verjus eine Reihe von angeblichen Auszügen aus der Korrespondenz kaiserlicher und spanischer Diplomaten veröffentlichen. (71) Ein Schreiben ähnlicher Art gelangte in Umlauf, das besagte, der schwäbische Kreis sei in seiner Gesamtheit für die Assoziation mit dem fränkischen nicht zu gewinnen. (72) Nur das Hochstift Augsburg, die Städte Augsburg, Kempten und Ellwangen hätten die Absicht, sich Bayern und dem fränkischen Kreis anzuschließen. Die Herkunft dieser Schrift läßt sich nicht ermitteln. Vielleicht wurde sie zusammen mit Kurmainz von Württemberg publiziert. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß keines dieser Schriftstücke gedruckt wurde. Sie liegen ausschließlich handschriftlich vor. Die Begleitschreiben Scheffers lassen den Eindruck entstehen, daß sie innerhalb eines gewissen Kreises zirkulierten, und daß man dort von ihnen Kopien anfertigte, die ihrerseits weitergereicht wurden. Was die spezielle Nachricht über den schwäbischen Kreis angeht, so mußte sie natürlich von der Friedenspartei mit Beifall zur Kenntnis genommen werden. Wenn dieser Kreis der Assoziation nicht beitrug, so blieb in der gegen Frankreich gerichteten Front eine breite Lücke, die auf legalem Weg nicht geschlossen werden konnte, solange keine Reichskriegserklärung erfolgt war.

Wenige Tage später unternahm Anselm Franz einen Versuch, mit den Fürsten zumindest wieder ins Gespräch zu kommen. Er wies Scheffer an, mit ihnen Verhandlungen aufzunehmen, sobald nur einigermaßen akzeptable Angebote vorlägen. Zwar solle sich das kurfürstliche Kolleg nicht von seinen eigenen Beschlüssen distanzieren, aber es könne sich mit den Fürstlichen „salva declaratione facta“ zunächst einmal konformieren. Vor allem Schweden-Bremen sei darüber vorsichtig zu befragen, ob Karl XI. wirklich auf der Restitution von Zweibrücken beharre. (73) Auch im Fürstenkolleg erkannte man, daß ein Ausweg gesucht werden müsse, und man wandte sich an die kaiserliche Prinzipalkommission mit der Bitte um Vermittlung. (74) Allein der Prinzipalkommissar zeigte kein großes Geschick in dieser delikaten Verhandlung, sondern brüskierte die Kurfürstlichen ernstlich, indem er ihnen mit der Auflösung des Reichstags drohte. (75) Die fürstlichen Direktorien

69) Vergl. Mentz, Bd. I, S. 48

70) AE, a. a. O., Ber. 10. 11. 1683. Es handelt sich um Schreiben, die — angeblich von London abgeschickt — auf der einen Seite die englische Auffassung, man solle wegen der Türken mit Frankreich Frieden schließen, darlegen, während auf der anderen der Kaiser verdächtigt wird, das Reich für die spanischen Interessen zu opfern.

71) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 259, Bd. II, f. 243 — 245

72) Ebd., f. 316. Über den fränkischen Kreis vergl. auch Erdmannsdörffer, II., S. 643.

73) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 30. 4. f. 298

74) Ebd., Ber. 3. 5., f. 334

75) Ebd., Ber. 6. 5., f. 344 — 345

hatten ihm zu seiner Information vertraulich einen „Vortrag“ über ihre Beschwerden gegen das Erste Kolleg übermittelt, den er entgegen ihrem ausdrücklichen Wunsch dem Mainzer Direktorium bekanntgab. Es hätte sich aus diesem Zwischenfall ein langwieriger Streit ergeben können, wenn beide Seiten nicht eine gewisse Verständigungsbereitschaft an den Tag gelegt hätten. Das Fürstenkolleg zog den Vortrag offiziell zurück und annullierte ihn damit. (76)

Inzwischen hatte sich in der Hauptsache insofern eine Veränderung ergeben, als am 12. Mai die bis dahin streng geheimgehaltenen kaiserlichen Bedingungen veröffentlicht wurden. (77) Im Distrikt der drei lothringischen Bistümer war der Kaiser bereit, all das, was Frankreich forderte, abzutreten. Die Lehen der betroffenen Stände, die sich außerhalb des Distrikts befanden, sollten jedoch unter der Jurisdiktion des Reiches verbleiben. (78) Die Klärung aller weiteren Fragen sollte einem Schiedsgericht übertragen werden, ähnlich wie dies bereits 1667 geschehen war. (79) Dieses Angebot widersprach den französischen Bedingungen in zwei entscheidenden Punkten. Erstens war es weit davon entfernt, den Besitzstand vom 1. August 1681 anzuerkennen, da die Reunionen ja weit über den Distrikt der Bistümer hinausreichten. Dann aber war von Straßburg und dem übrigen Elsaß überhaupt keine Rede oder vielmehr, dies war der Gegenstand des anzustrebenden Schiedsspruches. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die kaiserliche Verlautbarung den Stand der Dinge in Regensburg in keiner Weise zu beeinflussen vermochte. Verjus lehnte selbstverständlich ab. Die Kollegien beharrten auf ihrer Meinung, und das Direktorium brachte, um die Zeit auszunutzen, Moderationsanträge zur Proposition. (80)

Am 28. Juni erteilte Anselm Franz seinem Gesandten eine seiner wiederholten Instruktionen, den Frieden zu erhalten. (81) Sie verdient trotzdem besondere Beachtung. Einmal wendet sie sich mit einer seltenen Schärfe gegen den Kaiser und droht, das Reich werde nicht mehr lange zusehen, wie es dem habsburgischen Hausinteresse geopfert werde. Dann aber deutet sie an, daß dem Reich auch von Norden her neue Gefahren drohen und den Frieden mit Frankreich erforderlich machen. Damit weist sie auf eine Entwicklung hin, die auch im Zusammenhang des Regensburger Stillstands höchst bedeutungsvoll ist. Es handelt sich um die schwedischen Pläne des großen Kurfürsten. Wenn auch die für diese Untersuchung benutzten Archivalien keine direkten Beweise dafür enthalten, daß Brandenburg Kurmainz davon in Kenntnis gesetzt habe, so darf doch angenommen werden, daß Anselm Franz zumindest gerüchweise zu Ohren gekommen war, welche Abmachungen in der ersten Maihälfte zwischen Brandenburg und Frankreich getroffen worden waren. Wenn sie auch durch den König nicht ratifiziert wurden, so ließen sie doch den Krieg mit Schweden als unmittelbar bevorstehend erscheinen. (82) Friedrich Wilhelm tat nichts, um seine Vorbereitungen zu verheimlichen, und er wartete nur darauf, daß ihm von

76) Ebd., Ber. 24. 5., f. 456

77) Ebd., Ber. 13. 5., f. 384. Sie waren bereits im Februar festgelegt worden.

78) Frankreich machte demgegenüber das Prinzip geltend, daß der gesamte Besitz von Lehensträgern der lothringischen Bistümer französischer Jurisdiktion unterstellt sei. Dadurch war es erst möglich geworden, daß die Reunionen solche Ausmaße angenommen hatten.

79) Vergl. Kaufmann, S. 69 ff.

80) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 260 f. 36

81) Ebd., f. 105

82) Pagès, S. 505, vergl. den Text bei Möerner, S. 715

Versailles die gewünschte Hilfe zugesagt wurde. Diese Hilfe aber blieb aus, das heißt, sie wurde ihm zumindest für alle gegen Schweden gerichteten Unternehmen verweigert. Dies aber war entweder in Mainz noch nicht bekannt, oder aber man ließ sich von der Äußerung des Brandenburgers beeindrucken, daß der Beginn der Feindseligkeiten nur verschoben sei. (83)

Die türkische Armee hatte inzwischen weitere Fortschritte gemacht, und die Belagerung Wiens mußte für die nächsten Wochen erwartet werden. (84) Trotzdem erließ die kaiserliche Kommission am 3. Juli — vier Tage bevor der kaiserliche Hof Wien verließ — noch einmal ein Dekret, das den kaiserlichen Rechtsstandpunkt ohne alle Kompromißbereitschaft umriß und die Forderung erneuerte, daß die Diskrepanz der Kollegien dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt werden sollte. (85) Wieder antworteten die Kurfürstlichen, wie sie es bereits so oft getan hatten, mit einer uneingeschränkten Weigerung. (86) Dann aber trat die Lage Wiens und der gesamten Erblande in den Vordergrund. Am 12. Juli berichtete Scheffer, in Regensburg herrsche „großes lamento“ über die Fortschritte der Türken. Man fordere allgemein, daß man dem Kaiser eiligst mit Truppen helfen solle. Auch von Frankreich erwartete man Hilfe. Der Kommissar May unterrichtete Verjus von dem Ernst der Lage, bat ihn um Unterstützung und teilte im Anschluß dem Reichstag mit, dieser habe sich „hierüber ganz guthmüthig erboten“, dem König dies Anliegen durch einen Sonderkurier vortragen zu lassen. (87) Am 15. waren die Befürchtungen so stark geworden, daß man den völligen Untergang Österreichs erwarten zu müssen glaubte. In dem Bericht Scheffers wurde davon als einem unumgänglichen Ereignis gesprochen, aus dem man als einer bereits gegebenen Tatsache neue Konsequenzen zog: (88) „Bey rath ist gestern in dem Churfürstlichen Collegio von der großen Türkhen Gefahr und sonderlich von dem bevorstehenden Untergang der österreichischen landten geredet und darüber per discursum dafür gehalten worden, daß vor allem nothwendig, mit der Cron Frankreich ohne Verzug fried zu machen.“

Es sei dabei an die Gerüchte erinnert, die gleichzeitig umliefen, und denenzufolge Ludwig XIV. die Türken soweit vordringen lassen wollte, bis das Haus Habsburg vernichtet sei. Dann sei er gewillt, ihnen seine eigenen Truppen entgegenzustellen, das Reich zu befreien und die Kaiserkrone an sich zu reißen. (89)

Somit muß festgehalten werden, daß man die Vernichtung der kaiserlichen Macht als höchst wahrscheinlich annahm. Dies ist ein wichtiger Faktor in zahlreichen politischen Erwägungen. Es war daher zwar nicht reichspatriotisch, wohl aber ziemlich realistisch gedacht, wenn man die schleunige Einigung mit Frankreich als vordringlichstes Ziel ansah. Die Befürchtung, daß Frankreich die günstige Gelegenheit nicht ungenützt verstreichen lassen würde, findet auch in der Mainzer Weisung vom 16. Juli

83) Ebd., S. 507

84) Vergl. Hantsch, Bd. II, S. 50-51

85) Reichstagsakt., a. a. O., f. 200-207

86) Ebd., f. 209-211

87) Ebd., Kommiss.-dekr. 12. 7. f. 225. Vergl. auch bei Londerp XI, S. 615. Die Darstellung Erdmannsdörffers, daß dem Kaiser französisches Eingreifen unwillkommen gewesen sei — Bd. II, S. 643 — bedarf daher der Korrektur. Frankreich war zu keinem Augenblick bereit, dem Kaiser Hilfe zu leisten.

88) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 15. 7., f. 237

89) Vegl. Platzhoff, S. 395

einen deutlichen Ausdruck. (90) Anselm Franz folgerte aus der gegebenen Situation die westlichen Stände könnten auf ihre eigenen schwachen Truppen nicht verzichten sondern müßten nun endgültig für sich selber sorgen. Er wiederholte diesen Befehl am 19. (91)

An dieser Stelle spricht er jedoch auch erneut die Hoffnung aus, daß der Kaiser zum Frieden gezwungen werden könnte. Der schwäbische Kreis sei endgültig entschieden, der Assoziation nicht beizutreten. (92)

Am 11. Juli hatte die kaiserliche Kommission an Verjus das Ersuchen gerichtet, der König solle sich verpflichten, während des Türkenkriegs weder direkt noch indirekt etwas gegen den Kaiser oder seine Verbündeten vorzunehmen. (93) Darauf erfolgte am 26. Juli ein höchst bedeutendes Angebot Verjus, das am 28. durch die Diktatur veröffentlicht wurde. (94) Das Memorial griff zunächst die alten öffentlichkeitswirksamen Vorwürfe gegen die habsburgische Hauspolitik wieder auf, die dem großzügigen Friedensangebot Frankreichs den Krieg vorziehe. Es wiederholt dann die territorialen Forderungen in der seit fast zwei Jahren bekannten Form. Dann aber erklärte es, der König wolle nicht nur von jeder Schadenersatzforderung Abstand nehmen, sondern er sei auch bereit, zu den bekannten Bedingungen in einen dreißigjährigen Waffenstillstand einzuwilligen. In dieser Zeit könnten dann die endgültigen Friedensbedingungen ausgehandelt werden. Allerdings war dieses neue Angebot nur bis zum 31. August befristet. Sollte bis dahin keine Einigung erfolgt sein, würde Frankreich sich alle Handlungsfreiheit vorbehalten.

So tritt ein neuer Faktor von außerordentlicher Bedeutung in die Verhandlungen ein. Ludwig XIV. erkannte, daß selbst in der ärgsten Not der Kaiser zu einem endgültigen Verzicht nicht bereit war. Wollte er daher zumindest in naher Zukunft einen Krieg vermeiden, so mußte er zurückweichen. In der Tat darf das Waffenstillstandsangebot so gewertet werden, denn es verzichtete bis auf weiteres auf die vertragliche Legalisierung der Annexionen und war bereit, sich zunächst mit dem faktischen Besitz zu begnügen. Zwar ist zum Verständnis dieser Konzession zu berücksichtigen, daß auch Frankreich mit Bestimmtheit eine Niederlage des Kaisers gegen die Türker erwartete. (95) Vielleicht hätte dieser sich sehr bald zu einer definitiven Anerkennung der Reunionen verstehen müssen, wenn das Geschehen des 12. Septembers

90) Reichstagsakt., a. a. O., f. 231-235

91) Ebd., f. 241

92) Ebd., f. 241: „Und nachdem wir die sichere nachricht erlangt, daß unsere bey dem Schwäbischen Creis bishero ohne Underlaß continuirte Underbawung (sic) und remonstration soviel gewirckt haben, daß selbiger Creis zu stutzen ahnfange und daher zu der so starck zuegemutheten assoziation kein lust habe.“

93) AE, Trêve, S. 102

94) Dieses Angebot findet sich in AE, a. a. O., S. 104, Allemagne 301 und Reichstagsakt. a. a. O. f. 292 ff. Es ist veröffentlicht bei Londorp XI, S. 316 und trägt fälschlicherweise das Datum vom 26. 7. 1681.

95) Vergl. Erdmannsdörffer, a. a. O., S. 651, Rousset, Bd. III, S. 233 und Pagès, S. 510.

96) Für die Vermutung, daß aus diesen Überlegungen heraus das Waffenstillstandsangebot erfolgte spricht auch die Tatsache, daß Ludwig XIV. unmittelbar nach den großen kaiserlichen Siegen in Ungarn die Umwandlung des Stillstands in einen endgültigen Frieden anstrebte. Der Verdacht läßt sich daher nicht völlig abweisen, daß das Angebot vom 26. Juli vornehmlich auf Publikumswirkung berechnet war und den Vorwurf entkräften sollte, der französische König falle dem Kaiser in den Rücken, der für die gesamte Christenheit den Kampf gegen die Ungläubigen führe.

einen andern Lauf genommen hätte. (96) Allein, selbst wenn es Frankreich mit seinem Anerbieten nicht ganz ernst gewesen sein sollte, das heißt, wenn es die historischen Konsequenzen nicht erwartete, sah es sich doch veranlaßt, auch nachher zu seinem Angebot zu stehen.

Auch Anselm Franz sah sofort die Chance, die sich dem Reich bot und welche Folgerungen sich daraus ergaben. Am 30. Juli teilte er Scheffer mit, (97) der Stillstand müsse unbedingt angenommen werden, da er die Sicherheit des Reiches gewährleiste, ohne daß es auf seine Ansprüche verzichte. Ja, der König von Frankreich erkenne damit seine Forderungen selbst als „zweifelhaft und controvers“. Das Reich aber könne die Frist nutzen, um sich selbst zu garantieren, das heißt, „würde man respectu securitatis publicae im Reich desto leichter fortkommen und ex armistitio eben den effect haben, den man ex pace zu verhoffen gehabt.“ Diese Äußerung beweist erneut, daß man auch in Mainz nur dem Zwang der Umstände nachgab, wenn man zur definitiven Anerkennung der Reunionen bereit war, und mit Eifer eine Gelegenheit ergriff, sie zu umgehen, wenn man dadurch selbst nicht in Gefahr geriet. Es folgte in der Weisung ein Zusatz, der der Interpretation bedarf: „Zugeschweig, sowohl waß disfalls sowohl auf den unverhofften Fall eines interregni im Reich, als particulari denen Catholischen Churfürsten und Stenden allenfalls vor advantage zu waxen, considerirt werden kan.“ Es ist zwar bisher nicht gelungen, die Frage endgültig zu beantworten, ob Ludwig XIV. ernsthaft nach der Kaiserkrone gestrebt hat. (98) Dagegen steht es fest, daß die Meinung weiter Kreise im Reich ihm diese Bestrebungen zuschrieb. Auch Anselm Franz bezieht sich darauf, wenn er von einem Interregnum im Reich eine Veränderung der Situation im Hinblick auf die Reunionen erhoffte. Es mußte in der Tat erwartet werden, daß ein französischer König, der zugleich Römischer Kaiser war, dieser Frage anders gegenüberstehen würde. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß man in Mainz eine Kandidatur Ludwigs XIV. nicht abgelehnt hätte, sondern Foucher sogar indirekt darauf abzielende Angebote machte. (99) Welchen Nutzen man im allgemeinen von dem Stillstand für die katholischen Stände erwartete, ist nicht klar ersichtlich. Es läßt sich lediglich vermuten, daß man, der unmittelbaren Kriegsgefahr entgangen, die Bedrohung der geistlichen Territorien durch die protestantischen Armierten nicht mehr fürchten zu müssen glaubte.

Die Weisung fährt fort, indem sie sich erneut gegen eine Einbeziehung der „Exteri“, der auswärtigen Mächte, ausspricht, die das Reich ihrerseits in Nimwegen verlassen hätten. Sie warnt abschließend davor, eine Türkenhilfe „auspicijs Imperii“ vorzunehmen, da dadurch die „Gutgesinnten“ wider ihren Willen in eine Reichskriegspolitik hineingezogen würden.

Am 3. August ließ Anselm Franz den Befehl folgen, daß zumindest das Kurfürstenkolleg sich für den Waffenstillstand aussprechen sollte, wenn schon kein förmlicher Reichsschluß zu erreichen wäre. (100) Offenbar hegte er nicht unberechtigt die Befürchtung, der Kaiser sei immer noch nicht zum Einlenken bereit. Am 8. August wurde

(97) MEA, Reichtagsakt. Fasz. 260 f. 300

(98) Vergl. Platzhoff und Vast.

(99) AE, Mayence XXI, Ber. 14. 7. 1681, 4. 8. u. 3. 9.

(100) Reichtagsakt., a. a. O., f. 327

dem Direktorium ein Kommissionsdekret zugestellt, das Scheffer dahingehend kommentierte, daß es die Verhandlungen mit Frankreich weiter hinauszögere und die Reichsbewaffnung „poussiren“ wolle. (101) In seiner Antwort erhob daher Anselm Franz erneut heftige Klage gegen Österreich, -dessen Politik das Reich zum Untergang führe. (102) Am 11. bereits hatte das kurfürstliche Kolleg über Verjus Memorial beraten. Das am 14. ausgefertigte Konklusum stimmte für die Annahme des Waffenstillstandes vor Monatsende, um das Reich vor „gänzlicher dissolution“ zu bewahren. (103) Man beschloß wiederum, sich unmittelbar an den Kaiser zu wenden und ihm dieses Konklusum zuzustellen. (104)

Die ersten Zeichen einer Kursänderung der Kriegspartei zeigten sich, als auch Bayern sich prinzipiell für den Waffenstillstand aussprach. Württemberg äußerte sich gleichlautend. (105) Am 21. nahm das Fürstenkolleg die Beratungen wieder auf. (106)

Am gleichen Tage schrieb der fränkische Kreis an den Reichstag, er solle vor Monatsende den Abschluß vornehmen. (107) Diese Verlautbarung war von besonderer Wichtigkeit, da der fränkische Kreis zu den ergebensten Bundesgenossen des Kaisers zählte. Verjus tat ein übriges, um die Kriegsangst zu schüren. Darüber berichtet er nach Versailles: (108)

„Je scays, Sire, que la confidence, que j'ay faite icy à deux ou trois des mieux intentionnés et de mes meilleurs amis, que j'avois aussytost le terme échu, c'est — à — dire, dez le premier moment du premier jour du mois prochain, non seulement ordre de donner avis à Vostre Majesté par un Courier exprès, qu'il n'y avoit rien de fait, mais de le faire scavoir en passant par un billet à Mr. de Montclar, à Mr. de Chamilly et à un autre, que je nommois point, quoyque je fisse entendre Mr. le Maréchal Créquy, a fait des impressions en Franconie et de tous les costez aussy bien qu'icy au delà de mon espérance.“ (109)

In Mainz hatte man sich zuvor über die französischen Truppenkonzentrationen im Elsaß und an der Saar beunruhigt gezeigt. (110) Es ist somit nicht unverständlich, wenn der Graf von Rosenberg bei dem Kurfürsten auf Ablehnung stieß, als er ihn am 23. August in Bensheim um Hilfe für den Kaiser bat. (111) Mit Nachdruck bestand Anselm Franz darauf, daß der Kaiser sich früher mit Frankreich hätte einig-

101) Ebd., Ber. 9. 8., f. 347. Das Komm.-dekr. befindet sich bei Londorp XI, S. 620. Es wies die in Verjus Memorial erhobenen Vorwürfe zurück, forderte erneut Verhandlungen auf Grundlage der Verträge von Münster und Nimwegen und stellte fest, der Reichsstylus lasse es nicht zu, daß man vor Ablauf der Frist zu einem Beschluß käme. Daher sei die Frage der Sicherheit erneut aufzunehmen.

102) Reichstagsakt., a. a. O., Weisung 14. 8. 1683, f. 358

103) Ebd., f. 380

104) Ebd., Ber. 19. 8., f. 393

105) Ebd., Ber. 23. 8., f. 419

106) AE, Trève, S. 108

107) Reichstagsakt., a. a. O., Ber. 26. 8. f. 417. Das Schreiben des Kreises befindet sich ebd. f. 426-428

108) AE, Allemagne 301, Ber. 28. 8.

109) Montclar war seit 1675 Kommandant der französischen Truppen im Elsaß. — Livet S. 429 — Chamilly bekleidete seit 1681 den Posten des Gouverneurs von Straßburg — ebd. S. 430 —. Die Andeutungen Verjus mußten also die Befürchtung kriegsrischer Operationen auslösen.

110) AE, Mayence XXII, Ber. 18. 6. 1683, vergl. auch Kaufmann, S. 264 ff.

111) Das Protokoll über diese Verhandlungen befindet sich in den Reichstagsakten des MEA. Fasz. 260 f. 484 f.

sollen. Mit dem Hinweis auf seine eigenen Sorgen verweigerte er jede Hilfe mit Truppen oder Geld.

Zu dem wiederholten Wunsch des Kaisers, sich mit allen Kurfürsten oder zumindest mit dem Mainzer im Oktober in Regensburg zu treffen, bemerkte er: „Dha dan leicht erfolgen könnte, daß ein und andere Churfürsten, wan sie obgemelte personlige assemblée besuchen theten, nach der rückkehr fremde gest zu haus finden mögten.“ Selbst das Ersuchen, bei Frankreich eine Fristverlängerung auszuwirken, schlug er ab mit der Begründung, sich mit diesen „weith aussehenden, gefehrlichen officiis“ nicht belasten zu wollen. Ähnlich wie Brandenburg dürfte er angenommen haben, daß die ständigen Terminverlängerungen den Kaiser vom Abschluß abhielten. (112)

Am 26. August hatte Scheffer gemeldet, der Graf von Windischgrätz werde in Regensburg mit neuen Instruktionen des Kaisers erwartet. (113) Noch aber war es unklar, wie man sich in Passau entschieden hatte. Dann erklärte am 29. das Fürstenkolleg seine Zustimmung zu dem Waffenstillstand, verlangte aber einen gleichzeitigen Beschluß über die Reichsbewaffnung. (114) Verjus behauptete, Salzburg habe das Protokoll gefälscht. (115) Scheffer setzte eine Sondersitzung durch, und am 30. lehnten die Kurfürstlichen ab. (116) Erneut schritt man zur Abfassung von Konklusumsprojekten. Zwar waren die Fürstlichen bereit, von dem Beschluß über die Reichsbewaffnung abzusehen, aber sie sollte zumindest erwähnt werden. Sie weigerten sich jedoch mit äußerster Entschiedenheit, über eine prinzipielle Bejahung des Stillstands hinauszugehen. (117) Am 31. traf Windischgrätz ein. Wiederum kam es unter den Gegnern zu Wortgefechten von außerordentlicher Heftigkeit. Allein die Befehle, die Windischgrätz mitbrachte, müssen die Entscheidung herbeigeführt haben. Das kurfürstliche Kolleg erklärte sich mit der prinzipiellen Entschließung einverstanden, und so kam es am gleichen Tag zu einem Reichsgutachten, das mit einer völlig ungebräuchlichen Eile ausgefertigt wurde. Es enthielt einen positiven Beschluß über die „Quaestio an“, das heißt für das Prinzip eines befristeten Stillstands:

„Als hat man auf die von der Cron Frankreich vorgeschlagene und von Allerhöchst erwehnt Ihrer Kayserlichen Mayestät um Erstattung eines Gutachtens an das Reich gebrachte Alternativ ratione Armistitii super quaestione „an“ sich affirmative erklärt und geschlossen, daß das ienige, was circa quaestionem Quomodo et Quamdiu dabey zu beobachten, ohne einigen Zeit verlust abzuhandeln . . . seye.“ (118) Es folgte der Zusatz, daß demnächst die Reichsbewaffnung wieder aufgenommen werden sollte.

Dieses Reichsgutachten war ein Kompromiß, der dem Kaiser nur in höchster Not hatte entrissen werden können. Verjus gibt einen Eindruck von den vorhergehenden Debatten, wenn er schreibt:

„Il auroit fallu se battre à coups de poings et s'étrangler avec les Députés d'Autriche et leurs adhérents pour pousser les choses plus loing qu'on a fait.“ (119)

112) Vergl. Pagès, S. 508

113) Reichstagsakt. a. a. O., f. 497

114) Ebd., f. 497

115) AE, Allemagne 302, Ber. 2. 9.

116) Ebd.

117) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 30. 8., f. 498

118) Ebd., f. 538 sowie bei Pachner v. Eggenstorff, II, S. 469 und Londorp XI, S. 625

119) AE, a. a. O.

Frankreich zeigte sich von dem Reichsgutachten, das am 2. September Verjus extradiert wurde, wenig befriedigt, und dieser unterließ es nicht, seine Drohungen zu wiederholen. An den König schrieb er: „Cependant, Sire, j'avoue que je ne vois ce que Vostre Majesté gagneroit à tesmoigner se contenter ainsy de cette conclusion douteuse et de la prendre pour bonne, puisqu'elle se lieroit les mains sans qu'on les ayt liées de ce costé et que si elle a quelque dessein de tomber avec toutes ses forces sur les Espagnols, ce qui me paroistroit la seule raison d'en user ainsy, i n'y auroit à craindre que sans cela dans l'estat où l'on est maintenant, on ne leur envoyast des secours de l'Empire.“

(120) Auf jeden Fall hielt er eine militärische Demonstration für unerlässlich, um das Reich unter Druck zu setzen.

Frankreich hatte einigen Grund zur Enttäuschung. Das Reich war mit dem Waffenstillstand einverstanden, man konnte also nicht ohne Schwierigkeiten zu militärischen Repressalien greifen. Trotzdem aber war der Abschluß nicht erzielt. Österreich, beziehungsweise der Kaiser gewann somit vielleicht Zeit, sich doch noch der ärgsten Bedrängnis von Seiten der Türken zu erwehren. Später würde sich seine Haltung erneut versteifen, und er könnte einem Vertragsabschluß aus dem Wege gehen.

Für die Aktivität von Kurmainz und seinen Gesinnungsgenossen fand Verjus Worte höchsten Lobes:

„En tout cela, Sire, je ne puis assez louer l'application, la chaleur et la constance et fermeté de tous les Ministres, que Vostre Majesté scait estre bien intentionnés, mais particulièrement de Mr. de Scheffer, de Mr. d'Yéna, de Mr. de Plettenberg, du ministre du duc du Wirttemberg et s'ils n'ont pu faire d'avantage pour la satisfaction de Vostre Majesté et pour celle de leurs maistres de mesme pour le bien et le salut de leur patrie, ce n'est assurément pas leur faute.“ (121)

Daß es dem Kaiser in der Tat darauf ankam, Zeit zu gewinnen, zeigte sich bei der Legitimation des neuen Prinzipalgesandten. Der bisherige Vertreter des Kaisers, der Bischof von Eichstätt, hatte aus Gesundheitsgründen Regensburg im Juli verlassen.

Interimistisch wurde daher Gottlieb von Windischgrätz zum Prinzipalkommissar bestimmt. Unter dem sonderbar anmutenden Vorwand, er habe für sein Gefolge noch nicht die Trauerkleider herbeschaffen können, die der Tod der französischen Königin erforderlich mache, blieb er zunächst incognito. (122) Scheffer dagegen vermutete, er wolle den Verlauf der Belagerung Wiens abwarten.

120) Reichstagsakt. a. a. O., Ber. 2. 9., f. 532 u. AE, a. a. O.

121) Ebd.

122) Reichstagsakt. a. a. O. — Maria Theresia von Frankreich war im Juli 1683 gestorben.

II. Der Stillstandsvertrag

Inzwischen war ein neues Ereignis eingetreten; am 1. September rückten französische Truppen in die Spanischen Niederlande ein und besetzten innerhalb von kurzer Zeit Courtrai und Dixmuiden. (123) Was die Spanier ihnen entgegenzustellen hatten, war ungefähr gleich Null. Levae beziffert die Gesamtstärke der wirklich voll einsatzfähigen Truppen mit der unglaublich kleinen Zahl von vierhundert Mann. Zwar war Schweden nicht abgeneigt, Soldaten gegen Subsidien zur Verfügung zu stellen, aber da die Subsidien ausblieben, wurde es auch mit der schwedischen Hilfe nichts. (124) Der Grund, den Verjus am Reichstag für diesen neuen Übergriff nannte, verdient seiner Absurdität halber erwähnt zu werden: Das Ziel seines Königs, so äußerte er, sei es, die Spanier dafür zu züchtigen, daß sie nicht nur selbst dem Kaiser keine Hilfe geleistet hätten, sondern auch andere davon abhielten. (125)

De la Neuveforge reichte am Reichstag daraufhin ein Memorial ein, das dagegen Klage erhob und die gesamten spanischen Verluste seit 1679 aufzählte. (126) Allein Anselm Franz zeigte sich nicht gewillt, „landt und leuthe für Spanien zu sacrificiren“, das im letzten Krieg das Reich im Stich gelassen habe. (127)

Am 16. September brachte ein Kurier des Herzogs von Neuburg auf der Durchreise die Nachricht von der Entsetzung Wiens nach Regensburg. Scheffer leitete sie am gleichen Tag weiter. (128) Allein der Mainzer Kurfürst zeigte sich nicht sonderlich erfreut. Sein einziger Gedanke war, Österreich werde nach diesem Sieg erneut den Frieden mit Frankreich verzögern. (129) Es ist nicht leicht, diese Haltung zu verstehen, aber sie zeigt, wie weit in Mainz die Furcht vor Frankreich ging.

Foucher schrieb, anscheinend über diesen Befehl: „Je puis assurer, Sire, à Vostre Majesté que quand elle se seroit donné elle — mesme la peine de dicter cette dernière instruction, elle ne pourroit estre meilleure que ce qui m'en a esté lu par le chancelier.“ (130)

In Regensburg hatte die kaiserliche Politik für ihre Verzögerungstaktik wieder einmal das Räderwerk des Zeremoniells in Bewegung gesetzt. Das Kurfürstenkolleg beschloß am 4. Oktober, (131) wie Windischgrätz gegenüber protokollarisch verfahren werden sollte: Würde er seine Vollmacht durch einen „Cavalier“ oder durch seinen Sekretär beim Mainzer Direktorium vorlegen lassen, sollte sie Scheffer persönlich in Empfang nehmen. Würde dagegen eine Person geringeren Standes damit beauftragt, so hätte der Mainzer Sekretär Dielmann diese Funktion zu übernehmen. Das sogenannte „Gegencompliment“, die Gratulation zu seinem Amtsantritt, sollten die Sekretäre der kurfürstlichen Gesandtschaften vornehmen, damit es „ratione praedicati Excellentiae“ zu keinen Schwierigkeiten käme. Man war also bereit, unnötigen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, allein als Windischgrätz am 8. Sep-

123) Levae, S. 185 ff.

124) Ebd.

125) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 260, Ber. 6. 9. f. 555

126) Ebd. f. 562-567

127) Ebd., Weisung 10. 9., f. 568

128) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 261, f. 23

129) Ebd., Weisung 20. 9. 1683 f. 26

130) AE, Mayence XXII, Ber. 20. 9. 1683

131) Reichstagsakt. a. a. O., f. 78

tember seine Ankunft notifizieren ließ, verweigerte er den Kurfürstlichen den Excellenztitel und löste damit geradezu eine automatische Reaktion aus. Die kurfürstlichen Legationssekretäre legten ihm bei der „Gegencomplimentierung“ diesen Titel ebenfalls nicht zu. (132) Wie in Frankfurt stand nun auch hier Forderung gegen Forderung. Als besondere Komplikation kam hinzu, daß Windischgrätz Verjus die Oberhand verweigerte. Die Kurfürstlichen hatten aber dieses Mal einige Trümpfe in der Hand, und sie begannen ihre Gegenmaßnahmen damit, daß sie Windischgrätz als für sein Amt nicht qualifiziert erklärten. Der Prinzipalkommissar mußte traditionsgemäß dem Fürstenstand angehören. Windischgrätz war durch seine Vollmacht dem Bischof von Eichstätt völlig gleichgestellt worden, (133) stand aber nicht in fürstlichem Rang.

Für Kurmainz war es in diesem Fall ein wichtiges Anliegen, zumindest die Beziehungen zwischen der Prinzipalkommission und dem Reichsdirektorium aufrechtzuerhalten. Im übrigen war man bereit, sich den andern Kurfürsten insoweit anzuschließen, wie die notdürftige Aufrechterhaltung des Geschäftsganges nicht gefährdet war. (134) Die Kurfürstlichen vermieden es streng, mit Windischgrätz in Berührung zu kommen, und er mußte auch auf einer Festlichkeit in der kaiserlichen Gesandtschaft feststellen, daß niemand von ihnen erschienen war. Anselm Franz bemühte sich aufrichtig um einen Kompromiß. Als im November der Reichshofsratspräsident von Öttingen nach Mainz kam, drückte er ihm diese Bereitschaft unverhohlen aus. (135) Die mutmaßlichen Gründe des Kaisers faßte er in der folgenden Weise zusammen: (136)

„ . . . suchen die Österreichische nichts andres, als eines theils die Kayserliche Commission auf den Grafen Windischgrätz vestzutellen und dessen tractament nach belieben von denen Churfürstlichen zu erhalten, andern theils aber nur Zeit zu gewinnen und die tractaten mit Franckreich auff die lange bahn zu schieben.“ Es dürfte wohl vor allem letzteres gewesen sein, das die Haltung des Kaisers motivierte. Eine Besetzung der Prinzipalkommission im Widerspruch mit dem Herkommen war jedoch ohne Zweifel ebenfalls als ein Gewinn anzusehen, weil selbstverständlich ein Mann wie Windischgrätz dem Kaiser gegenüber viel abhängiger war, als ein Reichsfürst. (137) Die Fürstlichen machten am 4. Dezember einen Kompromißvorschlag. (138) Man solle Windischgrätz mündlich willkommen heißen, ihm gratulieren, ohne ihm das Reichsgutachten über den Sieg des Kaisers zu überreichen, (139) ihm aber den Excellenztitel zulegen. Eine weitere Möglichkeit wäre, das Reichsgutachten zu übergeben und in der Anrede sowohl den Bischof von Eichstätt als auch Windischgrätz zu nennen und beiden die üblichen Titel zu geben. Allein die Kurfürstlichen lehnten ab. Die erste Lösung hätte auf eine Anerkennung des Grafen verzichtet, ihm aber den Excellenztitel zugebilligt und damit die kurfürstlichen Forderungen präjudiziert. Die zweite wäre darauf hinausgelaufen, sich an die kaiserliche

132) Ebd., Ber. 11. 9., f. 92

133) Die Vollmacht vom 23. 8. befindet sich in den Reichstagsakten a. a. O. f. 103. Über den Rang des Prinzipalkommissars vergl. Moser, Teutsches Staatsrecht, Bd. 43, VI § 41 ff.

134) Reichstagsakt. a. a. O., Weisung 15. 10. f. 104

135) Ebd. f. 290

136) Ebd., Weisung 13. 12. 1683 f. 377

137) Moser nennt als Grund der bis zu seiner Zeit ungebrochenen Tradition ebenfalls, daß der Prinzipalkommissar auch dem Reich verpflichtet sein solle, — a. a. O. § 136.

138) Reichstagsakt. a. a. O., f. 361

139) Reichsgutachten konnten nur dem Prinzipalkommissar ausgehändigt werden.

Prinzipalkommission als Institution „in genere“ zu wenden. Dagegen mußte folgendes geltend gemacht werden: (140) Wenn die Kommissare als ein „corpus“ angesehen wurden, so konnte daraus der Anspruch abgeleitet werden, daß alle, auch der Konkommisar im gleichen Rang stehen. Sie würden damit zunächst sämtlich das gleiche Tractament beanspruchen. Daraus wiederum ergab sich, daß auch an alle drei die Reichsgutachten ausgehändigt werden mußten, das heißt eine Anerkennung des Interimskommissars, die ja gerade im Reichsinteresse zu vermeiden war.

Anselm Franz drängte indessen ständig auf eine schleunige Bereinigung dieser lästigen Streitigkeit, da Gefahr im Verzug liege. (141) Gleichzeitig kam es zu ernsthaften Erwägungen, den Kurverein neu zu festigen, um so im Notfalle der Friedenspartei einen organisatorischen Rahmen zu geben. Kurbrandenburg hatte Anselm Franz von dieser Absicht informiert, da trotz der mittlerweile erfolgten französischen Zugeständnisse die Gegenseite eine „fatale opiniatretät“ zeige. (142)

Die Affäre der Prinzipalkommission wurde noch einige Wochen in die Länge gezogen. Dann kam es zu einer Lösung, die eine kaiserliche Kapitulation bedeutete. Am 24. Januar wurde festgelegt, daß Windischgrätz den Rang eines „Mit-Principal-Repräsentanten“ haben und mit „Hochwohlgeborener Herr“ angeredet werden solle. (143) Friedrich Wilhelm hatte in seinem Schreiben angedeutet, das wichtigste Hindernis sei nun beseitigt, da Frankreich auch mit Spanien zu verhandeln bereit war. Hatte es Frankreich bisher zu vermeiden gesucht, daß auch Spanien in den Stillstand einbezogen würde, so sah es sich nun in der Notwendigkeit, auch über die spanischen Niederlande in eine Konferenz einzutreten. Seit dem Beginn der Feindseligkeiten hatte Wilhelm von Oranien alles versucht, um die Generalstaaten zum Eingreifen zu veranlassen. (144) Sie planten dann auch die Aushebung von 16.000 Mann, boten aber Ludwig XIV. gleichzeitig zusammen mit England ihre Vermittlung an. Dieser erklärte sich am 10. Dezember damit einverstanden, (145) wenn ein Waffenstillstand bis zum 1. Februar 1684 zu den von ihm gestellten Bedingungen abgeschlossen würde. Zwar war noch keine Rede davon, daß die Verträge mit dem Reich und Spanien gleichzeitig ausgehandelt werden sollten oder voneinander abhängig wären, allein man war dem Prinzip des Generalstillstandes ein gutes Stück näher gekommen, und es ist wohl nicht unberechtigt, hier ebenfalls ein französisches Einlenken zu sehen.

In dem folgenden Jahre 1684 verringert sich die Bedeutung des Reichstags. Mochte seit Beginn der Reunionen bis zum Jahre 1683 die Friedensfrage als eine Angelegenheit erschienen sein, die nur das Reich und Frankreich anging, so hatte sich bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eine Entwicklung angebahnt, die mehr und mehr die meisten europäischen Staaten in diesen Problemkreis eintreten ließ. Im Februar sollte die Haager Konferenz zusammentreten, die für die

140) Reichstagsakt. a. a. O., f. 407

141) Ebd., Weisung 14. 12. f. 482

142) Ebd., Weisung 17. 12. f. 413. Eine Erneuerung des Kurvereins wurde bereits 1682 von Brandenburg angeregt, um die kurfürstlichen Prärogativen zu wahren. — Reichstagsakt. Fasz. 256, Bd. I, f. 123, vergl. auch Londorp XI, S. 484-485; MEA, Reichstagsakt. Fasz. 261, Friedrich Wilhelm an Anselm Franz 24. 11. 1683 f. 477 ff.

143) Moser a. a. O. § 41. Der Prinzipalkommissar wurde mit „Höchstsehnlich“ angeredet.

144) Pagès, S. 515

145) Levaë, S. 190

Erhaltung des Friedens von einschneidender Bedeutung war. Gleichzeitig verliert die Haltung der einzelnen kleinen deutschen Staaten an Wichtigkeit, da nun die eigentliche Lösung auf europäischer Ebene erfolgen sollte. Die Beschlüsse vom 31. August 1683 hatten zumindest in großen Zügen den Weg abgesteckt, auf dem das Reich den Frieden zu sichern bereit war. Allerdings blieben die Fragen „quomodo“ und „quamdiu“ unbeantwortet. Aber auch hier wird es sich zeigen, daß die wesentlichen Entscheidungen darüber nicht in Regensburg fielen.

Bereits bevor das Haager Treffen begann, hatte Frankreich sich seines einflußreichsten Bundesgenossen in Deutschland erneut versichert. Die Allianz vom 18. Januar festigte weiter die Bindungen zwischen Versailles und Berlin. (146) Wenn Friedrich Wilhelm auch nur noch mit halbem Herzen den bisherigen Weg verfolgte, so war er doch entschlossen, den Waffenstillstand herbeizuführen. Daher verweigerte er erneut dem Kaiser die erbetene Unterstützung gegen die Türken und schrieb auch Anselm Franz, um ihn in seinen „guten“ Gefühlen zu bestärken. (147)

Am 5. Februar versammelten sich in den Haag zum ersten Mal Vertreter des Kaisers, Bayerns, Spaniens, Schwedens, Lüneburgs, des fränkischen Kreises und der Generalstaaten. (148) Spanien drängte darauf, in seinem Kampf gegen die französische Hegemonie unterstützt zu werden und drohte damit, im Notfall die ganzen niederländischen Besitzungen an Frankreich abzutreten. Für die Generalstaaten jedoch war es eine wenig angenehme Aussicht, so die „Barriere“ schwinden zu sehen und Ludwig XIV. zum unmittelbaren Nachbarn zu bekommen. Der französische Gesandte d'Avaux veröffentlichte daher am 17. ein Memorial, welches das Angebot enthielt, Frankreich wolle auch mit Spanien ähnlich wie mit dem Reich einen zwanzigjährigen Waffenstillstand schließen. Diese Bedingungen jedoch mußten innerhalb von zwei Monaten angenommen werden. Vor allem in den Generalstaaten fand dies Angebot in weiten Kreisen Anklang, denn man hatte wenig Lust, sich in einen Krieg zwischen Spanien und Frankreich hineinziehen zu lassen. Wilhelm von Oranien dagegen drängte zum Krieg, und es kam darüber zu sehr heftigen Differenzen zwischen ihm und vornehmlich der Stadt Amsterdam, in die sich auch Kurbrandenburg als Vermittler einzuschalten suchte. (149) Indessen faßte der Kongreß am 9. März einen Beschluß, demzufolge Frankreich ein gewisser Gebietsgewinn überlassen werden sollte. Dahingegen sollte eine Waffenruhe von zwei bis drei Monaten vereinbart werden. Man entschied weiterhin, daß die Alliierten mit Rüstungen beginnen sollten, wenn Frankreich diese Vorschläge ablehnen würde. Allein die Aussichten für ihre Verwirklichung waren nicht sehr groß, und d'Avaux bezeichnete das Projekt als „fort beau sur le papier, mais fort imaginaire.“ (150) Die Alliierten ließen wenig später ein Waffenstillstandsangebot von sieben oder acht Jahren folgen und wiederholten ihre Zustimmung zu gewissen Abtretungen. Der darauf erfolgende Gegenvorschlag Frankreichs bot erneut einen Waffenstillstand von zwanzig Jahren an und forderte die Erhaltung des augenblicklichen Besitzstandes.

146) Pagès, S. 510, sowie Mörner, S. 731 ff.

147) Londorp XII, S. 37 ebd. befindet sich die Antwort aus Mainz.

148) Levae, S. 203 ff.

149) Pagès, S. 518

150) Sagnac-St. Léger, S. 269 u. Levae, S. 220 f.

In Regensburg hatte Verjus in einem Memorial vom 3. März das gleiche Angebot gemacht und die Bereitschaft seines Königs versichert, sich auch mit einer Frist von fünfundzwanzig oder sogar dreißig Jahren zufrieden zu geben und gleichzeitig mit dem Reich und Spanien zu verhandeln und einen Abschluß vorzunehmen. (151) Das französische Entgegenkommen fand so eine erneute Bestätigung. Die Interessen des habsburgischen Gesamthauses standen nicht länger einem Vertragsschluß hindernd im Wege. Wenn der Vorschlag auch vor dem Haager Memorial d'Avaux's veröffentlicht wurde, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß auch in der Schrift Verjus eine Reaktion auf den Druck des Kongresses gesehen werden kann. Am schnellsten antwortete das Kurfürstenkolleg, indem es in Weiterführung seiner bisherigen Politik die Frist von zwanzig Jahren annahm. (152) Auch bei dieser Gelegenheit hat Kurmainz wiederum sein möglichstes getan, um dem Stillstand näherzukommen, ohne sich allzusehr zu kompromittieren. Foucher schrieb anerkennend: „Cette cour — cy n'obmet rien de ce qui peut dépendre d'elle pour avancer la paix ou la trêve entre Sa Majesté et l'Empereur.“ (153) Er hatte es nicht versäumt, in Mainz darauf hinzuweisen, daß in den Haag über Fragen beraten wurde, die das gesamte Reich angingen, daß die Kongreßteilnehmer sich somit eines Eingriffs in die Kompetenzen des Reichstags und damit des Reichsdirektoriums schuldig gemacht hatten. Mit Befriedigung konnte er am 25. April berichten, die Kurfürsten planten ein Schreiben an den Kaiser, in dem sie dagegen Einspruch erhoben. (154) Frankreich glaubte, nicht länger auf entschiedenes militärisches Vorgehen verzichten zu können und ließ durch eine Note vom 29. April ankündigen, es werde zur Belagerung Luxemburgs schreiten. Sollte die Festung bis zum 20. Mai freiwillig übergeben werden, könne die Rückgabe von Courtrai und Dixmuiden erfolgen. In der Schrift wurde weiterhin festgestellt, daß man die Generalstaaten von dem Augenblick als kriegführende Macht behandeln werde, in dem die holländischen Truppen in den Barrierefestungen über ihre Besatzungsaufgaben hinausgehen würden. (155) Am 28. April bereits begann Crequy mit der Einschließung Luxemburgs. Die Verhandlungen am Reichstag drohten erneut zu scheitern, da man in der Bedrohung Luxemburgs mit Recht auch eine Gefährdung des Reiches sah. De la Neuveforge stellte am 16. Mai fest:

„Il faudra bongré (sic) malgré qu'enfin tost ou tard tout vienne au sort des armes.“ (156) Am 22. legte er dem Reichsdirektorium ein Memorial vor, das das Reich von der dringenden Gefahr für Luxemburg informierte. Allein Scheffer verzögerte seine Diktatur, indem er es zur Prüfung nach Mainz sandte. (157) Zusammen mit seinem pfälzischen Kollegen gab er sich den Anschein, wegen des zu erwartenden Falles von Luxemburg nicht allzu besorgt zu sein. Es sei für das Reich nicht von entscheidender Bedeutung, ob die Festung in spanischer Hand bleibe oder nicht. Vielmehr würde sich Frankreich erneut auf Spanien stützen, nachdem die Niederlande wehrlos gemacht wären, um den Krieg vielleicht sogar in die spanischen Kolonien zu tragen. (158) Nach zähem Widerstand kapitulierte der Kommandant von Luxemburg am

151) Londorp XII, S. 69

152) Ebd. Kurfürstl. Konklusum 24. 3. 1684, S. 76

153) AE, Mayence XXIII, Schreiben Fouchers an Colbert de Croissy 26. 3. 1684.

154) AE, a. a. O. Das Schreiben ist veröffentlicht bei Londorp XII, S. 81. Es wurde am 29. 4. abgesandt.

155) Levae, S. 228

156) Ebd., S. 259

157) AE, Allemagne 306, Ber. 28. 5. 1684

158) Ber. Neuveforge 18. 5. 1684 — Levae, S. 233

3. Juni. Am 12. noch stellte die kaiserliche Kommission dem Direktorium ein Dekret zu, das einer Kriegserklärung des Kaisers an Frankreich gleichkam. (159) Verjus zumindest wertete es als solche. (160) Offenbar war die Nachricht vom Fall der Festung noch nicht bis nach Regensburg gelangt. Unter Berufung auf die Wahlkapitulation erklärte die Kommission, der Kaiser habe sich entschlossen, „mit und neben Dero hohen Alliierten inn und ausser des Römischen Reichs mehrgedachten Platz mit allen von dem Allmächtigsten Schützer der gerechten Sache verliehenen Kräfften und Mitteln zu Hülf zu kommen.“ Das Dekret gipfelte in dem Aufruf, der Gefährdung des ganzen Reiches und der weiteren Ausdehnung Frankreichs „nach altem Teutschen Löwen-Muth vorzukommen“ und eine „beherzte Resolution in arma“ zu fassen. Der Reichskrieg stand somit unmittelbar bevor. In diesem Augenblick lag es bei dem Mainzer Direktorium, eine Entscheidung von weitesttragender Bedeutung zu treffen. Die kaiserliche Kommission drängte Scheffer heftig, das Dekret unmittelbar zur Diktatur zu bringen. Allein, getreu seinen früheren Instruktionen, einen Reichskrieg auf jeden Fall zu unterbinden, sandte Scheffer das Schriftstück zur Billigung nach Mainz. (161) Für beide Seiten ging es nun um Tage. Kam die Reichskriegserklärung nicht in kürzester Frist zustande, so war es aussichtslos, Frankreich anzugreifen, wenn es im Besitz Luxemburgs war. Verjus dagegen erwartete von Holland eine endgültige Entscheidung für den Frieden. Wenn sie einmal gefallen war, so durfte er erwarten, der Kaiser würde sich nicht gegen den Willen seiner Verbündeten zum Krieg entschließen.

In Mainz hatte man mit höchstem Interesse die Verhandlungen d'Avaux's verfolgt. (162) Hier hatte man auch bereits Kenntnis von der Übergabe Luxemburgs, und so war man entschieden, als am 15. Juni das Kommissionsdekret eintraf, seine Diktatur zu unterbinden oder doch solange hinauszuzögern, bis die unmittelbare Gefahr behoben war. (163) Scheffer ließ sich also damit Zeit bis zum 23. Juni, bis zu einem Augenblick, in dem es seinen Sinn verloren hatte, denn vier Tage später bereits ließ er die Diktatur des Kommissionsdekrets über die Einnahme Luxemburgs folgen. Zwar forderte die Kommission auch hier noch einmal die Bereitstellung von Truppen, aber sie mußte gleichzeitig zumindest einen zehnjährigen Waffenstillstand anbieten. (164) Bereits am 15. hatte Verjus die Regensburger Versammlung von dem neuen Machtgewinn seines Königs unterrichtet, und er schrieb: Je crois que la prise de Luxembourg fera faire de sages réflexions et on m'a dit qu'hier à l'hostel de

159) Pachner von Eggenstorff II, S. 485

160) AE, Allemagne 307, Ber. 17. 6. 1684

161) AE, Allemagne 307, Ber. 17. 6.: „La Commission Impériale a fait vivement presser avec de grandes instances et à différentes reprises le Directeur de Mayence de communiquer incessamment ce décret par la dictature et elle ne s'est voulu contenter d'aucune des raisons que ce Ministre luy a alléguées pour s'en exempter. J'ay pourtant pensé qu'il estoit à propos d'esloigner cette dictature autant qu'il seroit possible parce que j'ay regardé ce décret comme une espèce de manifeste ou plutost comme le signal pour la marche des Troupes de Bavière et des autres associez de l'Empire et pour montrer aux Hollandois que c'estoit tout de bon que l'Empereur vouloit entrer en action contre la France sans pouvoir estre empesché par la crainte des Turcs ny par la considération des alliances qu'il a faites contre eux (die „Heilige Liga“ vom März 1684). Ainsy j'ay cru qu'il falloit laisser le temps aux Hollandois de prendre leur résolution et de donner leur réponse à Mr. d'Avaux dans le terme, qu'il leur a marqué, avant que ce décret de l'Empereur soit rendu public.“

162) AE, Mayence XXIII, Ber. 12. 6. 1684

163) Ebd., Ber. 19. 6.

164) Pachner von Eggenstorff II, S. 492

ville beaucoup d'esprits, mesme des Autrichiens, commençoient de paroistre plus modérez et plus traittables.“ (165) Der Bischof von Bamberg äußerte zu dem gleichen Gegenstand: „Nachdem nun solche (die Coniuncturen) in einen vil gefährlicheren stand gerathen und nunmehr auff die Quaestion anlauffet, ob man sich danoch, da Franckreich durch disen considerabeln Ort sowol am obern als am untern Rhein in mehrer Sicherheit und formidabilität, zumahlen aber auch in solcher vorteilhaftiger macht und postur stehet, dem Reich, wann es nur will, bey dessen jetzigen fataln constitutionen, und ehe man de mediis, modo et capite militandi vergleiche, bis in das innerste einzutringen.“ (166) Die Angst vor Frankreich wurde bestärkt durch die Beschießung Genuas im Mai 1684. (167) Auch auf dem Gebiet des Reiches selbst hatte Frankreich einen neuen Einschüchterungsversuch unternommen, indem es in der ersten Junihälfte durch massiven militärischen Druck den Trierer Kurfürsten dazu zwang, die Befestigungen von Trier schleifen zu lassen. (168) Anselm Franz zeigte sich darüber ernstlich besorgt und schlen für Mainz ein ähnliches Schicksal zu befürchten.

Zwei Tage nach der Eroberung Luxemburgs präsentierte d'Avaux den Generalstaaten ein neues Memorial. Es wiederholte das Angebot vom 29. April, Spanien Courtrai und Dixmuiden zurückzugeben, wenn es sich mit der Abtretung der bis zum 20. August 1683 besetzten Gebiete und Luxemburgs bereitfände. Allerdings hielt sich Ludwig XIV. nur bis zwölf Tage nach der Einnahme Luxemburgs an dieses Angebot gebunden. (169) Am 9. August entschlossen sich daher die Generalstaaten, zusammen mit ihren Alliierten oder auch alleine mit Frankreich zu verhandeln. Bereits vorher hatte Amsterdam damit gedroht, eher aus der Union auszutreten, als sich in einen Krieg verwickeln zu lassen. (170) Gegen den Widerstand Wilhelms von Oranien unterzeichnete Holland am 23. Juni ein Übereinkommen mit d'Avaux: Man würde den spanischen König zwingen, die Bedingungen Frankreichs anzunehmen. Wenn Spanien ablehnte, wollten die Generalstaaten ihre Truppen aus dessen Besitzungen abziehen. Das Reich wurde aufgefordert, sich in gleicher Weise umgehend mit Frankreich zu einigen. (171) Unmittelbar nach der Unterzeichnung dieses Abkommens löste sich der Haager Kongreß auf. Nachdem die Holländer sich mit Frankreich geeinigt hatten, blieb Spanien und dem Reich keine andere Wahl, als sich ebenfalls zu Abmachungen mit Frankreich zu verstehen. Den Ständen des Reichs blieb lediglich die Möglichkeit, unter dem Zwang von außen her ihre Zustimmung zu erklären.

Die französische Diplomatie gab sich damit nicht zufrieden, sondern sie bemühte sich, auch die einflußreichsten Vertreter des Widerstands im Reich unmittelbar unter Druck zu setzen. Seit dem Frühjahr versuchte Frankreich beständig, Brandenburg für einen Krieg gegen die Herzöge von Braunschweig zu gewinnen. (172) Nachdem es eine Zeitlang so ausgesehen hatte, als ob es zu einer Einigung mit

165) AE, Allemagne a. a. O.

166) Fester, Augsburger Allianz, Anh. S. II.

167) Sagnac-St. Léger, S. 270

168) AE, Mayence XXIII, Ber. 19. 6. u. 26. 6., Pagès, S. 526 u. Erdmannsdörffer, a. a. O., S. 653.

169) Levae, S. 246

170) Ebd., S. 243

171) Sagnac-St. Léger, S. 271

172) Pagès, S. 522 ff.

ihnen käme, berichtete Rébénac am 23. Mai, der Kurfürst treffe ernsthafte Kriegsvorbereitungen. (173) Er fügte am 27. hinzu, der Krieg sei beschlossene Sache. Am 22. hatte er die Weisung erhalten, Brandenburg zu drängen, zusammen mit Dänemark die Herzöge anzugreifen. (174) Man hielt die Mittel bereit, um Friedrich Wilhelm außerordentliche Subsidien zu zahlen, sobald die Meldung von Beginn der Operationen einträfe. De Groote kam am 17. Juni nach Berlin und erklärte Rébénac, die Herzöge seien mit allem einverstanden, was Ludwig XIV. für den Waffenstillstand wünschen könnte. (175) Daher widerrief dieser am 6. Juli alle vorhergehenden Befehle und bestimmte, daß im Interesse des Friedens alle gegen die Braunschweiger gerichteten Aktionen zu unterbleiben hätten. (176) Wenn so auch in letzter Stunde das Unternehmen abgeblasen wurde, so muß doch festgehalten werden, daß in diesen Tagen im Norden des Reiches ein Krieg unmittelbar bevorstand, der die wichtigsten Bundesgenossen des Kaisers im Fürstenkolleg für ihn wertlos machte. Die Verhandlungen Verjus konnten dadurch nur erleichtert werden.

Bereits im Februar hatte er Verbindung mit der kaiserlichen Kommission aufgenommen, um die Vollmachten zu vergleichen. (177) Es war zu verschiedenen Differenzen gekommen, weil die kaiserliche Vollmacht vom 23. August 1683 den Vorwurf enthielt, Frankreich habe den Abbruch des Frankfurter Kongresses verschuldet. Weiterhin waren auch die Bundesgenossen des Kaisers erwähnt worden. Verjus hatte dagegen Einspruch erhoben, um jede Andeutung eines Universalstillstandes zu vermeiden. (178) Am 15. April hatte man sich geeinigt, eine gemeinsame Vollmacht auszuarbeiten und einen „Pakt“ abgeschlossen, sie innerhalb einer gewissen Zeit vorzulegen. Trotzdem zogen sich die Verhandlungen hin, bis man sich auf beiden Seiten dazu verstand, die Angelegenheit beiseite zu legen und zunächst über die Hauptsache zu debattieren. (179) Auf diesem Gebiet aber war eine Einigung immer noch nicht abzusehen. Am 17. Juni bestätigten die Kurfürsten ihr Konklusum vom 24. März und stimmten erneut für einen Waffenstillstand von 20 Jahren. (180) Das fürstliche Konklusum vom gleichen Tage dagegen forderte die Einbeziehung nicht nur aller zehn Reichskreise, (auch des burgundischen) sondern auch sämtlicher Alliierten. Es sprach sich ferner für eine Regelung der „Realgarantie“ aus, das heißt für die Aufstellung einer Reichsarmee von 40-60.000 Mann. (181)

Da kam es zu den großen Veränderungen, die bereits beschrieben wurden, der Einnahme Luxemburgs, dem Abfall der Generalstaaten und dem Einlenken der braunschweigischen Herzöge. Sie fanden ihren Niederschlag in dem Kommissionsdekret vom 27. Juni, das sich zumindest mit einem Stillstand von 10 Jahren einverstanden erklären mußte. Es bedeutete auch insofern ein Nachgeben des Kaisers, als er sich ausdrücklich auf die Beschlüsse der Kurfürsten berief und sich deren Formulierungen bediente. (182)

173) Prutz, Aus des Großen Kurfürsten letzten Tagen, Anh. Nr. 21

174) Ebd. Nr. 24

175) Ebd. Nr. 26

176) Ebd. Nr. 27

177) AE, Trêve, S. 115 ff.

178) Ebd., S. 118

179) Ebd., S. 131, vergl. zum Problem der Vollmachten auch Londorp XII, S. 90 ff.

180) Ebd., S. 87

181) Ebd.

182) AE, Allemagne 307, Ber. 29. 6. 1684

Allein noch einmal schien es, als ob die Kriegspartei doch noch den entscheidenden Schritt wagen sollte. Hessen-Kassel und der fränkische Kreis machten Anstalten, um Truppen an den Rhein zu beordern. Anselm Franz hatte den Oberhofmarschall von Schönborn nach Nürnberg gesandt, damit er sich an Ort und Stelle über die Pläne informiere. (183) Etwas später reiste Foucher nach Würzburg und Bamberg und erhielt von beiden Bischöfen die Versicherung, daß sie einen sofortigen Waffenstillstand wünschten. (184) Vorher bereits hatte Anselm Franz erklärt, er werde es auf keinen Fall dulden, daß diese Truppen sein Territorium beträten. Am 11. Juli sah Foucher diese Projekte endgültig als gescheitert an. (185) In Mainz jedoch zeigte man sich so besorgt, daß der Kurfürst den französischen Gesandten bewog, durch einen Sonderkurier diese Nachricht nach Versailles bringen zu lassen, damit man dort keine Gegenmaßnahmen beschloß. (186) Man bemühte sich am Mainzer Hof auch sonst, alles aus dem Wege zu räumen, was dem Abkommen noch im Weg stehen konnte. So verweigerte Scheffer die Annahme eines Trierer Memorials gegen die französischen Übergriffe, weil er zwischen den Zeilen eine Aufforderung zu lesen glaubte, Gewalt durch Gewalt zu vergelten. (187) Ein weiterer Beschluß des Kurfürstenkollegs vom 12. Juli kam der Gegenseite insofern entgegen, als er sich damit einverstanden zeigte, das ganze Reich, das heißt alle zehn Kreise in das Abkommen mit Frankreich einzuschließen. (188) Die kaiserliche Kommission antwortete darauf am 20. mit einem Dekret, das auch einer Frist von mehr als zehn Jahren zustimmte, aber auf seinem Verlangen beharrte, Spanien mit allen Besitzungen, den gesamten Norden und Italien in den Waffenstillstand aufzunehmen. (189) Dagegen sollte Luxemburg provisorisch in französischer Hand verbleiben. Für die Einbeziehung des gesamten Nordens sprach vor allem Schweden, das sich damit gegen die Eroberungsgelüste des Brandenburgers zu sichern wünschte. (190) Dagegen ließen sich die Kurfürstlichen vernehmen, sie würden niemals die Sicherung des Reiches von Schweden abhängig machen. (191) Für die Ausdehnung auf Italien dagegen sprachen das Interesse Spaniens im allgemeinen sowie gewisse Abmachungen mit Genua. (192)

Verjus war am 7. Juli für den Abschluß instruiert worden. (193) Die Weisung erhob die alten territorialen Forderungen und verlangte, das Reich solle dem König ihre Nutznießung (*jouissance*) für zwanzig Jahre zugestehen. Verjus sollte seine Aufmerksamkeit vor allem darauf richten, daß die Souveränitätsrechte in keiner Weise eingeschränkt würden, und daß Frankreich vor allem die Freiheit zugestanden würde,

183) AE, Mayence XXIII, Ber. 12. 6.

184) Ebd., Ber. 29. 7. Bei dieser Mission war ein jüngerer Bruder Schönborns für Foucher sehr nützlich, da er beiden Kapiteln angehörte. Offenbar handelte es sich um den späteren Kurfürsten von Mainz, Lothar Franz. Foucher riet, sich ihm gegenüber verbindlich zu zeigen, da er es in der Zukunft zu einiger Bedeutung bringen könnte. — Ber. 15. 7. 1684 —.

185) Ebd., Ber. 11. 7.

186) Ebd., Sonderdepesche 15. 7.

187) AE, Allemagne 307, Ber. 3. 7.

188) Londorp XII, S. 84

189) Ebd., S. 95

190) AE, a. a. O., Ber. 16. 7.

191) Ebd.

192) AE, Trève, S. 150

193) AE, Allemagne 307, Weisung 7. 7.

in den abgetretenen Territorien Befestigungen anzulegen. (194) In der Religionsfrage war er ermächtigt, das zu bewilligen, was im Westfälischen Frieden festgelegt worden war und den Besitz der Kirchen zu garantieren. Der Gesandte veröffentlichte daraufhin ein Memorial über diese Bedingungen und stellte dem Reichstag eine Frist von einem Monat nach der Unterzeichnung des Vertrags mit Holland vom 29. Juni. (195) Das Ultimatum wurde dann für den 15. August festgelegt. Hatte sich bei der Erklärung vom 12. Juli Bayern für kurze Zeit mit dem gesamten Kurfürstenkolleg konformiert und den Grundsatz der Universalität aufgegeben, so griff es wenig später erneut darauf zurück, während die Haltung Sachsens unsicher blieb. (196) Das Fürstenkolleg konnte daher noch einmal diesen Anspruch erheben. (197) Allein das Reichsgutachten vom 26. Juli mußte ihn fallenlassen und sich mit der nominellen Einbeziehung Spaniens begnügen. (198) Auf Grund dieses Beschlusses wurden die Vorschläge des Reichs vom 30. Juli ausgearbeitet. (199) Sie erklärten ihr Einverständnis mit dem Waffenstillstand unter folgenden Bedingungen:

1. Grundlage des Abkommens sind die Verträge von Münster und Nimwegen, als ob sie Wort für Wort darin aufgenommen wären. Sie gelten für das ganze Reich, insbesondere für den kurrheinischen, den oberrheinischen und den burgundischen Kreis die kaiserlichen Erblande und die gesamten europäischen Besitzungen Spaniens.
2. Der französische König gibt alles zurück, was nach dem 1. August 1681 besetzt worden ist, ausgenommen Straßburg, seine Befestigungen und die Kehler Schanze.
3. Er übt in den provisorisch überlassenen Gebieten die Oberherrschaft in der gleichen Weise aus, wie es der Kaiser getan hat, das heißt, jeglicher Besitz bleibt Eigentum seines vorigen Herrn. Die übrigen Lehen müssen von denjenigen empfangen werden, die sie zu vergeben haben.
4. Die Eigentümer eines Besitzes behalten in „Ecclesiasticis et Politicis“ diejenigen Rechte, die ihnen der Westfälische Friede gewährt, und die sie vor den Reunionen ausgeübt haben.
5. Bereits erfolgte Veränderungen werden beseitigt und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt. Die kirchlichen Verhältnisse werden im Stand von 1624 belassen. Alle Rechte und Nutzungen „tam in civilibus quam in criminalibus“ werden nicht beeinträchtigt.
6. Die Grenzen zwischen dem Reich und Frankreich, so wie sie sich aus Obigem ergeben, sind unverzüglich zu bestimmen.
7. Friedensverhandlungen sind sofort aufzunehmen. Nach ihrem Abschluß wird das vorliegende Abkommen hinfällig.
8. Frankreich verzichtet auf alle weiteren Ansprüche.

194) Ebd.: „Vous prenez garde qu'il ne soit rien inséré qui puisse restreindre lesdits droits de souveraineté ou y donner la moindre atteinte et encore moins m'oster la liberté de fortifier dans les pays qui restent telle place qu'il me plaira.“

195) Londorp XII, S. 98

196) AE, a. a. O., Ber. 12. 7. 1684

197) Londorp XII, S. 99

198) Ebd., S. 102

199) Ebd., S. 106 ff.

9. Der Handel zwischen dem Reich und den an Frankreich abgetretenen Gebieten bleibt frei. Es werden keine neuen Zölle angelegt und die öffentlichen Lasten nicht erhöht. Alle Veränderungen auf diesem Gebiet, die seit dem Nimwegischen Frieden vorgenommen wurden, werden beseitigt.
10. In den provisorisch abgetretenen Gebieten werden keine neuen Befestigungen angelegt und die alten nicht erweitert. Auch auf diesem Gebiet ist alles wieder in den Zustand vor der Besetzung zurückzusetzen, somit sind alle Befestigungsbauten links- und rechtsrheinisch einzustellen. Einquartierungen und Truppendurchzüge in den betroffenen Gebieten sind nach den Vorschriften der Reichsverfassung vorzunehmen.
11. Prozesse bleiben bei demjenigen Gericht, bei dem die Sache vor den Reunionen anhängig war. Verträge zwischen Untertanen des Reiches und des französischen Königs behalten ihre Gültigkeit.
12. Es bleibt dem Römischen Reich frei, für den Waffenstillstand eine Realgarantie vorzunehmen und andere christliche Mächte einzubeziehen, das heißt, die Reichsbewaffnung herbeizuführen, um die Einhaltung des Vertrags zu sichern und mit auswärtigen Mächten zu diesem Zweck Bündnisse abzuschließen.
13. Die Realgarantie kann auch auf Spanien ausgedehnt werden.
14. Drei Monate nach dem Abschluß des Vertrages muß die beiderseitige Ratifikation erfolgt sein.
15. Aus dem Stillstand entstehende Streitigkeiten sind durch freundschaftliche Verhandlungen beizulegen.

Für Frankreich wäre ein Stillstand zu diesen Bedingungen recht unvorteilhaft gewesen. In seiner Kritik wandte sich Verjus zunächst gegen die Nennung der zehn Reichskreise. (200)

Einer allgemeinen Formel gab er entschieden den Vorzug. Sollte dies jedoch nicht zu erzwingen sein, wäre die Klausel einzufügen, daß für den burgundischen Kreis die Regelung des Münsterer Vertrages gelte. (201) Wollte sich Frankreich die Hände nicht binden lassen, so muß dies wohl im Zusammenhang mit der spanischen Erbfrage gesehen werden. Es hatte sich bereits im Devolutionskrieg gezeigt, daß Frankreich besonders an diesen Gebieten interessiert war. Der Münsterer Vertrag hatte die Reichsmitgliedschaft des burgundischen Kreises von der Regelung der Streitigkeiten mit Spanien abhängig gemacht. Zwar gibt die Korrespondenz Verjus keinen direkten Hinweis auf solche Pläne, aber er hoffte vielleicht, daß sich aus dieser Bestimmung auch für die Zukunft ein Rechtsanspruch ableiten ließ, zumal sie die „*controversias inter Galliam Hispaniamque*“ nicht näher definiert hatte. Weiterhin wünschte Verjus, daß zunächst als Regel all das genannt würde, was dem König abgetreten werden sollte. Dann erst könnte die Bestimmung folgen, daß diejenigen, die dem König den Untertaneneid leisteten, im Genuß ihrer Einkünfte verbleiben sollten. Der 5. Artikel mit der Bestimmung, daß alles in dem Zustand vor der Reunion wiederhergestellt werden sollte, wäre völlig zu streichen. Schließlich dürfte der im 8. Artikel ausgesprochene Verzicht auf weitere Ansprüche Frankreichs nur

200) AE, Allemagne 307, Ber. 17. 7. 1684 — Die Vorschläge des Reichs waren Verjus bereits zu diesem Zeitpunkt durch das Reichsdirektorium inoffiziell bekanntgegeben worden.

201) Vergl. Abschn. 2, Anm. 30

als vorläufig, nicht aber als endgültig formuliert werden. In Versailles bemängelte man vor allem den Artikel 3 über die Souveränität und widersetzte sich entschieden dem Wunsch, daß die Souveränität nur so ausgeübt werden sollte, wie es bis dahin der Kaiser getan hatte. (202) Bereits vorher war bekanntlich Verjus befohlen worden, auf keinen Fall einem Befestigungsverbot zuzustimmen. So unterbreitete er der kaiserlichen Kommission am 1. August französische Vorschläge, die sich von denen des Reichs erheblich unterschieden. (203)

Der Artikel 1, wesentlich kürzer gefaßt, enthielt die Zustimmung von Kaiser und Reich zu dem zwanzigjährigen Stillstand.

2. Während dieser Zeit soll eine ungetrübte Freundschaft zwischen dem Reich und der französischen Krone herrschen, die durch keinerlei Feindseligkeiten beeinträchtigt würde.

3. Während dieser Frist bleibt der französische König im Besitz der abzutretenden Gebiete, die, abgesehen von Straßburg, nicht näher bezeichnet werden. Damit also wurde die Abtretung als Regel vorangestellt, und es folgt

4. die Bestimmung, daß die seit dem 1. August 1681 erfolgten Reunionen ungültig seien.

5. Allen Grundbesitzern und Lehensträgern werden ihre Eigentumsrechte (*droits de propriété*) und Einkünfte gewährleistet, wenn sie einen Untertaneneid ablegen.

6. Protestanten und Reformierten wird freie Religionsausübung garantiert. Sie bleiben im Genuß des Besitzes und der Einkünfte, die zum Unterhalt der Geistlichen, der Kirchen oder andern Zwecken bestimmt sind.

7. Nach der Ratifizierung sind Kommissare für die Grenzziehung zu benennen. Es fehlte also auch eine Regelung für die Frage des Handels der abgetretenen Territorien mit dem Reich, da inzwischen im Elsaß einige Neuerungen erfolgt waren, deren Aufrechterhaltung der französischen Wirtschaftspolitik von Wichtigkeit schien. (204) Ebensowenig war Verjus auf die Wünsche des Reichs betreffend die gerichtliche Zuständigkeit eingegangen, denn damit wäre eine Einmischung deutscher Jurisdiktion in zumindest provisorisch französischen Territorien in erheblichem Maß möglich geworden. Auch die Generalgarantie wurde mit keinem Wort erwähnt. Vor allem aber von dem Einschluß Spaniens war keine Rede.

Seit dem 27. Juli waren die Gespräche zwischen Verjus und der kaiserlichen Kommission im Gange. Am 8. August trat man in regelrechte Konferenzen ein, die im Dominikanerkloster stattfanden. Auch hier kam es wiederum zu Protokollschwierigkeiten, da Verjus nicht den beiden kaiserlichen Vertretern gleichmäßig gegenüber sitzen konnte. Man griff zu einer etwas komplizierten Lösung, indem Verjus und die Kaiserlichen getrennte Räume bezogen, und alle Äußerungen von Vermittlern überbracht wurden. (205)

Mit dieser Aufgabe wurden Frischmann, der Sekretär Verjus, und Burkhard, ein Rat des Bischofs von Eichstätt, betraut. (206) Man begann mit den Verhandlungen über

202) AE, a. a. O., Weisung 23. 7. 1684

203) Londorp XII, S. 108 ff.

204) Livet, S. 513 ff.

205) AE, Trêve, S. 173

206) Ebd., S. 174

Spanien, da der spanische König den Kaiser ermächtigt hatte, in seinem Namen zu verhandeln. (207) Am 9. August bereits erfolgte die Einigung gemäß den Haager Abmachungen vom 29. Juni. (208) Die Verhandlungen über den Stillstand mit dem Reich dagegen sollten sich als wesentlich schwieriger erweisen.

Hatte Frankreich im Juli zunächst eine gewisse Nachgiebigkeit im Hinblick auf das Ultimatum gezeigt, (209) so erfolgte bereits in den letzten Tagen des Monats eine Verschärfung. Da Spanien endgültig zur Einigung bereit war, wünschte Ludwig XIV. in den ersten Augusttagen zu wissen, woran er sei, um entweder seine Truppen zu entlassen oder aber „pour commencer d'agir contre ceux qui voudront encore apporter du retardement à l'affermissement de la Paix“. (210) Eine offene Drohung enthielt die Weisung vom 2. August. (211)

„Je ne prétends pas me laisser plus longtemps amuser d'une négociation si captieuse et comme j'envoie le Maréchal de Schomberg en Alsace avec vingt mil chevaux afin qu'il soit en estat de prendre ses mesures pour l'exécution de mes ordres au cas que l'Empire n'ait pas traité avec vous dans le temps, que je vous ay marqué, c'est — à — dire le 15 de ce mois au plus tard, (212) mon intention est que vous fassiez connoître au lieu où vous estes, que vous n'avez aucun pouvoir d'écouter les propositions de nouveau délai, mais seulement ordre d'informer incessamment le Maréchal de Schomberg de ce que vous avez fait et je vous ordonne aussy de luy en escrire directement à Strasbourg où il sera bientôt et de me donner avis par le mesme courrier de tout ce qui se sera passé dans les dernières délibérations de la diette.“

Am 10. August war der Vertrag mit Spanien um Mitternacht unterzeichnet worden. Tags darauf begannen die Besprechungen über das Abkommen mit dem Reich. Die Kaiserlichen zeigten sich wenig geneigt, von den Forderungen des Reiches abzugehen. Allein am gleichen Tag traf in Regensburg die Nachricht von den Truppenbewegungen im Elsaß ein, und so fand Verjus seine Partner am 12. „plus traittables“. (213) Ohne große Mühe vereinbarte man daher die Artikel 1, 3 und 4 des Vertrages. Umstritten blieb dagegen der Artikel 5 über die Souveränität. Die Kaiserlichen wünschten für ein Zugeständnis in dieser Frage eine Kompensation dadurch, daß alle Alliierten des Kaisers und vor allem der burgundische Kreis genannt würden. Verjus dagegen zeigte sich nicht bereit, seine Forderungen zurückzustecken. So blieb diese Frage am 12. offen. Auch am 13. noch machten die Kaiserlichen verzweifelte Anstrengungen, um die Souveränität des französischen Königs einzuschränken und womöglich die Gebietsverluste des Reiches zu verringern. (214) Verjus ging daraufhin zur Offensive über und forderte, alle neuen Lehensträger der französischen Krone, gleich wo

207) Sagnac-St. Léger, S. 271

208) AE, a. a. O., S. 175

209) Am 23. Juli hatte Verjus die Weisung erhalten, er könne solange ein Übereinkommen mit dem Reich unterzeichnen, bis der König ausdrücklich seine Vollmacht widerrufen hätte. — AE, Allemagne 307 —.

210) Ebd., Weisung 27. 7. 1684

211) Ebd.

212) An dieser Stelle befindet sich ein Marginale „le 20e“. Es ist aus dem Text nicht klar ersichtlich ob man so eine Verlängerung der Frist vornehmen wollte, da allgemein die Reinschriften der Weisungen nicht erhalten sind.

213) AE, Trêve, S. 175

214) Ebd., S. 76 u. Allemagne 307, Ber. 16. 8.

sie ihren Hauptsitz hätten, müßten dem König den Lehenseid schwören. Wäre diese Klausel durchgegangen, so hätten fast alle Stände des Reiches auf Grund der lehensrechtlicher Verflechtungen Ludwig XIV. als ihren Lehensherrscher anerkennen müssen. (215)

Man trennte sich ohne sich geeinigt zu haben. Am folgenden Tag befaßte man sich mit den Artikeln 7 und 8. Verjus verweigerte dabei die Anerkennung von 1624 als als Normaljahr für die kirchlichen Verhältnisse. Auch über den Artikel 13 konnte man zu keiner Übereinkunft gelangen. So begann der letzte Tag vor Ablauf des Ultimatums. Noch einmal mußte Verjus in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß Schomberg ins Reich vorrücken werde, wenn man sich nicht zum Nachgeben bestimmen lassen wolle. (216) So gaben die Kaiserlichen nach und mußten Verjus in allen Punkten Zugeständnisse machen, die für Frankreich von Bedeutung waren, ohne daß dieses im geringsten von seinen wesentlichen Forderungen abging. Da die Einigung erst kurz vor Mitternacht erfolgte, wurde die Unterzeichnung des Vertrages auf den nächsten Tag verschoben. (217)

In zwanzig Artikeln versuchte das Stillstandsabkommen eine provisorische Lösung des Reunionsstreites herbeizuführen. (218) Der 1. Artikel stimmt fast wörtlich mit dem Vorschlag Verjus überein. Der 2. dagegen bedeutet eine Konzession an das Reich, da er die Bestätigung der Verträge von Münster und Nimwegen enthält. Es folgt 3. die Beteuerung gegenseitiger Freundschaft und Zusammenarbeit. Der 4. Artikel enthält, so wie Frankreich es gefordert hatte, die Aufzählung dessen, was das Reich abtrat. Auch hier also hatten die Deutschen zurückweichen müssen. Einen französischen Triumph bedeutete auch der langumstrittene 5. Artikel mit der Bestimmung, daß der französische König in den abgetretenen Territorien völlig frei alle Souveränitätsrechte ausüben sollte, ohne darin in irgendeiner Weise behindert zu sein. Nachdem so zunächst die wichtigsten Punkte der Abtretung geklärt waren und sie, wie bereits gesagt, dadurch zur Regel erhoben worden war, eine Tatsache die von juristischer Bedeutung werden konnte, folgte als Ausnahme das, was dem Reich zuzurückerstattet werden sollte. Die Artikel 6 und 7 enthielten die betreffenden Abmachungen. Der 8. Artikel sicherte die Rechte der Stände, die, soweit sie den Lehenseid geleistet hatten, im Genuß ihres Eigentums insofern ungestört bleiben sollten, als es nicht mit der Souveränität in Widerspruch stand. Es bedeutete daher nicht viel, daß der Westfälische Frieden als Grundlage aller Rechte angenommen wurde. Es änderte nichts daran, daß in Zukunft eine Souveränität im französischen Sinne gelten sollte. Katholiken, Anhängern des Augsburger Bekenntnisses und den Reformierten billigte der 9. Artikel völlige Religionsfreiheit zu und garantierte ihnen ihren Besitz. Das Reich hatte es dabei durchgesetzt, daß auch ausdrücklich der zum Unterhalt von Schulen und Lehrern bestimmte Besitz in die Garantie aufgenommen wurde. Es schloß sich im 10. Artikel die Bestimmung über die Benennung von Grenzziehungskommissionen an. Friedensverhandlungen waren dem 11. Artikel zufolge sofort aufzunehmen.

215) Ebd.

216) Ebd., vergl. auch Kaufmann S. 270 ff.

217) AE, a. a. O., sowie Erdmannsdörffer, Bd. I, S. 653 u. Londorp XII, S. 128.

218) Der Vertragstext befindet sich in den Reichstagsakten, Fasz. 264, Bd. IV des MEA und im AE als Beilage zu dem Ber. vom 16. 8. Bd. 307. Er ist veröffentlicht bei Londorp XII, S. 129 ff., Pachner von Eggenstorff II, S. 519 ff. u. Vast, Les grands traités, Tl. II.

Ein Friedensschluß würde den Stillstandsvertrag aufheben. Ein französischer Gewinn wiederum war es, wenn der Verzicht auf alle weiteren Forderungen im 12. Artikel auf die Dauer des Stillstands befristet wurde. Während dieser Zeit sollte gemäß dem 13. Artikel der Verkehr (Commercium) zwischen beiden Nationen frei sein. Von der Freiheit des Handels dagegen war keine Rede mehr, ebensowenig von Zöllen und sonstigen Lasten. Den Kaufleuten wurde lediglich die Sicherheit ihrer Person und ihrer Waren gewährleistet. In gleicher Weise mußte das Reich auch auf seine Forderungen bezüglich der gerichtlichen Zuständigkeit verzichten. Der Artikel 14 legte lediglich fest, zivil- und strafrechtliche Verfahren unter Untertanen eines einzigen Herrn werden von dessen Gerichten geführt: Dies war eine glatte Ablehnung des Anspruchs des Reichs. Sie wurde nur dadurch gemildert, daß für Streitfälle zwischen Deutschen und Franzosen der Grundsatz Geltung besitzen sollte: „Actor sequatur forum Rei.“ Dies war jedoch keine Sonderregelung, sondern ein allgemein im europäischen Rechtsleben anerkanntes Prinzip, wie der Artikel ausdrücklich besagte. Der 15. Artikel bezog schließlich neben den Vertragspartnern, dem Kaiser, dem Reich mit all seinen Kreisen und Vasallen in- und außerhalb Deutschlands und der französischen Krone, auch den spanischen König mit seinem gesamten Besitz in den Stillstand ein. Hier zeigt sich ein deutliches Entgegenkommen Frankreichs, denn dadurch wurde der Stillstand indirekt universal. Zu den Vasallen des Reiches gehörte ja auch der schwedische König durch den Besitz von Bremen. Der 16. Artikel stellte es den Partnern frei, beliebige christliche Mächte für die Garantie zu gewinnen, und der 17. bezog auch Spanien darin ein. Sie sollten laut Artikel 18 innerhalb von drei Monaten benannt werden. Alle Streitigkeiten sollten gemäß Artikel 19 auf friedlichem Weg beigelegt werden. Der Artikel 20 schloß mit der Bestimmung, daß innerhalb eines Monats die beiderseitige Ratifizierung erfolgen sollte.

So war es nun nach dreijährigem Ringen zu dem Abschluß gekommen, den Frankreich wünschte. Diesen Eindruck gibt zumindest die Depesche Verjus vom 15. August, die er wenige Minuten nach der Einigung verfaßte:

„Je ne crois pas qu'on puisse rien imaginer de plus glorieux à Vostre Majesté et de plus extraordinaire pour faire esclater l'autorité d'un souverain et l'opinion de Sa puissance et Sa vertu que tout ce qui s'est passé en cette rencontre.“ (219) Ähnliche Töne schlug Foucher in seinem Gratulationsschreiben an. (220)

Dem Anschein nach war das Regensburger Geschehen ein voller Triumph Frankreichs, hatte der Kaiser doch seine Ziele Schritt für Schritt aufgeben müssen. Frankreich sollte für zwei Jahrzehnte im Besitz der Annexionen bleiben. Es würde genügend Zeit haben, sich darin festzusetzen — und zu befestigen. Jedoch die endgültige Legalisierung der Eroberungen blieb aus. Hatte der Kaiser, wie die Untersuchung des Frankfurter Kongresses gezeigt hat, bereits damals eine Lösung erstrebt, die zumindest juristisch keine vollendeten Tatsachen schuf, so war es ihm nun gelungen, diese Absicht zu verwirklichen. Er hatte zwar im Lauf der Verhandlungen eine Niederlage nach der andern hinnehmen müssen, in dieser Frage aber war er nicht zurückgewichen. Ja, es kann vielleicht sogar bezweifelt werden, ob er sich zu einer endgültigen Abmachung hätte zwingen lassen. Ludwig XIV. hatte es nicht gewagt, die Waffen entscheiden zu lassen. Dieses Faktum darf für die Beurteilung

219) AE, Allemagne 307.

220) AE, Mayence XXIII, Ber. 21. 8. 1684

des Regensburger Stillstandes nicht außer acht gelassen werden. Der französische König hatte mitten im Frieden weite Teile des Reiches unter seine Herrschaft bringen können. Er war nicht stark genug, um aus einer gewaltsamen Eroberung eine rechtmäßige Abtretung werden zu lassen. Zwar blieb er im vorläufigen Besitz seiner Gewinne, aber seit dem 15. August 1684 konnte er damit rechnen, früher oder später erneut darum kämpfen zu müssen. Zu diesem Kompromiß hatte er sich verstanden in einem Augenblick, in dem die Schwäche des Kaisers am größten war. Seit dem 12. September 1683 jedoch hatte eine Entwicklung begonnen, die diesen einem neuen Machthöhepunkt zuführte. Für Ludwig XIV. dagegen ging der Weg kaum noch aufwärts. Alle seine Nachbarn würde er zu Feinden haben, wenn es zu einem Zusammenstoß käme. (221) Daneben darf nicht übersehen werden, daß er auch, wenn auch indirekt, die Universalität des Abkommens hatte zugestehen müssen.

Somit ergibt sich von den Regensburger Ereignissen ein Bild, das von den überschwinglichen Depeschen Verjus und Fouchers erheblich abweicht. Gibt es nach diesem Ergebnis einen wirklichen Sieger? Die Frage kann schwerlich beantwortet werden. Sie ist jedoch eher zu verneinen als zu bejahen. Frankreich gewann unbestreitbare Vorteile, das Reich aber hielt seinen Rechtsanspruch aufrecht. Im Grunde genommen sind die Verträge nicht mehr, als eine kurze Pause in dem Kampf, dessen letzte Entscheidung eigentlich erst der Ryswicker Friede bringen sollte. (222)

221) Zeller, *Les temps modernes* a. a. O., S. 65 u. Hentsch, a. a. O., S. 55.

222) Wenn Erdmannsdörffer a. a. O., S. 654 in dem Stillstand nur „eine diplomatische Courtoisie“ Frankreichs sieht, so bedeutet dies eine zu geringe Einschätzung der Kraft eines Rechtsanspruchs in der damaligen Zeit. Der Besitz gleichermaßen *de facto* war unzweifelhaft ein Gewinn für Frankreich, aber es mußte doch erwartet, daß eines Tages das ganze Problem, vielleicht unter andern Umständen, wieder aufgerollt würde. Es darf daher nicht unberücksichtigt bleiben, daß Ludwig XIV. mit allen Kräften einen definitiven Frieden erstrebte, als die Eroberung von Ofen 1686 die Macht des Kaisers merklich steigerte, und daß die Reunionen viel mehr den eigentlichen Grund des Krieges von 1688-1697 bilden als die pfälzische Erbfrage. — Vergl. Immich, S. 128 ff.

Der Niedergang des französischen Einflusses

I. Die Wende

Ludwig XIV. hatte nicht zuletzt deshalb den Kaiser in die Enge treiben können, weil er die Unterstützung namhafter Reichsfürsten gefunden hatte. Die Furcht der rheinischen Territorialherren vor einem neuen Krieg war für ihn ein wertvoller Bundesgenosse gewesen. Wie würde sich dies Verhältnis entwickeln, nachdem der Waffenstillstand diesen Faktor beseitigt hatte, oder seine Kraft zumindest verringerte?

Nächst dem Prestige des Königs hatte die französische Diplomatie stets am meisten auf die Macht der *écus* vertraut. Würde sie stark genug sein, nun die rheinischen Fürsten weiter in der Klientel Ludwigs XIV. zu halten?

Das Werk von Sagnac und de Saint-Léger nennt etwas summarisch als Bundesgenossen des Königs alle sieben Kurfürsten. (1) Bayern und Sachsen waren bis wenige Tage vor dem Stillstand kaum zuverlässig gewesen. Aber auch Kurbrandenburg hatte sich innerlich bereits aus der Verbindung mit Frankreich gelöst. (2) Wenn es trotzdem weiter mit ihm zusammengegangen war, so geschah dies aus der Überlegung heraus, daß es für das Reich keine andere Möglichkeit gab, als sich mit dem französischen König auf friedlichem Weg zu einigen.

In Mainz hatte man sich sehr erfreut gezeigt, als die Übereinkunft zustande gekommen war. Nicht zuletzt deshalb, weil damit neue französische Zahlungen fällig wurden. (3) Am 18. August berichtete der Graf von Hohenlohe aus Frankfurt nach Wien, es sei in Mainz nichts zu hoffen, „allwo sie mehr französisch seint, als die Frantzen selber.“ (4) Allein auch hier bahnte sich eine Wende an. In den letzten Novembertagen stattete der kaiserliche Diplomat Taun dem Kurfürsten einen Besuch ab. (5) Foucher glaubte keinen Anlaß zu irgendwelchen Befürchtungen zu haben, da ihm Bertram wie üblich den Verlauf der Verhandlungen berichtet hatte. Allein einige Wochen später erfuhr er durch Schönborn, Kurmainz plane die Bereitstellung von 400 bis 500 Soldaten für den Kaiser. (6) War diese Unterstützung an sich auch bedeutungslos, so hatte die Geste jedoch einiges Gewicht. Foucher machte dem Kanzler daher ziemlich heftige Vorhaltungen und bezeichnete es als höchst befremdlich, daß man ihm dieses Projekt verschwiegen hatte. (7) Bertram antwortete mit der sonderbaren Entschuldigung, er habe es im Laufe der Geschäfte völlig vergessen, den Gesandten darüber zu informieren. Foucher ließ daraufhin durchblicken, eine derart lächerliche Erklärung verberge eine politische Wendung. Man möge sich daher in Mainz nicht wundern,

1) S. 272

2) Pagès, S. 514

3) AE, Mayence XXIII, Ber. 21. 8. 1684

4) Reichskanzlei, Ber. aus d. Reich, Fasz. 13

5) AE, a. a. O., Ber. 25. 11. 1684. Die Wiener Archivalien enthalten in den einschlägigen Abteilungen keinen Beleg für Tauns Mission, wie überhaupt die Zeugnisse über die Verhandlungen kaiserlicher Diplomaten in Mainz sehr lückenhaft sind. Eine Erklärung dafür muß wohl darin gesehen werden, daß in dieser Zeit keine ständige Gesandtschaft in Mainz unterhalten wurde.

6) Ebd., Ber. 18. 12.

7) Ebd., Ber. 21. 12.

wenn eines Tages die Zahlungen aus Versailles verzögert werden könnten. Man trennte sich recht kühl. Die darauf erfolgte Weisung suchte einzulenken, und sie tadelte Fouchers vorschnelles und eigenmächtiges Handeln. Wenn die Truppen zum Krieg gegen die Türken bestimmt wären, wolle man dagegen keine Einwände erheben. Er hätte davon kein so großes Aufhebens machen sollen. (8) Foucher bemühte sich daher anscheinend mit Erfolg, zu dem Kanzler wieder ein gutes Verhältnis herzustellen. Die Truppenhilfe für den Kaiser sollte sobald wie möglich erfolgen. Man sprach jetzt bereits von 1100 Mann. (9) Auch dagegen hatte man in Versailles nichts einzuwenden. Die Hilfe des Reiches sollte jedoch auf keinen Fall auf Grundlage der Kreiseinteilung erfolgen, damit dem Kaiser kein Machtmittel "pour tout faire" in die Hand gegeben würde.

Auch hier zeigt sich das Bestreben der französischen Politik, jeden Ansatz zur Einigung des Reiches zu unterbinden.

In dieser Zeit taucht auch zum ersten Mal in der Korrespondenz Fouchers das Thema der pfälzischen Erbfrage auf. Die Weisung vom 25. Januar forderte ihn auf, sich über die Besitzverhältnisse in der Pfalz zu informieren. (10) Er trat außerdem mit einem Frankfurter Rechtsanwalt namens Junckmann in Verbindung, um von ihm Auskunft über das deutsche Erbrecht zu erhalten. (11)

Daß sich das Verhältnis zwischen Kurmainz und dem Kaiser gewandelt hatte, zeigte sich auch, als Hohenlohe im April in Mainz über den Durchzug von Truppen aus dem Kölner Erzstift nach Donauwörth verhandelte. Sie mußten dabei Mainzer Territorium berühren. Hatte Anselm Franz sich bis dahin gegen alle Durchzüge gesträubt, so zeigte er sich nun von einer ganz anderen Seite. Er war bereit, nicht nur den Durchmarsch zu gestatten, sondern ihn auch in jeder Weise zu erleichtern, „obschohn in allem seine Landt, nichts ausgenommen, hardt betroffen würden.“ (12) Der Mainzer Kurfürst ging dabei soweit, nicht nur die 3.000 Mann während des Durchmarsches zu verpflegen, sondern er ließ auch über den Main unweit der Mündung eine Brücke schlagen, „um dero marche gegen Donauwörth bequemlich und kürzer zu machen.“ (13) Foucher hat offenbar von all dem nichts erfahren.

Ungeachtet dieser Annäherung lag Kurmainz am Reichstag mit der kaiserlichen Prinzipalkommission in heftigem Streit. Am 16. Januar war der Bischof von Eichstätt gestorben. (14) Sofort war die Kontroverse um Windischgrätz erneut entbrannt. Nun bemühte er sich, obwohl nur „Mitprinzipialrepräsentant“, wiederum, die Funktionen des Prinzipalkommissars an sich zu reißen. Während sich bei den Differenzen von 1683-84 Frankreich wohlweislich zurückgehalten hatte, um den Abschluß des Stillstandes nicht zu gefährden, schürte Foucher nun eifrig den Streit, um die Versöhnung zwischen Kurmainz und dem Kaiser zu erschweren. (15) Zwar war unterm

8) Ebd., Weisung 28. 12.

9) Ebd., Ber. 8. 1. 1685

10) Ebd.

11) Ebd., Ber. 3. 3. 1685. Ein erwähnenswerter Umstand behinderte die Erkundigungen Fouchers: „Je n'ay pu depuis faire aucune des diligences qui me sont commandées par Vostre Majesté, parce que durant cette huitaine de Carnaval personne à Mayence ne veut estre détourné de ses divertissements et surtout de l'yvrognerie pour quelque raison que ce puisse estre.“

12) Reichskanzlei a. a. O., Ber. Hohenlohe 14. 4. 1685

13) Ebd., Ber. 11. 4. 1685

14) Moser, a. a. O. § 41

15) AE, Mayence XXIV, Ber. 26. 3. 1685

8. März 1685 der Bischof von Passau zum Prinzipalkommissar ernannt worden. (16) Er machte jedoch keine Anstalten, sein Bistum zu verlassen und nach Regensburg überzusiedeln. Windischgrätz würde so auf die formelle Anerkennung weiterhin verzichten müssen. Aber er konnte in Wirklichkeit die Geschäfte völlig unbehindert führen. Nun da die Friedensfrage geregelt war, stand der Reichstag nicht mehr unter Zeitdruck, und man konnte sich nach Herzenslust über das Protokoll streiten. Alles andere trat davor zurück. Der Geschäftsgang wurde nur notdürftig aufrechterhalten. Über ein halbes Jahr lang wurde die Reichsversammlung so gelähmt. Am 9. November richtete der Kaiser an die kurfürstlichen Gesandten ein Verweisschreiben, das in außerordentlich heftiger Form die Haltung des Ersten Kollegs angriff. (17) Es ging soweit, den Gesandten vorzuwerfen, sie gebärdeten sich „nicht anderst, als wan das absolutum arbitrium in denen Reichstags-Satzungen bey euch private bestünde.“ Wenn der Kaiser auch damit drohte, er werde dem Streit nicht länger untätig zusehen, so mußte er doch schließlich nachgeben. Der Bischof von Passau ging nach Regensburg, um sein Amt auszuüben. Wieder einmal war die Kontroverse beigelegt, aber sie sollte auch in den folgenden Jahren ihren Platz im Repertoire des Reichstags beibehalten.

Im Banne protokollarischer Differenzen, stand die Regensburger Versammlung im Jahre 1685 nur am Rande des Geschehens. Die wichtigsten Ereignisse spielten sich auf dem Felde der direkten diplomatischen Beziehungen zwischen den einzelnen Höfen ab. Oft waren sie mit dem Schleier strengster Geheimhaltung umgeben, und es ist nur selten möglich, dafür mehrfache Zeugnisse zu finden.

Die bedeutendste Veränderung im Reich erfolgte, als am 28. Mai der pfälzische Kurfürst Karl starb. Unmittelbar darauf trat Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg die Herrschaft an. (18) Frankreich indessen wartete ebenfalls mit beträchtlichen Forderungen auf. Im Namen von Elisabeth Charlotte, der Gemahlin des Bruders Ludwigs XIV., beanspruchte man nicht nur das gesamte bewegliche Vermögen, wozu man sogar die Kanonen der Festung zählte, sondern auch die Gebiete, die nicht integrierender Bestandteil des Kurfürstentums waren, wie die Stadt Oppenheim, die Grafschaft Simmern mit Kaiserslautern und den pfälzischen Teil der Grafschaft Sponheim. (19) Im August sollten durch den Abbé Morel Verhandlungen darüber in Heidelberg beginnen.

Auch der Mainzer Hof hatte sich sofort besorgt gezeigt, daß die französischen Forderungen Komplikationen herbeiführen könnten. (20) Immerhin, man stimmte Foucher zu, als er Ansprüche auf alle Mobilien und das Allodialgut erhob, allerdings unter dem Vorbehalt, daß die Herzogin von Orléans nicht darauf verzichtet hätte. Eine der Schwierigkeiten, die es für Frankreich bei dem Ringen um die pfälzische Erbschaft zu überwinden galt, war die weitgehende Unkenntnis der juristischen Situation. Kurmainz als Verwalter der Erzkanzlerarchivs konnte dabei von großem Nutzen werden. Foucher versuchte es mit der gebotenen Umsicht, von dem Kurfürsten und seinem Kanzler

16) Moser, a. a. O.

17) Faber I, 4

18) Häusser, Bd. II, S. 766 ff.

19) Pagès, S. 545. Bezüglich Sponheims sei auf die in Vorbereitung befindliche Arbeit von W. Dotzauer über das Oberamt Kreuznach verwiesen.

20) AE, a. a. O., Ber. 28. 5. 1685

vor allem darüber Auskunft zu erhalten, wie man die erhobenen Ansprüche rechtfertigen könne, falls die Schwägerin des Königs auf ihre Rechte verzichtet hätte. (21) Das könne sich aus den Investiturverträgen ergeben, wurde ihm erklärt, aus Akten, die sich im Erzkanzlerarchiv befanden. Bertram war gerne bereit, ihm diese Schriftstücke kopieren zu lassen. Sein Herr drang lediglich darauf, daß über diese wohl nicht ganz einwandfreie Hilfeleistung strengstes Stillschweigen gewahrt würde. In der Tat erhielt Foucher wenig später die gewünschten Kopien. (22) Allein viel wichtiger konnte ein Vertrag werden, der über die Erbschaftsregelung zwischen dem Hause Simmern und dem Hause Neuburg geschlossen worden war. Bertram war es sichtlich unangenehm, als Foucher ihn um eine Kopie davon bat: (23) Das Dokument befinde sich nicht im Erzkanzlerarchiv, sondern in den Archiven des Kaisers. — Dann müsse es Bertram doch ein leichtes sein, eine Abschrift davon zu erlangen, da seine Brüder beide dort ungehindert aus- und eingingen. Ohne allzugroße Neigung für ein so zweifelhaftes Unternehmen zu zeigen, versprach Bertram endlich, sein möglichstes zu tun. Einen Augenblick hoffte Foucher, er würde ihm wirklich zu der Kopie verhelfen, dann aber mußte er nach Versailles berichten, der Vertrag befinde sich auch nicht in Wien. (24) Das hatte Bertram zumindest behauptet. Foucher glaubte ihm diese Ausrede allerdings genausowenig wie Colbert de Croissy.

Verjus wollte dem Reichstag ein Memorial vorlegen, das die Rechte von Elisabeth Charlotte dartun und das Schiedsgericht des Papstes anbieten sollte. (25) Der neue pfälzische Kurfürst erhob dagegen bei seinem Mainzer Nachbarn Einspruch. Dieser veranlaßte darauf den französischen Gesandten, mit der Vorlage zu warten, bis das Haus Neuburg eigene Vorschläge unterbreitet habe. Daß man es in Mainz mit dem neuen Herrn in Heidelberg nicht verderben wollte, zeigte sich, als die Damen des Hauses Neuburg in den ersten Augusttagen auf ihrer Fahrt rheinaufwärts Mainz passierten. Anselm Franz bereitete ihnen einen außerordentlich freundlichen Empfang. (26) Allerdings war es nicht nur seine Gastfreundschaft, die den Mainzer Kurfürsten zu dieser Geste bewog. Mit Karl hatte man im letzten Jahr einigen Ärger gehabt, und so hoffte man, der neue Nachbar, der zudem katholisch war, werde sich umgänglicher zeigen. (27)

21) Ebd., Ber. 8. 6. 1685

22) Ebd.

23) Ebd., Ber. 11. 6.

24) Ebd., Ber. 30. 7. 1685

25) Ebd., 6. 8.

26) Ebd.

27) Im Jahre 1684 hatten zwei Zwischenfälle das Verhältnis zwischen Mainz und Heidelberg erheblich belastet. Kurpfälzisches Militär hatte im April an einer Mainzer Zollstation im Gebiet der Bergstraße einen Graben ausgehoben, somit die Straße unpassierbar gemacht und alle Zollzahlungen an Kurmainz verboten. — AE, Mayence XXIII, Ber. 10. 4. 1684; der Ort ist nicht näher bezeichnet. — Als daraufhin Bauern aus dem Erzstift mit der Beseitigung des Hindernisses beauftragt wurden, kam es zwischen ihnen und den pfälzischen Posten zu einer heftigen Prügelei, bei der die Pfälzer in die Flucht geschlagen wurden. — Ebd., Ber. 13. 4. — Allein anstatt der fünfzig Dragoner, welche die wackeren Bergsträßer Bauern vertrieben hatten, erschienen am nächsten Tage 400 und hoben einen neuen Graben aus. Da die Mainzer „Streitkräfte“ durch die Türkenhilfsaktion bereits so geschwächt waren, daß man die Pfälzer nicht mit großer Übermacht abermals vertreiben konnte, mußte man sich nach einer gütlichen Einigung umsehen. Frankreich war dieser Zwischenfall höchst ungelegen, und so kam es unter französischem Druck im Mai zu einem Waffenstillstand, durch den der Status quo wiederhergestellt wurde.

Man tauschte auch bald darauf Gesandtschaften aus, um sich gegenseitige Freundschaft zu versichern. (28) Foucher hatte sich mit der Angelegenheit der pfälzischen Verträge weiter befaßt, und er erfuhr von dem Oberhofmarschall von Schönborn, Bertram sei als Neuburgischer Untertan geboren. Philipp Wilhelm habe ihn geradezu erpressen können, weil er ausgedehnte Besitzungen im Neuburgischen habe, und mehrere seiner Verwandten dort ansässig seien. (29) Daß man am Mainzer Hof in der Tat den Neuburgern gut gesonnen war, zeigte sich, als Bertram dem französischen Gesandten unumwunden erklärte, die Gemahlin des Herzogs von Orléans könne als Ausländerin überhaupt keine Reichslehen empfangen, eine Behauptung, die mit der Wirklichkeit in völligem Widerspruch stand. (30) Gleichzeitig wurden seine Besuche im Haus Fouchers merklich seltener. Geradezu symptomatisch aber war es, als man in Mainz erwog, Scheffer vom Reichstag abzuweisen. In dieser Zeit größter Unabhängigkeit diplomatischer Vertreter bedeutete es wohl immer einen politischen Umschwung, wenn man einen Gesandten ablöste. Die Abberufung Gottfrieds von Jena vom Regensburger Reichstag ist das eklatanteste Beispiel dafür. (31) Indessen ging man in Mainz nicht so weit. Man gab Scheffer lediglich einen Kollegen bei, einen jüngeren Bruder des Kanzlers, der bezeichnenderweise bis dahin am kaiserlichen Hof tätig gewesen war. (32) Schönborn, stets bereit gegen Bertram zu arbeiten, deutete Foucher an, es stehe eine Wende in der Mainzer Politik bevor. Daher dauerte es nicht lange, bis dieser versuchte, um den Kanzler wieder in die Hand zu bekommen, ihm mit einem Argument entgegenzutreten, dessen Überzeugungskraft sich bis dahin stets bewährt hatte. Er gab ihm zu verstehen, der französische König gewähre seine „Gnaden“ nur für gute Dienste. (33)

Bertram antwortete mit der geradezu empörten Beteuerung, sein einziges Ziel sei es, den Beifall seiner Majestät zu finden. (34) Nichtsdestoweniger traf sich Anselm Franz am 12. November mit seinem neuen pfälzischen Nachbarn in Heppenheim und Weinheim. (35) Foucher konnte über die Verhandlungen nur Vermutungen anstellen. Es war aber nicht gerade ein gutes Zeichen, daß man nicht einmal daran ge-

Das zweite Ereignis dieser Art spielte sich in Ebernburg ab. Der Pfarrer der dortigen protestantischen Gemeinde pflegte im Verlauf des Gottesdienstes für den pfälzischen Kurfürsten zu beten anstatt für den Herrn der Ortschaft, den Freiherrn von Sickingen. Als er sich durch Ermahnungen von seinem Tun nicht abbringen ließ, steckte ihn Sickingen auf Mainzer Anraten für 48 Stunden ins Gefängnis bei Wasser und Brot. — Ebd., Ber. 23. 3. 1684 —. Darüber erbot sich der Kurfürst Karl mehrere Geistliche aus dem Erzstift entführen und hielt sie sechs Tage gefangen, drei Tage lang nur bei Wasser, drei bei Brot. Gleichzeitig besetzten 4—500 pfälzische Dragoner den Ort Ebernburg, rissen die Palissaden der Burg nieder und bereiteten einen Sturmangriff vor.

Die Wachablösung für das dort stationierte erzbischöfliche Militär wurde von den Pfälzern zurückgeschlagen. Eine Mainzer Garnison wurde seit Johann Philipp auf der Ebernburg unterhalten. Unter ihrem Schutz nahm die Witwe Arnolds von Sickingen 1658 zahlreiche Maßnahmen vor, die den pfälzischen Einfluß in der Herrschaft zurückdrängen sollten. Karl Ludwig von der Pfalz erhob dagegen in Mainz Klage. Sta.-Speyer, Kurpf. Akten Nr. 19, Fasz. 311, Schreiben Karl Ludwigs vom 20. 12. 1658.

28) AE, a. a. O., Ber. 10. 9. 1685, Bd. XXIV.

29) Ebd., Ber. 15. 9. Der Oberhofmarschall war für Foucher eine wertvolle Informationsquelle, da er, über seine Isolierung am Hof verärgert, vieles ausplauderte, was Bertram in schlechtes Licht stellen konnte.

30) Ebd.

31) Prutz, Die Abberufung Gottfrieds von Jena

32) AE, a. a. O., Ber. 24. 9.

33) Ebd., Ber. 30. 9.

dacht hatte, ihn zu der Reise nach Heppenheim einzuladen. Das hinderte ihn allerdings nicht daran, dem Kurfürsten zu folgen. Bertram ließ sich vernehmen, die Kurpfalz wolle Mainz vor allem für die Wiederaufnahme der Reichskriegsverfassung gewinnen. Sein Herr jedoch gehe nicht darauf ein. Allein Fouchers Mißtrauen war nun geweckt, und er berichtete diese Äußerungen nur mit großen Vorbehalten nach Versailles. Konnte er auch keinen Blick hinter die Kulissen werfen, so bewies seine Zurückhaltung doch einen guten diplomatischen Instinkt.

Am 3. Oktober hatte nämlich der Graf von Hohenlohe den Kurfürsten erneut aufgesucht. Zweck seines Besuches war die Regelung der Türkenhilfe auf Reichsebene. Ein Ziel also, dem Frankreich mit allen Kräften entgegenarbeitete. Trotzdem machte Anselm Franz dem kaiserlichen Diplomaten das Angebot, einen Antrag auf 25 Römermonate zu unterstützen. (36) Er hatte sich somit aus der engsten Abhängigkeit von Frankreich gelöst. Es war dagegen nicht zu erwarten, daß diese Kursänderung in eklatanter Weise zum Ausdruck käme. Dazu war der Nachbar im Westen denn doch allzu gefährlich. Selbst Brandenburg hat es nicht wagen können, die Wendung seiner Politik in der Öffentlichkeit zu bekräftigen. (37) Viel weniger konnte sich der Mainzer Kurfürst dazu unterstellen. Aber die folgenden Jahre bis zum Kriegeausbruch brachten eine ständige Annäherung an den Kaiser. Anselm Franz trieb es nicht bis zur Unfreundlichkeit gegen Frankreich, aber die Zeit engster Zusammenarbeit war endgültig vorbei. Foucher hatte recht, wenn er am 10. Dezember schrieb: „Il y a quelque chose dans les bonnes intentions.“ (38) Trotzdem aber wies ihn Colbert de Croissy an, sich auf keinen Fall mit Kurmainz zu überwerfen, da das Reichsdirektorium immer noch für Frankreich von Wichtigkeit sei. (39)

Hatte Kurmainz dem Kaiser im Dezember 1685 25 Römermonate als Reichshilfe vorgeschlagen, so ging man in der Hofburg wesentlich über dieses Angebot hinaus, als durch ein Kommissionsdekret am 12. Januar 1686 eine Türkenhilfe von 50 Römermonaten verlangt wurde. (40) Mochte man auch im Reich für diese zusätzliche Belastung keine große Begeisterung empfinden, so bewilligte trotzdem das Kurfürstenkolleg als erstes diese Hilfeleistung. Das Reichsgutachten darüber wurde am 22. März 1686 ausgefertigt. Es enthielt nur insofern einschränkende Bestimmungen, als es die Zuweisung von Quartieren und Kontributionen verbot. (41) Nicht nur die schnelle Einigung war erstaunlich. Merkwürdiger noch war, daß der französische König nicht dagegen protestierte. Im Gegenteil, er ließ Foucher am 7. Februar wissen, wenn diese Mittel nur für den Türkenkrieg bestimmt seien, habe man

34) Ebd., Ber. 12. 10.

35) Ebd., Ber. 18. 11. Die Mainzer Archivalien des HHStA enthalten bedauerlicherweise keinen Beleg für dieses Treffen, das für die Neuorientierung der Politik von Anselm Franz sehr bedeutungsvoll ist. Auch in den pfälzischen Beständen befindet sich laut Auskunft des Badischen Generallandesarchivs kein Zeugnis über diese Beziehungen.

36) Reichskanzlei, a. a. O., Ber. 3. 10. 1685. — Als Grundlage dieses Beitrages muß wohl die Matrikel von 1681 angenommen werden.

37) Pagès, S. 548 ff.

38) AE, a. a. O.

39) Ebd., Weisung 10. 1. 1686

40) Londorp XII, S. 563

41) Das kurfürstliche Konklusum vom 16. 3. 1686 befindet sich ebenso wie das fürstliche und das Reichsgutachten ebd. S. 582-584.

nichts gegen die Reichshilfe einzuwenden. (42) Es ist nicht ersichtlich, warum man in Versailles seine Meinung derart geändert hatte.

Innerhalb des kurfürstlichen Kollegiums zeigten sich erneut Bestrebungen nach einer Erneuerung des Kurvereins. In den ersten Märztagen erfuhr Foucher auf Umwegen, Anselm Franz wolle sich mit den Kurfürsten von Trier und Köln treffen. Es schien ihm, daß Brandenburg die Anregung dazu gegeben habe. (43)

Etwa gleichzeitig spricht Foucher zum ersten Mal von der Augsburger Allianz. Seinem Bericht vom 18. März zufolge erkundigte er sich in Mainz nicht übermäßig eindringlich, ob man etwas gegen die Pläne des Grafen von Hohenlohe tun könne. Seit Dezember 1685 waren Verhandlungen zwischen Hohenlohe, dem Bevollmächtigten des Kaisers, und Vertretern einzelner Reichsstände und -kreise im Gange. Man plante eine Allianz, die den fränkischen, oberrheinischen, bayerischen und schwäbischen Kreis, Kurpfalz, die Landgrafen von Hessen, Bayern, die geistlichen Kurfürsten und andere verbinden sollte. Im März kam Hohenlohe nach Mainz, um für seine Allianz zu werben. (44) Wenn auch der Mainzer Kurfürst ihr nicht beitrug, so ist doch die Tatsache zu bemerken, daß man ernsthaft daran denken konnte, ihn für ein solches Bündnis zu gewinnen, kaum zwei Jahre nachdem Hohenlohe ihn „französischer als die Franzosen“ genannt hatte. Auch Versailles zeigte sich über diese Pläne nicht sehr beunruhigt. Diesen Eindruck vermittelt zumindest die Weisung vom 4. April. (45) Sie regte nur an, am Reichstag über diese Frage zu verhandeln, da sie die „Libertät“ der Reichsstände betreffe. Es bleibt dann in der Korrespondenz Fouchers ziemlich still darum. Er erwähnt lediglich am 1. Juli, also wenige Tage vor dem Abschluß der Allianz (9. Juli), daß sie wohl kaum sehr wichtig sei und keinen Anlaß zu ernsthafter Besorgnis biete. (46)

Foucher befaßte sich wesentlich mehr mit einem anderen Problem. Ende Mai hatte ihm der Oberhofmarschall von Schönborn seine lebhaften Befürchtungen darüber ausgedrückt, daß vielleicht einer der pfalz-neuburgischen Prinzen in Mainz zum Koadjutor gewählt würde. (47) Schönborn hatte allen Grund, solche Pläne mit größtem Mißtrauen zu beobachten. Hatte seine Familie seit Johann Philipp in Mainz — nicht zuletzt durch geschickte Heiraten mit den Familien Stadion und Ostein — sich gestärkt, so mußte sie — dies ist die Ansicht Fouchers — mit der Verdrängung ihres Einflusses rechnen, wenn ein Neuburger den erzbischöflichen Stuhl von Mainz bestieg. Nach Schönborns Angaben war man sich bereits darüber einig, daß der Deutschmeister, der Prinz Ludwig Anton, Nachfolger von Anselm Franz werden sollte. Dieser würde für seine Gefälligkeit bis zu 100.000 Reichstaler erhalten. Wäre die Pfalz nicht

42) AE, Mayence XXV.

43) Ebd., Ber. 4. 3. 1686. Die einschlägige Literatur — Pagès u. Prutz — enthält keinen Hinweis darauf, daß Brandenburg ein solches Ziel angestrebt hätte.

44) AE, a. a. O., Ber. 25. 3. 1686

45) Ebd.

46) Ebd. Es scheint, daß einige französische Historiker wie bspw. Legrelle die Bedeutung der Allianz beträchtlich überschätzen, wenn sie in ihr die Ursache des folgenden Krieges sehen. — Vergl. Legrelle, *La diplomatie française et la succession d'Espagne*, Bd. I, S. 324. Hat sich in der französischen Geschichtsschreibung die Bezeichnung „La guerre de la ligue d'Augsbourg“ eingebürgert, so ist sie wohl kaum glücklicher als die deutsche: „Der pfälzische Erbfolgekrieg“. — Vergl. Gebhardt, Bd. II, S. 243.

47) AE, a. a. O., Ber. 27. 5.

allein im Stande, diese beträchtliche Summe aufzubringen, so könnte sie auf die Unterstützung des Kaisers und des schwedischen Königs rechnen. Foucher kommentierte den Bericht dahingehend, daß eine solche Machtkonzentration, wie sie die Verbindung der Kurpfalz und des Mainzer Erzstifts darstellte, der französischen Reichspolitik nur unerwünscht sein könnte. Allein in Versailles maß man dem Gerücht nicht viel Glauben bei, da der gerade fünfzigjährige Kurfürst so auf einen Teil seiner Macht bis an sein Lebensende verzichten würde. (48) Es lag nahe, daß ein Koadjutor aus dem neuburgischen Haus nicht untätig bleiben, sondern bald an Einfluß mit dem Kurfürsten wetteifern würde. Man nahm die Angelegenheit etwas später merklich ernster, und Foucher erhielt die Weisung, diese Pläne mit allen Mitteln zu durchkreuzen. Allerdings sollte auch hier wieder jegliche Simonie vermieden werden, ein Beweis dafür, daß die religiösen Skrupel des französischen Königs nicht einer vorübergehenden Laune entsprangen. (49) Ein weiterer Bericht Fouchers besagte, der Kurfürst könne im Kapitel auf etwa zehn Stimmen rechnen. Drei bis vier wären leicht zu kaufen. (50) Der Oberhofmarschall habe bereits zu Gegenmaßnahmen gegriffen und durch eine Heirat die Familien Schönborn und von der Leyen miteinander verbunden, wodurch er sich die Unterstützung kurtrierischer Kreise bei dem zu erwartenden Einflußkampf in Mainz gesichert habe. Wenn die pfälzischen Archivalien dieser Zeit auch keine Hinweise auf diese Gerüchte enthalten, so ist doch bemerkenswert, daß sie sich bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kurmainz und Frankreich 1688 ständig halten. War zumindest nichts näheres zu vernehmen, so schrieb Foucher am 8. Dezember 1686, (51) das Haus Neuburg bemühe sich auch um andere Bistümer, die Auskunft werde dadurch um vieles glaubwürdiger. Bedauerlicherweise bezeichnet er die betreffenden Hochstifte nicht näher. Er fügte hinzu, eine Koadjutorwahl in Mainz werde dadurch erschwert, daß Ludwig Anton nur Domizellar sei. Allein die Vermutungen erhielten weitere Nahrung dadurch, daß die beiden Pfälzer Prinzen nach Rom gereist waren. Sie sollten ihren Antrag auf Dispens angeblich damit begründen, daß sie die Teilnahme am Türkenkrieg gehindert habe, ihren kirchlichen Verpflichtungen nachzukommen. Würden sie ihr Ziel erreichen, so konnten sie damit im gesamten Reich durch Postulation gewählt werden. Das Jahr 1687 ließ diese Frage in den Hintergrund treten. Sie wurde erneut akut in den ersten Tagen des Jahres 1688. Jedoch als Foucher den Kanzler unvermittelt danach fragte, versicherte ihm dieser, sein Herr denke gar nicht daran. (52) Anselm Franz deutete ihm wenig später das selbe an. (53) Im Sommer dieses Jahres kam es zu einer Absprache mit Christoph Rudolf von Stadion, der sich bereit zeigte, gegen die geplante Koadjutorwahl zu arbeiten. Der französische Gesandte sagte ihm die Unterstützung seines Königs zu, ohne daß es ersichtlich wäre, worin sie bestehen sollte. (54)

48) Ebd., Weisung 6. 6. 1686

49) Ebd., Weisung 27. 6.

50) Ebd., Ber. 24. 6.

51) Ebd.

52) Ebd., Ber. 8. 12. u. 23. 12. 1686

53) AE, Mayence XXVII, Ber. 5. 1. u. 12. 1 1688

54) Ebd., Ber. 28. 6. u. 12. 7.

Als Foucher Mainz verließ, hatte sich nichts weiteres ereignet. Im Jahre 1691 jedoch wurde Ludwig Anton zum Koadjutor gewählt. Er starb allerdings vor Anselm Franz 1694. (55)

Ein wesentlich bedeutenderes Wahlprojekt tauchte ebenfalls im Jahre 1687 auf. Im November schrieb Foucher, er habe sich in Mainz gegen die Wahl eines Römischen Königs ausgesprochen. Man versicherte ihm daraufhin, davon sei keine Rede. (56) Es geht aus den Akten des französischen Außenministeriums nicht hervor, was den Gesandten überhaupt dazu veranlaßte. Grund zu einem Verdacht mochte aber die Tatsache gegeben haben, daß Bertram unerwartet im Juli in den Stand eines Reichsfreiherrn erhoben worden war. (57) Am Versailler Hof zeigte man sich auch in dieser Frage skeptisch, und die Weisung vom 4. Dezember trug Foucher auf, nichts weiter zu unternehmen, bis er genauere Informationen über die Wiener Absichten habe. Noch im gleichen Monat erfuhr er, der Mainzer Kurfürst plane eine Reise nach Prag. Dort sollten der achtjährige Sohn Josef des Kaisers Leopold zum böhmischen König ausgerufen und die Kaiserin Eleonore gekrönt werden. (58) Im Anschluß daran würde Josef vielleicht zum Römischen König gewählt. Anselm Franz wäre wohl nicht geneigt, den reichen Gewinn einer solchen Wahl seinem Nachfolger zu überlassen. Immerhin glaubte Schönborn mit Sicherheit zu wissen, es werde zwischen Wien und Mainz irgendeine Intrige gesponnen. Kostspielige Reisevorbereitungen bestärkten Foucher in seinen Vermutungen, daß zumindest ein Treffen mit dem Kaiser vorbereitet werde. (59) Erst im Herbst 1687 begann der französische Hof sich für diese Angelegenheit zu interessieren. Foucher wurde damit beauftragt, deutsche Historiker darüber zu befragen, ob jemals ein so junger Römischer König gewählt worden sei. (60) Er antwortete darauf am 27. Oktober, es seien einige Präzedenzfälle bekannt. Die Jugend des Kandidaten sei kein entscheidender Hinderungsgrund. Er fügte hinzu, Bayern, die Kurpfalz, Sachsen oder Brandenburg könnten ebenso wie Trier von Wien gewonnen werden. Darauf stellte sich die französische Politik ernsthaft auf dieses Projekt ein. Seine Realisierung würde einen erheblichen Machtanstieg des Hauses Habsburg mit sich bringen. Kurmainz müsse daher unbedingt dagegen arbeiten. (61) Dort jedoch ließ man Foucher wissen, wenn die Mehrheit des Kurfürstenkollegs gewonnen sei, könne man nicht das geringste unternehmen. (62) Wenn an den Kurfürsten die Aufforderung erginge, so müsse er die Wahlversammlung einberufen. Wahrscheinlich würde sich jedoch Anselm Franz nicht selbst hinbegeben. Man folgte am französischen Hof daraus, Kurmainz müsse bindende Verpflichtungen für die Wahl eingegangen sein. (63) Seltsamerweise enthalten die Wiener Wahl- und

55) Werner, Bd. III, S. 99 ff. Die Handschriftenabteilung der Heidelberger Universitätsbibliothek enthält sechs Briefe des Koadjutors an Anselm Franz aus den Jahren 1691-1693. Sie geben keinen Aufschluß über die Vorgeschichte der Wahl. Ein Brief vom 25. 2. 1691 besagt lediglich, daß die Präbende Ludwig Antons dem jüngeren Vetter von Anselm Franz zukommen sollte. (Wohl Johann Lukas v. Ingelheim, der auch Domkustos war). Da die Wahl erst am 19. 4. stattfand, kann dies Versprechen zu den umfangreichen Abmachungen finanzieller Art gezählt werden.

56) AE, Mayence XXV, Ber. 25. 11. 1686

57) Ebd., Ber. 1. 8. 1686

58) Leopold hatte 1676 in dritter Ehe Eleonore von Pfalz-Neuburg geheiratet.

59) AE, Mayence XXVI, Ber. 17. 2. 1687

60) Ebd., Weisung 16. 10. 1687

61) Ebd., Weisung 6. 11.

62) Ebd., Ber. 17. 11.

63) Ebd., Weisung 18. 12. 1687

Krönungsakten nichts, was dies Projekt von der anderen Seite her erhellen könnte. Es war auf jeden Fall nicht neu. Im Jahre 1679 bereits scheint Leopold erwogen zu haben, seinen im Juli 1678 geborenen Sohn zum Römischen König wählen zu lassen. Dies geht aus einer von Vast (64) wiedergegebenen Instruktion für Colbert de Croissy hervor, der damals in München Verhandlungen führte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Leopold die Kontinuität des Kaisertums in seinem Hause so früh wie möglich sichern wollte. Ebenso wie die Pläne zur Koadjutorwahl wurde auch dieses Projekt verwirklicht. Nach der Besetzung von Mainz durch französisches Militär verhandelte 1689 der Reichshofratspräsident von Öttingen in Erfurt mit Anselm Franz über die Einberufung eines Kurfürstentreffens nach Augsburg. (65) Anselm Franz zögerte nicht lange, die Gelegenheit zu ergreifen, um sich mit dem Kaiser wieder auszusöhnen und die Übergabe von Mainz wettzumachen. Unterm 29. Juli wurde der Kurfürstentag für den 29. September ausgeschrieben. Anselm Franz hielt am 4. Oktober seinen Einzug in Augsburg. Die kaiserliche Proposition besagte, Frankreich habe vor allem deswegen den Frieden gebrochen, um die Kaiserkrone an sich zu bringen. Deshalb sei es ratsam, den Sohn des Kaisers zum Römischen König zu wählen. Lediglich Brandenburg machte einige Schwierigkeiten, die jedoch bald überwunden wurden. Die Wahl erfolgte am 24. Oktober 1690.

War das Verhältnis zwischen Kurmainz und Frankreich durch diese Ereignisse merklich kühler geworden, so erfuhr es eine weitere Belastung durch Aushebungen für den Kaiser im Territorium des Erzstifts. Im Dezember 1686 hatte Foucher darauf hingewiesen, daß linksrheinische Aushebungen die Desertion im französischen Heer begünstigten. (66) — Viele Deserteure scheinen häufig nur deswegen ihre Einheit verlassen zu haben, um bei einem anderen Herrn — unter Umständen sogar bei dem Feind — bessere Bedingungen zu suchen. — Frankreich müsse also dann zu Gegenmaßnahmen schreiten. Zwar hatte man in Mainz beteuert, daß man auf diese Weise die gute Nachbarschaft nicht belasten wolle, allein im Laufe des Jahres 1687 kam es immer wieder zu Aushebungen im rechtsrheinischen Gebiet, bei denen auch französische Deserteure angeworben wurden. Ernsthafte Verwicklungen entstanden, als zwei junge Burschen aus dem reunierten Harxheim zwangsweise geworben wurden. (67) Foucher intervenierte, erklärte die beiden für französische Untertanen und verlangte ihre Auslieferung. Derartige Zwischenfälle wiederholten sich ständig. Bis zum April 1688 mußte Foucher insgesamt achtmal bei ähnlichen Fällen eingreifen. Er sah sich daher veranlaßt, Bertram zu verstehen zu geben, Frankreich werde sich nicht mehr lange mit bloßen Protesten begnügen. (68)

Eine andere Streitfrage gab ebenfalls Frankreich Anlaß, mit Kurmainz wenig zu friedlen zu sein. Zu den nominell reunierten Gebieten gehörte auch die bereits im Zusammenhang mit der Pfalz erwähnte Ebernburg. Eine faktische Besetzung jedoch war nicht erfolgt, nicht zuletzt deswegen, weil die dortige Mainzer Garnison ein solches Unternehmen erschwerte. Im Jahre 1685 griff man in Frankreich diese Frage erneut auf. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß man die Ebernburg

64) S. 31

65) Werner, a. a. O.

66) AE, Mayence XXV, Ber. 30. 12. 1686

67) Ein Memoire über diesen Zwischenfall befindet sich im AE, Mayence XXVII, f. 98 ff. Die beiden Harxheimer waren Anton und Philipp Theiß.

68) Ebd., Ber. 26. 4.

in das Grenzbefestigungssystem mit einbeziehen wollte. An strategisch nicht unbedeutender Stelle im Nahetal gelegen, konnte sie von einigem Nutzen sein. Zwar wäre es an sich ein leichtes gewesen, die Handvoll mainzischer Soldaten zu vertreiben. Allein man wollte anscheinend offene Gewalt vermeiden. Foucher richtete daher an den Kurfürsten die Aufforderung, Sickingen zum Verzicht auf den Mainzer Schutz zu veranlassen. (69) Allein er stieß bei dem Mainzer Hof auf entschiedene Ablehnung. Daher findet sich auch diese Frage ständig in der Korrespondenz der folgenden Jahre. Sie gewann dadurch an Bedeutung, daß man in Versailles alle weiteren Zahlungen davon abhängig machte, daß sich Kurmainz mehr entgegenkommend zeigte. (70) Dort jedoch erklärte man sich durch einen förmlichen Entscheid des Kaisers und des Reichstags gebunden. Eher wollte man anscheinend auf die französischen Pensionen verzichten, als sich dem Vorwurf aussetzen, man habe sich an Frankreich verkauft. Die Garnison könne nur dann abgezogen werden, wenn Sickingen von sich aus einen entsprechenden Antrag am Reichstag stellte. Am französischen Hof (71) erklärte man, dies seien nur schlechte Ausreden. Die Zahlungen seien daher bis auf weiteres einzustellen. Auch Fouchers abenteuerlicher Vorschlag, als Bauern verkleidete französische Soldaten sollten das Mainzer Militär zusammen mit Sickingen vertreiben, erwies sich als undurchführbar. Das entscheidende Hindernis dürfte wohl Sickingen selbst gewesen sein, der, über verschiedene französische Maßnahmen verärgert, kaum geneigt gewesen sein dürfte, sich unter den „Schutz“ Frankreichs zu stellen. (72) Am französischen Hof zeigte man sich recht unbefriedigt, und Foucher erklärte in Mainz, sein König werde unter Umständen zu unangenehmen Maßnahmen greifen. Allein auch diese versteckten Drohungen hatten keinen Erfolg. (73) Das Mainzer Militär verließ die Ebernburg erst im Oktober 1688, als Boufflers das Nahegebiet besetzte. (74)

Das große Problem in den Beziehungen zwischen Frankreich und dem Reich bildeten die sofort nach dem Stillstand in größtem Umfang begonnenen Befestigungen in den reunierten Gebieten. (75) Es ist gezeigt worden, wie Frankreich ein Befestigungsverbot beim Abschluß des Stillstands abgelehnt hat, und ebenso, daß man im Reich die Gefahren erkannte, die die Befestigung der reunierten Gebiete mit sich bringen mußte.

Zu den ersten Arbeiten dieser Art zählt der Ausbau der Befestigungen von Hünningen, ungefähr nördlich von Basel unmittelbar am linken Rheinufer. Noch im Jahre 1684 hatte französisches Militär dort eine Brücke über den Rhein geschlagen und begann damit, den rechtsrheinischen Brückenkopf stark zu befestigen. (76) Es folgten weitere Bauten wie Fort Louis im Rhein und der bekannte Mont-Royal bei Traben-Trarbach. (77) Der Kaiser stellte sich auf den Standpunkt, diese Maßnahmen

69) AE, Mayence XXIV, Ber. 28. 5. 1685

70) Mayence XXVII, Weisung 9. 2. 1688

71) Ebd., Weisung 19. 2.

72) Über die französischen Übergriffe in seinen Besitzungen vergl. Londorp XI, S. 458 u. XII, S. 124

73) AE, a. a. O., Ber. 17. 5. 1688

74) Ebd., Ber. 2. 10. Vergl. über die französische Festungspolitik im Naheraum Herold, S. 357

75) Über Befestigungen im allgemeinen vergl. Zellar, L'organisation défensive, Rousset, Bd. III, S. 344 f. u. Herold sowie Textor.

76) Ein kaiserliches Komm.-dekret vom 8. 10. 1684 führte dagegen am Reichstag Klage. — Londorp XII, S. 618

77) Vergl. ebd. XIII, S. 75 u. 77

stünden im Widerspruch mit der Bestimmung des Stillstandsvertrages, daß in „*politicis et ecclesiasticis*“ alles beim alten bleiben sollte. Man sei beiderseits in „*puris terminis contradictionis*“ verblieben. Frankreich sei also nicht berechtigt, während der folgenden zwanzig Jahre in irgendeiner Weise den Zustand beim Abschluß des Stillstands zu verändern. Gerade die Tatsache, daß keine Bestimmung über den Befestigungsbau in den Vertrag aufgenommen worden sei, verbiete ihn. (78) Verjus jedoch behauptete das Gegenteil: Hätten die Kaiserlichen die Bestimmungen über das Befestigungsverbot fallengelassen, so sei eben dadurch das Gegenteil bewilligt worden. (79) Der Waffenstillstand billige Frankreich die volle und uneingeschränkte Souveränität in den Reunionen zu. Man könne also nicht verlangen, daß der französische König auf eins der wichtigsten Souveränitätsrechte verzichte. Auch hier zeigt sich wohl wieder, daß das völkerrechtliche Verhältnis zwischen dem Reich und Frankreich nicht eindeutig klar ist, sondern daß es absichtlich der Interpretation einen solchen Spielraum läßt, daß der Stärkere seine Auslegung durchsetzen kann, ohne dabei unbedingt vertragsbrüchig zu werden. In Mainz scheint seltsamerweise das Interesse an diesen Vorgängen nicht sehr groß gewesen zu sein. Im August richtete der Kaiser an den Kurfürsten ein Schreiben, in dem er ihn um Stellungnahme bat. (80) Allein Anselm Franz in dem ständigen Bestreben, sich nicht zu exponieren, wartete ab, was die übrigen Kurfürsten tun würden. Als Brandenburg, Bayern, Kursachsen und Kurtrier entschieden, in Versailles gegen die Festungsbauten zu protestieren, schloß sich Mainz nicht an. (81) Man versicherte Foucher im Gegenteil, die französischen Maßnahmen empfinde man nicht als bedrohlich. Ohne Schwierigkeiten erklärte der Kurfürst sich bereit, das schon erwähnte Memorial Verjus über diesen Gegenstand zur Diktatur bringen zu lassen. (82) Auch das Problem der Umwandlung des Stillstandes in einen definitiven Frieden spielt in der Korrespondenz Fouchers nur eine untergeordnete Rolle.

Gegen Ende des Jahres 1686 hatte die französische Diplomatie einen Zwischenfall hervorgerufen, der den Wert des Stillstandes in Frage stellte. Die Kriegspartei im französischen Ministerrat unter Führung Louvois riet, zum Angriff zu schreiten, bevor das Reich den Krieg erkläre. Sie berief sich dabei auch auf die Depeschen Verjus, der im Gegensatz zu Foucher in der Augsburger Allianz eine ernste Bedrohung für Frankreich sah. (83) In seinen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens ergriff Colbert de Croissy sofort die Gelegenheit, die ihm ein Gespräch mit dem Nuntius zu bieten schien. Der Kardinal d'Estrées, ein Bruder des französischen Botschafters beim Heiligen Stuhl, erhielt am 20. Dezember 1686 die Anweisung, die Vermittlung des Papstes für die Umwandlung des Stillstands in einen Friedensvertrag zu gewinnen. (84) Wenn Croissy auch den Umständen entsprechend vorsichtig zu handeln suchte, so führte eine Reihe von unglücklichen Umständen — nicht zuletzt das geringe Geschick des Kardinals (85) dazu, daß das Verhandlungsangebot die Form eines bis zum 31. März 1687 befristeten Ultimatums erhielt. In Deutschland erlangte man

78) Ebd., Komm.-dekret 2. 12. 1687

79) Ebd., S. 78, Memorial Verjus 24. 2. 1687

80) AE, Mayence XXVII, Ber. 25. 8. 1687

81) Ebd., Ber. 27. 10.

82) Ebd., Ber. 17. 11. u. 1. 12. 1687

83) Pagès, S. 583

84) Ein Auszug aus dieser Instruktion befindet sich bei Immich, Zur Vorgeschichte des Orleans'schen Krieges, S. 173, Anm. 3

bald Kenntnis von diesen Vorgängen, und man befürchtete, der Krieg stehe unmittelbar bevor. Diese Auffassung vertrat auch ein am 10. Februar verfaßtes Kommissionsdekret. (86) Demzufolge verlangte Frankreich bis zum 31. März die endgültige Abtretung der besetzten Gebiete durch einen Friedensvertrag. Verständlicherweise lehnte der Kaiser ab. Er versicherte indessen dem Papst, er wünsche den Frieden zu erhalten, und bat ihn um seine Unterstützung. Daneben ließ der Kaiser in Versailles erklären, die Augsburger Allianz trage nur defensiven Charakter. (87) Man antwortete ihm, nur um dem Kaiser gegen die Türken freie Hand zu geben, habe der französische König sich mit einem provisorischen Besitz begnügt, wo er endgültige Abtretungen fordern konnte. Österreichische Minister sollten erklärt haben, sobald der Krieg in Ungarn beende sei, würde der Kaiser seine Waffen gegen den Rhein wenden. Habe Frankreich seine Grenzen befestigt, so geschehe dies nur zur Verteidigung. (88) Die Kurmainzer Politik wurde von diesen Spannungen wieder einmal zur Nachgiebigkeit veranlaßt. Im Januar hatte der Kaiser dem Kurfürsten mitgeteilt, Frankreich werde im Frühjahr angreifen, und bat um seinen Rat. (89) Gleichzeitig hielt sich der Graf Starhemberg in kaiserlichem Auftrag in Mainz auf. Zwar wurde er mit allen gebührenden Ehren empfangen, aber Foucher hatte nicht den Eindruck, daß Kurmainz auf die kaiserlichen Wünsche eingegangen sei. (90) Der Kanzler jedoch reiste wenig später nach Heidelberg, ohne daß der Grund zu erfahren war. Gleichzeitig aber ließ der Kurfürst Foucher wissen, er hoffe, daß bald ein Friedensvertrag zustande komme und habe dies auch Starhemberg nicht verhehlt. (91) In der Sitzung des Kurfürstenkollegs am 7. Februar 1687 ging Scheffer sogar soweit, Frankreich eine einseitige Friedensgarantie anzubieten und ihm als Sicherheit einige Grenzfestungen zu überlassen. Allerdings kann man damit nicht in Einklang bringen, daß Kurmainz wenig später am Reichstag seine Zustimmung zu einer Türkenhilfe von 100 Römermonaten in einem Gesamtwert von 10 Mill. Reichstalern gab. Anscheinend war dies ein Erfolg des Grafen Hohenlohe. Er ist umso höher zu bewerten, als Kurmainz sich dabei selbst zu einem Beitrag von 60.000 Reichstalern verpflichtete. (92) Allerdings darf es auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß im gleichen Jahr noch einmal der Streit um Windischgrätz auf das Heftigste entbrannte. Ende Mai verließ der Bischof von Passau Regensburg, um sich dringenden Aufgaben in seinem Bistum zu widmen. Wiederum zeigte sich die gleiche Szenenfolge wie beim Tod des Bischofs von Eichstätt (93) Im Oktober schrieb der Kaiser an den Mainzer Kurfürsten, er möge durch seine Direktorialbefugnisse den Streit beilegen. Er sähe sich sonst in der Notwendigkeit, den Reichstag aufzulösen. Wiederum jedoch machte der Kaiser seine Drohungen nicht wahr. Im Dezember trat der Passauer Bischof von seinem Amt zurück. Am 5. wurde der Markgraf Hermann von Baden zum Prinzipalkommissar bestimmt.

85) Pagès, S. 587

86) Londerp XII, S. 66

87) Ebd., S. 71

88) Ebd., S. 72

89) AE, Mayence XXVI, Ber. 24. 1. 1687

90) Ebd., Ber. 27. 1. 1687

91) Ebd., Ber. 3. 2. 1687. Vergl. Fester, Die Abberufung Gottfrieds von Jena, S. 485 f.

92) AE, a. a. O., Ber. 17. 3. 1687

93) Moser, a. a. O.

II. Die Kölner Wahl und der Kriegausbruch

Seit dem pfälzischen Erbschaftsstreit lag nach den Worten Legrelles der Krieg in der Luft. (94) Seitdem hatte sich die Spannung ständig erhöht, und es bedurfte nur eines Funkens, um den angehäuften Konfliktstoff zur Explosion zu bringen. Dieser entscheidende Impuls sollte durch die Kölner Erzbischofswahl gegeben werden.

Im Jahre 1687 hatte sich der Gesundheitszustand des Kurfürsten Max Heinrich ständig verschlechtert. Zu seinem Nachfolger war der Bischof von Straßburg, Wilhelm Egon von Fürstenberg, geradezu prädestiniert. So wählte ihn die Mehrheit des Kapitels am 7. Januar 1688 zum Koadjutor. (95) Allein er hatte es versäumt, die erforderliche päpstliche Erlaubnis einzuholen. Daher bestritt der Kaiser die Gültigkeit der Wahl zu Gunsten des Gegenkandidaten Josef Clemens von Bayern. (96) Zwar versuchte Wilhelm von Fürstenberg die Unterstützung der Kurfürsten zu gewinnen, aber diese hielten sich zurück, um die Entscheidung des Papstes abzuwarten. Bereits vor der Wahl war Foucher darauf hingewiesen worden, daß es dabei wahrscheinlich Schwierigkeiten geben werde. Er solle daher den Mainzer Hof für Fürstenberg zu gewinnen suchen. (97) Daraufhin trat er mit dem französischen Gesandten Gravel, der in Köln weilte, in Verbindung, um ihm entsprechende Informationen zuzuleiten. (98)

Als am 3. Juni der Kölner Erzbischof starb, wurde eine Neuwahl nötig, da Fürstenberg die Bestätigung des Papstes nicht erhalten hatte. Am 19. Juli schritt das Kapitel zu diesem höchst bedeutungsvollen Akt. Auch jetzt gab es kein unanfechtbares Ergebnis. Von den 24 stimmberechtigten Kapitularen entschieden sich 13 für Fürstenberg und 9 für den bayerischen Prinzen. Da Fürstenberg postuliert werden mußte, reichte die Mehrheit nicht aus.

Ebensowenig hatte Josef Clemens die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigen können. (99) Fürstenberg erklärte sich für postuliert. Aber auch sein Rivale ließ verkünden, daß er die Wahl annehme.

Erneut ging es für beide darum, allgemeine Anerkennung zu finden. Foucher suchte in Mainz Unterstützung für den Kandidaten Frankreichs. Allein man zeigte sich sehr zurückhaltend. Nach langem Zögern äußerte der Kanzler schließlich, wenn der Bischof von Straßburg gewählt werde, könne man wohl kaum Einwände erheben. Der Kurfürst dagegen schwieg vollkommen. In Versailles zeigte man sich darauf recht verärgert und betonte, Fürstenberg sei aller Bindungen an Frankreich ledig. (100) Wenig später jedoch mußte Foucher von Bertram vernehmen, Fürstenberg, der ja schon ein Bistum innehatte, bedürfe für die Wahl in Köln eines päpstlichen Indults. (101) Von dem Hinweis, man müsse dem Straßburger Bischof beistehen, da sonst die Unabhängigkeit der Kapitel Rom gegenüber in Frage gestellt würde, ließ man sich in Mainz nicht beeindrucken. Man zeigte sich nicht bereit, Fürstenberg am Reichstag zu unterstützen. Der

94) a. a. O., S. 295

95) Pagès, S. 603 u. Gérin. Le pape Innocent XI.

96) Braubach, Das Kölner Domkapitel und die Wahl von 1688, S. 56 ff. Vergl. auch Ennen, Bd. I, S. 470 ff.

97) AE, Mayence XXVI, Weisung 4. 12. 1687

98) Ebd., Ber. 8. 12. 1687

99) Braubach, Kurköln, S. 83 — 84

100) AE, Mayence XXVII, Ber. 5. 7. 1688 u. Weisung 15. 7.

101) Ebd., Ber. 19. 7.

Kurfürst berief sich ebenso wie sein Kanzler immer wieder darauf, daß der Entscheid der Kurie abgewartet werden müsse. (102)

In Regensburg war die Kölner Wahl am 2. August durch einen Vortrag des bayerischen Gesandten im Kurfürstenkolleg zur Debatte gestellt worden. (103) Er erhob dagegen Klage, daß Wilhelm von Fürstenberg sich in den Besitz des Erzstiftes gesetzt habe, obwohl der Herzog Josef Clemens rechtmäßig gewählt sei. Deshalb stellte er den Antrag, Fürstenberg nicht anzuerkennen. Am 25. August antwortete der kölnische Gesandte Holtzemius mit einem heftigen Protest. (104) So ging es eine Zeitlang hin und her. Schließlich entschied das kurfürstliche Kolleg, Holtzemius solle sich zwischen den streitenden Parteien neutral halten und nur das vorbringen, was ihm im Namen des ganzen Kapitels aufgetragen würde. (105)

Während noch in Regensburg mit spitzfindigen juristischen Argumenten gestritten wurde, hatte sich Frankreich entschlossen, die Entscheidung den Waffen zu überlassen. Bereits im Januar 1688 war Ludwig XIV. nicht gewillt, seine Interessen von denen Fürstenbergs zu trennen. (106) Nach dem unklaren Ausgang der Kölner Wahl schickte er sich an, sein Wort einzulösen. Ohne eine Kriegserklärung abzuwarten, ließ der französische König in der ersten Septemberhälfte das Kölner Erzstift besetzen. Dann erst, am 24. September, ließ er ein sogenanntes „Manifest“ ergehen, in dem er sich genötigt erklärte, zu seiner Sicherheit einige Plätze in den Grenzgebieten des Reichs an sich zu bringen. (107)

Damit war der Bruch vollzogen. Das Ereignis, das viele Stände des Reichs gefürchtet hatten, war eingetreten. Die Kölner Wahl hatte eine Entwicklung überstürzt zu dem Ende geführt, dem sie seit dem Regensburger Stillstand mit unabwendbarer Notwendigkeit zusteuerte. Wiederum stand den rheinischen Territorien all das bevor, was sie bereits in den vergangenen Kriegen allzu oft erfahren hatten: Besetzung, Brandschatzung und Plünderung durch Freunde und Feinde.

Die kurmainzische Politik, die sich stets die Erhaltung des Friedens zum Ziel gesetzt hatte, war damit gescheitert. Das Verhängnis war von dem Erzstift nicht mehr fernzuhalten.

Am 27. September 1688, drei Tage nach der Kriegserklärung, bekam Foucher Instruktionen darüber, wie das Verhältnis zwischen Kurmainz und Frankreich den veränderten Umständen angepaßt werden könnte. (108) Es sei zu befürchten, daß der Kaiser Mainz und seine Zitadelle besetzen wolle. Daher müsse eine starke Garnison dorthin gelegt werden. Vielleicht wäre es möglich, die bescheidenen Mainzer Truppen durch einige Kompanien Schweizer zu ergänzen, die auf den Kurfürsten vereidigt werden könnten. Er hätte von ihnen nichts zu befürchten, da sie mit Recht in dem Rufe größter Zuverlässigkeit stünden. Die Kosten würden von Frankreich übernommen. Nach dem Krieg, der nicht lange dauern werde, würde die Garnison selbstverständlich wieder abgezogen. (109) Zweck dieser Maßnahme sei es, daß keine Truppen

102) Ebd., Ber. 9. 8.

103) Londerp XIII, S. 646

104) Ebd., S. 647

105) Ebd., S. 659

106) Pagès, S. 603

107) Sagnac-St. Léger, S. 364 — 365

108) AE, a. a. O.

109) Frankreich erwartete nur einen Krieg von kurzer Dauer. Vergl. Erdmannsdörffer, Bd. I, S. 689

der kriegführenden Parteien das Erzstift durchziehen könnten. Vor allem die Passage auf dem Rhein müßte gesperrt werden. Wäre Kurmainz nicht bereit, dieses Angebot anzunehmen, würden die französischen Truppen das Erzstift als Feindesland behandeln und die Residenzstadt bombardieren. Der französische Vorschlag wurde dadurch besonders schmachhaft gemacht, daß er die Bezahlung aller ausstehenden Pensionen und eine Erhöhung des jährlichen Betrages um 20.000 écus versprach. Der Kanzler sollte für seine Vermittlung 10.000 écus erhalten. Die Summe sei zahlbar, sobald die Schweizer in die Festung eingezogen seien. (110) Noch bevor diese Forderung in Mainz bekannt wurde, hatte man sich dort entschlossen, wenn irgend möglich neutral zu bleiben. Das Regiment Schönborn könne von 700-800 auf 1200 Mann gebracht werden. Weiterhin könnten 600 Mann als „milices“ ausgehoben werden. Schließlich würde man noch vier oder fünf Kompanien Dragoner aufstellen, die als eine Kombination von Infanterie und Kavallerie zum Schutz des Erzstifts gegen die protestantischen Nachbarn ausreichend seien. Ein Herr von Dalberg sollte diese Vorschläge nach Versailles bringen. (111) Foucher fügte hinzu, es herrsche unter der Mainzer Bevölkerung offene Panik und jeder, der die Möglichkeit dazu hätte, bringe sich auf dem rechten Rheinufer in Sicherheit. In Versailles scheint man zunächst nicht mit einem Erfolg Fouchers gerechnet zu haben. Die Weisung vom 7. Oktober zeigte sich recht skeptisch und drohte mit schweren Verwüstungen. (112)

Boufflers, der am 28. September vor Kaiserslautern gestanden hatte, (113) war am 8. Oktober mit seinen 17 Kavallerieschwadronen und 10 Infanteriebataillonen bis nach Kreuznach vorgerückt. (114) Es waren daher vielleicht nicht nur die écus, die den Kurfürsten und den Kanzler zu einer „subite conversion“ brachten. (115) Allein es blieb die Schwierigkeit, wie man das Kapitel zur Zustimmung bewegen könne. Foucher allerdings erwartete von ihm keinen ernsthaften Widerstand, da der größte Teil seiner Besitzungen auf dem linken Rheinufer lag. Er überreichte ihm daher ein Memorial über diese Frage. Gleichzeitig stellte man bereits Überlegungen über die Besetzung der Offiziersstellen an. Da erhielt Foucher einen neuen Befehl. (116) Das vorhergehende Angebot sei infällig. Zwar würden die versprochenen Gratifikationen ausgezahlt, das übrige solle man Boufflers überlassen. Am 11. Oktober bereits hatte Chamlay vor Philippsburg geschrieben, er zweifle nicht an dem Erfolg des Mainzer Unternehmens. (117) Am 17. Oktober erschien der Marquis de Menon als Unterhändler in Mainz. Noch am gleichen Tage wurde die Kapitulation unterzeichnet. Christoph Rudolf von Stadion überbrachte sie an der Spitze einer Kapitulationskommission in das Lager des französischen Generals. (118)

110) Der einschlägigen Literatur ist das Projekt, eine Schweizer Garnison nach Mainz zu legen, nicht unbekannt. Allein Schaab, S. 226 u. Kayser, S. 14 sind fälschlicherweise der Ansicht, es sei erst von Boufflers vorgeschlagen worden.

111) AE, a. a. O., Ber. 2. 10. 1688

112) Ebd., Weisung 7. 10.: Il peut s'attendre à tout ce que mon juste ressentiment pourra porter de dommages dans les pays dépendant de l'Electorat de Mayence."

113) Ebd., Ber. 28. 9. 1688. Vergl. auch Griffet, Bd. V, S. 8. Befehl von Louvois an Duras vom 17. Sept.

114) AE, a. a. O., Ber. 8. 10.

115) Ebd.

116) Ebd., Weisung 13. 10.

117) Griffet, a. a. O., S. 72

118) AE, a. a. O., Ber. 17. 10. Vergl. Schaab, S. 126 u. Kayser, a. a. O. Die Übergabebedingungen finden sich bei Schaab, S. 226 ff. und Kayser, S. 17 f.

Bereits von seinen Zeitgenossen ist Anselm Franz wegen der Übergabe heftig angegriffen worden. Historische Arbeiten haben später die Vorwürfe aufgegriffen. (119) Schaab nennt sie eine „Übereilung, die nicht zu rechtfertigen war.“ Daher sollen einmal die Gründe aufgezeigt werden, die das Handeln des Kurfürsten erklären oder gar rechtfertigen können. Zunächst einige Daten über die Stärke der Festung. Sie war nach den Angaben Fouchers mit etwa 700-800 Mann besetzt. (120) Mentz bezeichnet Mainz als eine der bedeutendsten deutschen Festungen. (121) Wenn ihre Artilleriebestückung wirklich so gut war, wie Kayser vermutet, so dürfte ein erheblicher Teil der Mannschaft allein für die Geschützbedienung benötigt worden sein. Es wäre den übrigen zumindest sehr schwer gefallen, die anderen Aufgaben zu erfüllen, die sich aus einer Belagerung ergaben. Hierzu einige Vergleichszahlen über die Besatzung anderer Festungen: Wien wurde 1683 von etwa 12.000 Mann verteidigt. Hinzu kam eine beträchtliche Anzahl Bürger, die sie vielfach, ja sogar bei rein militärischen Operationen unterstützten. (122) Luxemburg zählte 1684 3.600 Verteidiger, von denen im Lauf der rund vierwöchigen Belagerung 1.900 fielen. Die Festung wurde beschossen von 38 Geschützen und 15 Mörsern. (123) Philippsburg schließlich hatte 1688 eine Besatzung von 2.200 Mann. Die Belagerer wurden zudem durch das sumpfige Gelände außerordentlich behindert. (124) Die Armee Boufflers war 20.000 Mann stark, als sie vor Mainz erschien. (125) Ihm standen sofort 12 Mörser und 25 Feldstücke zur Verfügung. Kayser vertritt die Ansicht, wenn schon die Mainzer Truppen zu einer langen Verteidigung nicht im Stande waren, so hätten sie den Angreifer doch so lange aufhalten können, bis Hilfe von außen kam. War dies überhaupt möglich? Bei der Belagerung Philippsburgs schrieb Louvois am 17. September, (126) der Prinz von Oranien werde der Festung nicht zu Hilfe kommen. Sonst aber seien keine Truppen in der Nähe, die zum Einsatz schreiten könnten. Ein kaiserliches Regiment liege in der Gegend von Konstanz. Der Landgraf von Hessen-Kassel habe 3-4.000 Mann, die sich kaum einer Niederlage aussetzen würden. Die Voraussage fand sich durch die Ereignisse bestätigt. Schaab erwähnt, daß sich in Aschaffenburg gegen Ende des Jahres sächsische Truppen befanden. (127) Sie scheinen dort aber erst im November eingerückt zu sein. (128) Zudem ist ihre Stärke nicht bekannt. Konnte der Mainzer Kurfürst nicht damit rechnen, daß in Kürze Truppen aus dem Reich anrücken würden, so mußte er umgekehrt erwarten, daß nach dem Fall Philippsburgs weitere französische Kräfte frei würden. (129) Könnten seine Truppen bis dahin standhalten, so wäre es dann einer vielleicht vierzigfachen Übermacht ein leichtes, ihren Widerstand zu brechen. Es ist aber mehr als fraglich, ob das Mainzer Militär sich so lange gehalten hätte. Die Aushebung von Bürgern hätte daran kaum etwas geändert. Als im Frühjahr 1689 die Belagerung von Mainz durch deutsche Truppen

119) Vergl. auch Werner, a. a. O., S. 89 ff.

120) Diese Zahl nennt auch Schaab, S. 226

121) Bd. II, S. 97

122) Hantsch, Bd. II, S. 51

123) Levaø, S. 235 u. 238

124) Griffet, a. a. O., S. 1 ff., bes. S. 127

125) Schaab, S. 225

126) Griffet, a. a. O., S. 9

127) S. 232

128) AE, a. a. O., Ber. 1. 12. 1688

129) Die Festung kapitulierte zwölf Tage nach der Übergabe von Mainz am 29. 10.

begann, betrug die Stärke der französischen Garnison fast 9.000 Mann. (130) Sie konnte sich gegen 60.000 Angreifer rund zwei Monate lang halten. (131) Die Belagerer verfügten über 30 schwere Geschütze und 12 Mörser. Zwar war dies mehr als die Artillerie Boufflers. Diese aber war stark genug, um in die Befestigung eine Breche zu schießen. Wenn die 12 Mörser, die er mit sich führte, auch für diesen Zweck ungeeignet waren, so hätten sie gewiß ausgereicht, um die Stadt in Schutt und Asche zu legen.

Man hat Anselm Franz vorgeworfen, er hätte damit rechnen müssen, daß der Kaiser und seine Verbündeten die Festung wieder erobern und dann die Zerstörungen verursachen würden, die er durch die Übergabe an die Franzosen zu vermeiden hoffte. (132) Konnte man dies nach dem Verlauf der bisherigen Kriege mit Frankreich erwarten? Mußte sich Anselm Franz nicht an die Instruktionen erinnern, die er 1681 seinen Frankfurter Gesandten gegeben hatte? Rechnete Frankreich nicht selbst mit einem kurzen Krieg?

Daher ist es wohl nicht völlig berechtigt, wenn die Handlungsweise von Anselm Franz ein vernichtendes Urteil gefunden hat. Die Alternative, vor die er sich gestellt sah, lautete nicht: Übereilte Übergabe oder heroisches Aushalten, bis Hilfe kommt, sondern Kapitulation oder sinnloses Opfer? Gewiß, das, was der Kurfürst erhoffte, erfüllte sich nicht. Das französische Militär scherte sich nicht um die Kapitulationsbedingungen. Die Stadt wurde grausam von dem deutschen Belagerungsheer zerstört. Mit dem zweiten Ereignis hat Anselm Franz kaum gerechnet. Das erste aber konnte als kleineres Übel in Kauf genommen werden. Als er am 17. Oktober die Festung übergab, vollzog er keinen Verrat am Reich, sondern tat das, was einem realistisch denkenden Staatsmann zu tun übrig blieb, sollte sein Handeln nicht von seinem Standpunkt aus sinnlos werden.

Die Voraussetzungen, unter denen Frankreich einen schnellen Sieg erhoffen konnte, erwiesen sich als trügerisch. Hatte sich in den rheinischen Territorien beim Einmarsch der französischen Truppen eine Panik ausgebreitet, so wahrte der Kaiser seine Festigkeit. Noch im Oktober vereinigten sich die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, der Herzog von Braunschweig-Kalenberg und der Landgraf von Hessen-Kassel zu einer Allianz. (133) Als Ludwig XIV. am 26. November den Generalstaaten den Krieg erklärte, mußte erwartet werden, daß ein langes Ringen bevorstünde. Im Dezember brach das Reich die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. (134) Wiederum mußte Anselm Franz seine Politik einer völligen Neuorientierung unterwerfen. Boufflers hatte bereits, bevor die Festung in französischer Hand war, befürchtet, wenn die erste Bestürzung vorbei wäre, könnte sich der Mainzer Hof wieder dem Kaiser zuwenden. (135) Die Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit auf die Übergabe von Mainz war, wie bereits gesagt, außerordentlich heftig. Der Frankfurter Magistrat mußte bei körperlicher Strafe verbieten, den Kurfürsten öffentlich zu

130) Werner, a. a. O., S. 88

131) Schaab, S. 252

132) Kayser, S. 16 — 17. Zur Rechtfertigung von Anselm Franz vergl. auch die Stellungnahme zur Übergabe von Straßburg

132) bei Schulte, S. 182

133) Vergl. Haake

134) Sagnac-St.Léger, S. 384

135) Griffet, a. a. O., S. 181

beleidigen. (136) Scheffer wurde am Reichstag von allen Gesandten gemieden. Wieder zeigte sich drohend die Gefahr für das Reichsdirektorium. Es kam hinzu, daß Foucher den Wechsel für die französischen Zahlungen in Frankfurt nicht einlösen konnte. (137) So ging auch der persönliche Gewinn für Anselm Franz verloren. Am 23. November erfuhr der Gesandte, Hohenlohe versuche die rechtsrheinischen Festungen des Erzstifts für den Kaiser öffnen zu lassen. (138) In der Tat hat sich dieser darum bemüht. Von dem Kommandanten von Königstein im Taunus erhielt er die geheime Verpflichtung, dem Kaiser treuzubleiben und die Festung bis aufs äußerste zu verteidigen. Sollte er jedoch von dem Kurfürsten oder dem Domkapitel den Befehl zur Übergabe bekommen, wollte er die Ausführung verweigern. (139) Am 25. November verließ der Kurfürst Mainz. Louvois gab am 1. Dezember den Befehl, wenn die Mainzer Festungen auf dem rechten Rheinufer dem Kaiser übergeben würden, seien die Kapitulationsbedingungen hinfällig und das Erzstift als Feindesland zu behandeln. Er fügte am 6. hinzu, der König habe soeben die Nachricht erhalten, Höchst sei den kaiserlichen Truppen geöffnet worden. Man müsse somit eine Versöhnung zwischen dem Mainzer Kurfürsten und dem Kaiser annehmen. Foucher werde daher den Befehl zur Abreise erhalten. (140) In Königstein waren in den ersten Dezembertagen hessenkasselsche Truppen eingerückt. Sie würden wohl in Kürze auch die Festung besetzen. (141) Auf Fouchers Vorhaltungen verstand Anselm Franz sich am 12. Dezember dazu, sie französischen Truppen zu übergeben. Er befahl dem Kommandanten zu kapitulieren, wenn starke Streitkräfte im Anmarsch seien. Gleichzeitig setzte sich von Mainz eine französische Abteilung in Marsch. (142) Allein, als sie vor Königstein erschien, setzte sich die Garnison zur Wehr. Die Offiziere erklärten, sie seien gute Deutsche, die durch die Übergabe der Festung nicht an Kaiser und Reich Verrat begehen wollten. (143) Da das französische Militär keine Artillerie mit sich führte, mußte es unverrichteter Dinge wieder abziehen. Da blieb Foucher nur noch eines zu tun übrig, er bat um Pässe für sich und seine Leute. (144) Am 23. Dezember verließ er Mainz.

136) AE, Mayence XXVII, Ber. 25. 10. 1688

137) Ebd., Ber. 18. 11.

138) Ebd., Ber. 23. 11.

139) Reichskanzlei, Ber. a. d. Reich, Fasz. 13, Ber. 16. 11. 1688

140) Griffet, a. a. O., S. 165 u. 173

141) AE, a. a. O., Ber. 6. 12. 1688

142) Ebd., Ber. 15. 12.

143) Ebd., Ber. 16. 12.

144) Ebd.

Gesamtbild der Kurmainzer Politik von 1679-1688

Mit der Abreise Fouchers hatte eine Periode diplomatischer Beziehungen zwischen einem rheinischen Territorium und der französischen Krone ihren Abschluß gefunden. Er verließ Mainz am Ende eines Zeitabschnittes, in dem der Erzbischof und Kurfürst auf das engste mit seinem mächtigen Nachbarn zusammengearbeitet hatte, in dem er aber auch nach dem Einschnitt des Regensburger Stillstands sich nach und nach aus allen Bindungen zu lösen gesucht hatte.

Das Erzstift Mainz war ein Kleinstaat. An Ausdehnung wurde es sogar von einigen geistlichen Territorien überflügelt. Seine Politik stand daher stets in einer Abhängigkeit im Kraftfeld der beiden großen Machtblöcke, dem Kaiser und dem französischen Königtum. Sich bald diesem, bald jenem nähernd, versuchte der Kurfürst durch einen mehr oder minder geschickten Zickzackkurs seinen eigenen Interessen zu dienen. Dies war eine Situation, vor die sich *mutatis mutandis* alle westlichen Territorialstaaten des Reichs gestellt sahen. Für Kurmainz trat ein besonderes Moment hinzu, das es in den Mittelpunkt eines Dreiecks von Rücksichten, Verbindlichkeiten und Abhängigkeiten hineinstellte, das Erzkanzleramt von Deutschland mit all seinen Funktionen. Diese Dreifachheit gibt der Politik des Erzstiftes einen besonderen, schillernden und — labilen Charakter.

Die Regierung von Anselm Franz begann in einer Zeit, in der der Kaiser, gefesselt von seinen außerdeutschen Aufgaben und Problemen, gehemmt durch die wirtschaftliche Situation, auf eine aktive Politik in den Territorien am Rhein verzichten mußte. (145) Es ist am Beginn dieser Untersuchung gezeigt worden, daß man in der Hofburg selbst eingestehen mußte, zu einer kraftvollen Unterstützung der westlichen Stände nicht in der Lage zu sein. Anselm Franz mußte also in seiner Politik von der Voraussetzung ausgehen, daß sein Erzstift vom Kaiser keine Unterstützung erhoffen konnte, sollte es jemals in Gefahr geraten. Allein dieser Fall trat ein, als Frankreich Stück für Stück die Grenzgebiete des Reiches zu annektieren begann. Das erste Ziel der kurmainzischen Politik in den folgenden Jahren war daher die Erhaltung des Friedens. Ging Anselm Franz von der Überlegung aus, daß sein Land in einer eventuellen Auseinandersetzung allein auf seine eigenen, unbedeutenden Kräfte angewiesen sein würde, so gab es für ihn nur diese Konsequenz. Das Reich hatte aufgehört eine politische Einheit zu sein. Der lockere Verband von Staaten, deren Interessen auseinanderstrebten oder gar einander entgegenliefen, konnte seinen Gliedern trotz aller Reformversuche keinen wirksamen Schutz mehr bieten. Es kann daher nicht verwundern, wenn jeder Fürst zunächst an sein eigenes Territorium dachte. Anselm Franz sah nur eine Möglichkeit. Dem Zwang der Umstände gehorchend suchte er in der Anlehnung an Frankreich — so paradox dies auch sein mag — Schutz vor diesem selbst. Es ist für Foucher nie zweifelhaft gewesen, daß der Mainzer Kurfürst nur durch die Sorge um sein Erzstift auf die Seite des französischen Königs gedrängt worden war. Er verfolgte nicht wie Brandenburg eigene politische

145) Just, S. 82 f.

Ziele, denen er mit französischer Unterstützung näherzukommen hoffte. Seine Politik war ausschließlich negativ, defensiv. Sie suchte stets den Weg des geringsten Risikos und verzichtete nach den grundsätzlichen Beschlüssen über die Reichskriegsverfassung auf eine konstruktive Zielsetzung.

Auch als es für einen Augenblick schien, als wollte der Rheinbund von 1658 wieder auflieben, vermied es Anselm Franz, die Initiative zu ergreifen. Es drängt sich der Vergleich mit seinem Vorgänger Johann Philipp von Schönborn auf, und die Frage erhebt sich, warum Anselm Franz nicht ähnliche Bahnen einschlug. Muß die Antwort auch letztlich auf die charakterliche Verschiedenheit der beiden Männer verweisen, so gibt sie doch zu berücksichtigen, wie verschieden auch die Situationen waren, die sie zu meistern hatten. Der französische Partner war nicht mehr der gleiche. Anselm Franz sah sich einem Frankreich gegenüber, das mitten im Frieden dabei war, seine Grenzen bis weit in das Reich hinein vorzuschieben, entschlossen, die neuen Eroberungen durch einen Krieg zu verteidigen. Die Machtgrundlage, auf die er seine Politik basieren konnte, war erheblich schmaler als für Johann Philipp, der in einer Hand das Mainzer Erzstift und die Hochstifte von Würzburg und Worms vereinigte.

Es läßt sich nicht erkennen, welchen Ausweg Anselm Franz hätte einschlagen können. Der Anschluß an Frankreich mag ihm umso leichter gefallen sein, als er dadurch offensichtlich nicht in einen Konflikt zwischen politischer Notwendigkeit und reichspatriotischen Pflichten geriet. Lassen auch seine Weisungen an die Gesandten in Frankfurt und Regensburg erkennen, daß ihm das Wohl des Reichsganzen nicht völlig gleichgültig war, so zeigen sie doch mit gleicher Deutlichkeit, daß er nicht zögerte, das Wohl seines Territoriums allem andern voranzustellen.

Nicht nur von Frankreich her drohten Gefahren, sondern der Verlauf der Frankfurter Konferenzen zeigte, daß das Kurfürstentum in lebenswichtigen Bereichen auch dem gewaltsamen Zugriff vom Reich her ausgesetzt war. Bot ihm seine verfassungsrechtliche Stellung auch eine einzigartige Machtposition, so war doch gerade diese Seite außerordentlich empfindlich. In einem Reich, in dem die protestantischen Armierten im Begriffe waren, endgültig die führende Rolle an sich zu reißen, sah sich zudem ein geistliches Fürstentum ohne Unterlaß einer lebensgefährlichen Bedrohung gegenüber. An „realer“ Macht konnte sich der Mainzer Kurfürst unmöglich mit denjenigen von seinen Standesgenossen vergleichen, die sich in einem stehenden Heer ein stets be-reites Machtmittel geschaffen hatten.

Einer der wichtigsten Begriffe der Mainzer Politik war daher der „Glimpf“. Den Komplex zwischen den Polen „Ehre“, „Wohl“ und „Sicherheit“ umschließend, bildet er geradezu ein Schlüsselwort. Die Aufforderung, den „Glimpf“ zu wahren, tritt als stereotype Formel in einer Vielzahl von Weisungen des Kurfürsten auf. Sie bedeutete, daß der Empfänger durch sein Handeln die Sicherheit seines Herrn ebensowenig kompromittieren sollte, wie seinen Ruf dem Reich gegenüber. Viel schwächer als der Brandenburger konnte sich Anselm Franz unmöglich dessen Reichspolitik der Jahre 1681-1684 leisten, obwohl die politischen Grundkonzeptionen beider Kurfürsten in den wesentlichsten Punkten übereinstimmten. So kam es zu dem recht gewundenen Kurs, den die französischen Diplomaten abfällig als „patelinage“ bezeichneten.

Das Geheimnis der Erfolge französischer Diplomaten ist oft in der Freigiebigkeit ihres Königs zu suchen. Auch nach Mainz ist in diesen Jahren eine nicht unbedeutende Summe von écus geflossen. Hat sie die Entscheidungen des Hofes beeinflusst? Foucher hat die Frage an mehreren Stellen rückhaltlos bejaht. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob er die Situation richtig gewertet hat. Es kann schwerlich bestritten werden, daß Anselm Franz aus aufrichtiger Überzeugung heraus den Frieden zu erhalten und zu sichern suchte. Er wählte den einzig möglichen Weg und hatte dabei den Vorteil, die französischen Zahlungen als willkommenen Nebengewinn einzustreichen. Die Auseinandersetzungen um die Garnison auf der Ebernburg bieten jedoch ein deutliches Beispiel dafür, daß der Mainzer Kurfürst zu einer völligen Umkehr seiner Politik durch finanzielle Vorteile nicht bewogen werden konnte.

Ebenso wie für Brandenburg bedeutete auch für Kurmainz das Jahr 1684 mit dem Abschluß des Regensburger Stillstandes eine Wendemarke. Die einzelnen Motive waren gewiß verschieden. Gleich jedoch war der Effekt, die Abwendung von Frankreich. Es kann nicht gesagt werden, daß Kurmainz sich völlig eindeutig wieder an den Kaiser angeschlossen hätte. Seine Politik der Jahre 1684-1688 verdient viel mehr als die vorhergehende mit „patelinage“ bezeichnet zu werden. Allein im Grundsätzlichen kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Mainzer Hof für den Kaiser deutliche Sympathien gehegt hat.

Das Jahr 1688 brachte dann die Katastrophe der Politik von Anselm Franz. Sie scheiterte in ihrem jahrelangen Bemühen um den Frieden ebenso wie in dem Streben nach Neutralität. Stets in der Defensive, zwangsläufig von der Initiative der Großmächte abhängig, wurde das Erzstift in den Krieg von 1688-1697 hineingerissen und erfuhr zur Gänze all das, was ihm Anselm Franz hatte ersparen wollen — durch eine Politik, die vielleicht die Tatkraft vermissen läßt, deren Aufrichtigkeit und Lauterkeit aber kaum bezweifelt werden kann.

Exkurs I

Zur Kurmainzer Funktion am Reichstag

Der Mainzer Kurfürst war am Zustandekommen des Regensburger Stillstands in nicht unmaßgeblicher Weise beteiligt. Er hatte nicht nur seine Kurstimme in den Dienst dieser Sache gestellt, sondern auch die Sonderfunktionen, die er seiner Stellung als Erzkanzler verdankte. Der Verlauf des Frankfurter Kongresses und die Ereignisse bei der Belagerung Luxemburgs haben gezeigt, daß in der Hand des Direktoriums Entscheidungen lagen, die den Lauf des Geschehens in beträchtlicher Weise zu beeinflussen vermochten.

Es kann nicht das Ziel dieses knappen Exkurses sein, in umfassender Weise Wesen und Funktion des Erzkanzleramtes und der daraus abgeleiteten Befugnisse zu erläutern. Er soll lediglich dem Zweck dienen, die verfassungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Hintergründe der Mainzer Einwirkung auf die reichsgeschichtlichen Ereignisse der behandelten Epoche zu erläutern. (1) Allerdings läßt es sich nicht vermeiden, über den zeitlichen Rahmen der vorhergehenden Untersuchung hinauszugreifen. Für diesen Zusammenhang ist vornehmlich das Reichsdirektorium von Interesse. Es besteht aus einer Vielzahl verwaltungsrechtlicher Zuständigkeiten, die mosaikartig aneinandergesetzt und nach und nach erworben eine Behörde geschaffen haben, von fast universeller Kompetenz für alle mit dem Reich „in corpore“ in Beziehung stehenden Angelegenheiten.

Sollte sich das Plenum des Reichstags oder eine Deputation mit irgendeinem Gegenstand befassen, so lag es bei dem Reichsdirektorium, die Beratungen einzuleiten. Nur dies allein hatte die Befugnis dazu. (2) Es wurde am ständigen Reichstag von einem oder mehreren Direktorialgesandten ausgeübt. (3) Ihnen standen zur Seite ein Legationssekretär und mehrere Kanzlisten. (4) Der Sekretär leitete im wesentlichen die ganze Verwaltung und besaß daher beträchtliche Einwirkungsmöglichkeiten. (5) Die unmittelbaren Einkünfte aus dem Direktorium waren zwar gering, indirekt

1) Über das Erzkanzleramt im allgemeinen und seine Stellung den Reichskanzleien gegenüber sei auf das Werk von Seeliger verwiesen. Vergl. auch Geist.

2) Moser, Deutsch. Staatsr., Bd. 47, 29 § 2. Necker — 16 § 7 — schreibt über das Reichsdirektorium: „Ces droits de l'Electeur de Mayence sont desjà par eux mesmes d'une si grande importance qu'ils ne laisseroient pas de luy donner un très grand crédit, quand mesmes ils seroient exercez avec impartialité.“ In den Beschwerden des pfälzischen Kurfürsten gegen das Reichsdirektorium von 1664 heißt es: „Auf solche vorerzehlte Weise ist Chur - Mayntz über alles, ordiniret, moderiret und disponiret allein alle Actiones Imperii, Electorum, Principum, Statum, in Comitibus, extra Comitibus, in Collegiis, extra Collegia, in Aula Imperatoris, extra Aulam, in Camera, extra Cameram, in publicis et privatis, in maximis et minimis, wie es selber will, weillen es allenthalben mit will beyseyn und praesidiren oder dirigiren.“ — Moser, a. a. O. § 34

3) Beispiele für Doppelbesetzungen in dem untersuchten Zeitabschnitt bieten die Jahre 1681, als Scheffer neben Hörnick tätig war und 1685 ff., als ihm Bertram beigegeben wurde. Vergl. Bittner — Groß, Bd. I, S. 304

4) Moser, a. a. O. § 30

5) AE, Allemagne 289, Ber. 26. 5. 1681: „Ce que j'estimerois d'autant plus (freundliche Haltung des Sekretärs) que ce secrétaire à cause du directoire de la diette et de la dictature est sans difficulté de tous ceux qui sont icy celuy par les mains duquel il passe le plus d'affaires et qui peut d'avantage servir.“

aber zog Kurmainz beträchtlichen Nutzen daraus. (6) Wie groß das Prestige des Reichserzkanzlers war, geht auch aus dem Bericht Taafes aus dem Jahre 1681 hervor. (7) Anselm Franz sah die vornehmsten Rechte des Reichsdirektoriums darin, daß durch den Sekundarius und den Sekretär an einem besonderen Tisch das einzige amtliche Protokoll geführt, die Proposition vorgenommen und durch den Prinzipalgesandten die Umfrage gehalten werde. (8) Seinen Gesandten obliege es außerdem, das Konklusum zu verfassen. Wie bedeutend gerade diese Befugnis war, hat sich beim Frankfurter Kongreß gezeigt. Neben diesen Funktionen, die man als Präsidium bezeichnen könnte, gehörte es auch zu den Vorrechten des Reichsdirektoriums, daß alle diplomatischen Vertreter, die zum Reichstag entsandt wurden, ihm ihre Vollmachten vorlegten und sich so beglaubigten. (9)

Im übrigen befand sich auch das Direktorium des Kurfürstenkollegs in der Hand von Kurmainz. Im Fürstenkolleg wechselte dieses Amt zwischen Österreich und Salzburg. Im Städtekolleg wurde es von derjenigen Stadt ausgeübt, in der der Reichstag versammelt war, beim ständigen Reichstag also von Regensburg. Die Befugnisse des Reichsdirektoriums sind in mehrere Teilfunktionen zu gliedern. Zu ihrer Erläuterung soll der Weg beschrieben werden, den ein Projekt am Reichstag zu durchlaufen hatte, bis ein Reichsschluß zustande kam. Am Beginn stand die Ansage zu den Beratungen. Das Reichsdirektorium stellte dem Reichserbmarschall einen sogenannten Ansagezettel zu, durch den die Stände für eine bestimmte Zeit zu den Beratungen aufgefordert wurden. Er enthielt keinerlei Angaben über ihren Gegenstand. (10)

Hier bereits bot sich dem Direktorium eine erste Einwirkungsmöglichkeit. Den Ständen blieb bis zum Beginn der Beratungen ihr Gegenstand unbekannt. Oft geschah es, daß die Sitzungen überstürzt einberufen wurden, so daß eine geregelte Debatte dadurch erschwert wurde, daß die Gesandten unvorbereitet waren. (11)

Beim Beginn einer Sitzung boten sich dem Direktorium neue Möglichkeiten. Ordnungsgemäß sollten die Stände um acht Uhr morgens auf dem Rathaus erscheinen. In Wirklichkeit jedoch dauerte es bis zehn oder gar halb elf, bis man vollzählig versammelt war. (12) Gegen zwölf erst kamen die Geschäfte richtig in Gang. Nahmen die Beratungen einen Verlauf, der den Direktorien unangenehm war, so brachen sie ab, da die Zeit bereits zu weit fortgeschritten sei. Bei Henniges wird dies Verfahren „non inter minima Directoriorum arcana Dominationis“ gezählt. Es gehörte zu dem Repertoire aller Kollegialdirektorien. Selbstverständlich bedienten sich alle in reichlichem Maß dieses bequemen Mittels. Die am gleichen Ort veröffentlichten Beschwerden des Pfälzer Kurfürsten Karl Ludwig gegen Kurmainz beschuldigen dessen Gesandten sogar, er sei unter den Augen der versammelten Stände am Rathaus vorbeigefahren, ohne sich um die anberaumte Sitzung zu kümmern. (13)

6) Mentz erwähnt lediglich Einkünfte aus der Reichskanzlei. — S. 113. Indirekte Einnahmen bilden bspw. die Subsidien, die vornehmlich um des Direktoriums willen gezahlt wurden.

7) Vergl. S. 19

8) MEA, Reichstagsakt., Fasz. 280, Bd. II f. 145. Diese Äußerung bezieht sich auf die Frankfurter Konferenz.

9) Henniges, S. 1292

10) Rauch, S. 56 — 57

11) Henniges, S. 923

12) Ebd., S. 935

13) S. 1304

War man glücklich versammelt, so trat das Reichsdirektorium in Aktion — oder auch nicht. Alle Verlautbarungen und Eingaben nämlich, die dem Reichstag offiziell zugestellt wurden, mußten von ihm zur „Diktatur“ gebracht werden. (14) Erst dadurch gewannen sie amtlichen Charakter und konnten den Reichsakten einverleibt werden. Sie wurde durch den Mainzer Legationssekretär vollzogen, der daher auch die Bezeichnung „Diktator“ trug. Normalerweise diktierte er den versammelten Kanzlisten der übrigen Gesandtschaften alle zu veröffentlichenden Schriftstücke. (15) Im 18. Jahrhundert wurde es üblich, daß man umfangreiche Eingaben drucken ließ und sie für diktiert erklärte. (16) Bereits die vorhergehende Darstellung hat gezeigt, in welchem Maß durch die Diktatur der Lauf des Geschehens am Reichstag bestimmt werden konnte. Rechtlich war es zwar nicht entschieden, ob Kurmainz zur Diktatur gezwungen werden konnte. Die Praxis aber hat wiederholt gezeigt, daß man sie fast beliebig hinauszögern oder beschleunigen konnte, je nachdem, was die Mainzer Interessen geraten erscheinen ließen. Als hemmend wirkte sich vor allem die Gepflogenheit aus, daß der Direktorialgesandte — wie übrigens auch alle seine Kollegen — die Befehle seines Herrn dazu abwartete. Man berief sich dabei auf die kaiserlichen Wahlkapitulationen und bestritt den Ständen entschieden jegliches Mitspracherecht. (17) Diese dagegen verlangten, es dürfe nicht im Ermessen von Kurmainz stehen, was zur Diktatur gelangen solle. (18) Es sei völlig ausgeschlossen, daß man etwas diktieren lassen könne, wenn es sich gegen Mainz richte. Entweder verweigere das Direktorium von vornherein die Annahme unerwünschter Memorialien, wenn diese nicht abgeändert würden, (19) oder es nehme die Abänderung selbst vor, oder aber die Eingaben blieben wochenlang in der Mainzer Kanzlei liegen. Der Legationssekretär nahm auch hier eine wichtige Stellung ein. Sehr oft stand es in seinem Belieben, ob eine Diktatur überhaupt stattfand, und was diktiert wurde. Wenn er es für nötig hielt, konnte er die Diktatur vorzeitig abbrechen oder in letzter Stunde absagen. (20) Verjus hatte daher recht, wenn er ihn zu gewinnen suchte.

Es sei im übrigen bemerkt, daß in gewissen Fällen die Veröffentlichung durch die Diktatur dadurch umgangen werden konnte, daß der Gegenstand in ein kaiserliches Kommissionsdekret aufgenommen wurde. Allerdings war dies ein zweifelhafter Gewinn, denn auch das Kommissionsdekret mußte schließlich diktiert werden. War es Mainz auch meistens nicht möglich, seine Diktatur zu verweigern, so konnte es sie zumindest hinauszögern.

Eine Nebenform der Diktatur war die Kommunikation. Sie war ursprünglich gebräuchlich in allen Fällen, wo das Reichsdirektorium gegen die Eingabe Bedenken hatte. (21) Kommunizierte Schriftstücke erhielten am Kopf den Vermerk „Communicatum“. Sie wurden — zumindest theoretisch — offiziell nicht zur Kenntnis genommen und

14) Moser, Maynz. Staatsr. S. 64.

15) Henniges, S. 941 u. Moser, Teutsches Staatsrecht, Bd. 47, 23 § 64

16) Der Versuch dazu wurde bereits erfolglos unter Johann Philipp unternommen. Vergl. Mentz a. a. O., S. 46

17) Moser, Teutsches Staatsr., a. a. O. § 55

18) Henniges, S. 1290

19) Ein Beispiel dafür ist das kurtrierische Memorial über französische Übergriffe aus dem Jahre 1684. — AE, Allemagne 307, Ber. 3. 7. 1684

20) Henniges, S. 935

21) Moser, Maynz. Staatsr. S. 64

den Reichsakten nicht einverleibt. Spätestens in den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts jedoch gab es bereits zwischen Diktatur und Kommunikation keinen echten Unterschied mehr. Die Unterscheidung war zu einer reinen Formsache geworden. (22)

War eine Eingabe so oder so zur Kenntnis des Reichstags gebracht, konnte sie propo- niert werden. Die „Proposition“ bestand darin, daß das Direktorium den Kollegien eine Materie vortrug und zur Debatte stellte. Sie diente dem Zweck, eine Diskussion und eine gemeinsame Stellungnahme oder einen Beschluß — ein Konklusum her- beizuführen. Am Beginn eines Reichstages stand ursprünglich die kaiserliche Ein- gangsproposition, die in großen Zügen den Gegenstand der künftigen Beratungen darlegte. Sie wurde durch den Kaiser oder seine Stellvertreter vollzogen. (23) Es folgte die Nachproposition, die in präziser Form einzelne Detailfragen in Diskussion stellte. Traditionsgemäß nahm sie Kurmainz vor. (24) Der Regensburger Reichstag kannte zwangsläufig nur noch die zweite Form. An sich sollte wohl alles zur Pro- position gelangen, was dem Reichsdirektorium zu diesem Zweck übergeben worden war. Allein ebenso wie bei der Diktatur gab es auch hier keine eindeutigen, bindenden Vorschriften. (25) Allerdings war hier die Aktionsfreiheit des Reichsdirektoriums in verschiedener Weise eingeschränkt. Es war sinnlos, eine Proposition vorzuneh- men, solange nicht zumindest die Mehrheit der Gesandten entsprechende Instruk- tionen erhalten hatte. Eine Beschlußfassung war bis dahin unmöglich. (26) Dann aber — dies hat sich bei den Beratungen von 1682 erwiesen — besaß das Reichsdirekto- rium keine Handhabe, um die beiden andern Direktorien zur Proposition zu zwingen. Kurmainz mußte sich mit ihnen daher immer darüber einigen. Auch Moser vertritt die Auffassung, daß nur eine gütliche Absprache mit den beiden Direktorien möglich sei. (27) Dadurch besaß zumindest das fürstliche Direktorium ebenfalls ein Mittel, um die Beratungen hoffnungslos ins Stocken geraten zu lassen, wenn es ihm ge- raten erschien. Dieser Sachverhalt und die Notwendigkeit, Instruktionen einzuholen, ist eine der ersten Ursachen für die unselige Schwerfälligkeit des Reichstags.

Konnte Kurmainz auf diesem Gebiet den Geschäftsgang auch nur wenig beschleuni- gen, so war es ihm andererseits möglich, die Verhandlungen immer wieder zu ver- zögern. Im Jahre 1704 wurde darüber Klage geführt, daß die Stände oft lange war- ten mußten, ehe die Proposition erfolgte, oder aber, daß das Reichsdirektorium erst damit beginne, wenn die Sitzungszeit fast verflossen sei. (28) Da ordnungsgemäß die Kollegien nur an bestimmten Wochentagen (Montag, Mittwoch, Freitag und Sams- tag) zusammenkamen, konnte man auf diese Weise immerhin ein oder zwei Tage

22) Henniges macht keinen Unterschied zwischen diesen beiden Verfahrensweisen. Im Jahre 1682 wurde jedoch die französische Proposition von Frankfurt am 9. 1. kommuniziert. Die „offene Dik- tatur und Proposition“ wurden auf später verschoben. — MEA, Reichstagsakt. Fasz. 257, Bd. I, Protokoll 23. 1. 1682 f. 108, vergl. auch Mentz, Bd. II, S. 46

23) Rauch, S. 54

24) Ebd., S. 56

25) Dies zeigte sich bei dem Streit um das „ius proponendi“ in Frankfurt vom September 1682 — MEA, Reichstagsakt. Fasz. 282, Bd. IIIa f. 227 ff.

26) Solche Verzögerungen ergaben sich beispielsweise vor den Beratungen des Kurfürstenkollegs von 1682, die zu den Beschlüssen vom 6. April und 8. Juli führten. — MEA, a. a. O., Fasz. 280, Bd. II, f. 63 ff., Bd. III, f. 500.

27) a. a. O., § 24

28) Ebd. § 57

gewinnen. Außerordentliche Sitzungen wurden nur in Fällen allergrößter Dringlichkeit anberaumt. Für die Zeit vom Nimweger Frieden bis zu dem Regensburger Stillstand ist nur eine einzige bekannt. (29)

Hatte man sich in Prinzip geeinigt, und stand die Proposition bevor, so bot sich dem Direktorium eine neue Möglichkeit, seinen Einfluß geltend zu machen: Der Ansagezettel machte keine Angaben über den Beratungsgegenstand. Häufig änderte das Reichsdirektorium die Tagesordnung oder brachte sie zumindest in eine andere Reihenfolge. (30) Dieser Vorwurf richtete sich übrigens in gleichem Maß gegen die Kollegialdirektorien, die von dieser willkommenen Möglichkeit reichlichst Gebrauch machten. Die Stände forderten daher, daß diese Änderungen nur mit ihrer Zustimmung erfolgen dürften. Kurmainz aber nahm auch hier eine Schlüsselstellung ein. Gegen seinen Willen konnte die Proposition auf keinen Fall erfolgen. (31)

Hatte ein Projekt endlich all diese Klippen hinter sich gebracht und wurde in den Kollegien darüber beraten, so reduzierte sich für eine kurze Zeit der Wirkungsbereich von Kurmainz auf das Kurfürstenkolleg. Sein Gesandter nahm in der festgelegten Reihenfolge die Umfrage vor, das heißt, er forderte die Gesandte auf, ihre Meinung kundzutun. Als erster sprach stets der kurtrierische Gesandte, als letzter der Mainzer. (32)

Zwar hatte eigentlich jeder das Recht, ungestört sein „Votum“ abzulegen, aber Kurmainz scheint nicht geögert zu haben, auch hier die Vorteile seiner Stellung auszunutzen. Lief ein Votum seinen Absichten zuwider, so entzog der Direktorialgesandte dem Sprecher nicht selten das Wort. (33) Vor allem der Streit um die Reduktion Erfurts im Jahre 1664 bietet dafür zahlreiche Beispiele. Es ist außerdem recht fraglich, ob das Protokoll immer mit der wünschenswerten Objektivität verfaßt wurde. Karl Ludwig behauptete das Gegenteil. (34) Ebenso bleibt es zweifelhaft, ob sich das Mainzer Direktorium nicht bei der Abfassung des Konklusums von seinen eigenen Interessen leiten ließ. Wenn dies auch für den behandelten Zeitraum nicht nachzuweisen und auch wohl kaum geschehen ist, so bietet doch der Frankfurter Kongreß ein deutliches Beispiel dafür, wie man die Abfassung und die Veröffentlichung eines unangenehmen Beschlusses hinauszuzögern verstand. Diese Praxis muß ziemlich häufig angewandt worden sein, denn auch Henniges führte dagegen Beschwerde. (35)

Alle drei Kollegien hatten getrennt beraten. Gelangten nach langem Hin und Her zumindest die beiden ersten zu einem Beschluß, so galt es dann, die beiden fast immer verschiedenen Meinungen auszugleichen. Es begann das große Tauziehen von „Relation und Korrelation“. (36)

29) MEA, Reichstagsakt., Fasc. 260 f. 497

30) Henniges, S. 1287 u. 1294 vergl. Rauch, S. 57

31) Henniges, S. 1298: „Wann endlich die Memorialien in der Stände Angelegenheiten mit großer Mühe zur Diktatur gebracht werden, und sie lang genug beim Directorio gelegen, können sie doch zu keiner Proposition gebracht werden, solange es dem Chur-Mayntzischen Directorio nicht gefällig.“

32) Diese Reihenfolge die der Stimmenabgabe bei der Königswahl gemäß der Goldenen Bulle entsprach hatte sich bereits im späten Mittelalter herausgebildet. Sie war auch im 17. Jahrhundert noch unverändert gültig. Rauch, S. 59 f.

33) Henniges, S. 1300

34) Ebd.

35) Ebd., S. 926

36) Rauch, S. 84 ff.

Zunächst erschienen Salzburg oder Österreich bei den Kurfürstlichen und erfuhren den Beschluß des Kollegs. Sie berichteten daraufhin, was bei den Fürstlichen für gut befunden worden war und zogen sich zurück, um bei ihrem Kolleg über diesen ersten Meinungsaustausch zu referieren. Dann hob das Wechselspiel von Vorschlag und Gegenvorschlag an, aus dem sich meistens erst mit unendlicher Mühe ein gemeinsames Konklusum herausbildete. Mit den Städten kam es normalerweise dann bald zu einer Einigung, da sie sich den beiden höheren Kollegien kaum widersetzen konnten. Ihre Rolle gewann nur dann eine gewisse Bedeutung, wenn diese nicht einig wurden. Die vorhergehende Darstellung enthält ein deutliches Beispiel für den Streit zwischen Kurfürstlichen und Fürstlichen in den Diskussionen um den Waffenstillstand der Jahre 1683 und 1684. Auch der von Rauch veröffentlichte Traktat erwähnt solche Fälle. Es sei, wenn keine Einigung erfolge, zuerst den Städten und schließlich dem Kaiser über die Differenz Bericht zu erstatten. Allerdings ist von einem Entscheidungsrecht des Kaisers nicht die Rede. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, daß sich die Stände jemals dazu verstanden haben. Die Kurfürsten gaben lediglich zu, daß in der Vergangenheit in einigen Fragen von geringerer Bedeutung dem Kaiser die Rolle des Schiedsrichters zugebilligt worden sei. (37)

Hatte man diese vielfältigen Hindernisse glücklich überwunden, so wurde das Reichsgutachten vom Reichsdirektorium aufgesetzt. Auch bei diesem letzten Akt der legislativen Tätigkeit des Reichstages stand dem Mainzer Direktorium ein weites Feld offen, um seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Es beginnt bei der großzügigen Interpretation seiner Befugnisse und endet bei der Fälschung des Reichsgutachtens. Die Klagen von Henniges geben auch hier interessante Aufschlüsse. Beispielsweise konnte das Direktorium allein dadurch eine gewisse Fassung des Gutachtens durchsetzen, daß es das Konzept schnell und undeutlich vorlesen und die Stände nicht zu Wort kommen ließ. (38) Ebenso stand es in seiner Macht, den Termin des Vortrags willkürlich hinauszuschieben oder überstürzt anzusetzen. (39)

Die Rolle des Reichstags endet, wenn das Gutachten entweder durch alle Stände oder durch eine Deputation dem Kaiser oder seinem Vertreter überbracht wurde. Daß es auch hier noch Schwierigkeiten geben konnte, hat sich bei dem Streit um Windischgrätz erwiesen. (40) Der Kaiser gab dann in einem Kommissionsdekret seine Zustimmung. Die Diktatur dieses Dekrets verlieh dem Reichsschluß Gesetzeskraft. (41) Hatte das Beschlußprojekt diesen langen und mühsamen Weg in der Mainzer Kanzlei begonnen, so kehrte es am Ende wieder dorthin zurück, um volle Gültigkeit als Reichsschluß zu erlangen. Auf jeder Etappe hatte es zudem diese Station durchlaufen müssen. Wenn auch die Mainzer Direktorien nicht gerade souverän am Reichstag herrschten, so bildeten sie doch eine solche Macht, daß sie in der Tat —

37) MEA, Reichstagsakt. Fasz. 259, Bd. I, f. 547 ff. Erklärung des Kurfürsten vom 27. 2. 1683

38) Henniges, S. 947

39) Ebd., S. 1288 — 1289

40) Die kurfürstlichen Gesandten weigerten sich aus Zeremoniellgründen an der Deputation teilzunehmen, die Windischgrätz die Gratulation des Reiches anlässlich der Befreiung Wiens überbringen sollte. — MEA, Reichstagsakt. Fasz. 261. Vergl. auch Londorp XI, S. 637.

41) MEA, Fasz. 280, Bd. II, f. 168. Vergl. auch Rauch, S. 91. Bei Rauch wird als eigentlicher Abschluß der Reichsabschied genannt. Da der Reichsabschied an sich am Ende eines befristeten Reichstags stand — vergl. Rauch, S. 92 — kann dieser Ausdruck im eigentlichen Sinne für den Regensburger Reichstag nicht mehr gebraucht werden.

juristisch gesehen — zu nichts gezwungen werden konnten. Bereits in dieser Zeit machte man sich Gedanken darüber, wie dieses „Monopol“ zu brechen sei. Henniges, der als brandenburgischer Reichstagsgesandter fast zwei Jahrzehnte lang Gelegenheit hatte, das komplizierte Räderwerk der Reichsgesetzgebung zu studieren, schlug vor, den sogenannten Supplikationsrat zu stärken. (42) Er traf damit in der Tat den wunden Punkt der Geschäftsordnung des Reichs. Fraglich bleibt es, ob das vorgeschlagene Mittel geholfen hätte. Sein Ziel war es, eine Instanz zu schaffen, die mit schiedsrichterlicher Befugnis ausgestattet diejenigen Streitfragen schlichtete oder entscheiden sollte, bei denen sich die Stände nicht mit den vier bzw. drei Direktorien einigen konnten. Er dachte dabei vor allem an Diktatur und Proposition.

Eine der Wurzeln — vielleicht die Wurzel — der Misere des Reichstags kann darin gesehen werden, daß alle seine Glieder, sei es der Kaiser, die Kurfürsten oder die kleinste Reichsstadt immer und überall selbst Partei waren, eine Partei, die egoistisch ihre eigenen Interessen verfolgte. Hätte man den Vorschlag von Henniges jemals verwirklicht, so wäre damit eine weitere Behörde geschaffen worden, die ihre Ziele aber nicht minder egoistisch verfolgt hätte. Sie hätte darin höchstens weniger Erfolg gehabt, weil sie als Kollektiv dem Einzelnen, dem Kaiser oder den Direktorien gegenüber geringere Aktionsfähigkeit besessen hätte. Auf jeden Fall wäre der an sich schon überkomplizierte Mechanismus um ein Teil erweitert worden, das sich höchstens als neuer Hemmschuh erwiesen hätte.

Das Reich war spätestens seit dem Westfälischen Frieden faktisch eine Aristokratie, oder vielmehr ein Verband praktisch selbständiger Gliedstaaten. War es nicht möglich, mächtigen Ständen eine gemeinsame Politik, ein Verhalten gemäß dem Reichsinteresse aufzuzwingen, so mußte jeder Versuch einer Reichsreform von vornherein scheitern. Nur die Schaffung einer Zentralgewalt, deren Prestige und reale Macht ausgereicht hätte, um eventuelle Widerstände zu brechen, wäre in der Lage gewesen, eine Änderung herbeizuführen. Diese Zentralgewalt wiederum — hier zeigt sich der *circulus vitiosus* der Reichsverfassung in seiner vollen Absurdität — konnte nur durch die Zustimmung der Mehrheit ins Leben gerufen werden. Die historische Entwicklung des Reichs hatte in eine Sackgasse geführt. Für die Staatsmänner und Regenten gabe es nur noch eine Konsequenz in dieser Situation, den Egoismus des Territorialstaats zum Prinzip ihres Handelns zu machen.

42) S. 1315. Heinrich von Henniges vertrat Brandenburg am Reichstag von 1692 bis 1711. — Bittner-Groß, Bd. I, S. 34 —. Es darf nicht unerwähnt bleiben, was er — möglicherweise aus eigener Anschauung — über die Zusammenarbeit von Verjus und dem Reichsdirektorium berichtet — S. 1233: „... und man hat anno 1683 und 84 mit großer Verwunderung gesehen, wie die Chur-Mayntzische Gesandtschaft nicht einen pas hat thun dörfen, als nach dem Takt und der Tabulatur des frantzösischen Plenipotentiarii. Fast alle Raths - Tage eine stund vor der Zeit, dha man pfleget zu Rath zu fahren, hielte des Mr. Verjus Kutschen vor dem Chur-Mayntzischen Quartier, und er war droben bey dem Directore, ihn zu informieren, was er dismahlen sagen und thun solle, und kaum war hierauff der Rath aus, so sah man wiederum den Frischmann, seynen — des Mr. Verjus — Emmissarium dahin lauffen, deme der Chur-Mayntzische rapport thun mußte, was vorgangen und welchergestalt er sich seynes devoirs nach der obgehabten ordre acquittiret.“

Exkurs II

Aufstellung der französischen Zuwendungen an Kurmainz

Den Zahlungen an den Kurfürsten und den Kanzler liegt das Pensionsangebot vom 14. Oktober 1681 zu Grunde. (1) Es war darüber nicht zu einer vertraglichen Abmachung gekommen, sondern Anselm Franz hatte lediglich mündlich sein Einverständnis erklärt. (2) Gemäß dieser Absprache sollten die Zahlungen zunächst dann beginnen, wenn das Reich mit Frankreich zu einer Übereinkunft gekommen sei. Im Verlauf des Frankfurter Kongresses gab Ludwig XIV. jedoch die Anweisung, bereits vorher damit zu beginnen. (3) Auf Grund dessen erhielten (4):

der Kurfürst

10.000 écus/Juni 1682
10.000 écus/Dezember 1682
10.000 écus/September 1683
10.000 écus/April 1684
20.000 écus/November 1684 (5)
60.000 écus

der Kanzler

2.000 écus/Juni 1682
2.000 écus/Dezember 1682
2.000 écus/September 1683
2.000 écus/April 1684
7.000 écus/November 1684
15.000 écus

Hinzu kommt eine „boete de portrait de diamants“ unbekannten Wertes für den Neffen des Kurfürsten.

Die politische Entwicklung verhinderte weitere Zahlungen. Im Jahre 1685 bezifferte Foucher die Rückstände auf 4 Halbjahreszahlungen = 48.000 écus für Kurfürst und Kanzler. Im Januar 1688 hatte sich dieser Betrag auf das Doppelte erhöht. (6) Hinzukam die zweite Hälfte der Gratifikation von 25.000 écus, wovon 20.000 auf den Kurfürsten und 5.000 auf den Kanzler entfielen. Man erwog daher in Mainz einen Vertrauten des Kurfürsten namens Endlig nach Versailles zu entsenden. Auch die bei Kriegsausbruch versprochenen Zahlungen blieben aus.

1) Vergl. S. 174 f

2) AE, Mayence XX, Ber. 20. 10. 1681

3) Ebd., Bd. XXI. Weisung 16. 4. 1682

4) Mémoire Fouchers 26. 11. 1685, AE, Mayence XXIV.

5) Erste Hälfte der einmaligen Gratifikation.

6) AE, Mayence XXVII, Ber. 5. 1. 1688

Die Gesamthöhe der Barzuwendungen beträgt also:

75.000 écus

Die Ausstände:
(Januar 1688)

121.000 écus

Die Zahlungsweise:

Foucher erhielt von Versailles eine „lettre de change“ (Wechsel), der bei einem Frankfurter Bankier eingelöst wurde. Im Jahre 1685 erhielt er noch einmal einen Wechsel, konnte ihn aber nicht einlösen, da der Bankier bankrott gemacht hatte. (7) Der Oberhofmarschall von Schönborn hat sich vergeblich bemüht, sich ebenfalls einen Teil dieses nicht gerade überreichen Segens zu sichern. Foucher bemerkte dazu:

„Tout le monde croit en Allemagne que Vostre Majesté a une source d'argent aussy inépuisable que la rivière de Seine et chacun en désire sa portion.“ (8)

Auch Hörnick ließ sich seine Gefälligkeiten gut bezahlen. (9) Scheffer und sein Kollege Bertram zeigten kaum weniger Skrupel. Der Rechenschaftsbericht Verjus enthält darüber das folgende Verzeichnis. (10)

7) Ebd., Bd. XXV, Ber. 24. 9. 1685

8) Ebd., Bd. XXI, Ber. 19. 12. 1682

9) AE, Allemagne 306, Ber. 29. 4. 1684: „Le Sr. Hornig avoit fait acheter bien cher en toutes façons une petite partye de ce que son successeur fait de bon coeur.“

10) Pagès, Contribution, S. 74 ff.

Datum	Empfänger	Gegenstand	Wert
1680/7	Hörnack	Goldene Medaille	138 l.
" /12	"	— bar —	1600 "
1681/2	"	Chocolatière-Silber	84 "
" /7	"	— bar —	2000 "
" /10	"	Schreibzeug, Schelle, Tasse, Schüssel und 6 Becher, Silber, vergoldet	500 "
1682/2	"	Diamant	1500 "
" /3	"	„Galenteries de France“	200 "
" /4	"	2 Schüsseln, Silber, vergoldet	600 "
		u. a.	50 "
" /5	"	— bar —	3000 "
" /7	"	"	2400 "
" /7	"	"	600 "
1683/1	Scheffer	"	3600 "
" /4	"	"	2000 "
" /6	"	Kleine Geschenke für seine Frau	60 "
" /6	"	Degen für seinen Sohn	45 "
1684/1	"	Kleine Geschenke für seine Kinder	50 "
" /4	"	— bar —	2000 "
" /5	"	Diamantring für seine Frau	2500 "
" /11	"	— bar —	9000 "
1685/1	"	"	3000 "
" /5	"	"	2000 "
" /5	Bertram	"	1500 "
" /7	Scheffer	"	3600 "
" /7	Bertram	"	2400 "
1687/1	Scheffer	"	2400 "
" /1	Bertram	"	1500 "
" /4	Scheffer	Chocolatière, Silber mit Zubehör	95 "
1688/2	Scheffer	— bar —	3600 "
" /2	Bertram	"	1800 "
" /9	Scheffer	"	3000 "

56.822 "

= 18.940,70 éc.

- 1) Mémoire pour servir d'instruction au
Sr. FOUCHER s'en allant à Mayence en
qualité d'envoyé extraordinaire du Roy (1)

20e Aoust 1680

Sa Majesté ayant bien voulu sacrifier au rétablissement du repos de l'Empire tous les avantages qu'Elle se pouvoit promettre de la prospérité de ses armes elle a aussy résolu de n'obmettre aucun soin pour le maintenir et empêcher que les princes de l'Empire se laissent séduire par les prétextes spécieux de la défense de l'Allemagne et ne soient entraînez insensiblement dans le renouvellement d'une guerre, qu'ils ont tout intérêt d'éviter. C'est pour cet effet qu'elle a desja envoye des ministres vers la pluspart des princes de l'Empire pour leur faire connoistre que le veritable moyen d'en conserver la paix est d'entretenir toujours avec elle la mesme bonne correspondance, qui a fait pendant un long cours d'années le plus solide fondement de leur tranquillité.

C'est pour ce sujet aussy qu'elle a jugé à propos d'envoyer vers l'Electeur de Mayence une personne de confiance et qui ayt tout le zèle pour le service de Sa Mté., les lumières et l'adresse nécessaire (sic) pour ramener ce prince dans les sentiments que Sa Mté. désire et comme elle a reconnu dans la personne du Sr. Foucher toutes ces qualités, elle a bien voulu luy confier cet employ et luy ordonner de partir incessamment pour se rendre à Mayence.

L'Electeur de ce nom ayant esté jusqu' à présent assez attaché aux intérêts de la Maison d'Autriche et son député à Ratisbonne ayant mesme toujours fait tout ce qui luy a esté possible contre ceux de Sa Mté. Ledit Sr. Foucher ne s'expliquera pas du véritable sujet de son voyage et fera seulement connoistre qu'il est envoyé pour faire complimens à ce prince sur son Election à l'Electorat et pour luy souhaiter de la part de Sa. Mté. un heureux gouvernement et toute la satisfaction que ses prédécesseurs ont trouvé dans une bonne correspondance avec Sa Mté.

Ce doit estre aussy la seule matière de la première audience que ledit Sr. Foucher aura avec ledit Electeur et ses soins doivent se borner dans le commencement de son séjour a bien reconnoistre quels sont les véritables sentiments de ce prince sur les affaires présentes et ceux de ses principaux ministres, observer quelle est la conduite de ceux qui y seront de la part de l'Empereur, quelles propositions ils feront et de quelle manière elles seront receues et après qu'il aura rendu à Sa. Mté. un compte exact de l'Estat de cette cour, elle luy fera scavoir plus particulièrement la conduite qu'il aura à y tenir.

1) Diese Instruktion wird im Laufe dieses Jahres in dem geplanten Band — Mayence /XXII/ des Recueil des Instructions von G. Livet veröffentlicht.

Cependant, comme il n'y a pas lieu de douter, que ledit Sr. Foucher sera fort pressé dans les entretiens particuliers qu' il pourra avoir avec l'Electeur de Mayence ou avec ses ministres de leur faire connoistre quels peuvent estre les sentiments de Sa. Mté. sur les plaintes que divers Estats de l'Empire ont porté à la diette de Ratisbonne, il pourra faire connoistre en s'excusant d'entrer dans ce que Sa. Mté. en pense qu'il y a lieu de s'estonner que contre la bonne foy du traité de Nimègue qui a sauvé l'Empire de sa perte on le voit encore exposé au mesme péril en renouvelant des disputes qui sont entièrement finies par l'abandonnement et (la) suppression volontaire que les plénipotentiaires tant de l'Empereur que de l'Empire ont fait des propositions, stipulations et articles qui tendaient à affoiblir les droits de Sa Mté., qu'on aurait jamais cru qu'après que des ministres sy bien autorisés se sont désistez dans une assemblé aussy solemnelle que celle de Nimègue des injustes contestations qu'ils avoient sy longuement et sy inutilement soustenues avec opiniatreté, l'assemblé de Ratisbonne qui a ratifié ce traitté eust voulu encore remettre en question ces mesmes droits qui avoient esté abandonnez avec tant de raison par les plénipotentiaires comme une condition sans laquelle on leur avoit assez tesmoigné qu'il ne falloit pas espérer de paix, qu'il y a encore plus de sujet d'estre surpris que ceux qui croient trouver leur avantage au renouvellement de la guerre dans l'Empire prennent un prétexte sy peu soustenable pour former leur ligue et couvrir leurs mauvais desseins.

que quelque succès que puissent avoir ces ligues, elles peuvent bien rallumer la guerre dans l'Empire, mais elles ne seront jamais capables d'oster à Sa Mté. la moindre partie des droits dont elle s'est mise en possession en conséquence du traitté de Nimègue qu'on connoist assez l'impuissance où est l'Empereur d'apaiser les révoltes de ces sujets que la foiblesse de l'Espagne n'est pas en estat de faire grand obstacle aux armes toujours victorieuses de Sa. Mté., que les divisions d'Angleterre ont desja assez esclaté pour ne pas laisser lieu aux princes bien sensez d'attendre de grandes assistances de cette couronne, que la ligue qu'elle a faite avec l'Espagne a d'autant plus encouragé toutes les cabales opposées à la cour, qu'elles se croient assurez de n'avoir plus à craindre les puissans secours que Sa. Mté. auroit pu donner au Roy d'Angleterre, sy elle y eust esté obligée par la conduite de ce prince, que non seulement la faction du Duc de Monmouth a osé soutenir, que sa mère avoit esté mariée legitimentement avec le Roy d'Angleterre, mais qu'elle a aussy formé des accusations contre le duc d'York, que ces mesmes accusations ont esté desja portées à deux tribunaux différends par six des principaux pairs du royaume, cinq chevaliers et six autres personnes considérables dans la chambre des communes, qu'il a esté de plus respandu dans Londres des billets injurieux tant contre l'autorité royale que contre le duc d'York, que le mécontentement et mesme la fureur du peuple mécontent contre le gouvernement a paru dans l'Election pui a esté faite à Londres par quelques eschevins entièrement opposez aux desseins des ministres, que les pas qu'ils ont fait faire au Roy d'Angleterre pour empescher cette élection n'a (sic) servy qu'à y faire concourir toutes les voix en sorte, qu'il y en a eu cinq mil pour ceux-ci et à peine trois cents pour ceux que cette cour favorisoit, que le ressentiment que le Roy d'Angleterre en a voulu tesmoigner a encore aigry davantage toute la ville de Londres que tout le royaume est divisé en différends factions, il estoit résolu de s'opposer à tous les desseins du Roy d'Angleterre, qu'enfin il n'y a personne qui ne voye bien

que l'Angleterre sera assez occupée par elle mesme pour ne pouvoir pas donner d'enbarras à ses voisins.

Sa Mté. fait aussy remettre entre les mains dudit Sr. Foucher tous les écrits et manuscrits qui peuvent prouver ces véritéz, il s'en servira sans affectation et les pourra communiquer dans la suite comme pour confidence et pour amitié à celui auquel l'Electeur de Mayence tesmoignera le plus de confiance, le principal fruit qu'il en doit tirer est de faire croire à ce prince ou à ses ministres, que si l'on ne doit pas s'attendre, que les liguees que l'Empereur, l'Espagne et l'Angleterre poursuivent soient jamais capables d'obliger Sa Mté. de se relascher des droits qui luy sont acquis par les derniers traittez, que le meilleur party pour l'Empire est de laisser à Sa Mté. la libre jouissance de ce qu'il a abandonné à la France par ces traittez et d'entretenir avec elle la bonne correspondance que Sa Mté. veut bien leur offrir et à laquelle elle contribuera toujours de son costé par tous les soins que les princes qui le composent peuvent désirer et mesmes par tous les secours dont ils pourroient avoir besoin dans des conjonctures qui seroient de bien plus grande importance pour tout le corps de l'Empire que la réunion des droits qu'on veut injustement disputer aujourd'huy à Sa Mté. Ledit Sr. Foucher pourra aussy insinuer aux ministres dudit Electeur, lorsque leur entretien tombera à propos sur cette matière, que la qualité qu'a ledit Electeur de chancelier et directeur de l'Empire le doit obliger à prévenir les mauvais desseins de ceux qui tachent d'engager ce corps dans une rupture avec la France qu'il voit bien, qu'elle ne pourra estre que fatale à sa patrie dans le haut point de puissance et de gloire où le Roy a mis sa couronne tant par l'accroissement de ses dernières conquestes que par la valeur qu'elle a inspirée à ses armées, l'expérience et la discipline qui rendent ses troupes invincibles, le bon estat de ses places, l'ordre estably dans ses finances, l'amour et la soumission parfaite de tous ses peuples, la seureté que ses amis ont espruvé dans son alliance et tous ses grands talens qui ont fait avouer tant de fois à ses ennemis qu'il n'y a que sa modération et son équité qui soient capables de mettre des bornes à ces desseins que l'Electeur doit s'asseurer assy que Sa. Mté. ne tentera jamais de les passer au préjudice de ceux qui agiront bien avec elle et qu'elle se fera au contraire un très grand plaisir de leur donner en toutes occasions des marques sensibles de son amitié, que tant qu'elle a esté cultivée par les prédécesseurs dudit Electeur, ils se sont veus considérez et respectez de tous les princes et estats de l'Empire et mesmes de toutes les plus grandes puissances de l'Europe et qu'à peine les liens de cette bonne correspondance ont esté rompus, qu'ils ont esté méprisez et maltraittez par ceux mesmes dont ils avoient embrassé les intérêts et leur pays et estats esgallement ruinez par leurs amis et par leurs ennemis, qu'au contraire les princes de l'Empire qui ont pris des engagements avec le Roy se sont rendus sy considérables par l'appuy de Sa Mté. qu'ils ont conservez leurs estats pendant toute la guerre exempts de tous logemens et passages de troupes, de toute sorte de contributions et de tous les malheurs de la guerre. Comme l'Electeur Palatin est celui de tous les princes de l'Empire qui se conduit le plus mal avec le Roy et que les desseins de ce prince doivent toujours estre d'autant plus suspects à l'Electeur de Mayence que la Maison Palatine aura toujours en vue de recouvrer la possession de la partie des pays de Bergstrass qui a esté adjugé à l'Electeur de Mayence par le traité de Munster et que d'ailleurs le différend pour le droit du Wildfang, quoyque terminé par la sentence arbitrale des ambassadeurs de Sa

Mté. du 17e février 1667, renouvellera souvent les matières de disputes entre ces princes, ledit Sr. Foucher examinera avec soin à quel point l'Electeur et ses ministres sont sensibles à ces intérêts et s'il les voyoit disposez à rechercher l'appuy et la protection de Sa Mté. contre ledit Electeur Palatin, il leur pourra faire espérer et il pourra les porter à la demander. La copie de ladite sentence arbitrale et des mémoires l'instruiront amplement de cette affaire. Ledit Sr. Foucher rendra compte à Sa Mté. de tout ce qu'il fera en exécution de ses ordres et de tout ce qui se passera en ladite cour de Mayence et ne mettra rien dans aucune autre lettre de ce qui peut avoir relation aux affaires que Sa Mté. luy a confiées. Il pourroit aussy attirer l'evesque de Worms et le chapitre de Spire qui sont esgallement interessez dans cette affaire à implorer pareillement l'assistance de Sa Mté. Il leur feroit de mesme entendre, qu'elle ne leur seroit pas refusée. Sa Mté. fait remettre cet effet entre les mains dudit Sr. Foucher.

Il entretiendra correspondance avec les autres ministres que Sa Mté. entretient dans les autres cours de l'Allemagne et donnera tous ses soins à l'avancement des intérêts de Sa Mté.

Outre ce qui est contenu dans la présente instruction des avis ordinaires, que le Roy veut que ledit Sr. Foucher luy donne de tout ce qui se passe dans ladite cour de Mayence, l'intention de sa Mté. est que tous ses ambassadeurs et ministres au dehors luy apportent au retour de leurs employs une relation exacte de ce qui se sera passé de plus important dans les négociations qu'ils auront conduits, de l'estat des cours et pays où ils auront servy, des cérémonies qui s'y observent, soit dans les audiences ou dans toute autre recontre, du génie et des inclinations des princes et des leurs ministres et enfin de tout ce qui peut donner une connoissance particulière des lieux où ils auront esté employés et des personnes avec lesquelles ils auront négocié, ainsy le Sr. Foucher aura soin de préparer un mémoire de cette sorte en forme de relation de l'employ que Sa Mté. luy a confié pour le mettre à son retour entre les mains de Sa Mté.

(Zusatz:) escrire à Mr. Gombauld, que le Roy règle les appointements de tous les envoyés sur le pied de 12.000 livres.

II) Französisches Pensionsangebot an Kurmainz

AE Correspondance Politique

Mayence Bd. 20 — Weisung vom 14. Oktober 1681

Nach der Einnahme von Straßburg werden keine französischen Forderungen mehr erhoben. Da die Stadt freiwillig sich der französischen Oberhoheit unterstellt hat, braucht es darum im Reich keine Unruhe zu geben. Der König wünscht eine enge Zusammenarbeit mit Kurmainz, um den Frieden zu erhalten:

„Et comme il n'y a point d'Electeur, qui soit plus capable de l'empescher que celui de Mayence, tant par le pouvoir que lui donne la qualité de chancelier et directeur de l'Empire que par ce que je suis convaincu que ses intentions s'accordent avec l'intérest qu'il a pour la situation de ses estats d'empescher par toute sorte de moyens que la guerre ne se renouvelle dans l'Empire.

Je désire que dans les premiers entretiens, que vous aurez avec luy, vous luy fassiez connoistre que, comme je ne doute point qu'il ne souhaite passionnément la conservation de la paix, je veux bien me confier à luy du véritable désir, que j'ai de la maintenir et agir avec luy pour cet effet d'un parfait concert, en sorte que l'Empire luy puisse estre redevable de sa tranquillité que vous pouvez l'asseurer que je suis content de la possession que j'ai prise des droits qui m'appartiennent et comme je ne veux point l'estendre plus loin, je ne souffriray pas aussy qu'elle recoive aucune diminution qu'ainsy en laissant de part et d'autre toutes choses en l'estat où elles sont à présent on peut establir une parfaite intelligence entre moy et l'Empire.

Que je veux bien mesme pour la rendre de plus longue durée remettre à l'Empire la ville de Fribourg après que les fortifications en seront démolies, pourvu que celles de Philisbourg (sic) soient pareillement razées, à condition aussy que ledit lieu de Philisbourg sera rendu à l'Evesque de Spire, que l'une ny l'autre de ces places ne pourra jamais estre restablie et que les offres que je fais seront admises dans le terme de deux mois, n'estant pas juste que je m'engage à continuer inutilement les dépenses des fortifications et que je sois obligé indéfiniment par mes offres a cette démolition en quelque tems qu'elle pust estre acceptée, que ce party faisant cesser tous les sujets de jalousie et de défiance sera infailliblement considéré le plus avantageux à l'Allemagne par tous les princes les plus sages et les plus chers pour leur patrie, que les conseils de luy, Electeur de Mayence, seront fort suivis dans cette conjoncture d'affaires et que s'il dispose par sa direction les Estats de l'Empire à ne prendre aucune résolution qui ne soit conforme à la justice de mes intentions, non seulement il aura la gloire d'avoir restably une parfaite union entre les plus puissans Estats de la Chrestienté et d'estre reconnu à l'avenir comme le plus agréable médiateur de tous les différens, qui pouvoient naistre entre eux, mais aussy que je voudray bien partager avec toute l'Allemagne les obligations qu'elle luy aura et luy donner des marques de ma libéralité.

Si cette proposition, à laquelle vous pouvez adjouter ce que vous croyez estre le plus capable de plaire audit Electeur est escoutée favorablement, je veux bien encore que vous puissiez promettre de ma part jusqu'à la somme de 40 M escus une fois payée et 20 M escus de pension, soit en parlant directement à ce Prince, si vous croyez qu'il ne désire pas que cette négociation passe par une voie tierce, soit en vous expliquant avec son chancelier, s'il l'emploie pour cet effet et en ce cas vous pouvez aussy faire espérer à ce ministre jusques à six ou huit mil escus à condition que ledit Electeur establira une bonne et parfaite correspondance entre moy et l'Empire et empeschera qu'elle ne puisse estre troublée.

III) Zur Einnahme Straßburgs

Auszug aus dem Memoriale des Mainzer Hofmarschalls
Johann von Hattstein; Mz.StA 13/8°:8 (2)

S. 271 - 272

Den 23ten dito (Oktober) seint Ihro Königliche May. zu Franckreich mit einem prächtigen Gefolge in die freye Reichsstadt Straßburg, nachdeme selbige sich zu vor spöttlich ahn selbige ergeben, eingezogen; darauff stracks denen Lutherischen das Mün-

ster genommen, durch Herrn Frantz Egon Grafen von Fürstenberg, Bischoffen von Straßburg, eingeweyet undt der Catholische Gottesdienst wieder darinnen gehalten worden, deme dan der König und alle grandes beygewohnt, die burgerschafft ist alsbald desarmirt, ihnen das frey Haus abgenommen, starke Guarnison eingelegt, undt viele harte befehle ahngedeütet worden, haben also den rechten Lohn ihres meinydts empfangen, und dörrfte es noch besser kommen, denn wer Under dem Schatten deß Römischen Adlerß Flügeln die Ruhe nicht vertragen kann, undt auß Vorwitz den Liliengeruch verlangt, deme wird derßelbe also stark mitgetheilet, daß er Schnupfen und Kopfwehe davon bekommet, derowegen werden die meinydige und rebellische Straßburger mit der Zeit, aber viel zu späth, mit ihrem größten Schaden und allgemeiner beklagung erfahren, welcheß da seyen die früchte der liederlichen Übergabe einer so wohl mit allem versehenen schönen Stadt, die nachwelt wird ihnen deßwegen großen Ruhm nachsagen, alß wie dem, der der Göttin Diana schönen Tempelh zu Epheso ahngesteckt;

Ihro Churfl. Gn. zu Maintz, mein gnädigster Herr, haben zu complimentiren den König von Franckreich nacher Straßburg abgeschickt dero Rath, Oberambtmann und Landrichtern des Eychßfeldes, Herren Philippen Casparn Freyherren von Biken zum Hain, welcher mit einem kostbahren königlichen Present zurückkommen.

IV) Instruktion für die Kurmainzer Gesandten in Frankfurt

Weisung vom 4. XII. 1681

MEA, Reichstagsakten Fasz. 280 Bd. I

Nun bestimmt Ihre Churfl Gn., daß das hauptwerk ohne sonderbar große gefahr länger nicht auffgehalten werden kann, sondern bestmöglichst ahngegriffen und beschleunigt werden muß, und dannenhero mehr auff die hauptsach selbst als die formalitet das absehen zu nehmen und dahin quovis modo zu trachten seie, wie man den fried erhalten und Krieg verhüten mögt, und zu welchem end begehende balance zu papir gebracht worden, damit man sich deren pro re nata gantz oder zum theil, wie sichs fügt und schickt, gebrauchen und dieselbe vorsichtig mesnagirn und zwarn vordrist der fürstlich bayerisch über des Stratmanns ahnfrag, ob man nehmlich in statu quo mit dem König in Frankreich den frieden stabilirn solle, sondirt und pro praetextu gebraucht werde, was gestalt nach ahnleitung des Hornicks (sic) Schreiben vom 1. dieses von vielen zu Regensburg darvor gehalten werde, daß dem Reich besser gerathen, solche königl. declaratio ahnzunehmen und den frieden statuto quo zu stabilirn, als Krieg zu führen, wobey da die Chur Mz. dem bayerisch. die in der balance enthaltenen considerationen, als ob selbige auch von Regensburg kommen

2) Das Hattsteinsche Memorial umfaßt die Zeit von 1675 — 1684. In tagebuchähnlicher Form berichtet es sowohl Ereignisse aus dem Leben seines Verfassers als auch der kurmainzischen Geschichte. Entsprechend seiner Stellung am Mainzer Hof wendet Hattstein sein besonderes Interesse dem zeremoniellen Geschehen zu. Der obige Auszug ist eine der wenigen Stellen, die sich auf große politische Ereignisse beziehen.

wehren, mündlig representiren und mesnagirn können, und dafern derselbe pro affirmativa sich nit abgeneigt erzeugte, hetten sich der Chur Mz. gegen ihn nit weniger mit mehrer aufführung dern in gler. balance zu dem end enthaltenen motiven, als welche und zwarn absonderling der religion halber, — so man jedoch bey den protestirenden nit darf merken lassen — der negativa starck praeponderirn, vertrauwlig heraus zu lassen und den beyerischen zu ersuchen, ob er auch des Chur Cölnischen Hofs sentimenti erkündig- und communicirn wolte, in deme gleichwohl denen am Rhein gesessenen Churfürsten am meisten darahn gelegen, und man Chur Trier auch allschon nit ungeneigt wisse, wobey dem fürstl. beyerischen ferner im Vertrawen bey zu bringen wehre, was gestalt Chur Pfalz sich unlengst mehr in stercker verfassung setze, und allem vermuthen nach nit aus den alten Chur Pfälzischen principien abweichen werde, nemblig durch Kriegs occasion der verlohrenen Chur Pfälzischen landen und würden sich wiederumb zu impatrimonieren und zu solchem ende der protestirende, als welche sich solcher Gelegenheit gegen die bishumber Hildesheim und Osnabrück und anderen bedienen und zu praevaliren suchen, aufzuhetzen, dha zumahl die protestirende von Kayl. May. sich allen vorschub mit durchzüg, winterquartir, satisfaction und conniventz mehr als in negstvorigem Krieg versehen und versichern, mithin die Churfürsten ahm Rhein, absönderlig aber die Geistliche, in ihren hin und wider gelegenen land, stiftt und bishumben, bevorab aber Chur Mentz, in der höchsten gefahr, von beeden theilen gentslig aufgezehrt und ruinirt und endlig vom thriumphirenden theil gar absorbirt und subiugirt zu werden, wozu dan in casu belli das Churhaus Pfaltz am Rheinstromb vornemblig sich der occasion bedienen würde. Es ist bekannt, daß Spanien und Lothringen dem Kayser keine ruhe lassen, sondern gleichsam mit den Jahren zum Krieg ziehen wollen, und die Spanier zu dem ende großes gelt an die Kayl. ministros remittirn. Wan aber das Reich, wie es wahrhaftig Ursach genug hatt, sich nit theilhaftig macht, kann das Haus Österreich das Werck allein nit führen, und wan auch schon beim Reichs Convent zu Regensburg per maiora das Reich auff einen Krieg schließt und concurrirt, so geschieht doch solches ordinarie nur durch die Catholische und geringe Stände, und pleibt also ein als ander weg das Reich in sich dividirt und die protestirende meister.

Mit den fremden Alliancen hat es nach der Erfahrung die Bewandtnus, daß sopald ein allirter, und sonderlig die Nordische, gegen ihr Grentzen und denen (sic) Niederlanden ihr Conto und Sicherheit finden können, die sich länger nit verbundtlig erachten, sondern von ihren pactis und aliancen aussetzen, einfolglich ohnmöglich, daß das Reich nit viel mehr gefahr und schad als vorthail und nutzen aus dergleichen zu erwarten habe.

Der König in Franckreich hatt zu Franckfort gegen die Kayl. solemniter declarirt, daß er von demienigen, so er ietzt würrklig in handen habe, nit das geringste abzutretten, noch auch sowohl disfalls iehnseits Rheins ferner das geringst zu prätendiren oder zu occupiren gewillt seie, und dafern der Kayser und das Reich damit zufrieden, könnte der König geschehen lassen, daß man zu bestettigung des friedens die garantie nach beliben einrichte; dafern man aber wider ihn ferner armiren und sich im geringsten movirn würde, finde der König sich gemüßigt, des Reichs nit zu erwarten, sondern mit seinen parat stehenden waffen auf alle weis und wege vorzukommen.

Nun ist die frag, ob dem Kayser und dem Reich besser, söliche declaration ahzunehmen oder mit Frankreich Krieg zu führen.

Daß es besser Krieg zu führen, als die glte. declaration zu acceptiren, scheint daher,

1. daß der Kayser und das Reich ex causa aequitatis vigore instr. pac. Westphalic. und sonst schuldig, des Reichs appertinentzien und dependentien zu vindizirn und die circulos zu redintegriren.
2. Praeter causam aequitatis obligat causa honestatis, derweil es dem Kayser und dem Reich schimpfflig, ab Inferiore dergleichen insultationes, invasiones und sogar leges ex praescripto zu dulden.
3. Causa utilitatis, in deme Ihr Kayl. May. und dem Reich soviele ahnsehnliche mittel entgehen, wodurch das Reich ahn seinem interesse, hilff, rettung und Cassa leiden muß.
4. Causa necessitatis, in deme, wan man der Cron Franckreich gestatten wollte, sich in denen conquestirten und subiugirten Reichsorthen zu befestigen, als dan der übrige theil des Reichs und die Römische Cron selbst nit mehr sicher, sondern stündlig dem überfall unterworfen.
5. Causa potestatis seu potentiae, in deme der Kayser und das Reich annoch bei solchen mitteln und krefftten, daß wie man sichs auff den Fingern abzehlen kann, das Reich bestand (?) und mechtig gnug, alles nit allein wiederumb zu erobern, sondern auch die Cron Franckreich gar zu debellirn.
6. Causa considerabilis, in deme der Kayser und das Reich in der Consideration stehen, daß sie sich auch ander potentzen alliantzen versichert machen können und von andern dazu sollicitirt worden.
7. Causa facilitatis, in deme die magnaten und der gemeine Mann in Franckreich dem König nit affectionirt und sich die Sachen mit dem Dauphin schlecht ahnlassen, und dazu hin und wider gegen Franckreich sich verschiedene considerable alliancen allbereits gemacht haben und noch ferner machen wollen, auch der Paß übern Rhein ist noch überall offen und unversperrt und daher dem Reich wider Frankreich Krieg zu führen desto leichter fallen wird.

Quod alterum membrum, das es besser, die Könl. declaration ahnzunehmen, als Krieg zu machen, scheint daher, das:

1. Der König nit geruht, seine einmal solemniler gethane declaration zurück zu ziehen, sondern dieselbe zu behaupten, allermaßen beim Nimwegischen Frieden sicher geschehen wäre.
Einfolglich
2. der Kayser und das Reich durch tractaten und in der güthe nichts zu hoffen.
3. Sollten dan diese es durch den Krieg suchen, so seint sie noch nit in der dazu nöthigen postur dahingegen aber
4. Franckreich de facto mit seiner armatur und aller dazugehörigen Nothurfft parat und fertig.
5. Bey behandlung der Könl. declaration wird er nit weniger ex causa aequitatis argumentiren, in deme Er das Instrumentum Pacis Westphalicae et Neomagensis ziemblig vor sich hatt.
6. Ex causa utilitatis, derweil die Crohn Franckreich dardurch alienis mediis mechtiger werde und sein fiscum aus des Reichs mitteln wieder dasselbige vermehrt.

7. Ex causa necessitatis, in deme der König, wan er sich in dem geringsten durch Widerabtretung ungerecht darstellen und prostituiren solte, sich eben sowohl wegen aller übrigen conquesten schuldig und ungerecht ahnzeigen würde.
8. Ex causa potestatis seu potentiae, in deme der König notorie ahn macht, mannschafft, mitteln und ahnstalt nichts ermanglet, daß Reich, wann er will zu überfallen und desselben macht, armatur und operation per unitas vires zu praevenijren und gar zu dissolviren.
9. Ex causa considerabilitatis, in deme der König in der Consideration steht, des gleichen wie ander potentzen den Kayser und das Reich velut socios defensionis verlangen mögten, also alle miteinander den König metu offensionis considerirn und fürchten.
10. Ex causa facilitatis, in deme dem König der Krieg viel leichter als Kayser und Reich 1. ob monarchicam potestatem et regimen, 2. Ministrorum paucitatem, habilitatem et fidelitatem. 3. Consiliorum soliditatem et secretorum custodiam, 4. armorum iustam directionem et disciplinam. 5. promptam executionem, 6. securum et copiosum commeatum et pecuniae nervum, 7. ob militem experietatum, 8. annimorum et continua victoria gloriam, 9. ob praeveniendi et transitum impediendi facilitatem et potestatem, 10. ob germanorum divisionem, arditatem, religionis difficultatem atque inde profluentem disparitatem, unionis tam armorum quam annimorum impossibilitatem, 11. ob defectum disciplinae militaris in Imperio, 12. ob dissidium et dissidentiam, 13. ob foederum Statuum inter exteros et germanos incertitudinem et ab exemplo nuperi belli inconstantiam, 14. ob invallatam potentiae gallicae inimicitatem, 15. ob consuetam et notoriam velocitatem gallicae expeditionis, dafern auch
11. daß all uneracht der Kayser und das Reich wider Franckreich die waffen ergreifen wolten, müßten sie gewertig sein, daß der König durch die Praevention und ahn hand habende Vortheil den gantzen Rheinstrom und mithin vier Churfürstlige sitz sambt verschiedener fürstenthumb land, Stett und vestung hinweg nehmen und sich desto besser nit allein bey den conquesten selbst manuteniren, sondern gar in die Kayl. Erbland und in das Reich einbrechen und noch mehrer land absorbirn dörrfte. Ob auch bey so gestalter sache, dha man Ihr Kayl. May. wegen der Ungarn und sonst starck impigirt weiß und den auswertigen, als welche ohne daß noch nit gefaßt, weiter und lenger nit, als es ihre Convenientz leidet, getrawt werden kann, besser noch ein mehrers cum extremo periculo totius imperii zu hazardiren und in die Schate zu schlagen, oder den fried mit ahnnehmung des frantzösischen anerpietens und declaration recht zu befestigen, solches steht nicht allein dem Kayser und gantzen Reich in gemein, sondern auch in particulari denen am Rhein gelegenen Churfürsten und Ständen zu bedencken.

Wir erwarten hierüber vordrist Ewren zuverlässigen Bericht und vertrauen Uns auf ewre dexteritet und conduit, in deme endlig, wan man nur den fried behalten kann, ahn den formaliteten nit soviel gelegen, sondern sich derhalben auch noch wohl vor allen beschwehrligen eingang und praejudiz mittel finden werden.

V) Die französischen Friedensbedingungen

AE Correspondance Politique

Allemagne Bd. 292 — Weisung vom 14. Dezember 1681

Que Sa Majesté ne veut rien obmettre pour témoigner à l'Empereur et aux Electeurs, Princes et Estats de l'Empire le désir qu'Elle a de conserver la paix et d'entretenir toujours avec eux une bonne et parfaite correspondance. Que c'est dans cette vue qu'Elle a bien voulu suspendre depuis le départ de ses ambassadeurs toutes les réunions qu'elle estoit en droit de faire en conséquence des traitez de Munster et de Nimègue.

Qu'encores qu'il soit assez facil de faire voir la justice de ses prétensions sur beaucoup d'autres lieux et pays qui luy doivent appartenir tant en vertu desdits traitez que de tout ce qui s'est passé sur ce sujet dans les conférences de Nimègue. Néanmoins elle veut bien les borner par un bon accommodement qui ne laisse plus aucun sujet de deffiance de part n'y d'autre ny aucune interpretation douteuse aux traitez qui en font le principal fondement.

Que pour cet effet Sa Majesté consent de réduire toutes ses prétensions pour le bien de la paix à Strasbourg et aux lieux et pays dont elle s'est mise en possession avant le départ desdits ambassadeurs pour Francfort.

En conséquence de quoy elle veut bien qu'il soit fait dez à présent une reconnaissance et déclaration entre ses ambassadeurs et ceux de l'Empereur et de l'Empire de tous les lieux et pays qui doivent servir de limites entre la France et ledit Empire et que quelques titres qui puissent estre recouverts à l'avenir de part et d'autre pour ou contre les droits de Sa Majesté, ils ne puissent apporter aucun changement à l'apposition des bornes et limites, qui aura esté faite ainsy qu'elle est proposée sur le pied de la possession prise par Sa Majesté avant le départ de ses ambassadeurs et de la soumission de Strasbourg arrivée depuis. Et pour plus grande preuve de la sincérité des intentions de Sa Majesté et faire d'autant mieux voir à l'Empire combien elle est esloignée de vouloir jamais faire aucune conquête au delà du Rhin, (3) Elle veut bien consentir, au cas que toutes les fortifications de la ville, chasteaux et forts de Fribourg, quoyque les dépenses excessives que Sa Majesté y a fait ayent rendu cette place la plus imprenable de celles qui sont dans ses dépendances soient néanmoins entièrement démolies et que la ville soit rendu à l'Empereur, pourvu que Sa Majesté Impériale fasse pareillement razer toutes celles de Philisbourg (sic) et que ce lieu et ce qui en dépend soit rendu à l'évesque de Spire.

Si ces offres sont promptement acceptez, elles rétabliront une parfaite tranquillité dans l'Empire et la conserveront aussy longtemps que Sa Majesté souhaite, c'est à dire, pour toujours et sans laisser aucun lieu de craindre qu'elle puisse estre troublée.

Saint Germain en Laye, le 14 décembre 1681

3) Offenbar denkt Schulte an dieses Dokument, wenn er schreibt — S. 190 — zur Zeit der Frankfurter Konferenz sei zum ersten Mal in einem französischen Aktenstück die Rheingrenze genannt worden. Die Zusage ist aber kaum mit der „Rheingrenze“, so wie sie später gefordert wurde, in Verbindung zu bringen. Ausschließlich negativ enthält sie nicht notwendig den Anspruch auf das ganze linke Rheinufer, wie ihn der Terminus Rheingrenze einschließt. Die Auffassung von Schulte findet Unterstützung bei Kaufmann, S. 259.

VI) Kurmainzer Votum vom 8. VI. 1682

bei den Beratungen über die Relation der Frankfurter Reichsdeputation.
HHStA, MEA Reichstagsakten Fasz. 257 f. 503 ff.

Es führten Ihre Churfl. Gnaden zu Mainz, sein gnedigster Herr, soviel das Hauptwerck betreffe weniger nicht die Gedanken von dem heutigen zerrütteten Zustand des Römischen Reichs gleich theils dero H. Mitchurfürsten höchst vernünftig hiebevotiren lassen. Mann sehe die Unglückseligkeit der Reichsverfassung vor Augen und mögten der Ständ innerliche Zerstreuung und sonst andere bekannte defectus zu einem praesagio dienen, daß Krieg führen dem Reich jetztmahlen gefährlich seye, dannenhero höchstged. Ihre Churfürstl. Gnaden ihre in materia securitatis nach und nach abgelegte vota anhero wiederholen umbsoviel mehr ihnen inhaeriren, weillen Churfürstl. theils allschon vor rathsamb ermessen, und den 6. Aprilis jüngsthin concludirt worden, daß der fried und guthe Verständnis mit der Cron Franckreich auf alle zulängliche weg beizubehalten seye. Worzu noch komme, daß Sie weniger nicht als dero benachbahrte obligirt seyen, den Zustand und Situation Ihres Erzstiffts und Landen angelegentlich mit zubetrachten. Es were zwar zu wünschen, daß, wann es möglich, bessere conditiones erhoben werden könnten, solche aber durch die waffen und andere höchstgefährliche extremiteten erzwingen wollen, könnten Ihro Churfürstl. Gnaden nit rathen, sondern müßten allen erwogenen umbständen nach, wie theils die Herren vorstimmenden, endlich besser zu sein erachten, auf die von der Cron Franckreich proponirte conditiones den frieden alß sonsten den krieg zu erkießen.

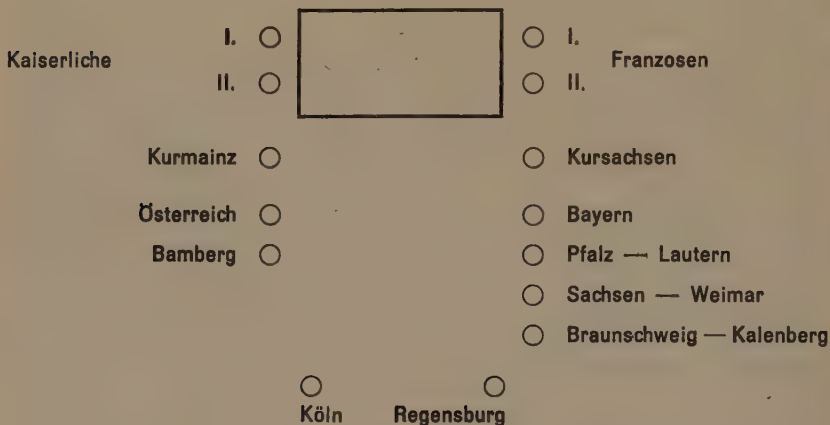
Belangend in specie der HH. Reichsdeputirten zu Franckfurt in ahnsag stehende relation von dero jetzo die eigentliche frag seye, da werde dem Reich mit denen täglich mehr besorgenden schädlichen weithläufigkeiten keineswegs fürterhin gedienet, sondern weillen die sachen in crisi stünden, das nächst und nöthigst sein, daß sie mit einer solchen instruction fürtersambst versehen werden, krafft deren sie Imperii nomine auf die Könl. frantzösische Proposition sich einlassen, tractirn und die Veststellung des friedens beobachten mögten. Cum reservatione ulteriorum.

Skizzen zur Sitzordnung auf dem Frankfurter Kongreß

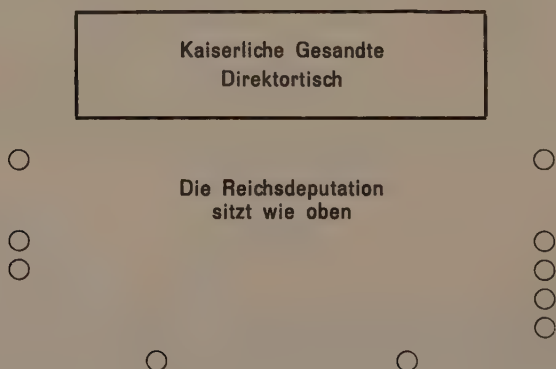
I. Das „Regensburger Schema“

(Nach der bei Londorp, Bd. XI, S. 323 wiedergegebenen Skizze)

a) Plenarsitzung



b) Sitzungen der Reichsdeputation zusammen mit der kaiserlichen Gesandtschaft.



II. Plenarsitzung nach dem Kompromißvorschlag vom Oktober 1681

(entnommen aus den Reichstagsakten des MEA, Fasz. 280, Bd. I f. 151)

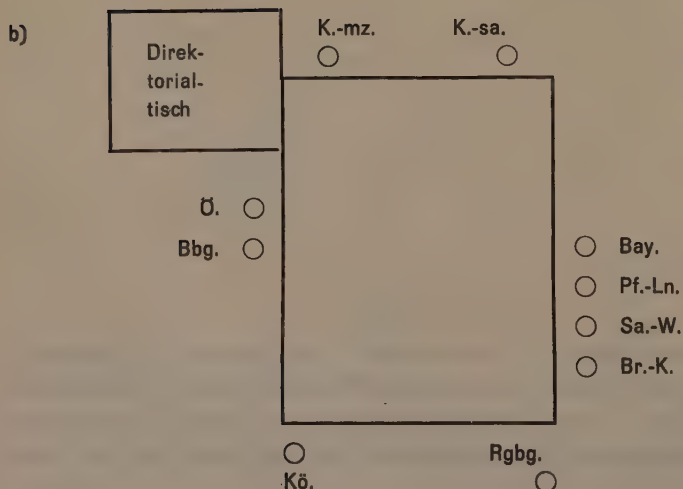
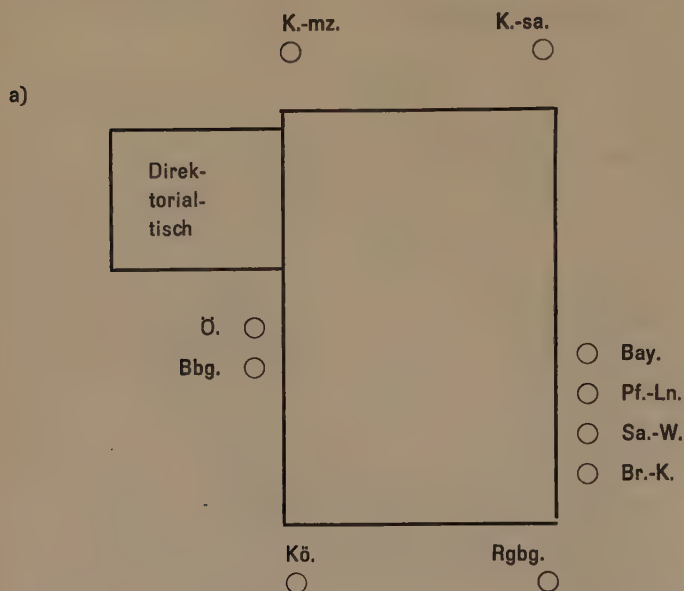
	I.	○		○	I.
Ksl.					Frz.
	II.	○		○	II.

<u>K.-mz.</u>		<u>K.-sa.</u>
.....		
		<u>Bay.</u>
<u>Ö.</u>		<u>Pf.-Ln.</u>
<u>Bbg.</u>		<u>Sa.-W.</u>
		<u>Br.-K.</u>
.....		
<u>Kö.</u>		<u>Rbg.</u>

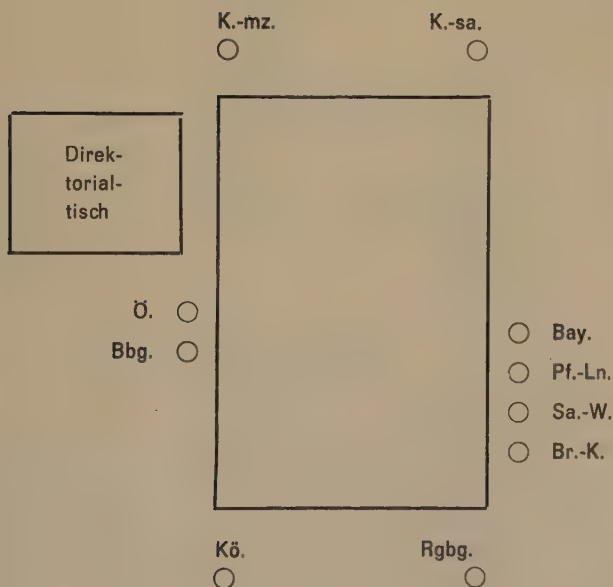
Bei diesem Schema kommt die kollegiale Differenzierung nur durch die Blickrichtung der Gesandten zum Ausdruck. Kaiserliche und Franzosen blicken sich gegenseitig an. Die Kurfürstlichen wenden ihnen den Rücken zu. Die Fürstlichen wiederum blicken in die gleiche Richtung wie Kaiserliche und Franzosen, während sich die Städter diesen zuwenden. Die Blickrichtung wird durch die punktierten Linien angezeigt.

III. Sitzungen der Reichsdeputation

(Entnommen aus den Reichsakten des MEA, Fasz. 280, Bd. II, f. 169 f.)



c)



Das unter III c wiedergegebene Schema wurde schließlich zur Anwendung gebracht.
— Reichstagsakten a. a. O. f. 259 — Der Abstand zwischen dem Haupttisch und dem Direktorialtisch sollte zuerst der österreichischen Forderung gemäß einen halben Fuß betragen. Er wurde jedoch in der Folge auf die Breite von drei Fingern reduziert.

Quellenverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

I. Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris (AE)

1) Correspondance Politique

a) Mayence

Band 19/1680 — 1683; Auszüge

Band 20/1680 — 1681

Band 21/1682

Band 22/1683

Band 23/1684

Band 24/1685

Band 25/1686

Band 26/1687

Band 27/1688

b) Allemagne

Band 283/1680

Band 289/1681

Band 292/1681 — 1682

Band 293/1682

Band 294/1682

Band 295/1682

Band 301/1683

Band 302/1683

Band 306/1684

Band 307/1684

c) Cologne

Band 14/1679

d) Portugal

Band 16/1677

2) Mémoires et Documents

Allemagne

Band 46/ Histoire de la négociation de la trêve conclue à Ratisbone entre la France et l'Empire.
(abgek. Trêve)

II. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (HHStA)

1) Mainzer Erzkanzlerarchiv (MEA)

a) Reichstagsakten

Fasz. 255/1681

Fasz. 256/1681

Fasz. 257/1682

Fasz. 258/1682

Fasz. 259/1683

Fasz. 260/1683

Fasz. 261/1683

Fasz. 280/1681 — 1682

Fasz. 282/1682

b) Korrespondenz — Wiener Gesandtschaft

Fasz. 58/1680 — 1682

2) Reichskanzlei

a) Berichte aus dem Reich

Fasz. 11/1677 — 1679

Fasz. 12/1680 — 1683

Fasz. 13/1684 — 1689

b) Vorträge

Fasz. 50/1680 — 1683

3) Geistliche Wahlakten

Fasz. 24d/1546 — 1694

Konvolut „f“

III. Hofkammerarchiv, Wien (HKA)

Reichsakten

Fasz. 57

IV. Stadtarchiv Mainz (MzStA)

Memoriale des Hofmarschalls Johann von Hattstein (1675 — 1684)

V. Universitätsbibliothek Heidelberg

Abt. Handschriften

Sechs Briefe des Koadjutors Ludwig Anton an den Kurfürsten Anselm Franz / 1691 — 1693.

(Aus dem Archiv der Familie v. Echter-Ingelheim)

B. Gedruckte Quellen

Griffet, P. Henri:

Recueil de lettres pour servir d'éclaircissement à l'histoire militaire du règne de Louis XIV/1672 — 1694; 8 Bde. Paris 1760 — 1764

Henniges, Heinrich von:

Meditationum ad Instrumentum Pacis Caesarea — Suecicum specimen octavum; o. O. 1710 in: Ders., Ad Instrumentum Pacis Westphalicae Meditationes, 3 Bd. 1706 — 1711.

Londorp, Michael Caspar:

Der Römischen Kayserlichen Majestät und des Heiligen Römischen Reiches ... Acta Publica; Bde. X-XIII und XVII Frankfurt 1710 — 1721

Leibniz, Gottfried Wilhelm:

Sämtliche Schriften und Briefe; hg. v. d. Preuß. Akademie der Wissenschaften. IV, 1 Darmstadt 1931. Die dort noch nicht veröffentlichte Schrift „Caesarini Furstenerii Tractatus ist zitiert nach der Ausgabe von O. Klopp I, 1 Hannover 1664/65

Moser, Johann Jakob:

Einleitung in das Churfürstlich Maynzische Staatsrecht; Frankfurt 1755.

Der.:

Teutsches Staatsrecht, Bde. 3, 33, 34, 43, 46, 47, sowie Supplement I und II; 1743 — 1751 Frankfurt und Leipzig.

Pachner von Eggenstorff, J. J.:

Vollständige Sammlung aller von Anfang des noch fürwährenden Teutschen Reichstages de anno 1663 bis anhero abgefaßten Reichsschlüsse; Tl. II Regensburg 1740

Mozambano, Severinus de:

De Statu Imperii Germanici, Halle u. Magdeburg 1714

Necker de Custrin, Charles Frédéric:

Description du Gouvernement présent du corps germanique appelé communément le Saint Empire Romain; (o. Ortsang.) 1740

Rauch, Karl (Hg.):

Traktat über den Reichstag im 16. Jahrhundert, in: Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches in MA und Nzt. hg. v. Karl Zeumer; Bd. I, Heft 1 Weimar 1906

Répertoire historique et biographique de la Gazette de France, hg. von de Granges de Surgères; Paris 1903

Vast, Henri:

Les grands Traités du Règne de Louis XIV; Paris 1893

Zeumer, Karl (Hg.):

Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit; 2. Aufl. Tübingen 1913

Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de France; Bd. XVIII — Allemagne Paris 1912

Literaturverzeichnis .

D'Alembert:

Histoire des Membres de l'Académie Française morts depuis 1700 jusqu'en 1771; Paris 1787

André, L.:

Les sources de l'histoire de France — XVIIe siècle; Paris 1935

Auerbach, Bertrand:

La France et le Saint — Empire romain germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la Révolution française; Paris 1912

ders.:

La diplomatie française et la cour de Saxe; Paris 1888

Badale — Dulong, Claude:

Trente ans de diplomatie française en Allemagne; Paris 1956

Batiffol, M. Louis:

La charge d'ambassadeur au dix — septième siècle; Revue d'histoire diplomatique 25/1911 S. 339-355

Braubach, Max:

Kurköln, Gestalten und Ereignisse aus zwei Jahrhunderten rheinischer Geschichte; Münster 1949

ders.:

Politische Hintergründe der Mainzer Koadjutorwahl von 1670; Rh. Vjbl. 15/16 1951, S. 313 — 339

ders.:

Versailles und Wien; Bonner Historische Forschungen 2/1952

ders.:

Das Kölner Domkapitel und die Wahl von 1688; Ann. d. Hist. Ver. Niederrh. 122/1933 S. 51 — 117

Brocher, Henri:

Le rang et l'étiquette sous l'ancien Régime; Paris 1934

Dickmann, Fritz:

Der Westfälische Frieden; Münster 1959

Dirr, Plus:

Zur Geschichte der Reichskriegsverfassung und der Laxenburger Allianz; Diss. Erlangen 1901

Doeberl, M.:

Bayern und Frankreich vornehmlich unter Kurfürst Ferdinand Maria; 2 Bde. 1900 — 1903

Droysen, J. G.:

Der Staat des Großen Kurfürsten; Geschichte der preußischen Politik 3. Tl. 3. Abt. 3. Bd. 2. Aufl. Leipzig 1872

Ennen, L.:

Frankreich und der Niederrhein; Köln 1855/56

Erdmannsdörffer, Bernhard:

Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen; 2 Bde. Berlin 1892

Faber, Anton:

Europäische Staatskanzlei; I. Bd. Frankfurt 1697

Fabricius, Wilhelm:

Die Herrschaften des unteren Nahegebietes; Erläuterungen zum Geschichtl. Atlas d. Rheinprovinz Bd. VI 1914

Feine, H. E.:

Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation; Kirchenrechtliche Abhandlungen 97/98 Stuttgart 1921

Fester, Richard:

Die Augsburger Allianz von 1686; München 1893

ders.:

Die armierten Stände und die Reichskriegsverfassung 1681 — 1697; Diss. Straßburg 1886

ders.:

Die Abberufung Gottfrieds von Jena vom Regensburger Reichstage; Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 15/1902, S. 471-495

Fischer, E.:

Aus den Tagen unsrer Ahnen. Neues über den Würzburger Fürstbischof Julius Echter von Mespelbrunn und Kurfürst Anselm Franz von Mainz; 1928

Fitte, Siegfried:

Das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums Lothringen zum deutschen Reich seit dem Jahre 1542; Beiträge zur Landes- und Volkskunde von Elsaß — Lothringen Heft XIV, Straßburg 1891

Gebhardt, Bruno:

Handbuch der deutschen Geschichte hg. v. Herbert Grundmann; 2. Bd. 8. Aufl. Stuttgart 1955

Geist, Heinrich:

Der Kurerzkanzler von Mainz als treibende Kraft in der Zersetzung des alten Reiches; Diss. Greifswald 1913

Gérin, Charles:

Le pape Innocent XI et le siège de Vienne en 1683; Revue des Questions historiques XXXIX/1886 S. 95 — 147

ders.:

Le pape Innocent XI et l'élection de Cologne en 1688; Rev. des Questions Histor. 33/1883 S. 75 — 127

Göhring, Martin:

Kaiserwahl und Rheinbund von 1658; Festschrift zum 65. Geburtstage von Otto Becker, Wiesbaden 1954 S. 65 — 83

Griffet, P. Henri:

Recueil de lettres pour servir d'éclaircissement à l'histoire militaire du règne de Louis XIV 1672—1694;
8 Bde. Paris 1760 — 1764

Haake, P.:

Brandenburgische Politik und Kriegführung in den Jahren 1688 und 1689; Kassel 1896

Häusser, L.:

Geschichte der rheinischen Pfalz; Unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1845, Heidelberg 1924

Gschließer, Oswald von:

Der Reichshofrat; Veröffentl. d. Komm. f. Neuere Gesch. d. ehemaligen Österreich 33/1942

Hantsch, Hugo:

Die Geschichte Österreichs; 2. Aufl. Graz, Wien u. Köln 1953

ders.:

Reichsvicekanzler Friedrich Karl von Schönborn; Salzburger Abhandlungen und Texte aus Wissenschaft und Kunst Bd. 2, Augsburg 1926

Hartung, Fritz:

Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart; 6. Aufl. 1954

Heigel, Theodor:

Der Umschwung der bayerischen Politik in den Jahren 1679 — 1683; Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns Fasz. 2, München 1890

Hennes:

Die Erzbischöfe von Mainz; 3. Aufl. Mainz 1879

Herold, Martin:

Von Saarlouis zum Mont — Royal; Rh. Vjbl. 3/1933, S. 355 — 368

Höynck, Paul Otto:

Frankreich und seine Gegner auf dem Nymwegener Friedenskongreß; Bonner Historische Forschungen 16/1960

Immich, Max:

Geschichte des europäischen Staatensystems; München 1905

ders.:

Zur Vorgeschichte des Orléans'schen Krieges; Heidelberg 1898

Jähns, Max:

Zur Geschichte der Kriegsverfassung des Deutschen Reiches; Preußische Jahrbücher 39/1877

Just, Leo:

Frankreich und das Reich im Wandel der Jahrhunderte; Bonn 1940

Kaufmann, Hermann:

Die Reunionskammer zu Metz; Jahrbuch d. Ges. f. lothring. Gesch. u. Altertumskunde 11/1899 S. 1—314

Kayser, Ernst Philipp:

Die Besetzung und Belagerung von Mainz 1688 — 1689; Diss. Gießen 1929

Klopp, Onno:

Das Jahr 1683; Graz 1882

Krause, Paul:

Zur Geschichte der Besetzung und Belagerung von Mainz 1688 — 1689; Festschrift Heinrich Schrohe Mainz, 1934 S. 110 — 119

Kuczynski, Brigitte:

Theodor Heinrich Altet von Stratmann. Ein deutscher Diplomat des 17. Jahrhunderts; Diss. Basel 1934

Legrelle, Arsène:

La diplomatie française et la succession d'Espagne; Paris 1888 3 Bde.

ders.:

Louis XIV et Strasbourg; 3. Aufl. Paris 1883

Lehmann, J. G.:

Urkundliche Geschichte der Burgen und Bergschlösser der Pfalz; 1857

Levas, Adolphe:

Essai historique sur les négociations de la trêve de vingt ans; Brüssel 1884

Livet, Georges:

L'intendance d'Alsace sous Louis XIV; Publications de la Faculté des Lettres de l'Université de Strasbourg 1956

Marquard, Ernst:

Geschichte Württembergs; Stuttgart 1961

Maurer, L.:

L'expédition de Strasbourg en Septembre 1681; Nancy und Paris 1923

Mentz, Georg:

Johann Philipp von Schönborn; 2 Bde. Jena 1896 u. 1899

Mörner:

Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601 bis 1700; Berlin 1867

Moser, Johann Jakob:

Einleitung in das Churfürstlich Maynzische Staatsrecht, Frankfurt 1755

ders.:

Teutsches Staatsrecht; 50 Bde. u. 2 Supplem.-bde. Leipzig 1740 — 1754

Müller, Nikolaus:

Die sieben letzten Kurfürsten von Mainz; Mainz 1846

Müller, P. L.:

Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck; 2 Bde. den Haag 1873 u. 1880

Niebecker, Agnes Maria:

Beiträge zum Leben und Wirken Damian Hartards von der Leyen, Erzbischof und Kurfürst von Mainz 1675 — 1678; Diss. (masch.-schr.) Mainz 1955

Pacassi, Johann von:

Über die Gesandtschaftsrechte; Wien 1775

Pagès, Georges:

Louis XIV et l'Allemagne; Cours de Sorbonne 1937

ders.:

Le Grand Electeur et Louis XIV; Paris 1905

ders.:

Contribution à la politique française en Allemagne sous Louis XIV; Paris 1905

Pfanner, T.:

Historia Pacis Westphalicae; 3. Aufl. Gotha 1698

Picavet, L. G.:

La diplomatie française au temps de Louis XIV, 1661 — 1715; Paris 1930

Piot, Charles:

La conférence de Francfort et le duché de Luxembourg en 1681 — 1682; Bulletin de la Commission Royale d'histoire IV, 11 Brüssel 1883

Platzhoff, Walter:

Ludwig XIV. und die europäische Krisis von 1683; H. Z. 121/1920, S. 377 — 412

Pribram:

Beitrag zur Geschichte des Rheinbundes von 1658; Sitzungsberichte d. Akademie d. Wissenschaft. Wien 1887

Prutz, Hans:

Gottfried von Jena als brandenburgischer Reichstagsgesandter; Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Gesch. 18/1905

ders.:

Aus des Großen Kurfürsten letzten Tagen; Berlin 1897

Pufendorf, Samuel:

De Rebus Gestis Friderici Wilhelmi Magni Electoris Brandenburgici; Berlin 1695

Repertorium der diplomatischen Vertreter aller Länder seit dem Westfälischen Frieden; hg. v. Ludwig Bittner u. Lothar Groß, 2 Bde., Berlin 1936

Rousset, Camille:

Histoire de Louvois; 4 Bde. 6. Aufl., Paris 1877 — 1879

Sagnac, Philippe et Saint — Léger, A. de:

Louis XIV; Peuples et Civilisations, Histoire Générale hg. v. Louis Halphen u. Philipp Sagnac Bd. X, 3. Aufl., Paris 1949

Schaab, K. A.:

Die Geschichte der Bundesfestung Mainz; Mainz 1835

Schnur, Roman:

Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte; Rheinisches Archiv 47/1955

Schröder, Richard u. Künßberg, Eberhard von:

Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 7. Aufl. Berlin 1932

Schrohe, Heinrich:

Kleinere Beiträge zur Mainzer Geschichte vornehmlich im 17. Jahrhundert; Mainzer Zeitschrift 3/1908 u. 4/1909

Schulte, Aloys:

Frankreich und das linke Rheinufer, 1918

Seeliger, G.:

Erzkanzler und Reichskanzleien; Innsbruck 1889

Srbik, Heinrich von:

Wien und Versailles 1692 — 1697; 1944

Süß, Gustav Adolf:

Geschichte des oberrheinischen Kreises und der Kreisassoziation in der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges; Diss. Mainz 1952

Staatslexikon;

Hg. v. Hermann Sacher, 5. Aufl., Freiburg 1926 — 1932

Textor, Fritz:

Entfestigung und Zerstörungen im Rheingebiet während des 17. Jahrhunderts als Mittel der französischen Rheinpolitik; Rheinisches Archiv 31, Bonn 1937

Vast:

Les tentives de Louis XIV pour arriver à l'Empire; Revue Historique LXV/1897

Velt, Andreas Ludwig:

Mainzer Domherren des 16. bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts; Mainz 1924

Weigel, Helmut:

Die Kriegsverfassung des Deutschen Reiches von der Wormser Matrikel bis zur Auflösung; Diss. Erlangen 1912

Welschinger, H.:

Créquy dans Trèves (12 août 1675); Revue des Etudes historiques 91/1925, S. 371-384

Wenck, Karl:

Die Stellung des Erzstiftes Mainz im Gang der deutschen Geschichte; Zeitschr. d. ver. f. Hess. Gesch. u. Landeskunde 43/1909 S. 278 — 318

Wentzke, Paul:

Straßburg und das Elsaß als deutsches Friedensziel um die Wende des 17. u. 18. Jahrhunderts; Elsaß-Lothringisches Jahrbuch — Schicksalswege am Oberrhein — 22/1952 S. 129 — 136

ders.:

Feldherr des Kaisers, Leben und Taten Herzogs Karl von Lothringen; 1943

Werner, Franz:

Der Dom zu Mainz und seine Denkmäler; 3 Bde. Mainz 1827 — 1836

Zeller, Gaston:

Les rois de France candidats à l'Empire — Essai sur l'idéologie impériale en France; Revue Historique 173/1934, S. 273 — 311 u. 497 — 534

ders.:

L'organisation défensive des frontières du Nord et de l'Est au 17e siècle; Paris 1928

ders.:

Les Temps modernes; 3 Bde. Histoire des Relations internationales hg. von Pierre Renouvin, Paris 1955

Lebenslauf

Am 24. März 1937 wurde ich, Josef Wysocki, in Leienkaul, Kreis Cochem, geboren als Sohn des Volksschullehrers Willibald Wysocki und seiner Ehefrau Elisabeth, geborene Mock. Von 1943 bis 1947 besuchte ich die Volksschule, dann wurde ich in die Kurfürst-Balduin-Schule in Münstermaifeld, Kreis Mayen, aufgenommen. Dort bestand ich im Februar 1956 die Reifeprüfung.

Seit dem Sommersemester 1956 besuche ich die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und studiere mittlere und neuere Geschichte, alte Geschichte und romanische Philologie. Im April 1959 habe ich die Prüfung in Philosophie und Erziehungswissenschaften abgelegt.

Ich habe an Vorlesungen und Übungen der folgenden Herren Professoren und Dozenten teilgenommen: Armbruster, Ballauff, Berg, Diemer, Elwert, Ewig, Falkenburger, Ficker, García Rúa, Gerlich, Heibel, Holzamer, Instinsky, Jarno, Just, Kröll, Leiner, Martin, Petry, Requadt, Rhode, von Rintelen, Roemer, Schon, Schramm, Stallmach, Wagner, Wentzlaff-Eggebert.

Die vorliegende Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Ludwig Petry, dem ich für seine ständige, bereitwilligst gewährte Hilfe sehr zu Dank verpflichtet bin.

